Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Pault, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstraße 8. — Fernsprech-Anschlüsse 6261 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis der Zeitung Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 mm breite Nonpareillezeile örtlich 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pfg., Vereinskalender 50 Pfg., die 3gespaltene 80 mm breite Reklamezeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓% Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg.

Nr. 42 — Magdeburg, Sonnabend den 19. Februar 1927 — 38. Jahrgang

Ein Ausnahmegesetz

Auf dem Gebiet der Hochverrats- und Landesverratsprozesse ist durch die Praxis der Rechtsprechung in den letzten Jahren völlige Rechtsunsicherheit eingetreten. Die Fälle mehren sich, in denen das Reichsgericht Urteile fällt, die vom Rechtsempfinden des Volkes nicht mehr verstanden werden und die von der öffentlichen Kritik laut als Akte politischer Verfolgung bezeichnet werden.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat seinerzeit der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß er selbst den Vorsitz in einem Strafsenat des Reichsgerichts übernehmen werde, weil er die Strafjustiz — namentlich im Hinblick auf die Erschütterung des Vertrauens in die Justiz im Volke — für wichtiger halte als die Ziviljustiz. Die Praxis des Reichsgerichts, die in den

Urteilen gegen Kommunisten

in Hochverratsprozessen hervortritt, läßt jedoch von einem Einfluß des Reichsgerichtspräsidenten nichts verspüren. Es scheint, daß bei dem Reichsgericht wieder jener Kurs lebendig wird, der in den Jahren 1919 und 1920 eingeschlagen wurde. Jener Kurs, der sich nur zu deutlich gegen den neuen deutschen Staat richtete.

Die Rechtsprechung in Hochverrats- und Landesverratsverfahren hat ungeheure politische Bedeutung. Hier kann, noch mehr als sonst in der Strafjustiz, die persönliche politische Einstellung des Richters hervortreten. Die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs sind unbestimmt genug gefaßt, um der Rechtsprechung Spielraum zu geben. Stimmt die allgemeine politische Grundeinstellung des Richters mit der allgemeinen politischen Grundrichtung im Staate nicht überein, so kann die Rechtsprechung zu einem

gefährlichen politischen Instrument

werden.

Derartige Tendenzen konnte man bisher nur in der Praxis der Rechtsprechung an einzelnen Fällen beobachten. Seitdem aber die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten sind, geht ihr Streben dahin, diese Tendenzen zu unterstützen und ihnen durch Gesetzesänderungen festen Rückhalt zu geben. Der „Deutschnationale Zeitungsdienst" teilt nun mit, daß es die Absicht der Deutschnationalen sei, auf eine

Verschärfung des Landesverratsparagraphen

des Strafgesetzbuchs hinzuarbeiten. Der Komplex der Tatbestände, die als Landesverrat angesehen werden soll erweitert werden. Die Strafandrohung will man verschärfen, es soll den Gerichten die Möglichkeit gegeben werden, in besonderen Fällen die Todesstrafe zu verhängen. Das ist also die erste Sorge der Deutschnationalen auf dem Gebiet der Strafrechtsreform!

Es wäre falsch, diese deutschnationale Ankündigung nur vom fachjuristischen Standpunkt aus zu beurteilen und zu bewerten. Man darf sie nicht loslösen von den allgemeinen politischen Aktionen der Deutschnationalen in der letzten Zeit. Das Geschrei: Landesverrat, Landesverrat!, das sich

gegen hervorragende Republikaner

und Sozialdemokraten wendet, erklingt heute wieder in allen Gegenden Deutschlands. Seitdem die Sozialdemokratie mutig und offen die Mißstände bei der Reichswehr, die Treibereien der rechtsradikalen Verbände, die illegalen Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden aufgedeckt hat, ist dies Geschrei wieder lebendig geworden. Die Reform der Reichswehr, deren Notwendigkeiten selbst Parteien, die heute in der Rechtsregierung sitzen, feierlich zugestanden haben, soll durch dieses Geschrei verhindert werden.

Die infame Beschuldigung des Landesverrats richtet sich vor allem gegen Scheidemann. Er war es, der im Auftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Plenum des Reichstags den Vorhang vor den Mißständen der Reichswehr fortgezogen hat. Eine unerhörte Hetze brandet gegen ihn an.

Deutschnationale Hetzredner

durchziehen ganz Deutschland. Aus jeder Stahlhelmversammlung ertönt der infame Vorwurf des Landesverrats gegen Scheidemann, die Forderung, daß man gegen ihn ein Landesverratsverfahren einleiten müsse.

Die deutschnationale Absicht, noch vor der allgemeinen Strafrechtsreform den Landesverratsparagraphen zu verschärfen, ist das zweite Glied in dieser Hetze. Die bezahlten Hetzredner im Lande rufen nach dem Staatsanwalt gegen Scheidemann, und die Deutschnationalen in Berlin antworten ihnen mit der Forderung nach einer Gesetzesänderung. Das ist ihr Wille: das Strafgesetz soll

verfassungsfeindliche Treibereien

der Wehrverbände mit dem Landesverratsparagraphen decken.

Die Deutschnationalen wollen das Strafrecht zu einer politischen Waffe in ihren Händen im Kampfe gegen die Republikaner machen. Weit entfernt davon, der Vertrauenskrise der Justiz entgegenzuwirken, wollen sie die Dinge auf die Spitze treiben. Ihr Parteifreund Hergt ist Reichsjustizminister. Sollte er es sich einfallen lassen, den deutschnationalen Hetzabsichten entsprechend einen Entwurf zur Abänderung des Landesverratsparagraphen in deutschnationalem Sinne vorzulegen, so werden wir und mit uns alle Republikaner ihn offen beschuldigen, daß er das Strafrecht in ein Ausnahmegesetz gegen die Republik verwandeln will. —

Betrogene Mittelständler

Freigabe der gewerblichen Räume

Berlin, 18. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Heute nachmittag wird im Preußischen Landtag nochmals um die Hirtsiefersche Verordnung vom 11. November 1926 (Freigabe der gewerblichen Räume) gerungen werden. Die Verordnung hat in ihren Auswirkungen erwiesen, daß sie eine Unmöglichkeit ist.

Dem preußischen Ministerium und den Fraktionen des Landtags liegen aus allen Teilen des Freistaates Kundgebungen und Telegramme vor, die auf den Mißbrauch der Hirtsiefersche Verordnung hinweisen. In vielen Fällen sind Mietsteigerungen um das Zehnfache vorgenommen worden. Viele Geschäftsleute stehen vor der Notwendigkeit, ihre Geschäfte zu schließen, weil sie die geforderte Miete nicht aufbringen können. Betroffen werden dadurch auch zahlreiche Angestellte. Ihnen droht Arbeitslosigkeit, und so führt die Hirtsiefersche Verordnung zu einer weitern Belastung des Arbeitsmarktes.

Am besten wird die Lage wohl durch ein Telegramm aus Köln gekennzeichnet, das die sofortige Aufhebung der Verordnung fordert. In dem Telegramm heißt es:

> Was der feindlichen Besatzung an Existenzvernichtung nicht gelungen sei, wird jetzt durch die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers besorgt.

Für die sofortige Aufhebung der Verordnung treten im Preußischen Landtag nur die Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Die Demokraten setzten sich für eine Hinausschiebung ein; ebenso die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Das war aber vor drei Wochen. Am Montag haben die genannten Parteien das Kunststück fertiggebracht, im Wohnungsausschuß des Preußischen Landtags gegen die Hinausschiebung, also gegen ihre eignen Anträge zu stimmen.

Am interessantesten ist die Stellung der Wirtschaftspartei. Während sie im Lande jongliert, tritt sie im Landtag eindeutig für Beibehaltung der Verordnung ein. Sie ist also bereit, Zehntausende von Geschäftsleuten, die ihr vertraut haben und ihr ihre Stimme gaben, an den Bettelstab zu bringen. —

Landtagssitzung

TU. Berlin, 18. Februar. Das Haus überweist in der heutigen Sitzung, die nach 12 Uhr begann, ohne Aussprache die Gesetzentwürfe über die Aufwertung von Erbpachtzinsen und von Versicherungsansprüchen gegen öffentliche Feuerversicherungsanstalten der Ausschußberatung.

Auch der Antrag sämtlicher Parteien auf Aufnahme eines Darlehens von 30 Millionen zur Durchführung der Reichshilfe für die westlichen Grenzgebiete wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Der sozialdemokratische Antrag, der Auskunft fordert, welchen Standpunkt das Staatsministerium bei den Beratungen des neuen Strafgesetzbuches im Reichsrat zu den grundlegenden Fragen des Entwurfs eingenommen hat, insbesondere erstens zu der Frage der Ausdehnung der Strafbemessungsgrenzen und der damit verbundenen Erweiterung des richterlichen Ermessens, zweitens zu den Strafmitteln des Entwurfs wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus geht sodann zur Beratung des Ausschußberichts über die Bildung eines Ausschusses für die westlichen Grenzgebiete über.

Das Haus beschließt die Bildung eines neuen Ausschusses für die westlichen Grenzgebiete. Nach einer teilweise erregten Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Leinert (Soz.), Dallmer (dt.-natl.) und Dr. Heß (Ztr.) wird beschlossen, daß der Vorsitz in diesem Ausschuß dem Zentrum zufällt.

Dann geht man zur Beratung des Ausschußberichts über die Anträge zur

Hirtsiefer-Verordnung

über. Der größte Teil der Anträge ist im Ausschuß abgelehnt worden. Annahme fanden nur der deutschnationale Vorschlag auf Einrichtung amtlicher Schiedsstellen und der demokratische Antrag auf Herauslassung der Atelierräume bildender Künstler.

Unter den neueingegangenen Anträgen befindet sich auch der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister.

Die Beratung beginnt unter großer Unruhe des Hauses. Die Zuhörertribünen sind überfüllt. —

Es dämmert bei den Betrogenen

In dem Kampfe gegen die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer über die Freigabe der gewerblichen Mieträume wurde am Donnerstag in Berlin folgendes Plakat verbreitet:

> Betrogene Ladenbesitzer und Handwerker!
>
> Heute, Donnerstag, 2 Uhr, sollt Ihr im Landtag von folgenden „Volksvertretern" verraten werden:
>
> Von der Deutschnationalen Volkspartei,
> von der Deutschen Volkspartei,
> von der Wirtschaftspartei,
> vom Zentrum.
>
> Mit diesen sogenannten „Volksvertretern", den Wortführern des Großgrundbesitzes und der in- und ausländischen Häuserspekulanten zieht unser „Volkswohlfahrtsminister Hirtsiefer" am gleichen Strange. Diese Volksvertreter wissen, welches Elend sie anrichten, aber der Geldsack regiert, mögen auch Zehntausende von Existenzen zugrunde gehen. Wir werden weiter arbeiten und unsern Verderbern bei allen zukünftigen Wahlen den Lohn geben, der ihnen gebührt.

Das Plakat stammt von der Interessengemeinschaft selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender. Es gibt eine deutliche Vorstellung von der Heftigkeit, mit welcher die bedrohten Mittelstandsexistenzen gegen die von ihrem geistigen Vater mit allen Mitteln verteidigte Verfügung Hirtsiefers Sturm laufen.

Uebrigens muß (so schreibt die demokratische „Berliner Volkszeitung", der wir diese Mitteilung entnehmen) der Gerechtigkeit wegen gesagt werden, daß die „Germania" obschon Hirtsiefer dem Zentrum angehört, der Verfügung immerhin eine Bewertung zuteil werden läßt, die von begeisterter Zustimmung weit entfernt ist und die Sorge vor den Folgen deutlich erkennen läßt. Die andern genannten Parteien treten dagegen „voll und ganz" für Herrn Hirtsiefer ein. Obschon sich neuerdings wiederholt Kleinhandels- und Kleingewerbe-Organisationen gegen die eigentümliche Art gewandt haben, in der diese Parteien die Interessen des Mittelstandes nicht vertreten, ist der Protest bisher wohl doch noch niemals in so scharfer Form wie auf diesem Plakat geäußert worden. Allerdings ist der Fall ja auch besonders kennzeichnend und aufreizend. —

Waffenfunde in Hamburg

Wb. Hamburg, 18. Februar. Auf eine Anzeige über ein Waffenlager in der Wohnung des Kapitäns a. D. Freyer in der Eichenstraße wurde heute eine Haussuchung abgehalten, bei der ein Maschinengewehr mit Patronengurt, zwei Gewehre (Modell 98), 85 Patronentaschen, 380 scharfe Patronen, 56 Seitengewehre, 53 Stahlhelme, ein Feldtelephon mit fünf Rollen Kabel sowie eine größere Anzahl Brotbeutel und Tornister gefunden wurden.

Als Besitzer wurde der 20jährige Sohn des Kapitäns, der kaufmännische Angestellte Freyer ermittelt und festgenommen. Der Vater erklärte, von dem Vorhandensein des Materials nichts gewußt zu haben.

Der Festgenommene ist Mitglied der Organisation Werwolf. Er verweigert jede Auskunft über die Herkunft der Waffen. Er wird heute dem Gericht zugeführt. —

Die Richtlinien

Der Interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien im Reichstag hat am Donnerstag beschlossen, die während der Regierungsverhandlungen als Grundlage für die Regierungserklärung aufgestellten Richtlinien und protokollarischen Zusätze zu veröffentlichen. Dieser Beschluß des interfraktionellen Ausschusses ist herbeigeführt worden auf Wunsch des Zentrums. Die Deutschnationalen haben zugestimmt.

Der Wortlaut der Richtlinien stimmt überein mit dem von uns bereits Ende Januar verbreiteten Texte.

Die protokollarischen Zusätze,

die gleichzeitig veröffentlicht werden, haben folgenden Wortlaut:

In Erläuterung vorstehender Richtlinien sind sich die in der Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen noch über folgende Punkte einig geworden:

1. Die **Anerkennung** der Rechtsgültigkeit des Vertragswerks **von Locarno** wird weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich in Zweifel gezogen werden;

2. der **Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben** erstreckt sich, wie sich schon aus dem Zusatz des Artikels 3 ergibt, auch auf die **Handelsflagge**;

3. der Vergangenheit und ihren Symbolen muß gleichfalls Achtung gezollt werden, und dieser Gedanke soll in der Regierungserklärung seinen Ausdruck finden;

4. wichtige Anträge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere solcher auf Aendrung der Verfassung, sollen nur nach vorherigem Benehmen der Regierungsparteien gestellt werden.

Die Sachlage ist die: die Deutschnationalen haben bestritten, daß die am 27. Januar veröffentlichen Richtlinien den authentischen Text darstellten. Sie haben an dieser Ableugnung festgehalten, obgleich dieser damals von ihnen abgeleugnete Text am 26. Januar von ihnen selbst als Grundlage der Regierungspolitik gebilligt worden ist.

Die deutschnationale Presse hat den authentischen Text der Richtlinien verschwiegen. Sie hat einmütig behauptet, diese Richtlinien seien keine Festlegung der deutschnationalen Politik in der Regierung. Nun stellt das Zentrum mit schneidender Schärfe fest: 1. der von den Deutschnationalen abgeleugnete **Text ist authentisch**; 2. dieser Text ist die **bindende Grundlage** für die Politik der Reichsregierung.

Damit ist das verlogene Doppelspiel der Deutschnationalen vom 26. Januar bis auf den heutigen Tag festgestellt. Sie haben ihre Anhänger über die Bindungen belogen, die sie eingegangen sind über **die Anerkennung der republikanischen Staatsform**, über das Bekenntnis **zum Schutze der Verfassung** und der schwarzrotgoldenen Farben, über die **Fortführung der bisherigen Außenpolitik** und die Reichswehrreform. —

*

Bindende Grundlage

Die neuerliche Veröffentlichung der Richtlinien und Zusätze entzieht den deutschnationalen Demagogen die Möglichkeit, ihren Anhängern im Lande etwas andres vorzuflunkern, als sie in Wirklichkeit anerkannt haben. Und unerbittlich fügt die „Germania" der Bekanntgabe hinzu:

Diese Richtlinien haben ihre Ausprägung in der Erklärung der Reichsregierung gefunden und **sind die bindende Grundlage der Politik der jetzigen Reichsregierung**, sowohl in **außenpolitischer** wie in **innenpolitischer** Beziehung.

Soweit die Rechtspresse sich nunmehr genötigt sieht, die Richtlinien endlich ihren Lesern bekanntzugeben, tut sie das in möglichst unauffälliger Weise und möglichst versteckt. Nur die völkisch angehauchte „Deutsche Zeitung" versieht die Veröffentlichung mit einer großen Schlagzeile: „Unbedingter Schutz der Verfassung!" und bemerkt dann: „Es ist nicht recht ersichtlich, wem die Veröffentlichung der Richtlinien im jetzigen Augenblick besonders am Herzen lag, nachdem sie bereits vor der Regierungsbildung eine dringende Notwendigkeit gewesen wäre."

Nun, den Deutschnationalen hat die Veröffentlichung sicher nicht am Herzen gelegen, verehrte „Deutsche Zeitung", aber dem **Zentrum**, das damit der Demagogie seiner deutschnationalen Bürgerblockbrüder entgegenzuwirken sucht und der Proteststimmung in seinen eignen Reihen. —

*

Keudells Freund streitet ab

Den Inhalt des „**offnen Briefes**" des Landarbeiters Grasse an den Reichskanzler Marx suchte der deutschnationale preußische Landtagsabgeordnete **von der Osten (Warnitz)** im Landtag als unwahr hinzustellen. Demgegenüber ist Grasse bereit, vor Gericht zu bestätigen, daß die Kündigung mit der Begründung erfolgte: „Er solle sich von Marx eine Kuh geben lassen!"

Die Kündigung hat auf Klage Grasses dem Arbeitsgericht vorgelegen, und dieses hat sie am 22. Mai 1925 für rechtsunwirksam, d. h. für rechtsungültig erklärt. Das für den Abgeordneten von der Osten kennzeichnende Urteil hat diesen Wortlaut:

Verkündet am 22. Mai 1925 in Sachen des Arbeiters Grasse, Gut Warnitz, gegen die Gutsverwaltung.

Urteil: Die gegen den Arbeiter Grasse seitens der Gutsverwaltung in Warnitz am 4. Mai d. J. ausgesprochene Kündigung seines Dienstverhältnisses zum 1. Oktober ist **rechtsunwirsam**.

Begründung: Grasse ist, wie unwidersprochen geblieben, am 1. April vor 14 Jahren in sein jetziges Arbeitsverhältnis eingetreten. Laut Tarifvertrag beträgt die Dauer der Vertragszeit in der Regel 1 Jahr. In diesem Falle hat die Kündigung des Arbeitsvertrags ein Vierteljahr vor Ablauf des Vertrags zu erfolgen. Diese Vorschrift ist nicht beachtet. Die vom Arbeitgeber für die Kündigung angegebenen Gründe vermögen sie daher in rechtlicher Beziehung nicht zu stützen.

gez. Butz.

Der normale Kündigungstermin wäre also am 1. Januar 1926 mit Wirkung zum 1. April 1926 gewesen. Von der Osten aber kündigte **unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl** dem Arbeiter, der 14 Jahre auf seinem Gute gearbeitet hatte. Wem will der Junker heute einreden, daß diese Kündigung aus andern Gründen erfolgte? —

Gleichstellung der Notstandsarbeiter

Auf Drängen der **Gewerkschaften** hat der Reichsarbeitsminister in der Frage der Gleichstellung der Notstandsarbeiter mit den andern Arbeitern neue Weisungen an die obersten Landesbehörden herausgegeben.

Wenn sich die Notstandsarbeiter auch nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis befinden — ein solches wird erst durch die Arbeitslosenversicherung geschaffen —, so sollen sie doch schon jetzt praktisch die **Rechte der andern Arbeiter** besitzen. Ebenso ist es der Wunsch des Reichsarbeitsministers, daß die Notstandsarbeiter zur Wahrnehmung ihrer Rechte besondere Vertreter ernennen. Die Betriebsleiter sollen diese Vertreter — eine Art Betriebsrat — anerkennen.

In der **Entgeltfrage** muß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums den Notstandsarbeitern grundsätzlich der **tarifliche** und ortsübliche Lohn gezahlt werden; nur in Ausnahmefällen darf eine oberste Grenze festgesetzt werden. Das richtet sich vor allem gegen das Landesarbeitsamt Baden, das den Ausnahmefall zum Grundsatz machen wollte. Bei Beschwerden wegen Entgeltdifferenzen steht den Notstandsarbeitern zwar kein eigentliches Klagerecht, aber die Beschwerde beim Arbeitsnachweis zu.

Die **Zahl der Notstandsarbeiter** beziffert sich zurzeit auf rund 104 000; darunter sind Notstandsarbeiter in engerm Sinne 94 741; dazu kommen noch 9557 in der Krisenfürsorge befindliche Notstandsarbeiter. Die Zahl der Pflichtarbeiter beträgt 176 664, jedoch zeigt sie eine ansteigende Linie. —

Ein Freibrief für den Junker

Vor einem Potsdamer Gericht hatte sich am Donnerstag der seiner Schießlust und Prügelfreudigkeit wegen berühmte märkische Junker von **Kaehne** wieder einmal wegen Mißhandlung und Körperverletzung zu verantworten. Der junge Kaehne, um den es sich handelt, ist bereits **fünfmal** wegen Körperverletzung, Drohung, Nötigung und Beleidigung vorbestraft. Vor einigen Wochen hatte er wiederum Zusammenstöße mit Wanderern in der Nähe seines Schlosses Paetzow am Schwielowsee. Obwohl die **Schuld** des hieb- und schlagwütigen Junkers über jeden Zweifel erhaben war und ärztliche Gutachten für die Behandlung der Verletzten vorlagen, schwang sich schon der Staatsanwalt in einer sogenannten „Anklagerede" zu einer **Verteidigung** des Junkers und seines mitangeklagten Schwagers auf. Immerhin lautete der Antrag des Staatsanwalts gegen Kaehne wegen gefährlicher Körperverletzung bei Verneinung mildernder Umstände auf 3 Monate Gefängnis.

Das **Gericht** hat jedoch unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Westerkamp** von Kaehne **freigesprochen** und verurteilte lediglich den Reichswehrunteroffizier Schröder wegen ausgeteilter Ohrfeigen zu 30 Mark Geldstrafe.

In einem zweiten Falle wurde v. Kaehne wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht brachte es fertig, die neuen Zusammenstöße von Kaehnes mit Berliner Wanderern als eine „harmlose" Sache hinzustellen und billigte von Kaehne kurzerhand trotz seiner Vorstrafen den Glauben zu, daß für ihn **Notwehr** vorlag.

Damit hat das Gericht diesem Rohling von Junker abermals einen **Freibrief** für weitere Heldentaten ausgestellt. —

Die findige Justiz

Am Mittwoch begann vor dem Reichsgericht in Leipzig ein Hochverratsprozeß gegen die Buchdruckereibesitzer Gebrüder **Basista** aus Berlin sowie die beiden Inhaber der Firma Lisebe, die Maschinensetzer Erich Kloppe, Bruno Schulz und den Prokuristen der Firma, Paul Tarnick und zwei weitere Genossen. Alle Angeklagten sind beschuldigt, sich an der Herstellung und am Druck der vom Oberreichsanwalt beschlagnahmten kommunistischen **Bürgerkriegshefte** beteiligt zu haben.

Die Buchdruckerei Basista, ein bürgerliches Unternehmen, nahm 1924 den Auftrag zum Druck der Bürgerkriegshefte entgegen. Der Maschinensatz wurde bei der Firma Lisebe hergestellt. Drucker und Hersteller wurden auf eigenartige Weise ermittelt. In den Bürgerkriegsheften haben einige Maschinensätze fehlerhafte Typen. Eine von dem Apostel Häusser herausgegebene Broschüre, die ebenfalls in der Buchdruckerei der Firma Basista gedruckt war, wies die gleichen Typenfehler auf. Die Nachforschungen ergaben, daß in dieser Druckerei auch die Bürgerkriegshefte hergestellt wurden. Drucker und Hersteller wurden daraufhin **verhaftet**.

Die Angeklagten Tarnick, Kloppe und Schulz geben zu, Mitglieder der Kommunistischen Partei zu sein. Alle Angeklagten bestreiten, sich eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht zu haben.

Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Man wird in ihm wieder einmal bewundern können die Findigkeit der Frau Justitia, die beinahe einen sechsten Sinn hat für alles, was kommunistisch ist. Kein Wunder, daß ihr bei so starker Betätigung nach dieser Seite manches andre nicht nur entgeht, sondern auch weniger wichtig erscheint.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt zu diesem Prozeß: „Auch dieser Prozeß ist ein Novum. Wenn auch hier Verurteilung erfolgen sollte, so wird also nach der Zensurpflicht der **Buchhandlungsgehilfen** auch die der **Drucker** und **Setzer** eingeführt. Wir brauchen nicht besonders auszusprechen, daß wir diese Art von „Rechtsprechung" für nichts andres als **politische Verfolgung** erachten. —

Amerika

Unsre Landsleute, die über den großen Teich zurückkommen, sind von dem, was sie drüben gesehen haben, so entzückt, daß man denken könnte, das Leben in den Vereinigten Staaten müßte an Vollkommenheit grenzen. Ein Ingenieur **Dreyer** aus Hannover, der eine Filmreise durch die Staaten gemacht hat, berichtet in ähnlich begeistertem Tone. Wie vollendet sind nicht die **Verkehrsverhältnisse**! Man stellt sich auf den Bahnhöfen von Neuyork unter eine grüne, weiße oder rote Tafel und wartet ruhig, bis der gewünschte Zug unmittelbar vor einem hält. Kein Hin- und Herlaufen, kein Gedrängel! Ebensowenig in der Straßenbahn, die ihre Türen nur an den Haltestellen öffnet, den Eingang hinten, den Ausgang vorn hat. Auch die Verkehrspolizei arbeitet praktischer als bei uns: die Durchfahrt für Automobile wird nicht mit einem Ruck freigegeben wie bei uns, sondern allmählich — nacheinander leuchten unter dem Hauptsignal drei kleinere auf, so daß der Fahrer sich vorbereiten kann. Dann die **Wohnverhältnisse**: welch angenehmes Leben draußen in der Vorstadt in dem Einfamilienhaus, dem „Bungalo", das sich auch der Angestellte, jeder besser bezahlte Arbeiter auf Abzahlung von einem großen Warenhaus fix und fertig, bis auf den Nagel in der Wand, beziehen kann! Aber auch in den riesigen Miethäusern, in denen oft 1500 Familien untergebracht werden können, ist der Komfort für unsre Begriffe märchenhaft. In jeder Küche gibt es einen elektrischen Kühlschrank, gibt es Gasöfen und Heizungsanlagen, die man nach der Uhr einstellen kann auf viele Stunden im voraus, und Trichter, die den Müll aufnehmen und in einen Verbrennungsofen leiten. Ein Fordsches Auto, in dem man am Wochenende nach einem mit allem Notwendigen versehenen Parke hinausfährt, kann sich auch der kleine Mann leisten. Kurzum: man hat drüben entschieden mehr von seinem Leben als bei uns. Selbst die **Kirche** ist weit liberaler und räumt ihre Gotteshäuser, anschließend an Predigt und Andacht, für **Tanzvergnügen** ein. Für Kinovorstellungen gibt sie sie schon längst frei.

Alle diese Segnungen wären nicht denkbar ohne die geradezu schwindelerregende Entwicklung der **Technik**. Daß man einen Ozeandampfer mit Kohle versehen kann, ohne daß auch nur ein Mensch einen Finger krumm zu machen braucht, und daß der Heizer es nicht wie bei uns nötig hat, sich auch nur einmal zu bücken, weil das Gewicht sich langsam in die Höhe bewegt und er also immer in Brusthöhe aufnehmen kann; überhaupt, daß nach dem Gesetz des **laufenden Bandes**, zuerst ausgeprobt in den Schlachthäusern von Chikago, jeder Arbeiter nur einen ganz kleinen, andauernden Handgriff zu tun braucht — all das ist so recht nach dem Herzen des Ingenieurs. Und erst der Bau eines Wolkenkratzers — welch eine unbegreifliche Leistung! Durch eine Schwimmsandschicht von 40 Meter und mehr müssen die Fundamente hinabgetrieben werden, ehe sie auf den Fels zu stehen kommen, der den Koloß trägt. Man bedient sich dazu der Taucherglocke, unter die Preßluft gepreßt wird. So wird Platz geschaffen für die stählernen Träger, die hinabgesenkt werden, und die man als Schutz gegen Feuersgefahr mit Hohlziegeln und Beton umkleidet. Man muß diese Gebäude schon deswegen so hoch in den Himmel hinauftreiben, weil der Grund so teuer ist: das Quadratmeter kostet nämlich die Kleinigkeit von 24 000 Mark. Diese Häuser können gar nicht schnell genug fertiggestellt und bezogen werden; zuweilen werden die mittlern Stockwerke schon bewohnt, wenn die untern und obern noch im Bau sind. Ein wertvoller Bauplatz mitten in der City ist durch Testamentsbestimmung für eine Kirche ausersehen. Aber die Advokaten wissen sich Rat, die Höhe, in der die Kirche errichtet werden soll, ist nicht mit angegeben. Folglich baut man sie 20 Stock hoch auf einen Wolkenkratzer!

Ist das nun wirklich alles so schön und nachahmungswert, wie es uns geschildert wird? Macht nicht diese unsinnige Anhäufung von Menschen, in der **Chikago** Neuyork bald noch übertrumpft haben wird, das mörderische Klima jener Großstädte mit seinen schroffen Gegensätzen von Gluthitze und arktischen Frösten erst recht zur Hölle? Unsre Reiseschriftsteller tun immer so, als gäbe es drüben nur wohlhabende Leute. Von den Elendsvierteln wird uns nur die humoristische Seite gezeigt: die Wäsche, die die Italiener wie in Neapel über die Straße spannen, die mauschelnden Juden im polnischen Getto. Wo bleiben Licht und Luft zwischen den bis über 200 Meter hoch aufragenden Geschäftshäusern, diesen steinernen Riesenklötzen? Die Straßen zwischen ihnen sind schauerliche, sonnenlose Schächte. Wehe den **Kindern**, die hier aufwachsen und sich nicht im Automobil hinausfahren können! Und die **Arbeiter**, die es gerade 40 Minuten alle 24 Stunden in der Taucherglocke aushalten, sind die etwa zu beneiden? Oder die Leute, die am „laufenden Band" arbeiten, zu einem unaufhörlich wiederholten abstumpfenden Handgriff verurteilt, tagaus, tagein? Was tut der Staat, der angeblich „demokratisch", um sie vor der Raubgier der Unternehmer zu schützen? Was, um ihr Alter sicherzustellen?!

Der Staat ist nichts drüben — der einzelne, der Profitjäger ist alles. Der Staat vermag nicht zu verhindern, daß die Eisenbahngesellschaften mit ihren Brücken die Flüsse versperren und dadurch die Schiffahrt, die billigere Frachten anbieten könnte, lahmlegen. Noch viel weniger verhindert er, daß die Landschaft überall mit den scheußlichsten Plakatwänden geschändet wird. Nichts verhindert dieser Staat — auch nicht die Korruption in Politik, Justiz und Polizei.

Das amerikanische Dorado hat seine **Schattenseiten**. Aber von denen spricht der Oberingenieur Dreyer nicht. Schon deswegen, weil es ihm darum zu tun ist, für den **Norddeutschen Lloyd** Propaganda zu machen, wie schon das Lloyd-Wappen auf seinen Handzetteln ausweist.

H. H.

Der Schafswolf

Eine ganz unpolitische Fabel von **Felix Fechenbach**.

Es war einmal ein Wolf, der kam eines Tages zu den Schafen und bot ihnen Frieden an. Die Schafe aber waren mißtrauisch und veranlaßten einen alten, schwarzen Hammel, mit dem Wolfe zu unterhandeln. Meister Isegrim wollte auf die Bedingungen der Schafe nicht eingehen und suchte alle möglichen Ausflüchte. Aber schließlich gelang es dem schwarzen Hammel doch, mit dem Wolf einen Friedenspakt abzuschließen. In der Versammlung der Schafe teilte der Hammel dann die mit dem Wolfe getroffenen Abmachungen mit:

„Meine lieben Mitschafe," sagte er, „der Wolf hat uns ewige Freundschaft geschworen. Er verzichtet in Zukunft darauf, Schafe zu fressen, will in unsrer Herde leben und sich nur noch von Gräsern und Blumen nähren. Es ist der feste Wille des Wolfes, für den Schutz, die Achtung und die Ehre der unter den Schafen geltenden Gesetze mit Tatkraft einzutreten. Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Abändrung dieser Gesetze wird er als Hochverrat ahnden. Insbesondere wird er auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz unsrer bestehenden Gemeinschaftsform bezwecken, vorgehen. Es versteht sich von selbst, daß der Wolf unsre bisherigen Beziehungen zu andern Tieren im Sinne gegenseitiger Verständigung gemeinsam mit uns weiter pflegen wird. Wie auch immer sein Leben in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft wird es bestimmt sein durch die von uns angebahnte friedliche Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen."

Der Wolf kniff bei dieser Rede vor schmerzlichem Unbehagen seinen Schwanz zwischen die Beine und hielt dann selbst eine Ansprache. Dabei schwächte er alles ab, was der schwarze Hammel vorgetragen hatte und erklärte zum Schlusse, daß der Hammel während der Verhandlungen mit ihm keine Preisgabe seiner wölfischen Lebensanschauungen verlangt noch daß er selbst ein Aufgeben seiner Wolfsnatur in Aussicht gestellt habe. Nach einigem Hin- und Widerreden einigte man sich aber zum Schluß doch wieder und der Wolf lebte von diesem Tage an als Schafswolf unter den Schafen und fraß Blumen und Gräser, so sauer ihm das auch ankam. Die Schafe waren bald in Sicherheit gewiegt und brüsteten sich damit, daß sie den Wolf durch ihre Klugheit von seinen frühern Raubtiergewohnheiten kuriert hätten.

Aber sie hatten sich gründlich getäuscht. Der Wolf hatte während seines Aufenthalts bei den Schafen heimliche Beziehungen zu seinen Brüdern in den Wäldern unterhalten. Und eines Nachts, als die Schafe nichtsahnend schliefen, schlich sich der Wolf fort und kehrte an der Spitze eines Rudels hungriger Wölfe zurück. Gierig stürzten sie sich alle auf die betrogenen Schafe und fraßen sie mit Haut und Wolle auf. —

Fritz Forberg, erster Bonvivant der städtischen Bühnen Magdeburgs, verläßt nach vierjährigem Wirken unsre Stadt und begibt sich auf eine Tournee nach Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile. Er verabschiedet sich vom Magdeburger Publikum am Sonntag den 27. Februar als „Dr. Bruno Martens" in Fuldas „Jugendfreunde" im Wilhelm-Theater. —

Her mit den Schwurgerichten!

„Wer die Entscheidung der Schuldfrage aus den Händen der Geschwornen nimmt und in die Hände eines aus Berufsrichtern und Laien zusammengesetzten Kollegiums legt, vertraut sich den Berufsrichtern allein an." Dieser Satz, sofort nach Erdrosselung der Schwurgerichte durch den Reichsjustizminister Emminger im Frühjahr 1924 vom „Vorwärts" geprägt, hat vom ersten Tage des Bestehens der neuen „Schwurgerichte", einer aus drei Berufsrichtern und sechs Laienrichtern zusammengezimmerten Mißbildung seine Gültigkeit gehabt. 3 Jahre mußten aber ins Land gehen, ehe im Jahre 1926 ein unbedeutendes Ereignis das Geschwür am Organismus der deutschen Rechtspflege zum Platzen brachte. Ein Mißverständnis, entsprungen der Dunkelkammer des Emmingerschen „Schwurgerichts", zeigte das wahre Gesicht dieser von den Berufsrichtern so hoch geschätzten Neubildung ohne jegliche Schminke in dessen ganzer volkswidriger Häßlichkeit.

Die Beleidigungsklage des Landgerichtsdirektors Marschner gegen den Redakteur eines Berliner Montagsblattes, einen Rechtsanwalt und einen Staatsanwaltsassessor, riß ihr die letzten Hüllen herunter. So hörte der Prozeß des Landgerichtsdirektors Marschner auf, eine reine Berliner Lokalangelegenheit zu sein; auf der Anklagebank saß das „Schwurgericht" wie es heute ist. Der Nebenkläger Marschner bedeutete nur seine Verkörperung; seine Person blieb gleichgültig. Was hat es aber mit dem Prozeß Marschner auf sich?

In einem Zivilprozeß hatten zwei Justizwachtmeister in beiden Instanzen beschworen, daß sie am 7. August 1923 mit einem gewissen Lehmann in der Nähe des Kriminalgerichts in einer Kneipe gewesen seien. Diesen Aussagen standen andre entgegen, die behaupteten, daß L. am fraglichen Tage eine bestimmte Handlung in einem Orte in der Nähe von Berlin, in Glasow, vorgenommen habe. Gegen die beiden Justizwachtmeister wurde daraufhin ein Meineidsverfahren eröffnet; L. sollte sich der Anstiftung schuldig gemacht haben. Die Justizwachtmeister wurden auch wegen fahrlässigen Falscheides zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt. Als sie hinterher die Geschwornen aufsuchten, um von ihnen Unterschriften für ein Gnadengesuch zu erhalten, erfuhren sie, daß das Urteil nicht rechtmäßig zustande gekommen sei; die erforderliche Zweidrittelmehrheit habe für einen Schuldspruch gefehlt; vier Laienrichter seien für einen Freispruch gewesen. Auf Anraten ihres Verteidigers veranlaßten nun die Verurteilten die Geschwornen eine entsprechende Eingabe an das Gericht zu machen. Als dann diese Eingabe nicht schnell genug den Gerichtsakten beigefügt wurde, lancierte der Anwalt in ein Montagsblatt eine Erklärung, in der er den Sachverhalt schilderte. Das genannte Blatt warf dem Landgerichtsdirektor Marschner, der in der erwähnten Gerichtsverhandlung den Vorsitz geführt hatte, in sensationeller Aufmachung Fälschung des Urteils gegen die beiden Justizwachtmeister vor. Marschner strengte darauf eine Beleidigungsklage an.

Dieser Beleidigungsprozeß nun, der mit der Verurteilung der Angeklagten zu ziemlich hohen Geldstrafen endete, gestaltete sich in Wirklichkeit zum Gericht über die Emmingersche Mißgeburt.

Früher durften zwölf Geschworne, unabhängig von den Berufsrichtern, ihr „Schuldig" oder „Nichtschuldig" fällen. Sie erhielten den Bogen mit den schriftlich formulierten Schuldfragen vom Vorsitzenden in die Hand gedrückt und entfernten sich nach erfolgter Rechtsbelehrung ins Beratungszimmer. Hier fällten sie ihren Spruch ihrem Eide gemäß „nach bestem Wissen und Gewissen". Sie berücksichtigten dabei die Persönlichkeit des Angeklagten, die Motive der ihm zur Last gelegten Tat, die äußern Umstände, die zu derselben geführt hatten, die Folgen, die für ihn und seine Familie eine Bestrafung nach sich ziehen würde und schließlich auch die Forderungen des Gesetzes. An dieses waren sie nicht gebunden. Sie durften auch dann auf Freispruch erkennen, wenn die Tat begangen war; ausschlaggebend war für sie in erster Linie der Täter selbst. Die Berufsrichter bestimmten dann das Strafmaß. Waren aber die Richter einstimmig der Ansicht, daß der Wahrspruch der Geschwornen ein Fehlurteil sei, so konnten sie ihn als nichtig erklären und die Entscheidung andrer zwölf Laienrichter anrufen. In den übrigen Fällen durfte der Spruch der Geschwornen nur bei etwaigen Verstößen formaler Natur durch das Reichsgericht aufgehoben werden.

Das Urteil der zwölf Laienrichter bildete gewissermaßen den Ausfluß der Rechtsempfindung des Volkes. Doch nicht immer war es das: die Zusammensetzung der Geschwornenbank war eine künstliche; sie gab den begüterten Schichten der Bevölkerung den Vorrang. Und doch bot sie die Möglichkeit der Entwicklung zum wahren Volksgericht. Sie bedeutete eine Errungenschaft des revolutionären Volkes in den Kampfe gegen die richterliche Willkür im absolutistischen Staat. Sie hatte mit dem Siege der bürgerlichen Revolution überall ihren Einzug gehalten.

Emmingers Kabinettsordre, 1923 zustande gekommen, brachte den reaktionären Sehnsüchten des Berufsrichtertums Erfüllung. Für ihr Paragraphen-„Gewissen" bedeutete das Volksgewissen schon seit jeher eine untragbare Belastung; Freisprüche bei gegebenen „verbrecherischen" Tatbeständen wirkten auf sie wie ein rotes Tuch. Nun konnten sie die Laienrichter an der Stange halten. Der Eid der Geschwornen „nach bestem Wissen und Gewissen" zu urteilen, wurde von ihnen durch die äußere Gebundenheit an den Paragraphen des Strafgesetzbuches abgeschwächt. Statthalter der Göttin der Gerechtigkeit im Beratungszimmer waren nun sie allein. Sie erdrückten den Laienrichter durch die Uebermacht ihrer juristischen Autorität und die Feierlichkeit ihres Talars. Das Geschwornengericht sank auf die Stufe des Schöffengerichts herab.

Die Forderung nach der Wiederherstellung des alten Schwurgerichts prallte an tauben Ohren ab. Die moralische Vergewaltigung des Geschwornen durch Berufsrichter im Beratungszimmer ward ein offenes Geheimnis. Seit dem Prozeß des Landgerichtsdirektors Marschner hat es überhaupt aufgehört, Geheimnis zu sein: die Ueberheblichkeit und Verachtung dem Laienrichter gegenüber, seine Ueberstimmung durch den Berufsrichter ist hier zum erstenmal durch das Lüften des Beratungszimmergeheimnisses aller Welt handgreiflich offenbar geworden.

Es mußte festgestellt werden, ob es wahr sei, daß vier Laienrichter für einen Freispruch der beiden Justizwachtmeister gestimmt hatten. Es erwies sich, daß tatsächlich vier derselben sofort nach dem Referat des Berichterstatters auf die Frage des Vorsitzenden erklärt hatten, sie glaubten dem Zeugen nicht, die Justizwachtmeister, bisher ungestrafte alte Beamte, hätten nicht falsch schwören können, sie müßten freigesprochen werden.

Da setzte die Diskussion ein. Der Vorsitzende selbst hielt das „Korreferat". Er erklärte, daß ein Freispruch hier unmöglich sei, „dann brauche man ja überhaupt nicht mehr zu verhandeln"; „die Angeklagten müßten doch bestraft werden"; „selbst wenn sie ja sagten, kämen die Leute nicht ins Zuchthaus"; „schließlich seien doch im großen und ganzen die Richter ausschlaggebend" usw. 3 Stunden lang währte das „Plattschlagen" der Laienrichter; wie das vor sich ging und was dabei in den „Geschwornen" vor sich ging, erhellte aus deren Aussagen im Prozeß Marschner.

Nur die schlagendsten Aussprüche seien angeführt: „Nach allem „Einreden" habe ich mich schließlich für eine kleine Strafe ausgesprochen," sagte einer der Zeugen. „Ich war der Ansicht, wie die Richter vortragen, würde es richtig sein." „Das Gesetz kennen die Herren besser", meinte ein andrer; und die übrigen fügten hinzu „wir baten" (die Laienrichter baten, anstatt zu fordern) „um eine kleine Strafe"; „offiziell habe ich für Ja gestimmt, innerlich war ich nach wie vor für Freispruch"; „direkt für eine Verurteilung war ich nicht"; „ich fühlte mich überstimmt und habe deshalb an der Schlußabstimmung überhaupt nicht teilgenommen".

Diese Schlußabstimmung, die von Rechts wegen den Ausschlag gab, entsprach somit nicht der innersten Ueberzeugung der Geschwornen, sie widersprach bei vieren ihrem Eide, „nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen". Ungewollt hatten die Berufsrichter ihre Laienkollegen moralisch vergewaltigt. Und solches geschieht tagtäglich in ganz Deutschland in ungezählten Beratungszimmern der „Schwur"- und Schöffengerichte.

Die ganze Ueberheblichkeit des Berufsrichteriums dem Laienrichter gegenüber kam aber in zwei Sätzen des Landgerichtsdirektors Marschner zum Ausdruck: „Sie (seine Schöffen, natürlich nicht alle) seien nicht von Gott mit den Gaben begnadet gewesen, die sie in ihrem Richteramte bedurften. „Ich lasse sie sprechen, denn sonst sterben sie an versetzter Rede."

Dies ist aber der Standpunkt des von Gott begnadeten Berufsrichtertums überhaupt.

Keine Rechtsbelehrung wie früher; keine schriftlich formulierten Schuldfragen, kein öffentlich verkündetes Abstimmungsergebnis des Beratungszimmers. So konnte, ja mußte das Mißverständnis im Falle der beiden Justizwachtmeister entstehen: die vier Geschwornen, von denen einige im „Radau" der Schlußabstimmung sich schließlich für den fahrlässigen Falscheid ausgesprochen hatten, glaubten, daß ihre erste Aeußerung für den Freispruch als Ausdruck ihrer innersten Ueberzeugung entscheidend war. Und eigentlich war sie dies auch. Eine Fälschung seitens des Vorsitzenden lag nicht vor; verfälscht war aber die Rechtsüberzeugung der Geschwornen.

Gegen diese Verfälschung der Rechtsüberzeugung des Volkes gibt es nur ein Mittel: Wiederherstellung der alten Schwurgerichte, wahrhaft demokratische Listenaufstellung der Geschwornen.

Der Prozeß Marschner hat dem Emmingerschen Mißgebilde den Todesstoß gegeben; er hat das Beratungszimmer seiner „Schwurgerichte" zu dem gestempelt, was es wirklich ist: zur ungewollten Fälscherwerkstatt der Rechtsüberzeugung des Volkes. In einem Briefe an ein Berliner Blatt schreibt ein Geschworner: „Nach dem zweiten Verhandlungstage fragte ich mich bereits, ob ich es noch länger mit meinem Gewissen vereinbaren könne, Kulisse für ein nicht einmal seinen Namen verdienendes „Volksgericht" zu sein. „Einmal und nie wieder" war auch am Ende der Schwurgerichtssession die Ueberzeugung meiner Mitgeschwornen." Dies ist der Schrei eines vergewaltigten Gewissens. Wie lange soll dies noch so dauern?

Her mit den Schwurgerichten! —

Auswärtiger Ausschuß

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wählte am Donnerstag zu Beginn der Beratungen zunächst an Stelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abg. Hergt den deutschnationalen Abgeordneten Wallraf zum Vorsitzenden.

Im Anschluß an einen Bericht des Staatssekretärs von Schubert über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags wurden beide Verträge vom Ausschuß bewilligt. In ihnen ist für alle Streitigkeiten ein Verfahren vorgesehen, für Rechtsstreitigkeiten ein Schiedsgerichtsverfahren mit einem die Parteien bindenden Schiedsspruch, für andre Streitigkeiten ein Vergleichsverfahren, bei dem es den Parteien freisteht, die Vorschläge des Vergleichsrats anzunehmen oder abzulehnen.

Später nahm der Ausschuß einen Vortrag des Staatssekretärs v. Schubert über die bisherigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen entgegen. An der anschließenden ausführlichen Aussprache beteiligten sich Vertreter aller Parteien. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Breitscheid. Voraussichtlich wird sich der Auswärtige Ausschuß in der nächsten Woche mit der Frage der Munitionsbeschaffung aus Rußland befassen. —

Abfindungsdebatte im Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Reglung der Auseinandersetzung zwischen Ländern und ehemaligen Fürstenhäusern und Standesherren der Landesgesetzgebung zu überlassen. Die Reichsregierung ersuchte den Ausschuß, die Behandlung des Antrags zurückzustellen und zunächst die Wirkung der Verlängerung des Abfindungsvergesetzes bis zum 30. Juni abzuwarten. Die Reichsregierung hoffe, daß bis zu diesem Zeitpunkt in allen Ländern Vergleiche mit den ehemaligen Fürstenhäusern zustande kommen. Die Reichsregierung werde alles tun, solche Vergleiche zu vermitteln und zu fördern.

Die Abgeordneten Landsberg und Rosenfeld (Soz.) sowie Brodauf (Dem.) widersprachen der Verschiebung, da nach den Erfahrungen mit den teilweise maßlosen Forderungen von Fürsten ein Zustandekommen von Vergleichen bis zum 30. Juni, bei denen die Interessen des Volkes nicht zu kurz kommen, wenig wahrscheinlich sei.

Abg. Rosenfeld (Soz.) wandte sich scharf gegen den Standpunkt des Abg. Kahl (D. Vp.), der die Schuld an der Verschleppung der Vergleiche nicht den Fürsten, sondern den Ländern zuschrieb, die den Fürsten die kalte Schulter zeigten. Mehrfach zur Rede gestellt, erklärte der Vertreter der thüringischen Regierung schließlich, über den Stand der Dinge in Thüringen keine Auskunft geben zu können.

Abg. Frölich (Thüringen, Soz.) erklärte es für ausgeschlossen, daß in Thüringen bis zum 30. Juni alle schwebenden Prozesse durch einen Vergleich erledigt werden könnten. In Thüringen liege es an den Fürstenhäusern, wenn keine Verständigung zustande kommt.

Die Mehrheit des Ausschusses beschloß jedoch gegen die Stimmen der Linken, die Behandlung des sozialdemokratischen Antrags zu vertagen. —

Durch Löbes Einspruch gerettet

Die sieben von litauischen Feldgerichten zum Tode verurteilten und mit der Hinrichtung bedrohten litauischen Kommunisten, wegen deren sich der Reichstagspräsident Paul Löbe an den Präsidenten der litauischen Republik gewandt hat, sind, wie jetzt aus Kowno mitgeteilt wird, vom Präsidenten Smetana sämtlich zu Freiheitsstrafen begnadigt und die Freiheitsstrafen andrer Verurteilter in ihrer Dauer herabgesetzt worden.

Dagegen ist der weitere Wunsch Paul Löbes, nämlich die Verurteilten einem neuen Gerichtsverfahren mit Rechtsgarantien zu unterwerfen, nach der ihm gewordenen Mitteilung nicht erfüllt worden, weil das angeblich nach den gesetzlichen Vorschriften unstatthaft ist. Immerhin ist das Schlimmste von diesen Opfern ihrer politischen Ueberzeugung abgewendet worden.

Den deutschen Kommunisten wird diese Errettung ihrer litauischen Parteigenossen vom sichern Tode keine übergroße Freude bereiten; denn der Reichstagspräsident Löbe ist ja Sozialdemokrat, und irgendeine Handlungsweise eines Sozialdemokraten anerkennen, ist den Kommunisten das schlimmste Uebel. Ihr Kampf richtet sich ja zuerst gegen Sozialdemokraten und dann erst gegen die Feinde der Arbeiterschaft. —

Notizen

Der Prahlhelm will Berlin erobern. In einer am Donnerstag in Hamburg veranstalteten Kundgebung des „Stahlhelms" kündigte dessen Bundesführer Seldte die bevorstehende Zentralisation des Bundes in Berlin an. Noch in diesem Jahre sollten 100 000 Frontkämpfer nach dem „roten Berlin" geworfen werden, damit man es dort merke, daß es nicht nur rote Massen gäbe. Eines Tages werde der Stahlhelm dann in Berlin bleiben. Der Stahlhelm wolle zum Gründer eines neuen Reiches werden, um dereinst wieder Bismarck treu ins Auge blicken zu können. In seiner Rede hatte Seldte wiederholt auf die Kümmerlichkeit der norddeutschen Stahlhelmbewegung hingewiesen. Mit vielen Entschuldigungsgründen gab dies der Landesverbandsführer zu, indem er die „norddeutsche Zurückhaltung" für diese Schwäche verantwortlich machte. — Na, dann viel Glück zum Eroberungsfeldzug. —

„Lodzer Volkszeitung" beschlagnahmt. Der „Vorwärts" meldet aus Warschau, daß die „Lodzer Volkszeitung", Organ der deutschen sozialistischen Partei, wegen Abdrucks eines Artikels des deutschen Sejmabgeordneten Franz unter dem Titel „Was in Polen nicht alles konfisziert wird" beschlagnahmt worden ist. —

Nobelpreis dem Internationalen Gewerkschaftsbund? Von führenden Persönlichkeiten verschiedener Länder ist beim Nobelpreiskomitee der Antrag gestellt worden, den Friedens-Nobelpreis für 1927 dem Internationalen Gewerkschaftsbund zuzusprechen. —

Politischer Mord in Sowjetrußland. Der Polizeichef des Kreises, Ruschin, Virjukow, ist ermordet worden. Eine Kommission der Politischen Polizei hat sich an den Tatort begeben, um die Untersuchung einzuleiten. Die Presse behauptet, daß die Tat von Banditen verübt sei. Auch der Vorgänger Virjukows im Amte, Sacharow, und zwei seiner Unterbeamten sind vor einiger Zeit ermordet worden. —

Depeschen

Polens Haltung zum Zollkrieg

Wb. Warschau, 18. Februar. Der polnische Handelsminister Dr. Kwiatkowski gewährte einem Vertreter des „Kurjer Poranny" eine Unterredung, in der er darauf hinwies, daß Polen eine Verlängerung des deutsch-polnischen Zollkrieges nicht wünsche, wenn auch die bisherigen Ergebnisse des Zollkrieges für Polen nicht ungünstig seien. Immer mehr würde die Lieferung vieler früher von Deutschland bezogener Waren jetzt von Frankreich, Belgien, Dänemark, Holland, den Vereinigten Staaten, Oesterreich und der Tschechoslowakei besorgt.

Der Minister betrachtet die Vertagung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, von einem Abbruch wolle er nicht sprechen, als politische Entschließung der neuen deutschen Regierung. Auf die Frage, ob die polnische Regierung die Absicht habe, auf die Taktik der Reichsregierung mit Sondermaßnahmen zu antworten, antwortete Dr. Kwiatkowski, daß die polnische Regierung trotz allem aus eigner Initiative nichts unternehmen wolle, was die Handelsbeziehungen mit Deutschland verschärfen könnte. Nur könne Polen nicht ohne weiteres und einseitig Deutschland jene rechtlichen und wirtschaftlichen Vorteile einräumen, die ihm auf Grund eines zukünftigen Handelsvertags zuerkannt werden könnten.

Im übrigen könne er versichern, daß Polen einen nicht wahrscheinlichen Beschluß der deutschen Regierung, die Verhandlungen einzustellen, in Ruhe als einen Schritt aufnehmen würde, der den größten Schaden nicht Polen zufüge. —

Der Kampf um Schanghai

TU. London, 18. Februar. Wie aus Schanghai gemeldet wird, zieht sich die von den Kantontruppen bei Hangtschau geschlagene Armee des Generals Suntschuanfang in heilloser Verwirrung auf Schanghai zurück. Der Rückzug geht die Eisenbahnlinie Kiasching Sungkiang entlang. Die ganze Provinz Tschekiang ist damit den Kantontruppen in die Hände gefallen und der Entscheidungskampf um den Besitz von Schanghai ist in sein letztes Stadium getreten.

London, 18. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Nach den neusten Meldungen aus China wird die Stadt Hangtschau zurzeit noch von der Nachhut der Armee des Generals Suntschuanfang gehalten und mit äußerster Heftigkeit verteidigt. Jedoch befindet sich die Armee bereits auf dem Rückzug, und die Kantontruppen sind in einige Vorstädte eingerückt.

Anscheinend will General Suntschuanfang neue Stellungen in Ruhe ausbauen und seinen Rückzug in Ordnung durchführen. Die neuen Stellungen sollen sich 16 Kilometer südwestlich von Schanghai befinden. —

Englischer Truppentransport nach Schanghai

Wb. Hongkong, 18. Februar. Ein weiteres britisches Bataillon ist heute von hier nach Schanghai abgegangen. Die Truppen des Generals Sunschuanfang ziehen sich von Hangtschau zurück. —

Die Märztagung des Völkerbundes

Berlin, 18. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Der Reichsaußenminister Stresemann wird von seinem jetzigen Erholungsaufenthalt an der Riviera Anfang März nach Genf reisen, wo er an der am 6. März beginnenden Tagung des Völkerbundsrats teilnehmen wird.

Dr. Stresemann wird den Bericht des Wirtschaftsausschusses erstatten, der auch über die Weltwirtschaftskonferenz referieren wird.

Die Tagesordnung der März-Session des Völkerbundsrats bietet auch sonst für Deutschland sehr wichtige Punkte, u. a. die Ernennung des Präsidenten der Regierungskommission im Saargebiet, den Bericht des Finanzkomitees über die finanzielle Lage der Freien Stadt Danzig, ferner oberschlesische Minoritätsfragen usw. —

Amerikas Feldzug gegen Nikaragua

Neuyork, 18. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Das amerikanische Marineamt hat weitere 1600 Marinesoldaten nach Nikaragua beordert. Dem dortigen Oberbefehlshaber, Admiral Latimer, stehen jetzt insgesamt 2300 Mann amerikanischer Soldaten, die unter anderm auch mit Flugzeugen ausgerüstet sind, zur Verfügung. Da die bisherigen Bemühungen, den Bürgerkrieg in Nikaragua beizulegen, erfolglos geblieben sind, plant der Admiral, nunmehr ganz Nikaragua als neutrale Zone zu erklären, um so den Aufstand zu unterdrücken. —

Faszismus in Portugal

Wb. Paris, 18. Februar. Ein nach Lissabon entsandter Sonderberichterstatter des „Journal" hat nach Niederwerfung des Aufstandsversuchs in Porto Ministerpräsident Carmona gesprochen, der ihm erklärte, seine Diktatur sei nur vorübergehend. Sie werde aufhören, sobald das Problem der allgemeinen politischen Orientierung Portugals gelöst sei. Die Verfassung werde durch eine Nationalversammlung abgeändert werden, an deren Einberufung man jetzt allerdings noch nicht denken könne. Er bestreite nicht, daß das in Portugal bestehende Regime mit dem italienischen oder spanischen Fascismus eine gewisse Aehnlichkeit habe.

Kriegsminister Oberst Sufa erklärte dem Berichterstatter, daß der Aufstandsversuch nicht so bald wiederholt werden würde. Die Regierung sei vorbereitet, jeden derartigen Versuch mit der gleichen Energie zu unterdrücken. Er glaube nicht, daß die Festgenommenen die Hauptführer der Bewegung seien. Diese hielten sich versteckt, aber man werde sie zu finden wissen. —

Präsident der Saarregierung tritt zurück

TU. Genf, 18. Februar. Wie offiziell mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes das Rücktrittsschreiben des Präsidenten der Saarregierung, des Kanadiers Steffens, erhalten. Nach diesem Schreiben wünscht der Präsident, der seit 1924 Mitglied der Saarregierung ist, und seit 1926 ihre Präsidentschaft führt, von der bevorstehenden Ratstagung im März nicht wieder ernannt zu werden. —

Schluß-Tage
der
Weißwaren-Woche

Massen-Angebote
Außergewöhnlich preiswert

Zirka 1000 Paar **Kameelhaar-Schnallenstiefel** Filz- und Lederfohlen, 27 bis 35, 36 bis 42 ..... **1.95**

Zirka 300 Paar **Damen-Schnürstiefel** darunter Boxkalf u. Chevreau, Größe 36 b. 38, auch echte Rahmenarbeit **2.95**

Zirka 600 Paar **Damen-Zugschuhe** auch **Schnür- und Spangenschuhe** in vielen Modellen, volle und geschweifte Absätze 8.75 7.90 6.75 **5.90**

Zirka 600 Paar **Damen-Lack-, -Zug-, -Schnür- und -Spangenschuhe** volle und geschweifte Absätze, ... 9.75 8.75 7.90 **6.75**

Ca. 500 P. Mädch.-Zug-, -Schnür-, -Spangenschuhe schwarz, R.-Chevr., 31 b. 35 5.90 27 b. 30 4.90 25 u. 26 3.50 23 u. 24 **3.25**

Zirka 300 Paar **Herren-Stiefel** auch Burschen, schwarz R.-Box 8.75 **6.75**

Zirka 400 Paar **Herren-Stiefel** schwarz Borkalf und Box, Original Goodyear-Welt, unter Preis **12.50**

Breiter Weg 168 1/1 Treppe

Besonders billig:
Einzelmöbel
mit
Kredit-Bewilligung
Verkauf geg. bar
nußbaum oder eiche:
1 Bettstelle, 1 Aufleg.,
1 Spiral 50 bis 75 M
1 Spiegel 20 bis 35 M
Schränke mit u. ohne Wäscheint. 50 bis 1[illegible]
Vertikos 50 bis 80 M
Tische 20 bis 68 M
Stühle 5.50 bis 20 M
Waschkommoden 50 bis 85 M
Chaiselong 35 b. 50 M
Spiralmatratzen 12 bis 14 M
Auflegematratzen 15 bis 30 M
Trumeaus 50 b. 75 M
Plüschsofas 95 b. 11[illegible]
Metallbettstellen m. Spiral 35 b. 48 M
Schreibtische 60 b. 98
Korbsessel 10 b. 15 M
Nachtschränke 22 b. 30
Küchen 95 bis 250 M
Speise-, Schlafzimm.
188 A.
Friedländer
Alte Ulrichstr. 11
10 % Anzahlung
Abzahlung wöchentl. von 2 Mk. an oder monatl. von 8 Mk. an
Alte Kund. u. Beamte evtl. ohne Anzahlg.

Zur **Versammlung am Sonntag** empfehlen wir
Fechenbachs Zuchthausbuch
Es gibt Bilder aus den grauen Häusern und schildert das Leben
Im Hause der Freudlosen
Es umfaßt 192 Seiten, ist illustriert u. kostet gut in Leinen gebunden
3.00 Mark
Buchhandlung Volksstimme.

Sie waren noch nicht bei uns?
Haben Sie kein Vorurteil.

Anzüge Strapazierqualität Mk. 56.– 48.– 42.– 39.– 36.– **32.–**
Anzüge auf Roßhaar, moderne Form Mk. 84.– 72.– 68.– 64.– 59.– **56.–**
Ulster moderne Karos Mk. 72.– 68.– 64.– 58.– 52.– 49.– **44.–**
Konfirmanden-Anzüge in Melton und Kammgarn Mk. 44.– 39.– 36.– 32.– 28.– **26.–**

Dieser Mantel 46.–
Ein Viertel Anzahlung den Rest in vier Monatsraten.

Franz Mettner
Schwibbogen 5.

Auf Teilzahlung!
Herren- und Damen-Konfektion
Konfirmanden-Anzüge
Wäsche, Weiß- und Manufakturwaren
Schuhe
S. Margulies
Breiter Weg 80/81 I.

Lachen links das gute republikanische Witzblatt empfiehlt Buchhandlg. Volksstimme

---

Die Reichsbanner-Werbewoche
erfordert von vielen Kameraden die Ergänzung ihrer Ausrüstungen.
591
Wir bieten an zum billigsten Preise:
Reichsbannermützen, Jugendmützen, Windjacken, Breeches(Kord, Manchester, Lederleder)hosen, Reichsbannerhemden, Ledergürtel, Koppelriemen, Brotbeutel, Fahnen, Fahnenstangen u. a. m.
Die Biene (Vertriebsstelle der Arbeiter-Jugend)
Scharnstraße (Gewerkschaftshaus), Seiteneingang von Ratsmageplatz 3/4. Tel. 4391. Geöffnet v. 9 b. [illegible] Uhr.

Buckau Buckau
10% Rabatt
auf alle Waren bis Ende des Monats
Schuhhaus Wilhelm Brandt
Schönebecker Str. 27, neben der Apotheke

Arno Holz
der Bahnbrecher der Moderne! –
Das Gesamtwerk 10 Bände . . statt 120.00 nur M **72.00**
Teil-Ausgaben:

Buch der Zeit		nur 9.00 M
Blechschmiede, 2 Bände,	statt 26.00	nur 16.00 M
Sieben Billionen Jahre	statt 5.50	nur 3.50 M
Kindheitsparodien	statt 5.00	nur 3.00 M
Fern liegt ein Land	statt 4.00	nur 2.50 M
Ueber die Welt hin	statt 4.00	nur 2.50 M
Taten und Träume	statt 4.00	nur 2.50 M
Old Märchen	statt 12.00	nur 7.50 M
Götter und Götzen	statt 5.00	nur 3.00 M
In meine Dachkammer	statt 6.50	nur 4.00 M
Ecce Poeta	statt 6.50	nur 4.00 M
Sozialaristokraten	statt 5.00	nur 3.00 M
Ignoradimus	statt 15.00	nur 10.00 M
Erster Schultag		nur 1.50 M

Sämtliche Bände sind in guter Ausstattung und in Leinen gebunden. Mod. Antiquariat.
Zurückgesetzte Bestände! Herabgesetzte Preise!
Buchhandlung Volksstimme.

Schönebeck! Schönebeck!
Für Selbstbesohler!
Leder im Ausschnitt
enorme Auswahl und sehr preiswert.
Sämtliche Bedarfsartikel
zu billigsten Preisen.
Gummi-Absätze
beste Qualitätsmarken, spottbillig.
Paul Altvater, Breiter Weg 5.

Schönebeck.
Schwarze Woche
Schuhwarenhaus Seifert
Breiter Weg 57.
Hatte Gelegenheit, einen großen Posten
reeller Schuhwaren
billig einzukaufen. Gebe dieselben zu einem spottbilligen Preis ab.

Konsum-Verein
für Magdeburg und Umgegend E. G. m. b. H.

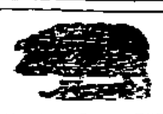
Achtung! Hausfrauen! Achtung!
Fleisch- und Wurstwaren billiger!

Kopf	Pfund 100	Rindfleisch	Pfund 110
Blatt	Pfund 100	Kochen	Pfund 110

Wurstwaren
hergestellt unter Verwendung feinstfester Gewürze in unseren hygienisch, mit den modernsten Maschinen eingerichteten **eigenen Schlächtereien.**

Frisch geräuch.
Schweine-Stückenfleisch
Rippen-, Bücklinge-, Backenstücke, Schwarze, Ohren, fleischige Beine
netto 5 Pfund Mk. 5.95
netto 30 Pfund Mk. 16.50
Billige Käse
3 Pfd. reife Kuge- Mk. 4.50
5 Pfd. gelbe Erede Mk. 4.60
206 Stck. Harzer Mk. 4.45
ab hier Nachnahme
H. KROGMANN
Barlef (Holst.) Nr. 838.

Rebarmäuten
auch an deutschen wegen Platzmangel sofortig zu verkaufen. Alle Ersatzteile Sorgfältige Schaufenster in großer Auswahl preiswert bei
Spezialgeschäft
Silbermann
Breiter Weg 14



Kaufend prima Alten
Fabel, Fuhrenkamp
bereit sich vorzusprechen zu helfen. Gust. Günther
Magdeburg, Breiter Weg 17

Jetzt
außergewöhnlich
billig

Herren-Paletots und -Ulster schöne Qualitäten, moderne Formen	82.– 60.– 48.–	**35.–**
Herren-Anzüge in blau und farbig	90.– 68.– 54.– 42.–	**29.–**
Loden- und Gummi-Mäntel die preiswerten Wettermäntel	39.– 27.– 19.–	**12.–**
Herren-Hosen in Sport und gestreift	22.– 14.– 9.–	**4.–**
Knaben-Anzüge und -Mäntel in entzückender Auswahl	18.– 12.– 7.–	**5.–**
Gesellschafts-Anzüge feine schwarze Qualit., Ersatz für Maß	120.– 90.– 80.–	**65.–**

Konfirmanden-Anzüge
erhalten Sie bei mir billig!
Beste Verarbeitung, vortrefflicher Sitz. Alle Größen fertig am Lager.
Hauptpreislagen: **49.– 39.– 32.– 23.– 17.–**

Heinrich Casper
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 133
Besichtigen Sie meine Schaufenster

ist nichts natürlicher, als daß es sich vor diesen Dingen fürchtet. Furcht ist immer eine Aeußerung körperlicher oder geistiger Schwäche, die beim Kinde zweifellos in erhöhtem Maße vorliegt.

Dennoch ist ein Unterschied zwischen dem Zustand des Kindes und dem eines Primitiven zu machen. Denn das Kind hat Erwachsene um sich, Eltern, Geschwister, Lehrer und sonstige Personen seiner Umgebung, die ihm die Erkenntnis der Außenwelt vermitteln. Es brauchte demnach kaum Furcht zu haben, wenn seine Erzieher — natürliche, berufsmäßige und ungewollte — ihm diese nicht zu einem großen Teile immer wieder beibrächten.

Oft ist es nur Gedankenlosigkeit, Mitmachen einer überkommenen Sitte, wenn Erwachsene die Kinder vor dem Weihnachtsmann oder dem Schornsteinfeger bange machen. Oder aber sie wollen den Unarten der Kinder gegenüber ein Schreckmittel haben und bedenken dabei nicht, daß diese doch bald hinter die Unwahrheit der Sache kommen, was auf jeden Fall der Autorität der Eltern einen Stoß versetzt.

Die bürgerliche Gesellschaft benutzt die Furcht als Mittel zur Unterwerfung und Gefügigmachung der Schwächeren. Furcht soll in diesem System der Knecht vor dem Herrn, der Soldat vor dem Vorgesetzten, der Schüler vor dem Lehrer haben, und auf die häuslichen Verhältnisse übertragen: das Kind vor den Eltern. Um diese Furcht hervorzurufen und zu erhalten, waren Eltern und Lehrer zu einem großen Teile Prügelpädagogen. Nun aber kommt und kündigt sich schon auf den verschiedensten Gebieten an die Ordnung der Gleichberechtigung. In einer freiheitlichen Erziehung sind Eltern und Lehrer nicht Vorgesetzte, sondern Freunde der Kinder. Da hat die Furcht keinen Platz mehr.

Das gilt nicht nur für die Knaben, sondern auch für die Mädchen. Wie das Bürgertum die Frau vom öffentlichen Leben (Wahlrecht usw.) ausgeschlossen haben wollte, so galt auch schon das Mädchen dem Knaben gegenüber für minderwertig. Es mußte noch mehr in Abhängigkeit und damit in Furcht gehalten werden. Eine solche Erziehung macht es verständlich, daß mitunter noch Mütter sich vor einem Gewitter fürchten und bewußt oder unbewußt diese Furcht dann wieder auf ihre Kinder übertragen. Auch die Tatsache, daß im allgemeinen mehr Frauen als Männer von der Kirche beeinflußt werden gehört hierher, wie überhaupt die Zusammenhänge zwischen Furcht und Religion äußerst vielseitig sind.

Anerzogene Furcht ist schwer auszurotten. Sie lebt auch im Unterbewußtsein fort und tritt immer wieder ins Bewußtsein zurück, dann oft den davon betroffenen Menschen schwer quälend. Furcht erzieht zu Heuchler- oder Duckdrückernaturen (indem das Kind wenn es erwachsen ist, wiederum andre unterdrücken will), aber nicht zum sozialistischen Menschen. Deshalb darf in dem Verhältnis der Arbeiterelternzu ihren Kindern die Furcht keine Rolle spielen, im Gegenteil sollen die Erwachsenen das Selbstvertrauen der Kleinen stärken und sie über Dinge, die ihnen schreckerregend sind aufklären. Denn der Geist treibt die Furcht aus.

Menschen die zu feig sind, eine eigne Meinung zu haben und auch zu vertreten, können niemals die Welt weiter bringen. Zu allem Großen gehört Unerschrockenheit. Darum brauchen wir für unsern Kampf um die Befreiung des Proletariats furchtlose Streiter. Bei der Erziehung aber fängt es an —

H. B.

Bunte Scherben

Rosa Luxemburg an die Jugend

. . . Zu großen Reformen gehören entsprechende Menschen. Heute steht hinter dem Arbeiter der Kapitalist mit seiner Peitsche, ob selbst, ob durch seine Werkmeister und Aufseher. Der Hunger treibt den Proletarier in die Fabrik, zum Junker oder Großbauern, auf die Arbeit, in das Kontor. Der Unternehmer paßt dann schon auf daß die Zeit nicht vertrödelt, das Material nicht vergeudet daß gute und tüchtige Arbeit geliefert wird.

In der sozialistischen Wirtschaft fällt der Unternehmer mit seiner Peitsche weg. Die Arbeiter sind hier freie und gleiche Menschen, die zu eignem Wohl und Nutzen arbeiten, keine Verschwendung mit dem gesellschaftlichen Reichtum treiben, reellste und pünktlichste Arbeit liefern. Jede sozialistische Unternehmung braucht natürlich ihre technischen Leiter die die Sache genau verstehen, die das Nötigste anordnen, damit alles klappt, damit die richtigste Arbeitsleistung und die höchste Leistungsfähigkeit erzielt wird. Da heißt es nun diesen Anordnungen willig und voll und ganz zu folgen. Disziplin und Ordnung halten, keine Reibungen, kein Durcheinander herbeiführen.

Mit einem Wort: der Arbeiter der sozialistischen Wirtschaft muß zeigen daß er ohne die Hungerpeitsche ohne den Kapitalisten und seinen Antreiber hinter dem Rücken fleißig und ordentlich arbeiten Disziplin halten und sein Bestes leisten kann. Dazu gehört innere Selbstzucht, geistige Reife sittlicher Ernst, dazu gehört das Gefühl der Würde und der Verantwortlichkeit, eine ganz innere Wiedergeburt des Proletariats. . . .

Mit faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen kann man keinen Sozialismus verwirklichen. Die sozialistische Gesellschaft braucht Menschen, von denen jeder an seinem Platze voller Glut und Begeisterung für das allgemeine Wohl, voller Opferfreudigkeit und Mitgefühl für seine Mitmenschen, voller Mut und Zähigkeit, um sich an das Schwerste zu wagen.

Wir brauchen aber nicht etwa Jahrhunderte oder Jahrzehnte zu warten, bis ein solches Geschlecht von Menschen heranwachse. Gerade jetzt im Kampf in der Revolution lernen die Massen der Proletarier den nötigen Idealismus und erwerben sich früh die geistige Reife. Mut und Ausdauer sowie Klarheit und Opferfreudigkeit brauchen wir ja auch, um die Revolution überhaupt weiter zum Siege zu führen. Indem wir tüchtigste Kämpfer der heutigen Revolution werden, schaffen wir künftige sozialistische Arbeiter, wie sie als Grundlage einer neuen Ordnung sein müssen.

Zumal die arbeitende Jugend ist zu diesen großen Aufgaben berufen. Sie wird als die künftige Generation ganz sicher schon das wahre Fundament der sozialistischen Wirtschaft bilden. Es ist nun ihre Sache, jetzt schon zu zeigen, daß sie der großen Aufgabe als Trägerin der Zukunft der Menschheit gewachsen ist. Es ist eine ganz alte Welt noch zu stürzen und eine ganz neue aufzubauen. Aber wir schaffen es! Wie heißt es doch im Liede:

Uns fehlt ja nichts, mein Weib mein Kind,
als all das, was durch uns gedeiht,
um so frei zu sein, wie die Vögel sind:
Nur Zeit! —

Das gelobte Land des Menschengeschlechts

Worte, die ein Dichter vor 130 Jahren geschrieben hat.

Es kommt einmal ein goldenes Zeitalter, das jeder Weise und Tugendhafte schon jetzo genießet und wo die Menschen es leichter haben, gut zu leben, weil sie es leichter haben, überhaupt zu leben — wo einzelne, aber nicht Völker sündigen —, wo die Menschen nicht mehr Freunde (denn diesen Honig ziehen sie aus jeder Blume und Blattlaus), sondern mehr Tugend haben — wo das Volk am Denken und der Denker am Arbeiten[1]) Anteil nimmt, damit er sich die Heloten erspare — wo man den kriegerischen und juristischen Mord verdammt und nur zuweilen mit dem Pfluge Kanonenkugeln aufackert. . . . Wenn diese Zeit da ist: so stockt beim Uebergewicht des Guten die Maschine nicht mehr durch Reibungen. Wenn sie da ist: so liegt nicht notwendig in der menschlichen Natur, daß man sie wieder ausgate und wieder Gewitter aufziehe (denn bisher lag das Edle bloß im fliehenden Kampfe mit dem übermächtigen Schlimmen), so wie es, nach Forster, auch auf der heißen St.-Helenen-Insel[2]) kein Gewitter gibt.

Wenn diese Festzeit kommt, dann sind unsre Kindeskinder nicht mehr. Wir stehen jetzo am Abend und sehen nach unserm dunkeln Tag die Sonne durchglühend untergehen und uns den heitern stillen Sabbattag der Menschheit hinter der letzten Wolke versprechen, aber unsre Nachkommenschaft geht noch durch eine Nacht voll Wind und durch einen Nebel voll Gift, bis endlich über eine glücklichere Erde ein ewiger Morgenwind voll Blütengeister, vor der Sonne ziehend, alle Wolken verdrängend, an Menschen ohne Seufzer weht. Die Astronomie verspricht der Erde eine ewige Frühling-Tag- und Nachtgleiche[3]) und die Geschichte verspricht ihr eine höhere; vielleicht fallen beide ewigen Frühlinge ineinander.

Wir Niedergesenkten, da der Mensch unter den Menschen verschwindet, müssen uns vor der Menschheit erheben. Wenn ich an die Griechen denke, so sehe ich, daß unsre Hoffnungen schneller gehen als das Schicksal. Wie man mit Lichtern nachts über die Alpen von Eis reiset, um nicht vor den Abgründen und vor dem langen Wege zu erschrecken, so legt das Schicksal Nacht um uns und reicht uns nur Fackeln für den nächsten Weg, damit wir uns nicht betrüben über die Klüfte der Zukunft und über die Entfernung des Zieles. Es gab Jahrhunderte, wo die Menschen mit verbundenen Augen geführt wurden von einem Gefängnis ins andre; es gab andre Jahrhunderte, wo die Gespenster die ganze Nacht polterten und umstürzten und am Morgen war nichts verrückt; es kann keine andern Jahrhunderte geben als solche, wo Einzelwesen sterben, wenn Völker steigen, wo Völker zerfallen, wenn das Menschenschlecht steigt.

Jean Paul (1792).

[1]) Der Millionär setzt Bettler, der Gelehrte Heloten voraus, die höhere Bildung der einzelnen wird mit der Verwilderung der Menge erkauft.

[2]) Jetzo liegt sogar das Gewitter, das sonst am Himmel über ganz Europa stand, dort auf platter Erde.

[3]) Denn nach vierhunderttausend Jahren steht die Erdachse wie Jupiter jetzt senkrecht auf ihrer Bahn.

Druck und Verlag B. Pfannkuch & Co., verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, sämtlich in Magdeburg.

Der Born

Beilage der Volksstimme für Jugend und Erziehung

Nr. 1 | Magdeburg, Sonnabend den 19. Februar | 1927

Leben die Bücher bald?

Eine der Oden des unglücklichen Friedrich Hölderlin verhallt in dem Seufzer: „Leben die Bücher bald?"

Was dem unseligen Hölderlin unerfüllbare Fragen schien, ist dem Sozialismus geschichtliche Aufgabe: alles Große, alles Menschheitfördernde in den Schriften der Denker und Dichter in Leben zu wandeln. Es war der einsame Ruf verlorner Sehnsucht, den Hölderlin ausgestoßen, es ist Losung und Wirkung täglichen Kampfes geschlossener, gewinnender Massen geworden, das Gewaltige der Bücher freizumachen.

Was aber zugleich das sozialistische Buch vom bürgerlichen Buche scheidet und somit den Arbeiterbuchhändler vor besondere Aufgaben stellt, ist auch schon ausgesprochen: Das sozialistische Buch kann kein mächtiges, kulturförderndes Mittel sein ohne die Massen, ohne die Menschen, die das Buch zum Leben bringen. Wir fragen nicht: „Leben die Bücher bald?" Wir überwachen, wie sich die Seele der Bücher in das Wesen der Arbeiterbewegung sichtbar umsetzt.

Das sozialistische Buch hat Schicksalsgemeinschaft mit dem Proletariat. Die wirtschaftliche Lage des Arbeiters und die Verbreitung des sozialistischen Buches hängen zusammen. Eroberung der politischen Demokratie der Parlamente und der Gemeindestuben, Herausreißen der arbeitenden und leidenden Masse aus Gleichgültigkeit, Schwermut und Farblosigkeit — es bedeutet Zusammenführung des proletarischen Geistes und der revolutionären Bücher. Umgekehrt: ein Niederbrechen des politischen Geistes in der Arbeiterschaft, Versinken in Indifferentismus, Spaltung und Sekte — und um die Entwicklung des proletarischen Buches ist es für lange geschehen.

Im selben Augenblick setzt die Verfälschung des proletarischen Kulturwillens ein, die Abdrängung seines hohen Strebens, der tausendfältige Versuch, ihm seine großen Menschheitsziele zu verdunkeln, ihn sich genügen zu lassen, vergnügen zu lassen an Minderwertigkeit, Halbheit, Schund, ihn zu verbürgerlichen.

Verbesserung der Wohnung, Steigerung des Lohnes, Weckung kultureller Sehnsucht, sie führen zunächst den Menschen der proletarischen Masse nicht selten zum Kitsche, zum Gatte des Kleinbürgertums, in eine Welt, die den Arbeiter zum neuen Male vom proletarischen Buche trennt.

Der bürgerliche Buchhandel macht sich die Flachheit der proletarischen Masse ohne Klassenbewußtsein zunutze. Hier rauschen die Sprungquellen der Schundindustrie vom Nick-Carter-Heft bis zur Courths-Mahlerei.

Aber der Arbeiter, der liest, ist noch nicht proletarischer Leser zu nennen. Er liest noch gern, um sich ablenken zu lassen, noch gern, um zu vergessen. Das Buch ist ihm noch immer ein andres Glas Bier. Er ahnt noch nicht einmal Hölderlins Frage. Er ist noch bürgerlicher Leser. Ihm ist Literatur Stillung kleingeistiger Wunschträume, Ueberlärmung, Einlullung. Wer dies klar beobachten will, werde Arbeiterbibliothekar.

Der Künstler, der alles sieht, was wirklich ist, er hat den proletarischen Leser noch kaum gesehen. In der Plastik, in der Graphik, in der Malerei ist das Motiv des Lesenden in tausend Variationen gestaltet. Moses mit der Tafel der Gesetze, der lesende Magier, die Sibylla, der Staatsmann mit dem Buche, der Kaufherr vor dem Atlanten, die Bürgerin — wir kennen die Bildnisse und Statuen. Aber der lesende Arbeiter?

Dennoch: Der proletarische Leser wird! Es war die Tat Ferdinand Lassalles, des Vaters der deutschen Arbeiterbildung, Arbeiterschaft und Buch zusammengebracht zu haben. Lassalle hat sein Rednerpult stets zu einer Festung aus Büchern gestaltet. Gebrauchte er ein Zitat, griff er nach einem Werk, um es wörtlich vorzulesen. So weckte er im proletarischen Hörer die Lust, zu lesen, die Ahnung vom revolutionären Werte der Lektüre.

Die revolutionierenden Kräfte, die aus dem Buch in das Herz des proletarischen Lesers fluten, haben ihre Bekenner und Preiser längst schon gefunden. Die Lebensbeschreibungen großer Arbeiterführer legen denkwürdiges Zeugnis ab. Schlagt die Selbstbiographien August Bebels, Adelheid Popps auf! Lest nach, was Maxim Gorki dem Arbeiter erzählt, der Lesen lernt! Alfons Petzold verherrlicht die tatschaffende Magie des Lesens.

Ich erinnere mich einer Rede, die der Liebling der Wiener Arbeiterschaft, die Franz Schuhmeier vor dem Kriege bei Eröffnung einer Arbeiter-Kinderbücherei in Ottakring gehalten hat: „Bücher haben uns in die Sklaverei gebracht. Bücher werden uns befreien." Das sind Stimmen aus dem geistigen Befreiungskampf der Arbeiterbewegung. Das sind Zeugnisse, daß der proletarische Leser wird.

Aber August Bebel und Adelheid Popp, Maxim Gorki, Alfons Petzold und Wenzel Holek, Franz Schuhmeier — sie waren Vorläufer des proletarischen Lesers. Sie sind die Propheten der Zeit, an deren Schwelle sich das Proletariat heute steht.

Der proletarische Buchhandel erkenne seine Berufung: er hat eine werdende Klasse und eine werdende Literatur aneinander zu bringen, er werde Organisator der proletarischen Ideologien.

Was erwarten wir vom proletarischen Buchhandel? Er verhülle eine geschichtliche Aufgabe in ein Handelsobjekt sinken zu lassen. Er vereinige buchhändlerische Höchstfähigkeit mit proletarischem Klassenbewußtsein. Er einige das zersplitterte Verlagswesen. Er gebe dem sozialistischen Buche würdiges Aussehen, der sozialistischen Buchhandlung künstlerische Form. Er öffne sein Verständnis neuen Verlagsideen. Es beschäme auch ihn daß Geister wie Rolland, Barbusse, Shaw Rexö Gorki ohne uns zur Größe stiegen.

Der Arbeiterbuchhändler werde geistiger Helfer, Mitkämpfer Lehrer. Er sorge rasch für seine Schulung. Er kann nicht Führer sein im Reiche der Weltliteratur, ohne selbst Kenntnis erhalten zu haben von den geistigen Strömungen der Gegenwart. Er bedarf sorgfältig und schwer herzustellender, stets zu erneuernder Wegweiser. Dem Ar-

beiterbuchhändler und dem Arbeiterbibliothekar eigne Kurse, eigne Schulen! Ihre Geistigkeit werde den Arbeiterstudenten Magnet und Halt.

Die Umwandlung der proletarischen Masse in proletarische Leser ist aber nur mit Hilfe der Arbeiterpresse zu ermöglichen. Der Arbeiterbuchhändler, der Arbeiterbibliothekar dürfen nicht länger vereinsamt wirken. Die Literaturkritik der Arbeiterpresse werde sich ihrer besonderen Aufgabe bewußt. Eine Zusammenkunft der sozialistischen Feuilleton-Redakteure und Arbeiterbildner in Anwesenheit sozialistischer Forscher und Künstler hätte Bedeutung und Erfolg.

Endlich die Kolportage. Wir haben einen Stab von Kolporteuren zu schulen; sie haben in keiner Versammlung zu fehlen, bei keinem Aufmarsch, bei keiner Kundgebung, bei keinem Feste, bei keiner Arbeiterschule. Der still, fast unbeachtet aber unbeirrbar und unverdrossen wirkende Kolporteur, seine Tat wird die Umwandlung der proletarischen Massen in den proletarischen Leser bewirken. Ihm allein öffnen die Zehntausende Organisationen ihre Türen. Er trete endlich ein!

Der Triumphgedanke aber, das Buch lebendig zu machen, ist die Eroberung der genossenschaftlichen Idee für die Verbreitung proletarischen Schrifttums. Mag auch bürgerlicher Unternehmerwitz vorausgetastet haben, das Eintauchen des Genossenschaftsgedankens in den Buchhandel bleibt proletarische Aufgabe. Die Einführung des genossenschaftlichen Bücherkonsums bedeutet Sprengung des bürgerlichen Buchhandels, Keim proletarischer Buchwirtschaft, Anfang sozialistischer Buchkultur. Finde die große Idee große Menschen! Werft kein Buch in die Masse, dessen sich die Bewegung in einigen Jahren zu schämen hätte. Aus den Büchern wird Leben.

Karl Marx sagt, daß dem Siege des Proletariats eine Reihe intellektueller Siege vorangehen müsse. Einer der ersten intellektuellen Siege wäre das Eindringen des Genossenschaftsgedankens in den Buchhandel, seine Entfaltung wäre Durchbrechung des Monopols der bürgerlichen Verleger auf große geistige Leistungen, seine Auswertung brächte einen Frühling sozialistischen Kunstschaffens, sein Sieg käme einer geistigen Revolution gleich. Alle Hoffnung aber bleibt an die Forderung gebunden, den Gedanken durch kein kleingeistiges Spekulieren zu verfälschen und zu morden. Zu seinen Hütern werden die glühendsten Geister des Sozialismus zu bestellen sein.

Das ist die ganze Aufgabe: Bücher in die Massen zu bringen, die die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit setzen werden. Wer sich dieser Aufgabe hingibt, trägt bei, Hölderlins Ruf wirklich zu machen. Das Schwergewicht aller zukünftigen Demokratie liegt nach Max Adler nicht in der Politik, sondern in der Pädagogik.

Joseph Luitpold Stern.

Die Weltanschauung des Sozialismus

Mit dieser Aufschrift ist im Arbeiterjugend-Verlag eine kleine Schrift erschienen, die manchem ein „Stirb und Werde!" bedeuten wird. Sie enthält den Vortrag des Genossen Karl Korn zur Bezirksleiteraussprache des Arbeiterjugendverbandes, die Anfang Oktober eine Anzahl erwachsener Jugendführer im Reichsferienheim der Arbeiterjugend in Tännich vereinte. Daß die Darlegungen trotz ihres „etwas skeptischen Tones" diesem Hörerkreis gefielen überraschte den Redner. Zur gedruckten Wiedergabe seiner Gedanken hat er sich nur entschlossen, um dem „ausdrücklichen Wunsch und Beschluß" der Teilnehmer an der Bezirksleiterzusammenkunft zu entsprechen. Im Vorwort macht er uns darauf aufmerksam, daß wir es mit keiner „Festpauke" zu tun haben.

Gespannt beginnen wir mit dem Lesen, und vom ersten Satz an bis zum Schlusse sind wir gefesselt. Eine tapfere Rede, eine mutige Schrift!, so empfindet jeder, der die heftigen Kämpfe „um den Geist" in der Arbeiterjugendbewegung und auch in der Partei in den letzten Jahren beobachtet oder gar handelnd miterlebt hat. Eine tiefe Rede, eine reiche Schrift! so urteilt auch der, in dem sich noch Widerspruch regt. Es ist uns nur selten auf wenigen Seiten so viel gegeben worden und nur selten hat es einer gewagt, so geradeaus das Vernünftige zu sagen. Alle, die nur noch an den alten Truggebilden gehangen haben, weil sie fürchteten, es fiele sonst ihre Welt, werden dem Genossen Korn dankbar sein für den festen Halt, für das klare Ziel, das er zeigt.

Der Inhalt der Schrift läßt sich kürzer nicht berichten, und ein Ganzes zu zerstückeln, ist ja auch nicht der Zweck eines empfehlenden Hinweises. Zum Anreiz diene nur, daß der Verfasser viele Fragezeichen hinter uns liebgewordene Schlagwörter setzt, so hinter das Wort „Weltanschauung" in der Verbindung seines Themas und hinter das Wort „Gemeinschaft" als Bezeichnung eines ethischen Wertes. In der scharfen Beleuchtung der Logik lernen wir zwischen Inhalt und Umfang der Gemeinschaftsidee unterscheiden und erkennen, daß der Inhalt auch dieses Begriffes um so ärmer ist, je weiter sein Umfang, und umgekehrt. Kritischer Betrachtung voll sind auch die Abschnitte, die sich mit den Fragen Weltanschauung und Partei, Philosophie und Religion, Irrationales und Sozialismus und Optimismus und Pessimismus beschäftigen.

Die letzten Teile schildern uns, wie das, was wir „proletarische Ethik" nennen, so alt ist, „wie die Menschheit selber", wie aber die Arbeiterklasse zum erstenmal in der Geschichte „aus Egoismus für den Altruismus", den Gemeinschaftsgedanken, eintritt und „schon innerhalb der feindlichen Gesellschaftsordnung und im Kampfe mit ihr das Prinzip des eignen Gesellschaftsplans, den Gedanzen der Solidarität, verwirklicht". Mit dem Bewußtsein, daß wir „in der Kulturfront der Menschheit" stehen, daß wir die berufenen Volkstrecker uralter Sehnsucht sind, entläßt uns die Schrift. In Reih' und Glied nun treten wir wieder, des Sieges gewiß. Es hat uns Kühle angeweht, doch hat sie reinigend hinweggenommen aus unsern Hirnen, was dumpf noch in ihnen lag. Wir fühlen uns gestärkt wie nach einer Wandrung durch frische Winterluft.

schk.

Burgen im Harz

Als eigentliches „Burgengebiet" des Harzes darf man füglich den Nordostrand des Harzes, mit Einschluß des Selketals, bezeichnen; denn es finden sich hier nicht weniger als sechzehn Burgen und Schlösser, teils erhalten und bewohnt, teils als Ruinen!

In nächster Nähe von Ballenstedt, auf einer mäßigen Harzhöhe, liegt, von Wald umgeben, äußerst malerisch das Jagdschloß Röhrkopf, auf schönen Wegen zu erreichen und beliebter Ausflugsort. Nummer drei, die Roseburg (oder Rudolfsburg), erhebt sich jenseits von Ballenstedt, gegenüber den Harzhöhen und ist heute ein ausgebauter, ausgedehnter und unzugänglicher Privatbesitz. Von fern gewährt die Anlage einen schönen Anblick.

Wenn man den Harzrand weiter verfolgt, dann stößt man bei Suderode und Stecklenberg auf die dicht beieinander liegenden drei alten Burgruinen: Obere Lauenburg, Untere Lauenburg und die Stecklenburg. Die älteste Anlage ist die Stecklenburg, auf niederer Höhe zwischen Obstbäumen gelegen, mit viel Geröll und nur wenigen noch sichtbaren Resten. Die Burg wird 1008 urkundlich zuerst erwähnt und tritt hinter der ausgedehnteren Anlage der unteren Lauenburg, die aus dem 12. Jahrhundert stammt, zurück. Die obere Lauenburg ist am besten erhalten und demzufolge viel besucht.

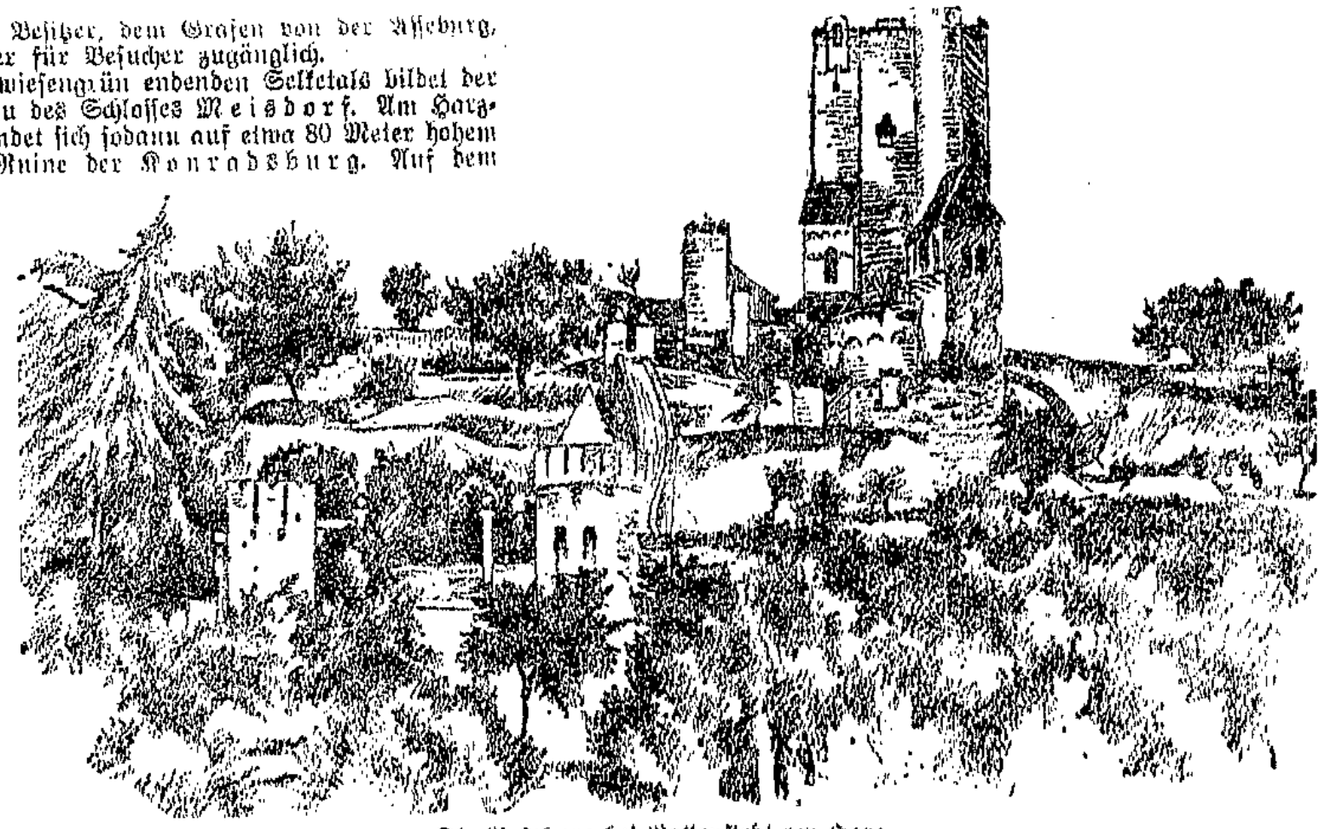
Harzeinwärts, auf dem Weg ins Selketal, stößt man unterhalb der 582-Meter hohen aussichtsreichen Viktorshöhe auf die Ruine Erichsburg, von der nur wenige, doch malerisch liegende Reste zu sehen sind. Als Ereksberge wird die Burg 1282 das erstemal erwähnt. Sonst weiß man nicht viel über den in Vergessenheit schlummernden Baam. Den Fürstenweg abwärts, gelangt man nach Mägdesprung, wo über dem Ort, seitwärts an der Straße nach dem Sternhaus auf dicht bewaldeter kuppiger Höhe die Heinrichsburg aufragt. Sie gewährt bei mäßigem Umfang durch recht ansehnlich erhaltene Reste noch heute einen stattlichen Anblick. Bürger der freien und Reichsstadt Nordhausen sollen die im 13. Jahrhundert erbaute Burg zerstört haben — wenig gründlich, wie sich zeigt.

Das Selketal zeigt von Mägdesprung abwärts zunächst nördlich, 100 Meter über dem Tal das sehenswerte und zu besichtigende Jagdschloß Meiseberg; doch schöner als das, was man dort an mancherlei Jagdtrofäen zum Bewundern zeigt, ist der Blick in das hier oben noch ungemein liebliche wiesen- und waldreiche Tal der Selke. Schräg über dem Schloß Meiseberg liegen auf beträchtlich größerer, freier Höhe die Ruinen der Burg Anhalt, die, vor Jahren freigelegt, ziemlich leidlich die einstige Größe und Macht der von Albrecht dem Bär 1123 erbauten Stammburg der Anhaltiner erkennen lassen.

Eine Stunde weiter selketabwärts bietet sich auf steiler, bewaldeter Höhe die stattliche Burg Falkenstein, die Perle des Ostharzes, dem Blick dar. Das Schloß mit eckigem Turm, den eine runde Haube krönt, und seinen flankierenden stolzen Gebäuden, blickt in das letzte, hier wieder recht schöne Stück Selketal, kurz bevor sich das Tal in die Ebene öffnet. Es ist eine der wenigen Burgen im Lande, die im Dreißigjährigen Kriege nicht zerstört worden sind.

Vom Turm schweift der Blick (bei guter Fernsicht) bis zu Magdeburgs Domtürmen und zum Brocken. Die Burg ist zeitweilig von ihrem Besitzer, dem Grafen von der Asseburg, bewohnt und nicht immer für Besucher zugänglich.

Den Abschluß des wiesengrün endenden Selketals bildet der stolze, feingegliederte Bau des Schlosses Meisdorf. Am Harzrande, bei Ermsleben, findet sich sodann auf etwa 80 Meter hohem bewaldetem Hügel die Ruine der Konradsburg. Auf dem Wege von Meisdorf ist die Ruine, von der mächtige Rundmauern stehen, zu berühren. Sie ist, wie ein großer Teil der besuchten Burgen und Schlösser des „Burgengebietes", eine alte Falkensteiner Burg.



Die Roseburg bei Ballenstedt am Harz.

Zwei Stunden südöstlich über dem Dorfe Harkerode findet man endlich den Arnstein, eine gut erhaltene, sehenswerte Ruine, die der Einsturzgefahr halber im Innern heute nicht mehr besichtigt werden kann und schließlich südlich über der ansehnlichen Burg vor der Harzstadt Aschersleben die Burg Askania, die schon 1140 zerstört worden ist. Der Aussichtsturm gestattet uns einen letzten Abschiedsblick über das gesamte Burgengebiet des Harzes. Es zeigt sich dabei, daß dieses Gebiet kaum ein Zehntel des gesamten Harzes darstellt.

Politik, Vergnügen und Frömmelei

Für die Zähigkeit, mit der der englische Geist an vielen Einrichtungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft festhält, bietet uns das englische Versammlungswesen ein aufschlußreiches Beispiel. Für den Deutschen ist es überhaupt in dieser Hinsicht neu und lehrreich. Es hat sehr viel angenehme, humorvolle, aber auch einige uns fremde, wenn nicht unangenehme Seiten.

Zunächst ist der Engländer, und auch der einfache Mann aus dem Volke, ein großer Lebensgenießer, der auch bei seinen politischen Versammlungen (in England kurz „meetings" genannt) darauf bedacht ist, sich etwas zu amüsieren, der sehr gern und leicht lacht, und das ist ein sehr sympathischer Zug an ihm. Freilich geht er in der Wahl seiner Mittel dabei oft zu weit. Daß ein politischer Vortrag durch irgendein von einem Dilettanten gesungenes Lied, eine Ballade oder ein Klavierstück eingeleitet oder abgeschlossen wird, ist bei kleineren Veranstaltungen eigentlich die Regel. Der Engländer hat eine geradezu bewundernswürdige Geduld, mit der er sich bei solchen Gelegenheiten oft die schändlichsten Machwerke oder die dilettantischsten Wiedergaben anhört. Einmal in einer englischen Industriestadt erlebte ich es, daß die Versammlung alles Ernstes in Form eines Parlaments abgehalten wurde. Auf dem Podium stand ein großer grüner Tisch, dahinter der Chairmann oder Versammlungsleiter in schwarzem Talar, eine große graue Perücke auf dem Kopf und vor sich auf dem Tisch ein großes hölzernes Zepter. So wurde die Versammlung genau in den Formen des Unterhauses in aller Feierlichkeit eröffnet, eine Szene, die nicht einer gewissen Satire auf das Parlamentswesen entbehrte, und erst am Schlusse nahm der Versammlungsleiter die schwere Perücke vom Kopfe, weil es ihm darunter zu heiß wurde. In einem andern Meeting in East Ham ging man freilich soweit, vor der politischen Rede eine richtige kleine humoristische Theaterszene zur Aufführung zu bringen, die von einem maskierten Manne und einer Frau dargestellt wurde.

Ganz allgemein ist allen englischen politischen Versammlungen aber eine gewisse rituelle Form. Fast alle Versammlungen werden mit dem Absingen von Kirchenliedern, sogenannten „Hymnen", eröffnet und geschlossen. Oft geht ihnen sogar, wie bei den Quäkern und dem englischen Versöhnungsbunde, ein gemeinsames Gebet vorher. Man muß sich der besondern kirchlichen Entwicklung Englands und seiner religiösen Formen erinnern, um dies zu verstehen. Aber selbst dann haben diese frömmelnden Gesänge, die man zuweilen sehr zahlreich über sich ergehen lassen muß, für den Deutschen, und nicht nur für den freidenkenden, etwas nahezu Unerträgliches. Man fühlt sehr deutlich, daß diese frommen Gesänge für viele nur eine tote Form, wenn nicht gar Heuchelei sind, die sie oft mit völlig gleichgültiger Apathie und meist ohne innere Anteilnahme vollführen, und hat, wenn man dies öffentlich erdulden muß, nichts als das unbedingte Bedürfnis, aus dem Saale davonzulaufen!

Das Merkwürdigste ist nun, daß dieses Liedersingen auch in den politischen Versammlungen der modernen Arbeiterparteien in England stattfindet. Auch hierin scheint sich der konservative Zug des englischen Wesens zu erkennen zu geben. Die Labour Party ist ja überhaupt keine sozialistische Partei in unserm Sinne, sondern setzt sich aus sehr verschiedenen Gruppen, wie der Independant Labour Party, den Fabianern, der Britisch sozialistischen Partei, vor allem aber den Gewerkschaften zusammen, die mit ihren der radikalen sozialistischen Agitation skeptisch gegenüberstehenden Elementen noch immer die bedeutendste Macht innerhalb der Partei darstellen. Der moderne englische Arbeiter ist zwar im großen und ganzen freidenkend und im herkömmlichen Sinne unreligiös. Man hat deshalb vielfach die alten Kirchenlieder durch freiheitliche oder politische Lieder ersetzt. Aber es scheint, als wenn die Mehrzahl der Arbeiter doch auf die alten Formen dieses gemeinsamen andächtigen Singens nicht ganz verzichten möchte. Vielfach hat man den alten Melodien nur neue Texte untergelegt. Aber auch so hört man bei den Arbeitern genug religiöse Lieder, wie etwa „Wann wirst du das Volk erretten, Gott?" oder „Gib uns Frieden in unserer Zeit, o Herr", die ich beide auf der großen Siegesfeier der Labour Party in der Albert Hall hörte. Besonders merkwürdig wirkt es auf uns Deutsche, wenn eins dieser Lieder, wie „The golden city" (die goldene Stadt, gemeint ist natürlich das himmlische Jerusalem) in der Melodie „Deutschland Deutschland über alles" gesungen wird — dann bildet man sich in der Tat in ängstlicher Verwunderung im Saale um. Seltsam mutet uns auch das Lied „The red flag" (Die rote Flagge) an, weil man es in der Melodie „O Tannenbaum, o Tannenbaum" anstimmt und weil sich der deutsche Hörer niemals ganz von der damit verbundenen Vorstellung befreien kann. Dieses englische Lied ist uns jedoch aus einem andern Grunde wertvoll, weil es von den tapfern englischen Dienstverweigerern während des Krieges im Gefängnis gesungen wurde.

Sieht man aber von diesem äußern, teils dilettantisch-humorvollen, teils unleidlich-pfäffischen Gepränge ab, und betrachtet nur den rein politischen Inhalt eines solchen Meetings, so muß sich unser Gefühl sofort in das hohe Achtung umwandeln. Inhalt und Form der politischen Ansprachen stehen in England in der Regel auf einer hohen Stufe und zeichnen sich durch ernste Sachlichkeit, Taktik und politischen Weitblick aus.

T. M.

Das furchtsame Kind

Als der Mensch sich vom Tierhaften zur Persönlichkeit entwickelte, da sah er sich der gewaltigen Natur so klein gegenüber. Vor allem Unbekannten, vor allem, was sein Verstand noch nicht erfaßte, hatte er Furcht, ob es nun ein plötzlich am heitern Himmel heraufziehendes Gewitter war oder eine schlimme Krankheit. Noch heute sind ohne Reihe von „wilden" Völkern auf dieser Entwicklungsstufe stehengeblieben; die Wissenschaft bezeichnet sie mit dem Namen „Primitive".

Auch das Kind befindet sich seiner Umwelt gegenüber in der Rolle der Primitiven. Auch ihm fehlt zu einem großen Teile die Einsicht in das Wesen der Naturereignisse und sonstiger Dinge, die ihm groß, ungeheuerlich vorkommen. Daher

Reichstag

Die Reichstagssitzung vom Donnerstag wird um 2 Uhr eröffnet. Das Haus setzt die allgemeine Aussprache über die erste Lesung des Reichshaushaltplans für 1927 in Verbindung mit dem vorliegenden Finanzausgleich und der Haushaltsrechnung für 1925 fort.

Abg. **Neubauer** (Komm.) erklärt, daß der neue Finanzminister Dr. Köhler scharfe Worte der Kritik an der Tätigkeit seines Vorgängers gefunden habe, aber trotzdem die Steuersenkungen fortsetzen wolle, mit denen Dr. Reinhold begonnen habe. Am System der Aktiengesellschaft Deutsche Republik zur Ausbeutung des Volkes werde auch künftig nichts geändert werden.

Abg. **Keinath** (Dt. Vp.) bezeichnet den Stand der Reichsfinanzen als ungünstig. Sie würden noch schlechter werden, wenn der Dawesplan in den nächsten Jahren durchgeführt werden sollte. Eine weitere Erhöhung der deutschen Steuerlast sei unmöglich, es müsse vielmehr für eine Milderung der Steuerlasten gesorgt werden. Beim Wehretat seien keine wesentlichen Ersparnisse möglich, ebensowenig bei den übrigen Etats. Dagegen müßten Länder und Gemeinden fühlbare Ersparungen machen. Es gehe nicht länger an, daß auf Kosten der Gesamtheit der Reichsbürger die Sonderstaatlichkeit einzelner Länder künstlich aufrechterhalten werde, der § 35 des Finanzausgleichs, nach dem das Reich leistungsschwache Länder durch Sonderzuschüsse zu unterstützen habe, müsse aufgehoben werden.

Der Redner erkennt an, daß technische und sachliche Gründe für die vorläufige Reglung des Finanzausgleichs sprechen. Aber, so fährt er fort, wir wünschen eine möglichst kurze Frist bis zur Schaffung des endgültigen Finanzausgleichs. Wir halten eine Erhöhung der steuerlichen Reichsgarantie für bedenklich und wenden uns vor allem gegen eine Sondergarantie für die Umsatzsteuer. Die Gemeindegetränkesteuer sollte ganz aufgehoben werden.

Abg. **Dietrich** (Baden, Dem.) gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck daß der Finanzminister die Lage so pessimistisch beurteile, trotzdem er die Abmachung getroffen habe, durch die den Ländern und Gemeinden 200 Millionen mehr zugewiesen werden sollen. Wenn eine solche Summe frei sei, dann könne doch auch nicht eine Belastung von 150 Millionen Mark für die Arbeitslosen den Haushalt aus dem Gleichgewicht bringen. Wenn man sparen wolle, so könnte man beim Etat des Verkehrsministeriums beginnen, wo die für Kanalbauten vorgesehenen 134 Millionen glatt gestrichen werden könnten.

Die für den Pferdebestand der Reichswehr angeforderten Summen seien viel zu hoch. Durch die Schuld des frühern Reichsfinanzministers v. Schlieben sei die deutsche Reparationslast noch erhöht worden. Es sei durchaus richtig gewesen, daß Dr. Reinhold die für die Wirtschaft unerträglichen Steuern gesenkt habe. Man soll die Dinge nicht bureaukratisch und fiskalisch, sondern volkswirtschaftlich betrachten und die Steuerpolitik so machen, daß die Wirtschaft daran nicht zugrunde geht. Es sei nicht verwunderlich, daß bei den Finanzämtern Unzuträglichkeiten entständen, denn die Finanzbeamten erstickten unter der Fülle der neuen Gesetze.

Der Redner verlangt Aufklärung darüber, in welchem Maße die Großgrundbesitzer neuerlich den Bauern bevorzugt werden. Mit der Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs erklärt sich der Redner einverstanden, verlangt aber, daß der Grundgedanke des Erzbergerschen Finanzsystems aufrechterhalten werde.

Um 4¾ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 3 Uhr vertagt. —

Programm der Reichswehrgenerale

Im Haushaltsausschuß des Reichstags legte am Donnerstag vormittag der Chef der Heeresleitung, General Heye, seine Auffassung über die Beziehungen zwischen Volk und Heer dar. Sein Ziel sei, daß die kleine Reichswehr ein Glied des Volkes bleibe. Denn im Zukunftskrieg sei nicht der Soldat die Hauptsache, sondern das ganze Volk müsse den Krieg führen.

Es sei verständlich, daß häufig zwischen den Zielen der Außenpolitik und denen der Wehrmacht Gegensätze bestünden. Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Da die Armee einmal vorhanden sei, so müsse sie zum Krieg in vollstem Sinne erzogen werden. Den Vergleich mit der Feuerwehr, die zum Kampfe gegen das Feuer erzogen werde und doch kein Freund vom Feuer sei, könne er nicht anerkennen. Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Das Reichsheer und seine Leitung würden pflichtvergessen sein, wenn sie nicht alle

Möglichkeiten eines künftigen Krieges

erwägen und alles, immer im Rahmen des Versailler Vertrags, vorbereiten würden. Bei einer 12jährigen Dienstzeit müsse man andre Mittel anwenden als früher, um die Berufsfreudigkeit der Soldaten zu erhalten.

Die Fortschritte im Heerwesen gingen heute so außerordentlich schnell vor sich, daß man vor der Kritik sogenannter Fachleute außerordentlich vorsichtig sein müsse. Die Reichswehr sei im Grunde eine gute Truppe, das werde auch vom Ausland anerkannt. Der General schlug den Abgeordneten vor, öfters zur Truppe zu kommen und sie aus nächster Nähe kennenzulernen. Die Ersatzfrage ließe sich nicht von heute auf morgen ändern. Er, der Chef der Heeresleitung, mache keinen Unterschied zwischen den Anwärtern. Aber jeder müßte den Willen haben, seine Pflichten zu erfüllen und zum Kämpfen bereit sein. Er wisse, daß es Offiziere gebe, die die Monarchie für die bessere Staatsform hielten. Dennoch dienten sie treu und bewußt der Republik, und darauf komme es doch schließlich an. Die Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden bestehe allein in dem Gedanken der Wehrhaftigkeit. 1930 hätten die Wehrverbände keinen Mann mehr, der den Krieg mitgemacht hätte oder noch fähig wäre, einen Krieg mitzumachen. Die

Soldatenspielerei in den Wehrverbänden

schaffe keinen für den Krieg brauchbaren Soldaten. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, den nationalen Gedanken zu fördern, sei gut.

Arno Holz und sein Werk

Ich fasse meine Stellungnahme zu Arno Holz erneut in die Worte zusammen, die ich schon einmal vor Jahren schrieb:

„Der Führer zweier Jugendgenerationen. Ein in der Weltgeschichte der Dichtkunst einzig dastehender Fall."

Dr. John Schikowski.

Buchhandlung Volksstimme

Zum Schluß erklärte General Heye, er würde sein Amt zur Verfügung stellen, wenn es ihm nicht gelänge, sein Programm durchzuführen: die Reichswehr in Selbstzucht, Gehorsam und Kameradschaftlichkeit zu erhalten.

General v. Haack erklärte, die Erhöhung des Reichswehretats um 6½ Millionen sei gegenüber den Forderungen des Vorjahres ein Minus von einer halben Million, denn damals seien 7 Millionen gestrichen worden. Für Bekleidung, Unterkunft und Verpflegung seien 91,6 Millionen vorgesehen, für Rüstung 149,822 Millionen. Die Versuche der Ablösung militärischen Personals durch Zivilkräfte sollen fortgesetzt werden. Etwa 9100 Mann könnten im Küchen-, Reinigungs-, Schreiberdienst usw. durch Zivilangestellte abgelöst und im Frontdienst verwendet werden. Bei den Preisen der Waffen habe sich mit Hilfe einer Preisprüfungsstelle eine wesentliche Ersparnis erzielen lassen. Der Preis eines Gewehrs mit Zubehör sei von 200 Mark im Vorjahr auf 160 Mark, der Preis des Maschinengewehrs von annähernd 8000 auf 4113 Mk. gesunken.

Abg. Schöpflin (Soz.): Der Wehretat ist so luxuriös ausgestattet, daß angesichts der vom Reichsfinanzminister geschilderten Lage mehrere

Millionen gestrichen werden können,

ohne daß dadurch die Reichswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert wird. Niemand wird von jedem Offizier verlangen, daß er im Innern begeisterter Republikaner ist, aber verlangen kann man, daß die Offiziere sich dem neuen Staat und seiner Staatsform gegenüber mit der äußerlichen Korrektheit benehmen, auf die sie sonst den größten Wert legen. An dieser korrekten Haltung fehlt es jetzt im Offizierkorps der Reichswehr. Was sollen die Soldaten denken, wenn sie lesen, daß der Kommandeur des sächsischen Wehrkreises, der sächsische Landeskommandant und zahlreiche aktive hohe Reichswehroffiziere an einer Feier der sächsischen Militärvereine teilgenommen haben, in der ein Prinz die Grüße des sächsischen Exkönigs überbrachte und in der

Huldigungstelegramme an diesen Exkönig

gesandt wurden? Wenn der Landeskommandant von Sachsen so etwas mitmacht, so ist das nicht korrekt und mit seinem Diensteid und seinen Verpflichtungen nicht zu vereinbaren.

Wir kennen die monarchistischen Reden bei Denkmalsweihen unter Beteiligung aktiver Reichswehroffiziere. In der Infanterieschule Dresden sieht man viele Fürstenbilder, aber nicht die Farben und Symbole des gegenwärtigen Staates. Bei dieser Haltung von Reichswehroffizieren gegen den heutigen Staat handelt es sich nicht um bedauerliche Einzelfälle. Wenn Sie wollten, Herr Minister, wären solche Fälle schon längst beseitigt. Sie oder der Chef der Heeresleitung brauchten nur von ihrer Befehlsgewalt ernstlich Gebrauch zu machen, dann würden die Offiziere gehorchen. Der Minister darf hier nicht sagen, daß er lieber überzeuge als befehle. Seine republikanischen Reden werden in den Kasernen nicht gelesen. Wir verlangen nicht überzeugte, sondern korrekte Offiziere. Und das kann und muß durch die ernste

Anwendung der Befehlsgewalt

erreicht werden. Hier ist ein großer Schaden angerichtet worden, für den der Reichswehrminister verantwortlich ist. Ihr Name, Herr Minister, wird verbunden sein mit den Verdiensten um den organisatorischen Aufbau der Reichswehr, aber er wird nicht verbunden sein mit einer Reichswehr, die sich innerlich auch auf den Staat eingestellt hat.

Die Förderung der Sportverbände durch die Reichswehroffiziere erstreckt sich nicht nur auf die schwarzweißroten Verbände. Das deutsche Volk steht jetzt der Reichswehr in zwei Lagern gegenüber. Der eine Teil hegt tiefes Mißtrauen gegen die Staatstreue der Reichswehr, der andre Teil hegt die vielleicht unberechtigte Hoffnung, daß er bei seinen gegen den heutigen Staat gerichteten Plänen auf die Unterstützung der Reichswehr zählen kann. In die Reichswehr wird heute keiner aufgenommen, der selbst oder dessen Vater verdächtig ist, Reichsbannermann, Sozialdemokrat oder Demokrat zu sein. Die Ausführungen des Chefs der Heeresleitung haben einen soldatisch frischen Eindruck gemacht, aber wir haben schon zu oft ähnliche Ausführungen gehört. Wir warten die Taten ab und sagen: Trau, schau, wem!

Nach weitern Ausführungen der Abgeordneten Graf von der Schulenburg (dt.-natl.) und Creutzburg (Komm.) vertagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Freitag. —

Preußischer Landtag

In der Donnerstagsitzung des Landtags gab der Abgeordnete **v. d. Osten** (dt.-natl.) eine Erklärung ab, in der er die Beschuldigungen, die der Landarbeiter Ernst Grasse in einem an den Reichskanzler Marx gerichteten Offenen Briefe gegen ihn erhoben hat, als unzutreffend zurückwies. Grasse sei von ihm nicht aus politischen Gründen gemaßregelt worden. Die Kuh, die Grasse in seiner Vorlage habe verkaufen müssen, sei niemals dessen Eigentum gewesen, sondern sei ihm von der Gutsverwaltung zur Verfügung gestellt worden. Er werde gegen Grasse strafrechtlich vorgehen.

Bisher hat v. d. Osten vor Gericht gegen den Landarbeiter Grasse nicht gerade günstig abgeschnitten, und nach den vorliegenden Gerichtsurteilen scheint nicht alles so zu stimmen, wie Herr v. d. Osten behauptet. Aber man kann ja abwarten, wann er wieder klagt.

Im Anschluß an die deutschnationale Erklärung wurde die Debatte über

die Gewerbesteuer für 1927

zu Ende geführt. Der Finanzminister bat um Annahme des Gesetzes nach den Beschlüssen des Hauptausschusses.

Die Abgeordneten **Lange** (Dittersbach, Ztr.) und **Bayer** (Waldenburg) bezeichneten die Steuer als eine Ausnahmesteuer gegen den gewerblichen Mittelstand. Der Zentrumsabgeordnete Lange konnte es sich dabei nicht verkneifen, auf das schärfste gegen die Konsumgenossenschaften zu wettern, die er sogar als schädlich bezeichnete. Er fand Widerspruch nicht nur auf den Bänken der Linken, sondern auch in seiner eignen Fraktion.

Sein Fraktionskollege Abg. **Metzinger** trat ihm schließlich von der Tribüne herab entgegen und bezeichnete als alter Genossenschaftler die Konsumvereinsbewegung schon deshalb als berechtigt, weil in ihr die große Idee der Selbsthilfe zum Ausdruck komme.

Die Gewerbesteuer für 1927 wurde darauf nach den Beschlüssen des Hauptausschusses angenommen.

Im Anschluß an eine lange Reihe von Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat setzte das Haus die zweite Lesung des Domänenetats fort, brachte sie aber noch nicht zu Ende.

Am Freitag hat der Landtag eine Anzahl wichtiger Abstimmungen vor sich. Die Kommunisten versuchen wieder einmal, diesmal durch einen Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Dr. Becker, den Bürgerblock auch in Preußen an die Regierung zu bringen. Außerdem soll die endgültige Entscheidung über die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November betr. Freigabe der gewerblichen Räume fallen. —

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence-H. Desberry.

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge.

(18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Blitzschnell warf Maria die schlanken Arme um Tommys Hals, zog ihn an sich und verbarg ihr Gesicht an seiner Brust.

„Umarmen Sie mich," flüsterte sie, und als der völlig verstörte Tommy nicht sofort begriff: „Umarmen Sie mich doch, Sie Esel."

Tommy gehorchte; in diesem Augenblick öffnete sich die Tür; beide hatten wohl das Klopfen überhört.

„Schlafen Sie schon, Cartwright?" fragte Graf Seckingens Stimme.

Tommy wollte sich losreißen, aber Marias Arme hielten ihn mit erstaunlicher Kraft fest.

„Küssen Sie mich, laut!" befahl Maria flüsternd.

Graf Seckingen knipste das Licht an; als er die beiden Gestalten eng umarmt sah, drehte er es sofort wieder aus, denn er war ein Mann, der eine gute Erziehung genossen hatte.

„Pardon, ich störe. Bitte vielmals um Entschuldigung."

Und nun schloß er hinter sich die Tür.

Tommy hatte aber inzwischen entdeckt, daß es äußerst erfreulich sei, die schönen vollen Lippen Marias zu küssen, und nun brauchte sie ihm nicht mehr den Befehl hierzu zu erteilen. Er hielt das Mädchen fest umarmt und preßte seinen Mund auf den ihren.

Da gab sie ihm, zu seinem größten Erstaunen, einen derartigen Stoß vor die Brust, daß er fast umgefallen wäre.

Die großen dunklen Augen starrten ihn funkelnd an, die süße Stimme fragte in gänzlich verändertem harten Tone: „Was fällt Ihnen denn eigentlich ein? Wie wagen Sie es, mich zu küssen?"

„Sie . . . Sie befahlen es mir doch . . ." stotterte der arme Tommy.

Maria brach in Tränen aus.

„Ist das Ihre Gastfreundschaft? Ist das der Schutz, den ein englischer Gentleman einem verfolgten Mädchen gewährt?"

„Verzeihen Sie," bat Tommy tief beschämt. „Ich möchte Sie um nichts in der Welt kränken. Aber Sie selbst . . ."

„Sind Sie denn ganz verblödet?" fragte Maria ungeduldig. „Ich hörte Schritte vor Ihrer Tür stehenbleiben, ahnte, daß jemand kommt, mußte, falls meine Feinde eingedringen beabsichtigten, unbedingt das Gesicht verbergen. Den Eindruck erwecken, als ob Sie ein Mädchen von der Straße bei sich hätten. Verstehen Sie noch immer nicht?"

„Ach so," entgegnete der arme Tommy gedehnt. Ihm war zumute, als wäre er mit eiskaltem Wasser begossen worden. „Verzeihen Sie mir," wiederholte er flehend.

„Gut, wenn Sie mir von nun an mit der Achtung entgegenkommen, die ein anständiger Mensch einem Mädchen schuldet, das bei ihm Zuflucht gesucht hat."

„Sie sollen mit mir zufrieden sein," seufzte Tommy und wandte krampfhaft die Augen ab. Er war seiner selbst nicht ganz sicher, wollte sich nicht in Versuchung führen lassen.

Maria lächelte.

„Legen Sie sich auf die Chaiselongue, mein Freund, schlafen Sie. Auch ich möchte schlafen, bin todmüde."

Tommy gehorchte insofern, als er sich, nachdem er die Tür versperrt hatte, auf die Chaiselongue legte. Schlafen jedoch konnte er nicht. Im blassen Lichte der kleinen Schreibtischlampe sah er auf seinen Kissen den schwarzlockigen Kopf ruhen, das schöne Gesicht, und errieet unter der Decke den schlanken, lebensvollen Körper.

„Wäre ich tatsächlich ein englischer Aristokrat," sprach er bei sich, „ich würde ihr Vertrauen mißbrauchen. So aber soll sie bei mir sicher sein, wie bei einem leiblichen Bruder — wenn es auch nicht gerade angenehm ist."

Maria schien großes Vertrauen zu Tommy zu empfinden; nach etwa einer Viertelstunde verrieten ihre ruhigen, regelmäßigen Atemzüge, daß sie fest und sorglos schlief.

Tommy auf seiner Chaiselongue hingegen kam sich lange Zeit wie ein Jünger des heiligen Antonius vor, den in der Wüste der Teufel in Gestalt schöner Frauen in Versuchung geführt hatte. Ja, er erschien sich noch weit tugendhafter als der heilige Einsiedler, denn dieser trug auf allen Bildern einen langen, grauen Bart und erweckte einen greisenhaften Eindruck, während Tommy Anderson erst neunzehn Jahre zählte.

Endlich aber erbarmte der Schlaf sich auch seiner und schenkte ihm im Traum, was ihm die Wirklichkeit versagt hatte.

*

Helles Sonnenlicht drang in Tommys Zimmer; die Strahlen tanzten über sein Gesicht; über seine geschlossenen Augen. Er dehnte und streckte sich, murmelte zärtlich „Maria", streckte die Arme aus, griff ins Leere und erwachte.

Tommy schnellte auf; hatte er das Ganze geträumt? Ach nein, das Bett verriet, daß jemand darin geschlafen hatte und am Fußende lag ein kleines Bündel.

Tommy riß es auf; ein Paar lange Velvethosen fielen heraus, sowie ein Velvetrock und eine Mütze. Unter den Kleidungsstücken lag ein Zettel, auf dem mit Bleistift folgende Worte standen:

„Sie sind ein echter Gentiluomo; ich danke Ihnen, verbergen Sie meine Kleider; ein Knabe wird sie abholen, Ihnen sagen: Maria läßt um das Bündel bitten. Nochmals: innigen Dank."

Tommy nahm völlig verwirrt die Kleidungsstücke und schloß sie in eine Lade ein. Dann begab er sich in das Badezimmer und ließ die Wanne vollaufen. Als er an der Tür vorüberkam, bemerkte er, daß der Schlüssel wieder im Schlosse stak. Er schüttelte den Kopf: es hatte gar keinen Sinn, über die Ereignisse der letzten Nacht nachzudenken; eine Erklärung würde er ja doch nicht finden können.

Er stieg in die Wanne, dehnte sich wohlig im warmen Wasser. Plötzlich vernahm er im Nebenzimmer lautes Schimpfen und Fluchen; die Glocke schellte wie verrückt, eilige Schritte kamen den Korridor entlang gelaufen; die Tür ging auf und zu. Tommy erkannte im Nebenzimmer die Stimme des Schweizer Hoteldirektors, besorgt, aufgeregt, dann Graf Seckingens schnarrendes Organ, kreischend, sich vor Wut überschlagend. Da die beiden Männer deutsch sprachen, konnte Tommy kein Wort verstehen; doch sollte er nicht lange darüber im Unklaren bleiben, was seinen Nachbarn so sehr aufregte. Er war eben in den Bademantel geschlüpft und ins Schlafzimmer getreten, als Seckingen auch schon nach kurzem hastigen Klopfen im Türrahmen erschien.

Der Deutsche war totenblaß und seine Lippen zitterten vor Wut.

„Was ist denn los?" fragte Tommy.

„Meine Aktentasche wurde heute nacht gestohlen aus meinem Zimmer, während ich schlief."

Ein Gedanke durchzuckte blitzartig Tommys Hirn.

„Ihre Aktentasche?" fragte er harmlos. „War viel Geld darin?"

„Geld?" brüllte der Deutsche. „Geld? Nein, aber alle Dokumente, die Cagli mir gestern zur Verwahrung gab!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Gerichtssälen

„Noske"

Eine putzige Anklage. Ein junger Mensch — nebenbei gesagt ein Franzose — steht mit einem Mädchen in der Nähe der Turmschanzenstraße in der Friedrichstadt und unterhält sich über Liebe und ähnliche Dinge. In dem Gespräch kommt auch die Redewendung vor — damit war das junge Mädchen gemeint —, „wer mit einem Noske geht, für den habe ich nicht viel übrig!" In diesem Augenblick geht ein Reichswehrsoldat an dem Manne vorbei. Als er das Wort „Noske" hört, bleibt er stehen und sieht dem jungen Menschen unverwandt ins Gesicht. Der Zivilist sagt: „Geh doch weiter, Noske!" Der Reichswehrsoldat — ein vernünftiger Pionier — geht weiter und denkt: „Laß doch den erzählen, der hat anscheinend einen zuviel getrunken!" Ganz anders denkt aber ein Infanterie-Unteroffizier, der den Ausdruck „Noske" gleichfalls gehört hat, sofort den Zivilisten von hinten angriff, nach ihm schlug und seine Personalien forderte. Der Vorfall wurde gemeldet. Peinliche Verhöre folgten. Der Pionier bestätigt natürlich, daß der Ausdruck „Noske" tatsächlich gefallen ist. Die Meldung geht ihren Weg. Sogar der Herr Generalmajor interessiert sich für den Fall und hält die Geschichte für so wertvoll, deshalb Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. Die Anklage spricht von Verächtlichmachung der bewaffneten Macht.

Ein alter darauf passender Gesetzesparagraph wird hervorgesucht und der junge Franzose, der aus dem französischen Heere desertiert ist, nachdem er erst vor einiger Zeit aus Afrika nach Frankreich zurückgekehrt war, muß wegen Beleidigung vor das Schöffengericht. Der Pionier ist Zeuge. Und das Ende vom Liede? Der Angeklagte wird wegen Beleidigung eines Angehörigen der Reichswehr zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Oh, diese Justiz! Die Kleinen werden gehängt! Wenn Nationalisten die Republik oder deren Flagge verhöhnen, dann kostet dieser Sport laut Justiz-Taxe 10 und 20 Mark. Wenn es ganz haarig kommt, werden auch mal 50 und 100 Mark abverlangt. Wenn man aber zu einem Reichswehrsoldaten „Noske" sagt, dann wird man zu 50 Mark Geldstrafe verknackt. Der Staatsanwalt hatte sogar 100 Mark beantragt. Republik und Reichswehr sind in der Tat auch zwei so verschiedenartige Dinge, daß eine verschiedene Beurteilung, wenn Beleidigungen erfolgen, ganz selbstverständlich erscheint. Die Reichswehr muß geschützt werden. Wer die Reichswehr „Noske" nennt, tut das in der Absicht, die Angehörigen der Reichswehr zu kränken. Wer aber die Farben der Republik verhöhnt, meint stets die Farben des Reichsbanners. Was kann die Justiz dafür, daß Reichsbanner und Republik dieselbe Farbenzusammenstellung in ihren Flaggen haben? —

„Haut die Ausländer!"

„Ich saß in einem Hauseingang, Herr Vorsitzender! Ich war gerade ein bißchen eingeschlafen. Wir hatten Geburtstag gefeiert. Als ich wieder aufwachte, lag ich mit der Nase an der Erde, blutete und konnte nicht gucken!" So beginnt ein Zeuge seine Aussage in einem Verfahren wegen schwerer Körperverletzung, weswegen sich vor dem erweiterten Schöffengericht drei junge Leute zu verantworten hatten. Der Zeuge stammt aus Olvenstedt und hatte mit zwei Freunden in dem dunkelsten Viertel der Altstadt einen Arbeitskollegen aufgesucht, um dessen Geburtstag „feierlich" zu begehen. Auf der Geburtstagsfeier spielte der Alkohol eine gewichtige Rolle. So kam es denn auch, daß die drei Olvenstedter, als sie zu mitternächtlicher Stunde den Heimweg antreten wollten, der gesunden frischen Nachtluft nicht standzuhalten vermochten und sich erschöpft in der Wagestraße in einer Haustür gemütlich niederließen. Der Alkohol hatte die Glieder schläfrig gemacht, und so schliefen denn die drei Olvenstedter den Schlaf des Gerechten. Die friedliche Harmonie wurde plötzlich grell gestört. Einer der Schlafenden hörte Rufe: „Haut doch die Ausländer!" Als er sich umsehen wollte, hatte er schon einen derartigen Schlag über den Kopf, daß er zunächst gar nicht wußte, wo er eigentlich war. Als er sich der Situation bewußt wurde und versuchte, irgend etwas zu beginnen, hagelte es neue Hiebe, so daß er aus mehreren Wunden blutend besinnungslos zusammenbrach. Nicht besser erging es den beiden andern Olvenstedtern. Obwohl sie nicht den geringsten Anstoß gegeben hatten, wurden sie überfallen und niedergeschlagen, so daß sie mehrere Tage arbeitsunfähig waren.

Aus dem Trubel der Menschen, die dem nächtlichen Vorgang beigewohnt hatten, wurden drei erkannt, die möglicherweise als die Schläger in Frage kamen. Sie wurden vor das Schöffengericht gestellt und sollten dort nun Rede und Antwort stehen, wie sie dazu gekommen, friedliche Menschen zu überfallen und zu mißhandeln? Alle drei Angeklagten streiten energisch. Sie wollen wohl dabei gewesen sein, aber geschlagen, nein, das wollen sie nicht getan haben. Die drei Verletzten können Angaben über die Täter nicht machen, da sie dermaßen fest geschlafen haben, daß sie erst gewahr wurden, überfallen zu sein, als sie aus ihrem zweiten unfreiwilligen Schlaf erwachten.

Was sollte das Gericht tun? Es blieben noch die Zeugen, die keine Schläge bekommen haben, den Vorfall aber beobachtet hatten. Aber auch von ihnen kann keiner positive Angaben machen. Nur für einen Angeklagten erschien nachgewiesen, daß er sich an der Schlägerei nicht beteiligt hat. Die Beweisaufnahme war derartig mangelhaft, daß der Staatsanwalt für alle Angeklagten Freisprechung beantragen mußte. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht aber nicht an, sondern verurteilte zwei Angeklagte zu je drei Monaten Gefängnis und sprach den dritten frei. Das Gericht nimmt als erwiesen an, daß durch die eigenen früheren Angaben der Angeklagten deren Schuld bejaht wurde. Die beiden verurteilten Angeklagten haben einmal zugegeben, geschlagen zu haben, wollen das aber nur in „Notwehr" getan haben. Die Verurteilten erklärten, gegen das Urteil Berufung einlegen zu wollen. —

Vom Kaufmannsgericht

Der reiche Lehrling

Elli ist 16 Jahre alt. Selbständig wie eine Zwanzigjährige hat sie sich in jedem Hause betätigt und überall ihren „Mann" gestanden. Nun wollte sie den kaufmännischen Beruf ergreifen und ging deshalb noch 1 Jahr zur Handelsschule. Als der Lehrgang beendet war, suchte sich das junge Mädchen eine Stellung. Sie fand sie auch, aber nicht als Angestellte, wie Elli wünschte, sondern als Lehrling im letzten Lehrjahr. Der Chef, Herr D., war aber ein sehr „kluger" Herr. Er wußte wohl, was Elli leistete, und unter der Bezeichnung „Lehrling" braucht man eine Kraft bekanntlich sehr wenig zu entlohnen. Er schloß sogar mit dem jungen Mädchen eine Vereinbarung, nach der Elli 100 Mark Strafe zahlen sollte, wenn sie vor Ablauf des Jahres sein Geschäft verlassen würde. Elli unterschrieb auch und dachte tatsächlich nicht an eine Trennung.

Da sagte eines Tages der Chef, er wolle eine Bekannte aus [illegible] einstellen. Elli möge sich daher eine andere Tätigkeit suchen. Das tat nun auch der Lehrling und erklärte kurz darauf dem Chef den beabsichtigten Austritt. Aber inzwischen hatte sich Herr D. anders besonnen. Ohne daß Elli davon wußte, hatte ihr Arbeitgeber den Gedanken von der Einstellung einer Bekannten aufgegeben. Er wollte nun seinen Lehrling behalten und bot sogar „Gehaltserhöhung" an. Aber Elli ging trotzdem. Da nun der Chef die Herausgabe eines Zeugnisses und der anderen Papiere verweigerte, ging Elli mit dem Verbandsvertreter zum Kaufmannsgericht.

In der Verhandlung forderte nun der Gerichtsvorsitzende die Aushändigung der Papiere. Da erklärte aber Herr D. plötzlich: „Dann verlange ich meine 100 Mark!" Da kam er aber richtig an. „Das muß ein reicher Lehrling sein, der so viel Geld besitzt," sagte der Richter und machte den Chef darauf aufmerksam, daß solche Vereinbarungen mit Lehrlingen ungültig seien. Einen Vertrag kann nur der gesetzliche Vertreter, also nur die Eltern, schließen und die hatten in diesem Falle von der Abmachung keine Ahnung. Elli fiel darauf ein Stein vom Herzen. Mit der Zusicherung der Papiere und dem Freispruch von 100 Mark verließ sie vergnügt die Stätte des Gerichts. „Auf Wiedersehen" rief sie dem Richter zu, an ein Wiedersehen dachte sie aber bestimmt nicht.

Brüder, wir trinken noch eins ...

Er war Reisender bei einer Magdeburger Likörfabrik. Sein Chef hatte ihm das Gehalt für Januar verweigert, und nun standen beide vor dem Kaufmannsgericht. Rund 230 Mark verlangte der Reisende, aber nicht einen Pfennig wollte der Chef bezahlen. Er behauptete, sein bisheriger Angestellter habe ihn betrogen und einkassierte Gelder vertrunken. Das bestreitet der Reisende. Getrunken habe er öfter, als Likörreisender müsse er das tun. Aber niemals von dem Gelde seines Chefs

Auf den Vorwurf, daß auch Gelder einkassiert worden seien, bemerkte der Angestellte, daß nicht er, sondern der zweite Chef, der heute nicht mehr Teilhaber der Firma sei, dies getan habe. Gewiß habe er mit seinem damaligen Arbeitgeber auf Einladung gezecht. Kunden wurden besonders berücksichtigt so daß sich die Ausgaben lohnten. Die Stellung bei der Firma habe er Ende Januar aufgegeben, weil der heutige Alleininhaber nicht nur saumselig in der Bezahlung sei, sondern neben dem Likör auch ganz besonders sein weibliches Personal „verehre". „Das müssen Sie erst beweisen," sagte der Angeschuldigte, „und das tue ich auch" klang es prompt zurück.

Der frühere Mitinhaber der Firma wird als Zeuge vernommen. Er bestätigt die Angaben des Reisenden und auch die Tatsache, daß im Interesse der Firma sehr oft gezecht wurde. Auf Grund der Zeugenaussagen mußte das Gericht dem Reisenden die Forderung von 230 Mark zusprechen. Das war ein Gewinn und der Freude wert. Also tranken die alten Deutschen noch eins. —

Ein Carnegie-Lehrstuhl in Berlin

An der deutschen Hochschule für Politik in Berlin beginnt in diesen Tagen Professor James Shotwell (auf dem Bilde) seine Vorlesungen, die im Einvernehmen mit der Carnegie-Stiftung in Newyork und durch Genehmigung des preußischen Kultusministeriums möglich geworden sind. Es ist dies der erste Carnegie-Lehrstuhl, der in Deutschland errichtet wird, und man kann die Wahl des Professors Shotwell zum Dozenten nur als glücklich bezeichnen, da der Genannte als Professor der Geschichte der Columbia-Universität sich bereits internationalen Ruf erworben hat. Man darf hoffen, daß diese amerikanische Professur an einer deutschen Hochschule sich als geeignet erweisen möchte, das Verständnis des Geisteslebens beider Völker untereinander zu vertiefen. —

Kleine Chronik

6 Jahre Zuchthaus für den Ausbrecher Müller

Johann Müller, der 2?jährige Schrecken Altenburgs und Umgegend, der jugendliche Verbrecher, der seit Jahren von Raub und Diebstahl lebt, seinen Bruder fahrlässig tötet, aus dem Zuchthaus Untermaßfeld ausbricht, neue Verbrechen begeht, endlich gefaßt und ins Altenburger Landgerichtsgefängnis eingeliefert wird, wieder seine Fesseln sprengt und flüchtet, und am 11. Februar in Oldisleben festgenommen werden kann, hatte sich am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Altenburg zu verantworten. Gegen Müller und einen seiner Hehler, den 4?jährigen Bauarbeiter Albert Gick, ist Anklage wegen fahrlässiger Tötung, schweren Rückfalldiebstahls und verbotenen Waffentragens resp. wegen Hehlerei erhoben worden. Die Verbrechen Müllers haben weit über Altenburg hinaus Aufsehen erregt. Wegen mehrerer Einbrüche war er früher zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er in der Anstalt Untermaßfeld verbüßen sollte. Von dort entwich er am 23. August 1926 und hielt sich bei der ihm befreundeten Familie Falkenberg in Altenburg versteckt. Nacht für Nacht zog er aus diesem sichern Port auf Raub und Diebstahl aus, so daß ihm die Anklage allein 18 schwere Diebstähle seit September 1926 nachweist. Am 11. Oktober vorigen Jahres traf sich Johann Müller, der in Begleitung seines Freundes Erler war, in einem Hohlweg an der Straße nach Leipzig mit seinem Vater und 19jährigen Bruder Richard. Beim Hantieren mit einer Selbstladepistole, die Johann Müller ständig bei sich trug, kam eine Ladehemmung vor; bei ihrer Beseitigung löste sich ein Schuß und Richard Müller brach tödlich getroffen zusammen. Der Verbrecher floh, benachrichtigte aber zuvor durch einen Zettel die Altenburger Polizeibehörde von dem Vorfall, um, wie er in der Donnerstag-Verhandlung angab, sein Gewissen zu erleichtern.

Familie Falkenberg und andere Bekannte nahmen ihn wieder bei sich auf, und Johann Müller trieb ungefährdet und ungestört sein nächtliches Diebshandwerk weiter. Allein oder mit Komplicen erbrach er Ladenkassen, räumte Konfektionsgeschäfte halb aus, stahl Fahrräder und ein Motorrad, auf dem er zwischen Altenburg und Leipzig und Altenburg und Berlin lustig hin und her fuhr, brach in eine [illegible]handlung ein und zog mit Schweizerkäse, Wurst, Schinken und andern Delikatessen beladen in seinen Unterschlupf, stahl Wäsche und Bargeld, verschenkte die Beute teilweise an seine Freunde und räuberte sich neue zusammen — kurz, es gab nichts, was ihm zum Mitnehmen nicht willkommen gewesen wäre.

Die Polizei arbeitete fieberhaft, um den Verbrecher dingfest zu machen. Am 20. Januar wurde er bei Falkenbergs verhaftet. Trotz fester Fesseln gelang es ihm aber, am 6. Februar, [illegible] auszubrechen und zu entkommen. Seine Komplicen Falkenberg unterstützten ihn nach Kräften. M. verbarg sich bei einem Zuchthausgenossen in Oldisleben am Kyffhäuser. Der verriet ihn und am 11. Februar wurde Müller erneut verhaftet. Schnell wurde nun gegen ihn verhandelt. Die Verhandlung entrollt ein typisches Bild aus dem Leben eines Gewohnheitsdiebes. Nacht für Nacht treibt es Müller zum Stehlen und Rauben, was ihm unter die Finger gerät, wird mitgenommen. Gleichgültig gibt Müller seine Verbrechen zu. Er bestreitet nur, nach der Tötung seines Bruders die Pistole ständig bei sich getragen zu haben. Sonst scheint ihn alles nicht groß zu interessieren. Nach juristischer Beleuchtung der einzelnen Straffälle beantragt der Staatsanwalt gegen Müller eine Gesamtstrafe von 6 Jahren Zuchthaus und für 10 Jahre Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Urteil lautet dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend. —

Der ewig deutsche Untertan

Eine geradezu unglaubliche Leichtgläubigkeit haben zahlreiche Leute an den Tag gelegt, die den recht plumpen Schwindeleien der jetzt 73 Jahre alten Anna Margarete Gille in Berlin jahrelang geglaubt und ihr zum Teil bis in die Tausende gehende Geldopfer gebracht haben. Frau Gille nutzte ihre Gebrechlichkeit aus, um sich die Opfer zu ködern. Sie gab an, daß sie die „Stiefschwester der Kaiserin" sei und nur in der vornehmsten Gesellschaft verkehre. Zur Entschuldigung wußten die Betrogenen für ihre Leichtgläubigkeit nur anzugeben, daß Frau Gille, oder wie sie genannt wurde, die „gnädige Frau" — in Wirklichkeit ein ehemaliges Dienstmädchen oder eine Köchin — einen „hypnotisierenden Einfluß" auszuüben verstand.

Die alte „Dame", die halb blind ist, pflegte auf der Straße Leute um Hilfe anzusprechen und sich nach Hause bringen zu lassen. Geschickt wußte sie unterwegs auf ihre hohe Abkunft anzuspielen, und von ihren unermeßlichen Reichtümern zu erzählen. Bald hatte sie Güter in Pommern, bald eine Villa oder mehrere Häuser in Berlin. Nachdem die Bekanntschaft gemacht war, überredete sie die Leute, meist Frauen, mit der Aussicht, ihr Testament zu deren Gunsten abzuändern, sie bei sich aufzunehmen und in ihrer Hilflosigkeit zu pflegen. Eine dieser Frauen, die sie außerdem noch angeborgt hatte, überredete sie, ihr zwei Schuldscheine auszustellen. Sie hatte dann aber die Dreistigkeit, die Forderung einzuklagen. Mehreren Männern, die sie heimgebracht hatten, schenkte sie zum Danke Silberbestecke. Hinterher machte sie Diebstahlsanzeigen. Andre beschuldigte sie, ihr Brillanten und echte Brüsseler Spitzen gestohlen zu haben. In Wahrheit hatte sie aber selbst verschiedene Personen bestohlen. Schöpfte jemand Verdacht, dann erfand sie einen neuen Schwindel. So führte sie ein Opfer zur Bank, kam dann aber mit der Antwort heraus, daß die Beamten zu beschäftigt seien, um abzurechnen, sie werde die Angelegenheit in einigen Tagen erledigen. Mit einer Frau ging sie zu ihrer angeblichen Villa in Zehlendorf, die verschlossen war. Sie läutete und schimpfte dann, daß das Personal ohne ihre Erlaubnis eine Sommerreise angetreten habe. Der Reichtum und die Aussicht auf das Testament verlockte die Begleiter der Schwindlerin Summen bis zu 3600 Mark zu geben.

Jahrelang hatte niemand Anzeige erstattet. Jetzt war sie vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Diebstahls und zahlreicher Betrugsfälle angeklagt. Sie war aber vor Gericht nicht erschienen, sondern hatte ein ärztliches Attest durch ihren Verteidiger überreichen lassen, daß sie wegen Gebrechlichkeit nicht das Haus verlassen könne. Das Gericht hatte das auch geglaubt und beschlossen, in ihrer Abwesenheit zu verhandeln. Dann traten aber Zeugen auf, die aussagten, daß die Angeklagte in den letzten Tagen und noch am Tage vor dem Termin unterwegs gewesen sei und keineswegs einen kränklichen Eindruck gemacht habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Diebstahls und fortgesetzten Betrugs zu 1 Jahr 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis und beschloß, gegen sie, da sie durch die Höhe der Strafe und ihre unwahren Angaben fluchtverdächtig sei, einen Haftbefehl zu erlassen. Das Gericht erblickte in der Angeklagten eine im höchsten Maße gemeingefährliche Schwindlerin, die anscheinend ihr Treiben immer noch fortsetzt. —

Der zweite Aktenschieberprozeß.

Am Donnerstag vormittag begann vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte der zweite Aktenschieberprozeß. Angeklagt sind der schon aus dem ersten Prozeß bekannte Justizinspektor Pahlke und der Justizobersekretär Rossel. Mit diesen teilen die Anklagebank der ehemalige Staatsanwaltschaftsassessor Schott und der Kaufmann Littauer.

Der Angeklagte Littauer war in ein Betrugsverfahren verwickelt, bei dem die Eisenbahngesellschaft angeblich um mehrere 1000 Mark betrogen worden war. Das Merkwürdige in diesem Fall ist, daß Littauer vor einiger Zeit in dieser Strafsache freigesprochen wurde, so daß er jetzt nur noch wegen der Aktenschieberei in Untersuchungshaft sitzt. Es handelt sich bei der Strafsache um Holzlieferungen an die Reichsbahn. Der Reichsbahnfiskus behauptet, um etwa 100 000 Mark geschädigt worden zu sein. Wegen eines Zivilprozesses hatte Littauer großes Interesse daran, den Verhandlungstermin in seiner Strafsache hinauszuschieben. Er setzte sich deshalb mit einem Bekannten, dem Staatsanwaltschaftsassessor Schott, in Verbindung. Dieser wieder setzte sich mit dem Angeklagten Rossel in Verbindung und besprach mit ihm, wie man dem Littauer „helfen" könne. Rossel wandte sich an seinen Kollegen Pahlke. Dieser brachte heraus, daß die Akten von der Staatsanwaltschaft in die Briefannahme des Gerichts gelangt waren. Von hier nahm er sie an sich, gab sie aber, als die Sache für Littauer günstig ausgefallen war, wieder in den ordentlichen Geschäftsgang zurück. Pahlke und Rossel erhielten je 150 Mark. Rossel gab dem Assessor Schott 50 Mark ab. Während Pahlke im wesentlichen geständig ist, bestreiten die übrigen Angeklagten jede Schuld. Am nachmittag wurde folgendes Urteil gefällt: Littauer wird wegen aktiver Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Pahlke erhält wegen passiver Bestechung und Aktenbeseitigung ein Jahr Zuchthaus, eine Strafe, die mit der im vorigen Aktenschiebungsprozeß gegen ihn ausgesprochenen zu anderthalb Jahren Zuchthaus zusammengezogen wird. Schott und Rossel erhalten je 9 Monate Gefängnis. —

100 000 Mark unterschlagen.

Am Dienstag wurde in Breslau der 40jährige Prokurist einer Eisenfirma verhaftet. Er hat in den Jahren 1924, 1925, 1926 etwa 100 000 Mark unterschlagen und die gesamte Summe in leichtsinniger Gesellschaft verbracht. —

Die Gefahr eines Hustens

Einfache Methode zur Unschädlichmachung der Erkältung

Das beste Mittel, um die schlimmste Erkältung (und ebenso auch Husten) unschädlich zu machen, ist Gebrauch einer Flasche selbstbereiteten Sirups, der auf folgende Weise hergestellt wird. Man bereite einen gewöhnlichen Sirup aus ½ Pfund reinem Streuzucker, der in ¼ Liter heißem Wasser 2 Minuten lang gut umzurühren ist, worauf 60 Gramm Anisy (dreifach konzentriert) zugesetzt werden. Damit haben Sie für geringe Kosten einen Vorrat guten Hustensirups für eine Familie. Die lindernden Dämpfe des Anisy dringen in alle Teile des Luftröhrensystems ein, lösen den Schleim und machen die Brust in wunderbarer Weise frei. Anisy besitzt außerdem keimtötende Eigenschaften, welche von großer Bedeutung sind, indem sie die Erkältung schnell beseitigen; kurz, wenn Sie heute Anisy einnehmen, werden Sie morgen Ihre Erkältung los sein.

Anisy hat folgende Zusammensetzung: 1,82 g Ol. pini pumilionis, 0,70 g Ol. menth. pip. germ. 20 g Spirit. vini rect., 2 g Menthol, 0,2 g Guajacol 23 aqua dest. 16 g Sirupus pruni virg.

25 Jahre Berliner Hoch- und Untergrundbahn.

Am 18. Februar sind 25 Jahre vergangen, seitdem in Berlin die erste Schnellbahnstrecke dem Verkehr übergeben worden ist. Mit ihrem Bau war bereits 1896 begonnen worden. Es bedurfte einer Bauzeit von 5½ Jahren, bis die erste Teilstrecke vom Stralauer Tor bis zum Potsdamer Platz, 6,4 Kilometer, in Betrieb genommen werden konnte. Bereits einen Monat später erfolgte die Eröffnung der Strecke Potsdamer Platz—Zoologischer Garten, und im August desselben Jahres die östliche Verlängerung bis zur Warschauer Brücke. Damit waren 1902 11,2 Kilometer Hoch- und Untergrundbahn im Betrieb. Der weitere Ausbau in den Vorkriegsjahren vollzog sich verhältnismäßig rasch: 1906 die Verlängerung bis zum Wilhelmsplatz in Charlottenburg, 1908 bis zum Reichskanzlerplatz und zum Spittelmarkt, 1910 nach Schöneberg, 1913 zum Nordring, Stadion und nach Wilmersdorf und Dahlem. Durch diese Erweiterungen wurde auch der Umbau des sogenannten Gleisdreiecks zu einem zweistöckigen Bahnhof bedingt. Der Krieg brachte dann eine Unterbrechung. Erst Anfang 1923 wurde die Nordsüdbahn in ihrer ersten Teilstrecke, zwischen Hallischem Tor und Stettiner Bahnhof eröffnet. Seitdem ist die Nordsüdbahn bis nach dem hohen Norden, im Süden bis nach Neukölln und Tempelhof verlängert. Durch die Verstärkungslinie zwischen Gleisdreieck und Wittenbergplatz ist die Gesamtkilometerzahl des Hoch- und Untergrundbahnnetzes der Reichshauptstadt auf 53,5 Kilometer angewachsen. Das gesamte Netz zählt gegenwärtig 63 Bahnhöfe, darunter 5 Doppelbahnhöfe und zerfällt in drei selbständig betriebene Linien: die Westnordlinie, die Ostwestlinie und die Nordsüdbahn. Von den Angestellten und Arbeitern sind 89 seit Gründung des Unternehmens im Betrieb tätig. —

Ein Opfer seiner Spielleidenschaft.

Der frühere Fabrikbesitzer Höhnefeld aus Wiesbaden, der mit 25 000 Mark nach Zoppot gekommen war, verlor diese Summe restlos. Da er in einem Drohbrief an den Spielklub zur Tilgung seiner Schulden eine Geldsumme forderte, wurde er wegen Erpressung verhaftet. —

Selbstmord eines Pfarrers.

Der evangelische Pfarrer von Nordhausen bei Kassel war seit Dienstag morgen vermißt worden. Schließlich fanden ihn die Gemeindemitglieder in seiner eignen Kirche erhängt auf. —

Große Störungen im Berliner Zugverkehr

In der Nacht zum Donnerstag stürzte bei Verstärkungsarbeiten an der Berliner Stadtbahn ein Krahn in unmittelbarer Nähe des Lehrter Stadtbahnhofes um und auf die Gleise. Dadurch wurde der gesamte Fern- und Stadtbahnverkehr zwischen Osten und Westen für den größten Teil des Donnerstags gesperrt. — Auf der Streck Halle—Erfurt war der Verkehr infolge Entgleisung eines Güterzugs in der Nähe von Weißenfels ebenfalls mehrere Stunden unterbrochen, so daß die Züge auf der Strecke Berlin—Frankfurt und Berlin—München große Verspätungen erlitten. —

Der Drang der Fünfzehnjährigen zum Filme.

Ein 15jähriges Mädchen, das bei seinem 86jährigen Großvater in Freiberg in Sachsen lebte, fühlte „den Drang in sich", nach Wien zu reisen und dort eine „große Filmdiva" zu werden. Das Mädchen entwendete dem Großvater 480 Mark und der Tante eine wertvolle Pelzboa, nahm eine Freundin mit und fuhr dann mit einem Mietauto nach Dresden, um dort die Reise nach Wien anzutreten. In Dresden wurden die beiden jedoch festgenommen und nach Freiberg zurückgebracht. Geld und Pelzboa wurden wiedererlangt. —

Familientragödie in der Pfalz.

In Altenkirchen durchschnitt der Gemeindesekretär Schöneberger seinem 8 Monate alten Kinde die Pulsadern und tötete dann seine Frau und sich selbst durch Revolverschüsse in die Schläfe. Das Ehepaar war sofort tot. Das Kind wurde in schwer verletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, hat Schöneberger die Bluttat im Einverständnis mit seiner Frau vollbracht. Das Motiv der Tat ist Furcht vor Strafe wegen Veruntreuungen, die sich Schöneberger hatte zuschulden kommen lassen. —

Ein Zwischenfall bei einem Prozeß gegen von Kähne junior.

Das Schöffengericht Potsdam verhandelte am Donnerstag gegen den Sohn des aus verschiedenen Prozessen bekannten Herrn von Kähne aus Petzow am Schwielowsee wegen Körperverletzung. Bei Beginn der Verhandlung versuchte ein Trupp von etwa 40 bis 50 Leuten, in den Verhandlungssaal zu dringen, angeblich, um mit Kähne abzurechnen; es gelang jedoch, die Leute aus dem Gerichtsgebäude zu drängen. —

Vom Ueberfallkommando erschossen.

In der Nacht zum Donnerstag wurden in Berlin Einbrecher überrascht und vom herbeigeholten Ueberfallkommando gestellt. Die Diebe suchten zu fliehen, wurden aber von Polizeibeamten abgefangen. Statt auf Aufforderung stehenzubleiben, gaben sie auf die Beamten Schüsse ab, die diese erwiderten, so daß ein regelrechtes Feuergefecht stattfand. Der eine Einbrecher war sofort tot, der zweite wurde schwerverletzt ins Krankenhaus übergeführt. Die Beamten blieben unverletzt. —

Feuer im Reichswehrministerium.

Im Archiv des Reichswehrministeriums entstand in der Nacht zum Donnerstag ein Brand, der jedoch durch Kriminalbeamte des Ministeriums so rechtzeitig entdeckt und gelöscht werden konnte, daß die herbeigerufene Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. —

Ein Bürgermeister als Brandstifter.

Der Bürgermeister von Alberoda (Sachsen) wurde nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht Chemnitz wegen Brandstiftung zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt. —

Ein Schiffbrüchiger ernährt sich von Menschenfleisch.

Ein 69jähriger Fischer, namens Kelly, der mit seinen Kameraden in einem offenen Boot in der Nähe von Avalon auf der Santa Catalina-Insel in Kalifornien 11 Tage lang auf dem Meere trieb, hat sich, von rasendem Hunger gezwungen, schließlich von dem Fleische seines inzwischen gestorbenen Kameraden genährt. Als der Fischer völlig entkräftet am Strand aufgefunden wurde, brachte man ihn ins Krankenhaus, wo er aussagte, er sei acht Tage lang ohne feste Nahrung und Wasser gewesen. Sein vor Hunger und Durst fast wahnsinnig gewordener Kamerad versuchte dreimal über Bord zu springen und wurde jedesmal von Kelly zurückgehalten, starb aber schließlich an Entkräftung. Nach seinem Tode versuchte Kelly durch Rudern das Land zu gewinnen und stillte seinen Hunger mit dem Fleische seines toten Kameraden. Schließlich sichtete er Land und konnte noch ans Ufer kriechen, wo er mit Segeltuch bedeckt den Tod erwartete. Das Boot wurde in einiger Entfernung gestrandet aufgefunden und darin der verstümmelte Leichnam seines Kameraden. —

Ein falscher Gerichtsassessor verhaftet.

Am Donnerstag wurde in Berlin der angebliche Gerichtsassessor Dr. Achim Guth verhaftet. Er war bei einer ganzen Reihe von Berliner Rechtsanwälten als Assessor tätig und vertrat sie vielfach vor Gericht, obgleich es sich jetzt herausgestellt hat, daß Guth ein stellungsloser Kellner aus München ist. —

20 000 Mark für Zwillinge.

Viel Glück hat eine Mrs. Dumbreck in London, die allerdings mit ihrem Mädchennamen „Luck", d. h. Glück heißt. Sie hat sich nämlich bei Eingehung ihrer Ehe mit 1000 Pfund gegen Zwillinge versichert, obgleich eigentlich keine große „Gefahr" war, denn es sind bisher in ihrer Familie und in der ihres Mannes nur einmal Zwillinge vorgekommen. „Es war mehr eine Laune", sagte sie. Aber diese Laune hat ihr nun 20 000 Mark eingebracht, denn das junge Ehepaar wurde innerhalb der sechs Jahre, auf die die Versicherung beschränkt war, mit Zwillingen beschenkt und die Prämie ihm ausgezahlt. —

Wie du mir, so ich dir.

Eine Wiener Textilfirma versandte an Privatleute Taschentücher und legte „der Einfachheit halber" gleich Rechnung und Zahlkarte bei. Eine solche unerbetene Sendung bekam auch ein Arzt, der wohl gerade Verwendung für die Taschentücher, nicht aber für die der Sendung beigelegte Zahlkarte hatte. Immerhin wollte er sich nichts schenken lassen, und so empfingen die Fabrikanten einen Brief folgenden Inhalts: „Ich bestätige dankend den Empfang der mir übersandten Taschentücher, die ich allerdings nicht bei Ihnen bestellt habe. In der Anlage gestatte ich mir, Ihnen ein Rezept gegen Läuse zu überreichen, daß Sie zwar ebenfalls nicht bei mir bestellt haben, von dem ich aber vorkommendenfalls Gebrauch zu machen bitte. Für die Erteilung des Rezepts liquidiere ich 5 Reichsmark. Da Ihre Rechnung über den gleichen Betrag lautet, sind unsre gegenseitigen Forderungen somit ausgeglichen." Es kann noch berichtet werden, daß der Arzt die Taschentücher in Gebrauch genommen hat. Ob auch die Fabrikanten von dem Rezept bereits Gebrauch gemacht haben, darüber weiß der Chronist nichts zu melden. —

„Er fühlt sich danach."

Der 88jährige Geistliche Edward Smith in Oshkosh (N. S. A.) führte am Dienstag seine 44jährige Braut, die er vor einem Jahr in London kennengelernt hatte, zum Altar. Der Neuvermählte erklärte: „Ein Mann, der sich danach fühlt, soll in meinem Alter heiraten." Das „junge" Paar unternimmt eine Weltreise. —

Grubenunglück in Frankreich.

In einem Bergwerk unweit Clermont-Fernands hat sich ein schweres Grubenunglück ereignet. Ein Fördertorb, in dem sich 17 Arbeiter zur Einfahrt befanden, erlitt Seilbruch und stürzte in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden getötet, die übrigen 15 schwer verletzt. —

Gefährliches Indianerspiel.

In Schiltigheim bei Straßburg spielten einige Knaben in der Nähe der Befestigungen Indianer. Sie banden einen der Kameraden, einen 11jährigen Buben, an einen Baum, und zündeten zu seinen Füßen ein Feuer an. Dann liefen sie davon. Zum Glücke kam rechtzeitig ein Mann dazu, um den Knaben zu befreien, der schon halb erstickt war. —

Gewinn-Auszug

5. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (254. Preuß.) Klassenlotterie

7. Ziehungstag — 16. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen:

2 Gewinne zu je 10000 Mk. 316448
18 Gewinne zu je 3000 Mk. 22354 26777 82836 140909 199223 264789 314014 343248
16 Gewinne zu je 2000 Mk. 9581 52192 84125 130989 161804 226648 294743 307036
24 Gewinne zu je 1000 Mk. 19664 38588 39197 143011 144601 146124 181717 211330 269596 321133 326103 328284
86 Gewinne zu je 500 Mk. 15060 15191 25464 49607 52476 56487 65869 69623 81476 85579 99500 103719 109091 112915 115542 131109 131432 137269 147126 150380 159437 164057 175513 176781 181948 192538 198177 207783 219779 231241 248756 258867 266470 269233 291531 295426 302152 308082 314129 330617 334345 334349 342698
196 Gewinne zu je 300 Mk. 907 984 2210 9783 10075 22404 24749 30991 31437 35648 36256 36489 46931 47363 49327 49917 54063 54733 55115 55726 56886 59330 60580 65467 69842 70646 81545 84633 86408 103363 110250 112093 113390 117612 130055 131859 134357 137052 137350 138366 138809 141459 141990 143235 155473 155669 157623 158915 172393 174214 178192 182596 187542 188119 193401 193946 196419 201207 207332 209558 219674 228273 233532 242762 252036 253212 255766 256621 264841 266618 270651 270942 290990 296035 298062 298341 298364 300564 300635 303252 303584 303951 306275 307457 311424 317309 317442 318206 318816 319407 321806 325598 329797 336105 337362 341734 343119 344667

3. Ziehungstag — 17. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen:

2 Gewinne zu je 10000 Mk. 123490
4 Gewinne zu je 5000 Mk. 241258 302553
12 Gewinne zu je 3000 Mk. 4982 40890 122630 228892 247171 306940
4 Gewinne zu je 2000 Mk. 307989 347301
20 Gewinne zu je 1000 Mk. 5972 20027 37277 110617 145530 147112 150442 159393 216184 303460
60 Gewinne zu je 500 Mk. 6438 23731 33006 44190 57611 62474 64104 74739 90582 102837 112223 115366 119752 141921 163409 200846 213921 214393 217926 218389 225660 231757 243193 243841 277406 279340 297843 304471 331833 342667
212 Gewinne zu je 300 Mk. 4828 6766 10448 11016 14559 14799 15403 16951 25581 28377 48495 50122 54616 65869 68240 70178 75949 81412 83313 84615 88835 91812 93952 98385 100122 102563 105633 106672 109332 112846 113060 113168 114371 118130 120618 122865 124632 125563 129247 129777 130652 140910 141324 142442 148159 148791 150156 150795 153538 153902 159146 159236 160092 162000 162451 164120 173874 174547 176116 177103 177975 178129 186910 191659 194004 194110 198061 199498 199998 201276 201940 217537 219254 220657 221367 221902 229742 233228 244068 247386 249041 250434 266463 269915 275712 276738 278315 283023 286054 291195 298821 306422 308381 311125 311129 316727 316872 316891 319483 320782 321496 326817 328475 333801 343416 348145

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Sonnabend, 19. Februar. 4.30: Leipz. Funkorch. Busoni: Lustspiel-Ouv. — Stochter: Suite in vier Sätzen. — d'Albert: „Die verschenkte Frau". — Smetana: Balletmusik aus „Zwei Witwen". — Moszkowski: Liebeswalzer. — Suppe: aus „Die schöne Helena". ⊙ 6: Funkbastelstunde. ⊙ 6.15: Walter Großmann: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts". ⊙ 7: Regierungsrat Dr. Treitschke: „Die Geschichte der Landesaufnahme Sachsens von 1780 bis 1926." ⊙ 7.30: Oberregierungsrat Dr. Gerth: „Das Recht der Blinden auf Arbeit." ⊙ 8.30: Ernste und heitere Musik. Mitw.: Ellen Wattenne (Lieder zur Gitarre), O Wunderlich von der Staatsoper (Gitarre), Th. Blumer (Klavier und Violine). Pastorale. — Polacca. — Scherzo. — Lieder zur Gitarre: So wünsch ich dir ein gute Nacht (a. d. 16. Jahrh.); All mein Gedanken, die ich han (16. Jahrh.); Rothe: Tanzlied. — Blumer: Bagatellen für Klavier. — Lieder zur Gitarre. — Mozart: Aus den „Deutschen Tänzen". ⊙ 9.30: Kapelle des 1. (Jäger-)Batl. 10. (Sächs.) Inf.-Reg. Leitung: Obermusikm. Thiele. Schmehling: Der alte Berner Marsch. — Platzbecker: Ouv. „Der Wahrheitsmund". — Kaempbert: Halloren-Marsch mit Benutzung dreier Melodien aus dem 15. Jahrh. — Schubert: aus „Das Dreimäderlhaus". — Blon: Sizilietta. — Helbig: Schützen-Marsch. — Rockert: Amorettenständchen. — Mascagni: Fant. „Cavalleria rusticana". — Joh. Strauß (Vater): Radetzky-Marsch. — Waldteufel: Immer oder nimmer! — Parademarsch des ehem. Art.-Reg. 64. — Kalman: aus „Zirkusprinzessin". — Joh. Strauß (Sohn): Schatzwalzer aus „Der Zigeunerbaron".

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Sonnabend, 19. Februar. 4: Dr. Riedinger: „Juristischer Aberglaube". ⊙ 4.30: Kapelle Gebr. Steiner. ⊙ 6.30: Einf. zu dem Sende-Spiel am 20. Februar. ⊙ 7.05: Dr. Ehlers: „Fragen des Arbeitsrechts von praktischer Bedeutung". ⊙ 7.30: Oberpostrat Thurn: „Das Antennenrecht". ⊙ 7.55: Dr. Reichenbach: „Von Kopernikus bis Einstein" (Raum und Zeit). ⊙ 8.30: Abend-Unterhaltung. Kral: Brücker-Lager-Marsch. — Millöcker: Potp. „Gasparone". — Ed. Strauß: Feiche Geister. — Haag: Unterm Weinkranz. — Cramulini: Der wackere Zecher. — Carl Bohm: Lacrymae Christi. (Eduard Kandl (Baß). — Donizetti: Fant. „Regimentstochter". — Lortzing: Balletmusik aus „Undine". — Lortzing: „Vater, Mutter, Schwestern, Brüder", aus „Undine" — Mozart: „Im Mohrenland gefangen war", aus „Entführung aus dem Serail". (Julius Lieban (Tenor). — Mozart: Menuett aus „Don Juan". — Offenbach: Potp. „Schöne Helena". — Humperdinck: Am Rhein. — Bohm: Was i hab'. — Genee: Das Fräulein an der Himmelstür. (Eduard Kandl.) — Moszkowski: Spanische Tänze. — Strauß: Wein, Weib und Gesang. — Lorteleen: Lovings imiles. Foxtrot. Flügel: Th. Madeben. ⊙ 10.30: Tanz-Musik.

Stettin. 8.30: Bunte Stunde. Zeller: Marsch und Walzer aus „Obersteiger". (Salon-Orch.) — Strauß: Werberlied aus „Zigeunerbaron". — Millöcker: „Ach, ich hab' sie ja nur auf die Schulter geküßt" aus „Bettelstudent". (Paul Meinel, Bariton). — Jones: Potp. „Geisha". — Millöcker: Marsch aus „Bettelstudent". (Salon-Orchester.) — H. Vogel: Tschi-Wang-Hu (Eine chinesische Begebenheit). Kolain (Etwas, was sich in Berlin alltäglich ereignet). (M. Schliebener, Rez.) — Lehar: Aus „Der Graf von Luxemburg". (Salon-Orchester.) — Granichstaedten: „Wenn die Musik spielt", aus „Auf Befehl der Kaiserin". — Planquette: Walzer-Rondo aus „Die Glocken von Corneville". (Paul Meinel, Bariton.) — Straus: Potp. „Der letzte Walzer". — Fall: Aus „Die Dollarprinzessin". (Salon-Orchester.) ⊙ 10.30: Tanz-Musik.

Königswusterhausen. Sonnabend, 19. Februar. 3.30: Postrat Behrendt, Frl. Moelle: Esperanto. ⊙ 4: Ober-Stud.-Dir. Dr. Schönebed: Die Förderung der Begabten und die Schülerauslese. ⊙ 4.30: Prof. Dr. Lampe: Die Tagung „Die Volksschülerin". ⊙ 5: Min.-Dir. Brecht: Büroreform i. d. öffentl. Verwaltung. ⊙ 5.30: Dr. P. Röhr: Wirtschaftskonjunktur und Arbeiterleben. ⊙ 6: Min.-Rat Horstmann: Einführung i. d. Verständnis der Wertzeichnung. ⊙ 6.30: Wissenschaftl. Vortrag für Tierärzte. ⊙ 6.55: Prof. Dr. Andreas, Heidelberg: Oesterreich und der Anschluß. Ab. ⊙ 8.30: Uebertr. aus Dresden.

Hannover — Hamburg — Bremen

Sonnabend, 19. Febr. 12.30: Hannover (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 2.05: Bremen (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 3.20: nur Kiel: Wochenbericht des Landesarbeitsamtes. ⊙ 3.30: Bücher. ⊙ 4.15: Hannover, Hamburg: Oldenburger Humor. Mitw.: Paul Hagemann und das Norag-Orch. ⊙ 4.15: nur Bremen: Klassische Arien. Mitw.: Käthe Godbersen (Alt) und das Kammerorch. Am Flügel: R. Krug. ⊙ 4.15: nur Kiel: Kammerorchester. Kuhlau: Ouv. Der Erlenhügel. — Grieg: Peer Gynt. — Vogel: Schweden in Lied und Tanz. ⊙ 5: Hamburg (alle Noragsender): Dr. Benzmer: Ein Tag an Bord eines modernen Ozeandampfers. ⊙ 5.25: Hamburg (alle Noragsender): Dr. Heinitz: Von dem Tonmeister und seinem Genossen, dem Dichter. ⊙ 5.45: nur Hamburg: Fr. Heller: Aus Hamburgs Vergangenheit und Gegenwart. ⊙ 5.45: nur Bremen: August Hinrichs: Ueber das Klootschießen. ⊙ 5.45: nur Kiel: Dr. Tutenberg: Die Pflege der Hausmusik. ⊙ 6: Hamburg und Kiel: Wochenendball. ⊙ 6: Hannover. ⊙ 6.15: Bremen: Wochenendball. ⊙ 7: nur Hamburg: W. Ehlers: Theaterplaudereien. ⊙ 7.20: Hamburg (alle Noragsender): Baurat Böttcher: Oel. ⊙ 7.40: Englisch. ⊙ 8: Hamburg (alle Noragsender): „Der Raub der Sabinerinnen". Schwank in vier Akten von Franz und Paul von Schönthan. Hauptpers.: Prof. Golliwitz: R. Pündter; Friederike, seine Frau: Lotte Schloß; Paula, deren Tochter: Friedl Lind; Dr. Neumeister: Eugen Möbius; Marianne, seine Frau: Käre Göricke; Karl Groß: Emil Groß; Gen. Sterneck, dessen Sohn: M. Bratsch; Emanuel Striese, Theaterdirektor: H. Bauer, u. a. — Anschl.: Tanzfunk.

Rukirol-Verkaufsstellen: Viktoria-Apotheke, Otto-von-Guericke-Straße 8b; Henneberg & Co. und sämtliche Filialen; Hohenzollern-Drogerie, Halberstädter Straße 122; Hohenzollern-Drogerie, Staatsbürgerplatz 2; Kaiser-Otto-Drogerie, Alter Markt 28; Kühlewein-Drogerie, Lüneburger Straße 8; Sonnen-Drogerie, Lübecker Straße 101; Drogerie Hugo Starkloff, Halberstädter Straße 110; Ulrich-Drogerie, Otto-von-Guericke-Straße 96/99 (Ecke Alte Ulrichstraße); Drogerie R. Wirth Nachf. (Inh. Apotheker Fr. Polandt), Breiter Weg 197. — In Magdeburg-Buckau: Drogerie Ad. Haenber Nachf., Schönebecker Straße 103.

Aus der Buchhandlung Volksstimme

Neuerscheinungen:

Kleeis: Arbeitsgerichtsgesetz vom 23 Dezember 1926. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister. 60 Pfennig. — Kleeis: Das Arbeitsgericht. 60 Pfennig. — Stephany: Handbuch der Post-, Bahn- und Gerichtsorte des deutschen Reiches. Mit einer sechsfarbigen Kontor-Wandkarte des Deutschen Reiches und der angrenzenden Länder. 277 Seiten. Leinenband. 9 Mark. —

Wieder vorrätig:

Ferdinand Freiligraths ausgewählte Werke. Leinenband. 4,50 Mark. Wendel: Der Sozialismus in der Karikatur. Von Marx bis Macdonald. Ein Stück Kulturgeschichte. Reich illustriert. 182 Seiten. Leinenband. 11 Mark. — Korn: Die Weltanschauung des Sozialismus. 80 Pfennig. — Nölting: Das Problem einer nationalen Kultur. 1,40 Mark. — Feuerbach-Kunstmappe. 12 Blätter. 1,50 Mark. — Adler: Der Marxismus als proletarische Lebenslehre. 1 Mark. —

Fahrschule
Auto AEZ Zentral
Camin
genießt Ruf und ist führend in der Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
Fernspr. 8893 Magdeburg Landwehrstr. 5

Tretet dem Reichsbanner bei!

Reserviert für
Brauerei Rulf & Roy
inh. Hermann Roy
Magdeburg, Hohe Straße 13.

Räumungs-Ausverkauf

Nur noch kurze Zeit!

So billig können Sie nie wieder kaufen!

Damen-Spangenschuhe, schwarz, Segeltuch, mit Ledersohle	1.85
Kinder-Schnürstiefel, schwarz, R.-Chevreau Größe 23 bis 25 . .	2.90
Eleg. Dam.-Hausschuhe, m. biegsam. Leder, schwarz, braun grün, lila Gr. 36 b 42	3.90
Kinder-Schulstiefel, schwarz Rindbox, Größe 27 bis 30 . .	4.90
Kinder-Schnürstiefel, braun Chevr. und schwarz mit Lackbesatz Größe 32 bis 35	4.80
Damen-Schnürstiefel, schwarz u braun Boxkalf, R.-Chevr, z. Teil Rahmenarb. 35/38	2.90

Damen-Halbschuhe, schwz. R.-Chevr., Zug, Spang. Schnür, mod. Formen Gr. 36 bis 42 . 9.75 7.90	5.90
Eleg. Lack- und Wildleder-Halbschuhe, Zug u. Sp., a. T. mit frz. Abs., mod. Form . . . 12.90 8.75	6.75
Luxus-Damen-Zug- und -Spangenschuhe, echt Chevr., Chevr., Boxk., Lack und Wildleder, schwarz, auch farbig 14.75 12.90	10.80
Herren-Schnürstiefel R.-Box, weißgedopp., spitz und rund Größe 40 bis 45 . 10.90	8.75
Herr.-Sportstiefel wetterf. R.-Rindb schwarz und braun . . 14.75	12.90

wegen Umstellung und Neueinführung von Spezial-Marken!

Schuhhandelshof Breiter Weg 193/94

Ein Gebot der Zeit

alles zu prüfen, um das Beste billigst für sich zu kaufen.

Wir haben für die kommende Saison in allen Abteilungen zu sehr niedrigen Preisen

Frühjahrsmäntel, Kostüme, Kleider Konfirmanden-Kleider

in allen modernen Formen und Farben herausgebracht. Ein Versuch wird Sie davon überzeugen.

Der Rest der Winter-Konfektion, hauptsächlich Plüschmäntel, **tief unter Preis.**

Mäntelhaus Rotes Schloß

Breiter Weg 151, Ecke Gr. Münzstr., Eingang 1 Haustür

Wo ist der schöne Kinderwagen her?

Wenn er bei erstklassiger Qualität, schöner Form, billigster Preisstellung, mit allen hygienischen Vorzügen ausgestattet ist, kann er doch nur von dem

Bettenhaus Bruno Paris

Breiter Weg 4, Hauptpost gegenüber,

sein. 1406

— Entgegenkommende Zahlungsbedingungen. —

Sonder-Angebot!

Billige Strickwaren

Pullover, Lumperjacks, Strickkleider, Jacken, Westen

Täglich Eingang von Neuheiten!

Anton Funke

Breiter Weg 95 (Nähe Zentraltheater)

Extra-Angebote

Gummi-Kinderschürzen	M. 0.50 0.75 0.90
Gummi-Zierschürzen	M. 0.95 1.50 1.75
Gummi-Hausschürzen	M. 1.75 2.25
Hausschürzen aus Gummi, extra starke Ausführ.,	M. 3.25
Gummistoff . . . . pro Meter	von M. 1.75 an
Gummi-Unterlagen	von 30 ₰ an
Gummi-Windelhosen	von 60 ₰ an
Gummitiere z. Aufblasen	M. 0.45 0.50 0.85 0.95 1.50
Kanarienvogel aus Gummi mit Stimme	50 ₰

Hugo Nehab

Johannisbergstr. 2

Vergessen Sie nicht die Auslagen der Buchhandlung Volksstimme zu besichtigen.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben Entschlafenen sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus.

Magdeburg, den 18. Februar 1927.

Agnes Sichting geb. Niemann **und Kinder.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unsers lieben Bruders

Anton

sagen wir allen Verwandten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Reichsbannerkameraden Altstadt Nord sowie Herrn Pastor Naumann für die trostreichen Worte am Grabe.

Franz u. Joseph Schulz nebst Frau Bähr

Am 17. Februar, abends 7½ Uhr, entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, der Schlosserinvalide

Andreas Hinze

im 81. Lebensjahre

Magdeburg-N., den 18. Februar.

In tiefer Trauer:

Witwe Ida Hinze geb. [illegible] nebst Angehörigen.

Die Trauerfeier findet Dienstag, 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des [illegible] statt. 491

Am Donnerstag den 17. Februar verstarb nach langem, schwerem Krankenlager meine liebe Frau

Marie Claus

geborene Witte

im [illegible]. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Karl Claus.

Die Beerdigung findet am Montag den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des [illegible] Friedhofs aus statt.

Am Donnerstag den 17. Februar entschlief nach kurzem, schwerem Krankenlager [illegible] mein innig-geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager, Onkel

Eduard Graf

im [illegible]. Lebensjahre.

Magdeburg, [illegible] 31.

Die trauernden Hinterbliebenen

Emma Graf.

Albert, Martha, Susie als Kinder.

[illegible] Montag den 21. Februar, vormittags [illegible] Uhr, [illegible] Kranzspenden und Beileidsbesuche [illegible]

Danksagung.

Infolge des Hinscheidens unsrer lieben Entschlafenen

Rosa Königstedt

sind uns so viele Beileidsbezeigungen und ehrende Anerkennungen übermittelt, daß es nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Wir gestatten uns daher hiermit, allen Beteiligten von nah und fern unsern besten Dank auszusprechen.

Ernst Königstedt und Kinder.

Ein liebes, treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.

3 Monate nach dem Tode unsers lieben Vaters starb am 17. Februar 1927, vormittags 11½ Uhr, nach langem, schwerem Leiden unser liebes gutes Mütterchen, Schwiegerund Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Witwe

Sophie Kripschock

geb. Fritze

im 61. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Magdeburg. Stettiner Str. 19, den 18. Februar 1927.

Albert Kruppe und Frau Frieda geb. Kripschock.
Otto Kegel und Frau Emilie geb. Kripschock.
Familie Gustav Bennicke und Enkelkinder.

Die Trauerfeier findet am Montag den 21. Februar, nachm. 2 Uhr, in der Hauptkapelle des Westfriedhofs statt.

Am 17. d. M. verschied nach langem, schwerem Leiden der Ehrenbürger unserer Stadt, Herr Bürgermeister a. D., Geheimer Kommerzienrat

Wilhelm Dümling

Ueber die Hälfte seines arbeitsreichen Lebens hat der Entschlafene der ehrenamtlichen Tätigkeit seiner über alles geliebten Vaterstadt Schönebeck in [illegible] Weise gewidmet und seine große praktische Erfahrung allzeit in ihren Dienst gestellt.

Der Entschlafene war vom Jahre 18[illegible] bis zum Jahre 189[illegible] Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und danach vom Jahre 189[illegible] bis 1919 ehrenamtlicher Bürgermeister unserer Stadt. Was er in dieser langen Tätigkeit in nie versagendem Fleiße für das Blühen, Wachsen und Gedeihen von Schönebeck geleistet hat, soll ihm immer unvergessen bleiben.

Durch die Stiftung des unvergänglichen Dümlingschen Altersheimes im Jahre 1912 hat sich der Entschlafene selbst ein bleibendes Denkmal als wahrer Menschenfreund der alten Leute gesetzt. Die ihm von den städtischen Körperschaften aus Dankbarkeit und in Anerkennung seiner allzeit bewiesenen Opferwilligkeit einstimmig verliehene Würde eines Ehrenbürgers war deshalb nur zu wohl verdient.

Das Andenken dieses ausgezeichneten Mannes wird allezeit in der Geschichte der Stadt Schönebeck und in unserem Gedächtnis verbleiben.

Schönebeck, den 17. Februar 1927.

Der Magistrat — **Die Stadtverordneten-Versammlung**

Dr. [illegible] — [illegible]

Restaur. z. Eisenbahner Agnetenstr. 6

Heute Bockbierfest.

Es ladet ein **W. Schloß.**

Stadttheater

Sonnabend 19. Februar Anf. 7½ Uhr Ende 10 U. 6 Abend

Neueinstudiert

Der Barbier von Sevilla

Sonntag, 20. Februar A. 7½ U., E nach 10½ U. 7. Abend

Carmen

Dienstag, 22. Februar

Einmaliges Gastspiel Max Pallenberg in Familie Schimek

Wilhelm-Theater

Neue Vorstellung:

Sonnabend, 19. Februar 8 Uhr

Gastspiel des Kurt-Götz-Ensembles

unter Mitwirkung von

Hermann Vallentin

in

Hokuspokus

Korbmöbel

Ia. Arbeit 540

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Beyers Kinderwagenhaus

13 Alter Markt 13

Ein Leiden kann nur tatkräftig behandelt werden, wenn man weiß, wo es herkommt. Aufklärung hierüber gibt oftmals eine

Urin-Untersuchung

Laboratorium Beck, Magdeburg-Buckau, **Schönebecker Str. 86.** Einsend. tägl. Sprechzeit. Sonnabends von 2—7, Sonntags von 11—1. **(Bitte ausschneiden und aufbewahren.)**

Inglitzner Rheumatismus-Tee harnsäurelösend, blutreinigend

Hof-Apotheke, Breiteweg 158 Am Ulrichsbogen

Staatliche Aufbauschule (Bismarckschule) in Genthin.

Die **Aufnahmeprüfung** findet am 28. und 29. März, vormittags 8 Uhr, statt. Anmeldungen von Schülern (Schülerinnen) werden möglichst frühzeitig erbeten, besonders die für Untertertia. Der Anmeldung sind folgende Papiere beizufügen:

1. Geburtsurkunde, 2. letzter Impfschein, 3. letztes Schulzeugnis (7jähriger Schulbesuch, Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Behörde), 4. Gutachten des Leiters der bisher besuchten Schule über die Befähigung.

515 **Dr. Krampe,** Studiendirektor.

Großer Extraverkauf

zu fabelhaft billigen Preisen

Preise zum Teil bis **75%** herabgesetzt

Mützen	von 50 Pf. an
Hüte	von Mk 1.95 an
Krawatten	von 25 Pf. an
Selbstbinder, reine Seide	von 45 Pf. an
Bunte Oberhemden	von Mk 2.90 an
Weiße Oberhemden .	von 4.50 Mk. an
Kragen	von 25 Pf. an
Makohemden	Mk. 2.90
Einsatzhemden	Mk. 2.90
Normalhemden	Mk 3.25
Bunte Unterzeuge Jacke und Beinkleid	Mk. 4.50

Nur eingeführte gute Qualitäten

G. Karpe

vorm. Th. Dutzschky Nachf.

Magdeburg, Breiter Weg 14

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 18. Februar Ehefrau des Platzmeisters Gustav Arnes, Berta geb. Kaffeebaum, 68 J. Seiler Heinrich Friedrich, 35 J.

Weshalb überall bewundert?

Feinste Gesundheit, klare Augen, faszinierend schöner Teint schlanke Linie sind die Folge von allgemeinem Wohlbefinden nehmen Sie deshalb gleichfalls Kruschen.

Kruschen-Salz erhält stets frisch und elastisch,
Kruschen-Salz reinigt das Blut,
Kruschen-Salz bedeutet für Leber und Nieren eine Hilfe in den normalen Funktionen,
Kruschen-Salz regt den Stoffwechsel an, die Folge ist:
Kruschen-Salz wirkt belebend und erfrischend auf den gesamten Organismus.

Deshalb sollte jede Dame täglich frühmorgens eine kleine Messerspitze Kruschen in warmem Wasser nehmen.

In allen Apotheken und Drogerien M. 3,— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13—14

Fabriklager: „Wabra", Handelsgesellschaft, Magdeburg, Augustastraße 17. Fernruf: Stephan 41094.

Magdeburger Angelegenheiten

Wer da bauet an der Straßen . . .

„Wer der bauet an der Straßen, muß die Leute reden lassen." Ein altes Wort will es so, und es ist noch immer richtig. Wer nun gar bauet an der Hauptstraße, der muß noch viel mehr reden lassen. An der verkehrsreichsten Ecke Magdeburgs soll gebaut werden, das konnten die Passanten am Freitag früh an der Ecke Alter Markt und Breiter Weg an einem stabilen Gerüstbau feststellen.

Ueber Nacht ist es entstanden. Als am späten Abend des Freitags die Verkehrswellen auf dem Breiten Weg abgeebbt waren, fuhren große Lastautomobile mit Balken und Brettern beladen heran. Vor dem Geschäftshaus von Hirte hielten sie. Schnelle Hände griffen zu. Die Balken wurden auf dem Bürgersteig aneinandergefügt. Dröhnende Axt- und Hammerschläge hallten in den Straßen wider. Menschen sammelten sich und redeten, redeten vom Bauen:

Daß dieses Haus doch erst vor kurzem gestrichen sei, es also nicht nötig hätte sich schon wieder zu „frisieren", oder daß es wohl gar noch ein Stock höher gebaut werden müßte. Einer wollte wissen, daß ein neues Warenhaus hier seine Stätte finden soll und ein andrer, daß man die ganze Ecke „abreißen" möchte, damit Platz für den Verkehr gewonnen würde, usw. usw. Ja ja, wer da bauet an der Straßen . . .

Wie wir erfahren, handelt es sich um einen großzügigen Geschäftsumbau der Firma Hirte und um Aufstockung des schmalen Gebäudeteils, der nach dem Alten Markt zu gelegen ist.

Es ist erklärlich, daß Arbeiten, die im Hexenkessel des Verkehrs ausgeführt werden, Interesse finden, war doch schon der nächtliche Gerüstbau ein besonderes Ereignis. Am Tage hätten die Arbeiten den starken Fußgängerverkehr auf die Fahrbahn abgedrängt und evtl. unerfreuliche Verkehrsverstopfungen nach sich gezogen. Das Gerüst mußte zur Freihaltung der Bürgersteige deshalb auch so konstruiert werden, daß zwischen den Balken der Weg noch frei blieb. Der Verkehr stellt hier den Bauleuten also neue Aufgaben, die allerdings in andern Großstädten wohl schon früher gelöst wurden, in Magdeburg jedoch ihre erste Lösung finden. Entwicklung zur Großstadt . . . . . —

Für den Ausbau des Mittellandkanals

Von der Industrie- und Handelskammer wird uns geschrieben:

Sowohl die Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg als auch der Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals haben in dringlichen Eingaben an den Reichsverkehrsminister Dr. Koch auf die große Beunruhigung hingewiesen, die die Nachrichten über einen Abbruch der Bauarbeiten am Mittellandkanal hervorgerufen haben. Sie machen mit Recht darauf aufmerksam, daß, unbeschadet der Einstellung zu den sonstigen Kanalbauprojekten die Vollendung des Mittellandkanals eine Angelegenheit von so überragender Bedeutung ist, daß jeder Vergleich mit andern Unternehmungen hinfällig ist.

Außer dem großen Werte, den der vollendete Mittellandkanal für den deutschen Verkehr und die deutsche Wirtschaft haben wird, erinnern beide Körperschaften daran, daß es Aufgabe der Reichsregierung ist, die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Marx, die er bei Vorstellung des neuen Kabinetts am 3. Februar abgab: „Das im Sommer vorigen Jahres aufgestellte Arbeitsprogramm wird zielbewußt zu Ende geführt wurden, nun auch zu erfüllen. Eins der Kernstücke dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms war aber vor allem die Vollendung des Mittellandkanals.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die beteiligten Länder einen Rechtsanspruch auf die Vollendung des Mittellandkanals durch das Reich haben, denn es ist mit ihnen ein Vertrag abgeschlossen, der das Reich verpflichtet, den Mittellandkanal zu vollenden. Ferner ist die Kammer in gleicher Weise an den Hauptausschuß des Deutschen Reichstags und des Preußischen Landtags herangetreten. —

Entwurf des neuen Polizeibeamtengesetzes

Die preußische Staatsregierung legt dem Staatsrat den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes nebst Begründung vor, durch den die Rechtsstellung der gesamten Polizeibeamtenschaft auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Der Entwurf war schon seit längerer Zeit fertiggestellt; seine Vorlage wurde aber durch außenpolitische Verhandlungen verzögert, so daß wiederholt eine Verlängerung des von vornherein nur als Uebergangsreglung gedachten Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. 8. 1922 notwendig wurde

Der neue Gesetzentwurf trägt, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" schreibt, den inzwischen veränderten Verhältnissen Rechnung. Zwar wird es für eine Uebergangszeit von etwa 4 bis 5 Jahren noch unvermeidlich bleiben, einen Teil der starken Jahrgänge, die in nächster Zeit die 12jährige Dienstzeit vollenden, in der bisherigen Art zu entlassen, um eine Ueberalterung der Schutzpolizei und damit die völlige Stockung des Nachersatzes und der Aufstiegsmöglichkeit zu vermeiden. Im übrigen trägt der Entwurf dem bereits beim ersten Aufbau der Schutzpolizei vorgesehenen Gedanken der Einheitspolizei Rechnung. Danach soll grundsätzlich jeder tüchtige in die Schutzpolizei eintretende Anwärter in ihr oder einem andern Polizeidienstzweig auch seinen Lebensberuf finden. Von dem bisherigen Versorgungssystem konnte daher für die Neureglung ganz abgesehen werden.

Der Entwurf beschäftigt sich mit den Rechtsverhältnissen aller Polizeibeamten, einschließlich der Beamten der Landjägerei und kommunalen Polizei, wobei auch der Uebergang von der Schutzpolizei in die andern Dienstzweige geregelt wird. Die Schutzpolizeibeamten werden in das allgemeine Beamtenrecht eingegliedert, soweit die besonderen Dienstverhältnisse der Polizei dies zulassen. Für die jungen Polizeianwärter, die ohne Vorbildung eingestellt und vom Staate erst ausgebildet werden sowie für die Schutzpolizeibeamten, für die jederzeit eine Verwendung in geschlossenen Verbänden in Frage kommt, sind gewisse Abweichungen unvermeidlich. Aber auch sie zählen zu den unmittelbaren Staatsbeamten und sind pensionsberechtigt.

Im Gegensatz zu früher ist eine verbesserte Unfallfürsorge für alle Polizeibeamten geschaffen worden.

Dem bisherigen Rechte entsprechend erfolgt die unkündbare Anstellung der Beamten des Vollzugsdienstes grundsätzlich mit dem 32. Lebensjahre. Die Möglichkeit der Pensionierung ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit ist für sie auf das 60. Lebensjahr festgesetzt. Die Polizeioffiziere gehören bis zum 10. Dienstjahre zu den übrigen Kündigungsbeamten. Die älteren Polizeioffiziere können mit Pension verabschiedet werden, wenn sie bestimmte, vom Minister des Innern noch festzusetzende Altersgrenzen überschritten haben oder für ihren verantwortlichen Dienst die nötige Eignung nicht mehr besitzen. Im letzteren Falle können ihre Einwendungen durch einen besonderen Ausschuß begutachtet werden.

Im ganzen soll das Gesetz die Grundlage sein für eine ersprießliche Weiterentwicklung der Polizei, deren Aufbau jetzt im allgemeinen als abgeschlossen angesehen werden kann.

Auslandsanleihen und Arbeitsbeschaffung

Wiederholt wurde in der Oeffentlichkeit darüber geklagt, daß die Schwierigkeiten der Gemeinden in der Aufnahme von Auslandsanleihen zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsbeschaffung geführt haben. Im Preußischen Landtag ist deshalb nunmehr von sozialdemokratischer Seite in Form einer Anfrage vom Staatsministerium Auskunft darüber gefordert worden, in welchem Umfang infolge der Versagung der Erlaubnis zur Aufnahme von Auslandsanleihen durch die beim Reichsfinanzministerium bestehende Beratungsstelle für Auslandskredite preußische Gemeinden für Inlandsanleihen erhöhte Kosten aufwenden mußten oder sich auf dem Steuerweg die von ihnen für erforderlich gehaltenen Mittel beschafft haben.

Ferner wird Auskunft darüber verlangt, inwieweit Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, insbesondere auf den Gebieten der Erstellung sanitärer Anlagen, des Wohnungsbaues und Straßenbaues infolge der Versagung der Erlaubnis der Auslandsanleiheaufnahmen nicht durchgeführt wurden. Zum Schlusse wird die Frage aufgeworfen, ob es auch weiterhin ratsam erscheine, die Auslandsanleihen-Kontrolle durch die Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium statt im Rahmen der preußischen Kommunalaufsicht vornehmen zu lassen. —

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Magdeburg.

Die Generalversammlung am 16. Februar beschäftigte sich anfangs mit geschäftlichen Mitteilungen. Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des städtischen Arbeitsamts, worin die Gewerkschaften ersucht werden, die jugendlichen Erwerbslosen zur Meldung beim Arbeitsnachweis zu veranlassen. Weiter gelangt ein Runderlaß der Regierung, der einen Kursus zur Durchbildung der Heilgehilfen in den Betrieben ankündigt, zur Kenntnisnahme. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine Demonstrationsversammlung für den Achtstundentag zu veranstalten Es wird dann noch auf die am 25. Februar in Bremers Konzerthaus tagende Betriebsräte- und Funktionärversammlung hingewiesen. Es wird angeregt, daß die Mitglieder der Siedlungs- und Baugenossenschaften in diesen Organisationen dahin zu wirken haben, daß die Arbeiten nur an Magdeburger Firmen vergeben werden.

Genosse Wünschmann erstattet dann den Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses und erläutert den schriftlich gegebenen Kassenbericht. Er weist darauf hin, daß auch das verflossene Berichtsjahr noch im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit stand. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Gewerkschaften hat aber trotzdem keinen Rückgang gezeigt, sondern ist stabil geblieben. Die Tätigkeit des Ortsausschusses wurde naturgemäß durch die Wirtschaftskrise stark beeinflußt und vor allem war es das Problem der Erwerbslosenfürsorge, das im Vordergrund stand. Auf diesem Gebiet haben die Gewerkschaften örtlich sowohl, als auch gemeinsam mit dem Bundesvorstand im Reiche manche Verbesserungen für die Arbeitslosen erreicht, wenn auch naturgemäß nicht alle Not beseitigt werden konnte. Es wurden 11 Vorstandssitzungen, 5 Delegiertenversammlungen und 2 Vorständekonferenzen, sowie 2 Betriebsrätevollversammlungen, 2 Versammlungen der Versichertenvertreter der Betriebskrankenkassen und eine Versammlung der Beisitzer des Ortsversicherungsamts abgehalten. Die schriftlichen Ausgänge des Gewerkschaftssekretariats betrugen 894. In der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale wurden aus 221 Betrieben 922 Betriebsräte zusammengefaßt.

An diese Berichte schloß sich eine längere Aussprache an, in der die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt wurde. Dem Kassierer und Vorstand wurde dann nach dem Bericht der Revisoren Entlastung erteilt.

Genosse Jänisch erstattete Bericht über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats. Die Benutzung des Sekretariats ist im Berichtsjahr 1926 erheblich gestiegen und weist wieder die Friedensfrequenz auf. Das beweist, daß das Sekretariat das Vertrauen der Arbeiterschaft im vollen Umfang genießt. Es wurden im Jahre 1926 an 10 940 Besucher 11 632 Auskünfte erteilt. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes sowie der Bibliothekskommission. In die Kommission für die Volksfürsorge werden die Genossin Bosse und die Genossen Jänisch und Stein gewählt. —

Für die Pfeifferschen Anstalten

Der Provinzialausschuß hat dem Provinziallandtag folgenden Antrag unterbreitet: Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Pfeifferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau als 3. Rate zu ihren Erweiterungsbauten ein Darlehen von 115 000 Mark zu 5 Prozent Zinsen und 1 v. H. Tilgung und 25 000 Mark als verlorenen Zuschuß unter folgenden Bedingungen zu bewilligen: 1. Die Baupläne werden von der Provinzialverwaltung genehmigt. 2. Von den frei werdenden Plätzen im Samariterhause werden 25 der Provinzialverwaltung zur Durchführung der Krüppelfürsorge zur Verfügung gestellt.

Zur Begründung wird ausgeführt: Der 40. Provinziallandtag hat den Pfeifferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau ein Darlehn von 100 000 Mark zum Bau eines Frauen-Siechenhauses bewilligt. Das Haus ist errichtet und Anfang 1927 bezugsfertig. Die Pfeifferschen Anstalten haben auf Anregung des Landeshauptmanns einen Plan ausgearbeitet, durch dessen Ausführung die sanitären Verhältnisse wesentlich gebessert und die Anstalten auf einen Stand gebracht werden sollen, daß sie den modernen Ansprüchen entsprechen oder in den älteren Häusern wenigstens möglichst angenähert werden. Entsprechend diesen Plänen haben sie für das Jahr 1927 in Aussicht genommen, eine Infektionsbaracke, deren Baukosten mit 25 000 Mark — ohne innere Einrichtung — veranschlagt sind, und ein Diakonissen-Mutterhaus zu bauen, das auf 250 000 Mark veranschlagt wird. Von dem Bau beider Häuser hat der Provinzialverband erhebliche Vorteile. —

Kapitalerhöhung für die Mitteldeutsche Heimstätte

Auf Antrag des Provinzialausschusses soll der Provinziallandtag beschließen, daß sich der Provinzialverband an der Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Mitteldeutschen Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. zu Magdeburg, auf bis zu 5 000 000 Mark mit einem Betrage von bis zu 300 000 Mark beteiligt, vorausgesetzt, daß der preußische Staat das bisherige Verhältnis seines Anteils zu dem Gesamtkapital der Gesellschaft beibehält.

Das eingetragene Gesellschaftskapital der Mitteldeutschen Heimstätte beträgt zurzeit 1 496 000 Mark. Der Provinzialverband ist an diesem Kapital mit 341 880 Mark, das sind rund 23 Prozent des Gesamtkapitals, beteiligt. Die Gesellschaftsversammlung der Mitteldeutschen Heimstätte hat am 4. Mai 1926 eine Erhöhung des Stammkapitals auf bis zu 5 000 000 Mark beschlossen. Ein derartiges Kapital wird für notwendig erachtet, um die der Gesellschaft gestellten Aufgaben erfüllen zu können.

Die Mitteldeutsche Heimstätte hat sich mehr und mehr zu einem finanziellen Institut des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues entwickelt. Das bisher von ihr betriebene Baustoffgeschäft wird stark eingeschränkt. Der Arbeitsausschuß der Gesellschaft hat beschlossen, die noch vorhandenen Lagerbestände bis zum 1. Oktober des Jahres 1927 abzustoßen.

Die Mitteldeutsche Heimstätte hat in den beiden letzten Jahren durchschnittlich rund 1500 Bauten betreut, d. h. die Bauherren technisch und finanziell unterstützt. Sie hat zur Bevorschussung von Hauszinssteuerhypotheken und erststelligen Hypotheken in jedem dieser Jahre über 4 000 000 Mark an Zwischenkrediten gewährt. Die Gesellschaft betrachtet das Zwischenkreditgeschäft als das wichtigste und ist bestrebt, den Bauherren diese Kredite so billig wie nur möglich zu gewähren. Sie wird hierzu um so mehr in der Lage sein, je größer ihr Stammkapital ist, das

Briefe an die Volksstimme

I.

Liebe „Volksstimme".

Die diesjährige Verpachtung der städtischen Rieselfelder in Körbelitz hat nach folgenden Bedingungen stattgefunden:

1. Das den Gärtnern überlassene Land mit 15 Mark Pacht je Morgen und einer Pachtzeit vom 1. Januar bis 31. Dezember. Außerdem mit Recht auf Berieselung gegen Erstattung der dadurch entstehenden Unkosten.

2. Land zum Kartoffelbau ohne Berieselung mit 35 Mark je Morgen und einer Pachtzeit vom 1. April bis 1. Oktober.

3. Land zum Rübenanbau genau mit denselben Bedingungen wie unter 2 mit 50 Mark je Morgen.

Vielleicht fragst du einmal den Magistrat, weshalb hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Sollte ihm nicht bekannt sein, daß die Pächter von Kartoffel- und Rübenland nur Arbeiter, Erwerbslose und schlecht bezahlte Landarbeiter sind, so möge er von dieser Tatsache Kenntnis nehmen. Landwirte pachten keine Rieselfelder, weil sie genügend Land zur Verfügung haben und sie dabei auch das Risiko einer Mißernte nicht riskieren wollen. Der Unterschied von 20 bzw. 35 Mark ist ganz ungeheuerlich, wenn man bedenkt, daß es sich hier um ungerieselten, minderwertigen Sandboden handelt. Wir gönnen den Gärtnern die 15 Mark Pacht, können aber nicht verstehen, warum die Arbeiter schlechter behandelt werden sollen. Handelt es sich doch vielfach um so schlechten Boden, daß der Magistrat im Jahre 1926 sich selbst gescheut hat, etwas darauf anzubauen.

Wir können uns durchaus nicht denken, daß der Magistrat der Ueberzeugung ist, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter soviel besser als die der Gärtner sein sollte, um die 20 bzw. 35 Mark Mehrpacht zu rechtfertigen. Wäre das natürlich der Fall, so sind wir gern bereit, ihn eines bessern zu belehren. Durch die Berieselung des gärtnerisch genutzten Landes, wird den Gärtnern bei einem trockenen Sommer die Ernte gesichert, wohingegen die Pächter von Kartoffel- und Rübenland mit einer vollständigen Mißernte rechnen müssen. Oder glaubt der Magistrat, daß der Wettergott den Arbeiterpächtern besser gesinnt sei als den Pächtern von gärtnerisch genutztem Lande. Vielleicht rechnet der Magistrat auch so: Die Arbeiter sind ja gezwungen bei mir zu pachten, weil sie woanders doch kein Land erhalten würden, da kann ich eben mehr verlangen.

Und nun „Lieber Magistrat", bitten wir dich in der Zeit, wo alles rationalisiert wird, rationalisiere auch deine Pachtpreise, und zwar auf 15 Mark. Bedenke: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig", und das recht bald. Wird keine Rücksicht auf die Arbeiter genommen, so wird im nächsten Jahre der Stadtsäckel den Schaden zu tragen haben. Die Arbeiter werden dann nicht wieder pachten. Mehrere Arbeiterpächter.

II.

Liebe „Volksstimme"!

Könntest du dich nicht mal beim Magistrat ins Mittel legen, daß bei den Zahlstellen im städtischen Arbeitsamt eine bessere Reglung eintritt? Das Arbeitsamt soll gewiß nicht zum Lustgarten umgestaltet werden, aber es wird dir einleuchten, daß jeden Erwerbslosen das ganze Elend ankommt, wenn er die ungleichmäßige Abfertigung nicht nur sehen, sondern am eignen Körper verspüren muß.

Am schlimmsten sieht es bei der Zahlstelle Zimmer 31 aus, und zwar Dienstags. Buchstabe B wird ausgezahlt. Am Anschlag steht: Von 9 bis 10½ Ba bis Bei, von 10½ bis 12 Bek bis Bo, von 12 bis 1 Uhr der Rest. Es ging erst ganz gut, aber mit der Zeit häuften sich die Erwerbslosen in dieser Buchstabenreihe ganz gewaltig an, und so ging die Kontrolle verloren, die korrekte Durchführung ermöglichte. Und so ist es nun endlich so weit gekommen, daß alles kunterbunt durcheinander kommt. Nicht nur, daß die Erwerbslosen auf ihre Unterstützung 2 Stunden und noch länger dicht zusammengepfercht stehen müssen, nein, auch die abfertigenden Beamten werden an diesen Zahltagen überlastet, wohingegen bei der Zahlstelle 41 niemand anzutreffen ist.

Es gibt doch gerade unter den Erwerbslosen viele Tuberkuloseerkrankte. Wo aber viele Menschen stundenlang zusammen stehen müssen, ist doch der Uebertragung das denkbar günstigste Feld gegeben. Andre, die vom Kriege aus eine sonst unscheinbare Wunde mitgebracht haben, erleiden bei dem wechselhaften Wetter recht häufig brennende Schmerzen, welche das stundenlange Warten zur Höllenqual steigern. Wie oft kommt es vor, daß mal einer vor Schwäche ohnmächtig wird. Ist das alles nötig? Oder gilt der Grundsatz: Die Erwerbslosen haben Zeit!?

Mir scheint es, als läge es an der Organisation. Warum werden die Zahlstellen so ungleichmäßig belastet, daß die eine alles tun soll, während andre Zahlstellen alle 15 Minuten mal 5 oder 6 Männeken abfertigen? Die Direktion hat es doch in der Hand, nachzuprüfen, wieviel Erwerbslose unter den einzelnen Buchstaben gezählt werden. Aus dieser Statistik ließe sich doch eine gleichmäßige Gliederung ermöglichen. Die durch Zu- und Abgänge eintretende Verschiebung kann sich nicht so auswirken, daß die Neureglung binnen kurzer Frist wertlos wird. Die Beamten in der Kasse Zimmer 31 werden angeben können, wieviel Auszahlungen sie an einem Tage vornehmen können, und sie würden sich gewiß freuen, wenn sie etwas entlastet würden. Diese Beamten arbeiten nicht mehr, nein, sie schuften.

Das ist nur mein Vorschlag. Ob er durchführbar ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber in der Menge der Erwerbslosen gibt es doch auch organisatorisch begabte Köpfe, die evtl. geeignete Vorschläge unterbreiten könnten. Wie wäre es da mit einem kleinen Preisausschreiben, welches den besten Vorschlag mit (angenommen) 10 Mark prämiiert?

Also, liebe „Volksstimme", du hast dich schon so oft für uns bemüht. Bitte, hilf uns auch in dieser Beziehung, damit wir die Angst los werden, daß wir eines schönen Tages am Arbeitsamt Wurzeln schlagen kann.

Ein Erwerbsloser.

Achtung, Reichsbannerkameraden! Zur Werbewoche und zur Gründungsfeier Fahnen heraus!

sie für diese Zwecke verwenden kann. Eine Erhöhung des Kapitals erscheint daher im Sinne einer Förderung der Bautätigkeit geboten. Eine Erhöhung des Stammanteils des Provinzialverbandes um 300 000 Mark wird für erforderlich gehalten, um den bisherigen Einfluß auf die Gesellschaft einigermaßen zu erhalten. Die für das letzte Geschäftsjahr gezahlte Dividende betrug 5 Prozent, das laufende Jahr wird voraussichtlich die Zahlung einer gleichen Dividende gestatten. —

1100000 Reichsmark für Neubauzwecke

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln für den Ersatz baufälliger staatlicher Brücken durch Neubauten nebst Begründung zum Zwecke der gutachtlichen Aeußerung übersandt.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ dem Gesetzentwurf entnimmt, wird das Staatsministerium ermächtigt, für den Ersatz baufälliger staatlicher Brücken durch Neubauten den Betrag von 1 100 000 Mark nach Maßgabe des vom Minister für Handel und Gewerbe festzusetzenden Planes zu verwenden. Der Begründung zufolge handelt es sich um nachstehende Bauten: Brücke über die Westoder bei Schwedt; für diese Brücke, die bereits im Sommer 1926 als Eisenbetonbrücke in Angriff genommen wurde, ist noch ein Restbetrag von 650 000 Mark aufzuwenden; die Allebrücke bei Groß-Wohnsdorf, für deren Neubau 55 000 Mark erforderlich sind; die Dahme-Brücke bei Bindow, deren Neubau 172 000 Mark kostet; Allerbrücken bei Winsen und Essel, deren Neubau einen Ergänzungsbetrag von 127 000 Mark notwendig macht; die Unstrutbrücke bei Wendelstein, deren Neubau 96 000 Mark erfordern wird. —

Ernste Liebesgeschichten

Mit zwei Liebesgeschichten, die einen sehr ernsten Hintergrund und einen überaus betrüblichen Ausgang zeigten, hatte sich am Donnerstag das erweiterte Schöffengericht in Magdeburg zu beschäftigen. In dem ersten Falle handelt es sich um einen jungverheirateten Mann von 25 Jahren aus Prester, der nach Verlauf eines Ehejahres sich schon von seiner Frau trennte. Er hatte mit der Stütze des Pfarrers in Prester angebändelt, verliebte sich in sie und tat schließlich auch das, was man juristisch Ehebruch nennt. Die Ehefrau dieses Fünfundzwanzigjährigen nahm angeblich ihre ehelichen Pflichten auch nicht allzu genau und so kam es dann zu der Ehescheidungsklage gegen die Frau. Selbstverständlich erhob die Frau sofort Widerklage, was zur Folge hatte, daß beide Ehepartner als Beklagte vor der Ehescheidungskammer zu erscheinen hatten. Obwohl die Eheleute sich gegenseitig ganz gehörig belastet und der eine — wie man so sagt — an dem andern keinen heilen Faden gelassen hatte, führte die Verhandlung nach stundenlanger Vernehmung der Zeugen zu einer Versöhnung der beiden Ehepartner. In diesem Prozeß spielte natürlich die Stütze eine gewichtige Rolle. Sie machte auf Wunsch des Beklagten ihre Aussage, nahm kein Blatt vor den Mund, da der Ehemann ja unbedingt von seiner Frau loskommen wollte. Aber trotz dieser Aussage kam es zur Aussöhnung und der Ehescheidungsprozeß fand damit eine Unterbrechung.

Dem Ehemann ist aber die Aussöhnung anscheinend sehr schnell wieder leid geworden, denn eines Tages erschien er wiederum bei der Stütze des Pfarrers, seiner frühern Herzallerliebsten, klagte ihr sein Leid und bat sie schließlich, sie möchte doch vor Gericht erklären, daß er auch nach der Aussöhnung mit ihr wieder Ehebruch getrieben habe. Der junge Mensch hatte den Ehescheidungsprozeß wieder aufgenommen, bezichtigte sich selbst des Ehebruchs und verlangte Scheidung. Die Hauptzeugin sollte die Stütze sein. Vor Gericht war aber das junge Mädchen so klug — als es eidlich vernommen werden sollte — zu erklären, daß sie nach der Versöhnung mit dem Ehemann nichts mehr vorgehabt und daß der Beklagte versucht habe, sie zu einer falschen Aussage vor Gericht zu verleiten. Obwohl der junge Ehemann diese Behauptung sofort im Prozeß bestritt, wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet.

Auch in dem Strafprozeß ist die Stütze des Pfarrers wiederum die Hauptzeugin. Aus dem Beklagten und Kläger ist ein Angeklagter geworden. Verleitung zum Meineid steht nur Zuchthausstrafe vor. Mildernde Umstände sind ausgeschlossen. Der Angeklagte streitet. Er will nicht mit der Zeugin über diese Frage gesprochen haben und stellt entschieden in Abrede, sie zu einer falschen Aussage zu bestimmen versucht zu haben. Die Zeugin beschwört das Gegenteil. Sie sagt, nicht einmal, sondern mehrere Male sei der Angeklagte bei ihr gewesen und habe gebeten, doch zu sagen, daß er auch nach der Aussöhnung mit seiner Ehefrau die intimen Beziehungen zu ihr aufrecht erhalten habe. Die Zeugin betont, es sei ausdrücklich von einer Aussage vor Gericht die Rede gewesen.

Das Schöffengericht konnte an der eidlichen Aussage der Zeugin nicht vorbei und verurteilte den Angeklagten wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahre einen Monat Zuchthaus. In diese Strafe wurde das Urteil für eine Unterschlagung in Höhe von 170 Mark mit eingerechnet. Der vom Staatsanwalt beantragte Haftbefehl wurde abgelehnt. —

*

Im zweiten Falle handelt es sich um eine „Kuppelei“, wegen der eine bisher völlig unbescholtene ältere Frau auf der Anklagebank Platz nehmen mußte. Auf schwere Kuppelei lautet die Anklage, da die „Verkuppelte“ zur Beschuldigten im Verhältnis von Mutter und Tochter stand. Die Angeklagte hatte weiter nichts getan, als geduldet, daß sich ihre Tochter einen Bräutigam anschaffte, dieser Bräutigam aus Gründen wirtschaftlicher Not bei der zukünftigen Schwiegermutter Quartier bezog und diese Gastfreundschaft ausnutzte, um mit der Tochter der Angeklagten — seiner Braut — das zu begehen, was das Gesetz, weil es vor der Hochzeit geschieht, als „unzüchtige Handlung“ bezeichnet. Die Wohnungsinhaberin, die so etwas duldet, wird zur „Kupplerin“ und wegen Kuppelei vor das Gericht zitiert. Die Angeklagte wohnte damals einsam, weit draußen auf der Königsborner Straße. Sie hatte sich auf ihrem Grundstück eine Holzbaracke bauen lassen und teilte diese mit der Tochter. Von ihrem Manne lebte sie getrennt. Jetzt ist die Ehe geschieden, beide wurden für schuldig erklärt. Durch den Ehescheidungsprozeß ist die Frau auf die Anklagebank gekommen.

Der Bräutigam der Tochter war oft zur Königsborner Straße gekommen, um seine Braut zu besuchen. Da er arbeitslos war und schlecht mit seinem Geld auskam, wurde ihm angeboten, sich mit in der kärglichen Wohnung einzuquartieren. Er war damit einverstanden. Ihm wurde ein besonderes Zimmer zurechtgemacht, in dem zweiten Zimmer schliefen Mutter und Tochter. Es war also alles geschehen, was aus Gründen des jugendlichen Anstands und der möglichen Ehrbarkeit geschehen mußte. Aber wie das so zwischen zwei jungen Leuten und der Schwiegermutter ist! Es gab eines Tages einen mordsjämmerlichen Krach, was zur Folge hatte, daß der zukünftige Schwiegersohn seine Sachen packte und auszog. Die Tochter hing zwischen Mutter und Bräutigam. Aber sie entschied sich: wo mein Bräutigam bleibt, da bleibe auch ich! Also ging auch sie ihrer Wege. Die Mutter blieb allein. Nach ein paar Wochen kam die Tochter wieder. Sie war von dem Bräutigam schlecht behandelt worden und zog es deshalb vor, zumal sie erst 19 Lenze zählt, sich wieder unter die schützenden Arme der Mutter zu stellen. Mit dem Bräutigam hatte sie Schluß gemacht. Und das sollte der Mutter zum Verhängnis werden.

Da der Bräutigam von der Ehescheidungsklage wußte und bei der Mutter der frühern Braut auch manches beobachtet hatte, was dem Ehemann sehr wertvolles Material für die Durchführung seiner Klage gab, ging er zum Ehemann und „plauderte aus der Schule“. In der Ehescheidungsverhandlung wurde er Zeuge und berichtete dermaßen zu Ungunsten der Ehefrau, daß die Ehe wohl geschieden, aber beide Teile für schuldig erklärt wurden. In diesem Prozeß kam auch zur Sprache, daß der Bräutigam, als er draußen in der Königsborner Straße wohnte, öfter zusammen mit der Tochter der Ehefrau geschlafen habe. Die Folge dieser Aussage war ein Kuppelei-Verfahren gegen die Angeklagte, die davon gewußt haben soll.

Die Angeklagte bestreitet das. Sie hätte das auf keinen Fall geduldet. Der Bräutigam sei ein Lügner, auf dessen Aussage man nichts geben dürfe. Festgestellt wurde, daß der Zeuge häufig wegen Eigentumsvergehens bestraft worden war. Die Tochter bekundet als Zeugin, daß sie fünf- oder sechsmal mit dem Zeugen in dessen Kammer zusammengewesen sei, aber nur dann, wenn die Mutter nicht zu Hause war. Eine volle Nacht will sie nie mit dem Zeugen gemeinschaftlich zugebracht haben. Der frühere Bräutigam bekundet das Gegenteil. Er sagt, das sei regelmäßig geschehen und die Angeklagte habe das genau gewußt. Da der Zeuge seine Aussage beschwor, sprach auch in diesem Falle das Gericht die Angeklagte schuldig und verurteilte sie zu sechs Wochen Gefängnis. Die Verbüßung der Strafe wurde auf die Dauer einer Bewährungsfrist von 3 Jahren mit der Aussicht auf späteren Erlaß ausgesetzt. Dafür muß die Verurteilte aber noch eine Geldbuße von 20 Mark zahlen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt und von Bewährungsfrist kein Wort erwähnt. —

Sozialdemokratische Partei Magdeburg

Achtung, Genossen und Genossinnen!

Am Sonnabend den 26 Februar, abends 8 Uhr, findet in den festlich dekorierten Räumen des Hofjäger unser

Wintervergnügen

statt. Von 8 bis 9 Uhr Konzert. Anschließend Ball. Konzert- und Ballmusik ausgeführt vom gesamten Schleth-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters W. Pfrieme (30 Musiker). Programme à 75 Pfennig (einschl. Ball) sind im Parteisekretariat zu haben. Wir ersuchen unsre Mitglieder, sich schon jetzt mit Programmen zu versehen.

Der Festausschuß.

Auswirkung der niedrigen Löhne

Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ hat in einer Reihe von Artikeln die Notlage des Fleischergewerbes in den Städten behandelt. Sie macht darin Angaben, die recht interessante Rückschlüsse auf die Kaufkraft der Bevölkerung gestatten. So schreibt sie u. a.:

„Wie gering der Absatz in manchen Ladengeschäften ist, davon nur ein Beispiel: In einem Ladengeschäft in der Arbeitergegend wurde bis 3 Uhr nachmittags eine Bareinnahme von sage und schreibe (noch nicht vollen) 4 Mark Ladenkasse erzielt. Das war am Dienstag voriger Woche! Und wie war es am Sonnabend? (Der Sonnabend war auch Monatsschluß!) Man sollte doch annehmen, daß an solchen Tagen ein Andrang von Kunden, wenigstens zeitweilig, anzutreffen wäre, zumal man an den andern Tagen doch fast keinen Käufer im Laden antrifft. Tagsüber, am Sonnabend, waren wohl ein oder zwei Käufer im Laden, aber selbst in den beiden letzten Abendstunden setzte nur ein etwas lebhafterer Verkehr ein. Durch die große Arbeitslosigkeit ist der Konsum erschreckend zurückgegangen.

Viel Schaden bringt vor allem auch die erzwungene Sparsamkeit der kaufmännischen Angestellten in den Städten. Jeder Angestellte oder Arbeiter oder Beamte hatte in der Vorkriegszeit sein kräftiges zweites Frühstück in der Tasche. Entweder ließ er sich ein „Viertel“ holen oder er brachte sich die Wurststrote mit ins Geschäft. Und heute? Es gibt für den Durchschnittsarbeiter und -angestellten jetzt überhaupt nur noch drei Mahlzeiten: Morgenkaffee, Mittag- und Abendmahlzeit. Das „Mittagessen“, früher warm mit Fleisch und Gemüse, besteht jetzt aus Margarine- oder Butterbrot, Wurst wird kaum noch anders als „ganz dünn“ aufgelegt und die Stadtbevölkerung hat sich das warme Mittagessen vielfach abgewöhnt.“

Das oben genannte Mittelständlerblatt schildert die Auswirkungen der sogenannten Kapitalneubildungspolitik richtig. Bemerkenswert ist nur, daß die Auswirkungen dieser Politik sich bereits gegen ihre Träger wenden. Die Behauptung überzeigerter Preise bei unzureichenden Löhnen macht sich auf dem Papier und im Anfang ganz schön aus. In der Praxis zeigen sich dann die furchtbaren Schäden auch für diejenigen, die anfänglich an dieser Politik profitierten.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist entschlossen, diese Politik fortzusetzen. Sie genießt dabei die Unterstützung der Wirtschaftspartei, unter deren Nachläufern sich wohl auch sehr viele städtische Fleischermeister befinden. —

— **Zur Frage der Stillegung der Eisenbahnhauptwerkstatt Buckau.** Der parlamentarische Verkehrsbeirat Preußens beschloß kürzlich einstimmig, wie noch erinnerlich sein dürfte, auf Antrag des Abgeordneten Wittmaack die Reichsbahn zu ersuchen, von der beabsichtigten Zusammenlegung der Eisenbahnbetriebswerkstätten Magdeburg-Buckau und Halberstadt mit Braunschweig Abstand zu nehmen. Wie jetzt der preußische Handelsminister mitteilt, ist er entsprechend diesem Beschlusse bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorstellig geworden. —

— **Lichtbild und Bildwerfer** gehören heute zu den wichtigsten Hilfsmitteln der Volksbelehrung. Leider ist häufig weder die Beschaffenheit der Bilder und Geräte einwandfrei, noch steht die Handhabung auf der Höhe. Die Gesellschaft für Volksbildung, die seit Jahrzehnten das Lichtbildwesen besonders pflegt, veröffentlicht deswegen eine kleine von ihrer Geschäftsstelle (Berlin NW 40, Lüneburger Straße 21) unentgeltlich zu beziehende Schrift „Lichtbild und Bildwerfer im Dienste des freien Bildungswesens“ von A. Schmidt, die über die Beschaffung, Handhabung und Verwendung des Lichtbildes und der verschiedenen Arten von Glas- und Papierbildwerfern alles Wissenswerte enthält. Wir machen auf die knappe, mit den erforderlichen Abbildungen versehene Darstellung gern aufmerksam. —

— **Berechtigung für das Studium an den Hochschulen.** Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ mitteilt, hat Kultusminister Dr. Becker die Hochschulen darauf hingewiesen, daß zu den deutschen neunjährigen höheren Lehranstalten, deren Reifezeugnis zum Studium an den Hochschulen berechtigt, jetzt auch die Deutsche Oberschule, die Aufbauschule, das Oberlyzeum der Oberrealschulrichtung und diejenigen Oberlyzeen rechnen, deren Zeugnisse mit einem Anerkennungsvermerk des Ministers versehen sind. Auch die auf Grund der Bestimmungen vom 11. Juni 1924 vom Minister ausgestellten Bescheinigungen über die Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis berechtigten zum Studium der in der Bescheinigung genannten Fachrichtung. —

— **Eine Revue**, betitelt „Verbotene Küsse“ führt Eugen Rex mit eignem Ensemble vom Residenztheater (Berlin) am Sonntag, Montag und Dienstag im „Hohenzollernpark“ auf. —

— **Magdeburg als Kongreßstadt.** Der Provinzial-Hebammen-Verband Sachsen hält am 22. Februar eine Generalversammlung sowie im September bzw. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung in Magdeburg ab. — Der Zentralverband der Angestellten, Magdeburg, hält am 5. und 6. März eine Gaukonferenz des Verbandes für Mitteldeutschland in Magdeburg ab. —

— **Mehr Straßenbahnwagen.** Von der Magdeburger Straßenbahngesellschaft sind 10 Motorwagen und 10 Anhänger für 500 000 Mark angekauft und werden zum Mai in Betrieb genommen. Die neuen Wagen werden gleich den jetzt laufenden gelben Wagen sein. Vermutlich ist die Neuanschaffung wegen des stärkern Verkehrs, den man auf der Linie Hauptbahnhof—Ausstellungsgelände während der Theater-Ausstellung erwartet, gemacht worden. —

× **Fenster zu!** In letzter Zeit wurden mehrere Parterrewohnungen, in denen die Fenster zum Lüften geöffnet und die Bewohner nicht im Zimmer waren, von einem ungebetenen Gaste besucht und Kleidungsstücke, Wäsche und Bargeld usw. gestohlen. Aus der Wohnung eines Diplomingenieurs auf dem Adelheidring verschwanden auf diese Art mehrere kostbare Schmuckstücke. Die Kriminalpolizei hatte bereits vor einiger Zeit mehrere Hehler ermittelt und festgenommen, von denen sich zwei heute noch in Untersuchungshaft befinden. Die in aller Stille weitergeführten emsigen Ermittlungen haben zur Ermittlung und Festnahme des Täters geführt. Es handelt sich um den Arbeiter Erich Lehmann, 29 Jahre alt, hier, Köthener Straße 5 wohnhaft, der als Spezialist auf diesem Gebiete tätig ist. Eine Reihe von schweren Diebstählen, die auf die beschriebene Weise ausgeführt wurden, darunter auch der Schmucksachendiebstahl auf dem Adelheidring, konnten ihm nachgewiesen werden. Es ergeht an alle zu ebener Erde Wohnenden die dringende Mahnung, beim Oeffnen der Fenster die Zimmer nicht ohne Aufsicht zu lassen, um sich vor Schaden zu bewahren. —

× **Gestohlen** wurde am 14. Februar in den Abendstunden in der Jakobstraße — Ecke Große Mühlenstraße — ein Herrenfahrrad (Geschäftsrad), Marke und Nummer unbekannt. Das Rad hat rotbraunen Rahmen, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, schwarze Gabelstange, schwarze Schutzbleche, nach oben gebogene Lenkstange mit braunen Griffen und ist mit Freilauf und Rücktrittbremse versehen. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 252 oder 261. —

× **Einbruch in eine Gartenparzelle.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 15. Februar aus einer Gartenparzelle an der Harsdorfer Straße acht Kaninchen (zwei hellgraue, drei dunkelgraue und ein weißes), ferner vom Hofe des Grundstücks Diesdorf, Krumme Straße 8, ein silbergraues Kaninchen. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion —, Zimmer 266. —

× **Aus einer Gastwirtschaft** wurden in der Nacht zum 17. Februar aus einem Lokal (Lemsdorfer Weg) durch Einbruch gestohlen: 50 Stück Zigarren, verschiedene Sorten, 250 Stück Zigaretten, Marke „Overstolz“, eine Flasche Eiskümmel, eine Büchse Oelsardinen und ein neuer schwarzer Filzhut mit breiter Krempe. Sachdienliche Mitteilung erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldienststelle Mitte —, Neue Ulrichstraße 2, Zimmer 14. —

— **Autozusammenstoß.** Am Donnerstag nachmittag fuhren auf dem Johannisberg zwei Personenautos zusammen. Ein kleiner Opelwagen, der die Johannisfahrtstraße herauf kam, fuhr einem vom Alten Markte kommenden Personenauto in die Flanke und erhielt dadurch schweren Schaden. Durch einen Achsenbruch und starke Beschädigungen der einen Seite war es am Weiterfahren verhindert und mußte liegenbleiben. Menschen wurden dabei nicht verletzt. —

— **Auto kontra Motorrad.** Am Donnerstag abend fuhr in der Himmelreichstraße ein Motorrad mit einem Auto zusammen. Das Rad wurde schwer beschädigt. Für den Motorfahrer wird der Zusammenstoß noch ein Nachspiel haben, da er keinen Führerschein im Besitz hatte. —

— **Unfall.** Der Eisenbahnoberschaffner Johannes M., wohnhaft Südstraße 1, fiel am Mittwoch abend beim Abnehmen der Schlußlampe eines Eisenbahnwagens auf dem Bahnhof Neuhaldensleben durch Fehltritt auf die Schienen und zog sich einen Beckenbruch zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt. —

× **Erledigt** ist das Ausschreiben betreffend den vermißten Kutscher Alfred Belitz. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Buckau. Am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung der 2. Hundertschaft mit Damen in Oelzes Restaurant. — 6. und 7. Hundertschaft im Klostergarten. Referent Kamerad Küchler. —

Abteilung Sudenburg. Alle Hundertschaftsführer müssen das Werbematerial restlos vom Kameraden Dies abholen. —

Abteilung Wilhelmstadt. Heute Freitag abend 8 Uhr Versammlung der Jugend (auch Wehrsportler) im „Wilhelmspark“. —

Abteilung Anger. Am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, Gründungsfeier bei Grasemann. Rege Beteiligung wird erwünscht. —

Theater, Konzerte, Vorträge

Kunstverein. Lichtbildervortrag: Museumsdirektor Dr. Kunze (Erfurt) spricht am 21. Februar, abends 8 Uhr, im Stadtmissionssaal über „Mitteldeutsche Plastik“. Mitglieder haben freien Eintritt.

„Der Schrei aus der Straße“ von Rolf Lauckner — Erstaufführung für die „Junge Bühne“ — am Donnerstag den 24. Februar im Wilhelm-Theater. Eintrittskarten, auch für Nichtmitglieder: Volksbühne, Berliner Str. 19.

Aus der Jugendbewegung

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

An alle. Am Sonntag abend müssen alle Gruppen vollzählig bei der Fechenbach-Versammlung sein. Eintritt 30 Pfennig für Jugendliche, für Erwachsene 50 Pfennig.

Die Besichtigung des Kraftwerks Zschornewitz findet am 6. März statt. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 2,10 Mark. Andre Unkosten entstehen nicht. Anmeldungen nehmen die Gruppenleiter entgegen.

Achtung, Gruppenleiter! Die Berichtsbogen für Januar müssen schnellstens abgeliefert werden.

Unsre Fahrt (vom Gesamtbund Magdeburg) nach Luisenthal findet am Sonntag den 13. März statt.

Sudenburg. Sonntag vormittag ½9 Uhr Sporten auf dem Jungborn. — Dienstag 8 Uhr Leseprobe auf dem Jungborn. Alle Mitspieler müssen erscheinen.

Altstadt. Sonntag 8 Uhr Treffen unterm goldenen Schwanz (Halbtagsfahrt mit Photographieren). Abends ½8 Uhr Treffen Markt zur Fechenbachveranstaltung. Zahlreiches Erscheinen Pflicht. — Donnerstag Zeitungsabend. Schreibt alle Artikel.

Jedem sein wöchentliches Bad. Sonnabends von ½8 bis ½9 Uhr im Wilhelmsbad, Spielgartenstraße. Eintrittspreis für Kinder und Lehrlinge 15 Pfennig, alle andern 25 Pfennig.

Es haben noch nicht abgerechnet die Gruppenbeiträge für Januar: Buckau, Fermersleben und Wilhelmstadt.

Lesezirkel findet am Montag wieder statt. Bitte aber pünktlich sein.

Werbebezirk Südwest. Dienstag Leseprobe. Alle Genossen müssen erscheinen. Ferner brauchen wir noch acht Jungen und einige Mädel.

Mädelarbeitsgemeinschaft am Mittwoch im Sekretariat, Gr. Münzstr. 3. Alle Mädel müssen pünktlich sein. Interessierte Mädel können noch mitgebracht werden.

Alte Neustadt. Sonntag 2 Uhr Handelshafen Treffen zum Sporten. — Dienstag und Donnerstag fallen unsre Veranstaltungen in der Schule aus.

Vereine und Versammlungen

Bezirk Magdeburg für Einheitskurzschrift.

In der Februar-Versammlung machte der Vorsitzende, Prokurist Wiegand, bekannt, daß das diesjährige Winterfest allseitige Anerkennung gefunden hat. Die Abrechnung ergab einen kleinen Ueberschuß, trotzdem nur ein Eintrittsgeld von 75 Pf. erhoben worden war. Ganz besonders erfreulich ist das Ergebnis des Wettschreibens, wobei 95 Preise vergeben werden konnten; darunter befanden sich 70 Arbeiten bis zu 180 Silben, die mit „Vorzüglich" ausgezeichnet werden konnten. In Gabelsberger konnten einige Arbeiten in der Silbenzahl von 260 erwähnt werden. Hierbei hat auch der dem Bezirk neu beigetretene Verein Salzwedel für Einheitskurzschrift 14 Preise für sich buchen können.

Bekanntgegeben wurde das Ergebnis der 5. Bundesarbeit für Richtigschreibung der Einheitskurzschrift. Insgesamt waren beim Bunde 1409 Arbeiten in Verkehrs- und 176 in Redeschrift eingegangen. Ausgezeichnet wurden 579 Arbeiten mit „Preiswürdig", 538 mit „Sehr gut" und 248 mit „Gut". Auf Magdeburg entfielen bei 44 Arbeiten 28 Auszeichnungen. Die 6. Bezirksarbeit für Richtigschreiben der Einheitskurzschrift hatte bei 54 abgegebenen Arbeiten 44 ausgezeichnete Arbeiten. Da die Einheitskurzschrift nur allein zur Erlernung an den Schulen zugelassen ist und bei Behörden von den Beamten überall verlangt wird, sollen demnächst wieder neue Anfängerkurse beginnen. Die Reichsbahn hat bereits bekanntgegeben, daß nur die Einheitskurzschrift in Frage kommt und eine Rückkehr zu irgendeinem andern System ausgeschlossen ist. Die Beamten bei der Reichsbahn werden in eignen Kursen bereits in der Einheitskurzschrift unterrichtet bzw. fortgebildet. Die Hauptversammlung des Bezirks wird am 14. März abgehalten. Es wird gebeten, hierzu besonders zahlreich zu erscheinen. —

Zentralverband der Angestellten.

Im großen „Apollo"-Saal tagte die Jahres-Hauptversammlung des Z. d. A., in welcher die Geschäftsleitung der Organisation Bericht über die Arbeiten im Jahre 1926 erstattete. Nach einem warm empfundenen Nachruf für die im letzten Jahre Verstorbenen und ganz besonders für den kürzlich verschiedenen verdienstvollen Mitarbeiter Wilhelm Höft führte Verbandsvertreter Bach etwa folgendes aus:

Das verflossene Jahr war ein Jahr wirtschaftlichen Tiefstandes. Die Erwerbslosenzahlen nahmen eine erschreckende Höhe an und brachten neben Not und Entbehrung eine ungeheure Belastung der Etats von Reich, Staat und Kommune. Die Gewerkschaften haben große Opfer getragen, um die Lage der Existenzlosen zu mildern. Die Unterstützungsausgaben erreichten eine noch nie dagewesene Höhe. Besonders rege war die Tätigkeit des Verbandes in dem Schutze gegen Kündigungen von Angestellten. Entlassungen konnten in vielen Fällen vereitelt werden; in noch größerm Maße wurden Abfindungen erzielt, die den Gekündigten bis zu 6 Monaten das Gehalt sicherten. In 628 Streitfällen wurden durch die Organisation die Interessen der Angestellten vor dem Kaufmannsgericht, dem Gewerbegericht, den Amts- und Landgerichten und Tarifschiedsämtern vertreten. Die hierdurch erreichten Gewinne betrugen im letzten Jahre insgesamt 234 000 Mark. Rechtsauskunft und Stellenvermittlung bildeten eine weitere Hilfe zur Linderung der übergroßen Not. In über tausend Sitzungen, Besprechungen und Verhandlungen wurden weitere namhafte Vorteile für die Mitglieder des Verbandes erzielt. Neben der Stellenlosenunterstützung, Krankenunterstützung und dem Sterbegeld sollen für die Zukunft noch eine Altersrente und besonders für die weiblichen Mitglieder im Falle einer Verheiratung eine Aussteuer-Unterstützung eingerichtet werden. So ist die Gewerkschaft bemüht, in jeder Weise den Mitgliedern durch Opferfreudigkeit und Solidarität hilfreich zur Seite zu stehen.

Besondere Anerkennung zollte der Redner der Jugendbewegung, die in Magdeburg einen ganz unerwarteten Aufschwung genommen hat. Mit diesen Erfolgen kann die Organisation sehr zufrieden sein und mit großen Hoffnungen in die Zukunft schauen.

Dem mit Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht folgten die Angaben des Kassierers über die finanzielle Lage der Organisation. Anschließend wurden die Wahlen zum Vorstand, zum Verbandstag, zum Gautag sowie zum Afa-Ortskartell getätigt, die einmütig nach den Vorschlägen der erweiterten Ortsverwaltung und der Funktionäre angenommen wurden.

Nach einem anfeuernden und mit Begeisterung aufgenommenen Schlußwort fand die stark besuchte und interessante Versammlung ihr Ende. —

Vereinskalender

Stendal. Freie Turnerschaft, E. V. Sonntag den 20. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung in Klinkaus Gartensaal. —

Biochemischer Verein. Sonnabend, 19. Februar, 8 Uhr, Vortrag Frau Dr. med. Schöndube-Kirchhoff Anka der Luisenschule, Prälatenstr.: „Die Grundlagen der modernen Ernährung in ihrer Bedeutung für die biochemische Behandlung des Kranken." —

Sängerchor Magdeburg. Sonntag nachmittag Uebungsstunde in Ottersleben in den „Hansa-Sälen". Abmarsch ½1 Uhr Endstation Sudenburg. —

Warenmärkte

Magdeburger Zuckerbörse vom 17. Februar

Der Preis für Weißzucker (einschl. Sack und Verbrauchssteuer) beträg. für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner bei Lieferung innerhalb 10 Tagen sowie bei Lieferung per Februar/März 34,25, per April/Juni 35,25 und per Juli/August 36 Mark für gemahlene etwas Tendenz stetig.

Als Terminpreise für Weißzucker frei Seeschiffseite Hamburg für 50 Kg inkl. Sack wurden genannt: per Februar 18,50 B., 18,30 G.; März 18,50 B., 18,30 G.; April 18,50 B., 18,40 G.; Mai 18,50 B., 18,40 G.; Juni 18,55 B., 18,45 G.; Juli 18,60 B., 18,50 G.; August 18,70 B., 18,60 G.; September 18,40 B., 18,30 G.; Oktober/Dezember 18,70 B., 18,55 G. Tendenz stetig.

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.

	Elbe		Wuchs	Fall
Nimburg	17. 2.	+ 0,26	—	—
Brandeis	„	+ 0,41	—	—
Melnik	„	— 0,02	—	—
Leitmeritz	„	— 0,02	—	—
Aussig	„	+ 0,2	—	—
Dresden	„	— 1,22	—	—
Torgau	18. 2.	+ 0,82	0,02	—
Wittenberg	„	+ 2,20	—	0,04
Roßlau	„	+ 1,58	—	0,06
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+ 1,76	—	0,01
Magdeburg	„	+ 1,80	0,03	—
Tangermünde	„	+ 2,36	—	—
Wittenberge	„	+ 2,46	—	0,06
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	+ 1,96	—	0,06
Dalchau	„	—	—	—
Botzenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	17. 2.	+ 1,97	—	0,09

	Mulde		Wuchs	Fall
Düben	18. 2.	+ 0,41	0,03	—
Unstrut und Saale				
Grochlitz	18. 2.	+ 1,30	0,02	—
Trotha Ultp.	„	+ 2,10	—	0,01
Bernburg Ultp.	„	+ 1,42	0,04	—
Kalbe Oberpeg.		+ 1,67	—	0,03
Kalbe Unterpeg.		+ 1,16	0,06	—
Grizehne		+ 1,18	0,04	—
Havel				
Brandenburg Oberpegel	17. 2.	+ 2,45	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 2,20	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 2,06	—	0,02
Rathenow Unterpegel	„	+ 1,65	—	—
Havelberg	„	+ 3,17	—	0,05

Wettervorhersage

Aussichten für Sonnabend. Bei nordöstlichen Winden wolkiges Wetter mit Schneeschauern, weiterer Temperaturrückgang. —

Wintersportwetter im Harz

Bericht der öffentl. Wetterdienststelle Magdeburg v. 18. Februar 1927.

Ort	Wetter	Temperaturen	Schneedecke cm	Neuschnee cm	Beschaffenheit	Sportmöglichkeit
Braunlage	bewölkt	—4	35	—	starker Harsch	Ski, Rodel sehr gut
Brocken	Nebel	—9	120	—	—	in höher. Lagen 50 cm —
Elend	bewölkt	—4	15	—	starker Harsch	Ski, Rodel sehr gut
Schierke	l. Schneef.	—5	20	—	etwas Harsch	ausgezeichnet
Torfhaus	bewölkt	—6	65	—	etwas Harsch	Ski, Rodel gut
Drei-Ann.-Höhne	st. Schneef.	—5	15	—	verharscht	bis 650 Meter mäßig ab 650 Meter gut
Altenau	bewölkt	—3	20	—	verharscht	Ski, Rodel möglich
Hahnenklee	bewölkt	—6	20	—	etwas verharscht	Ski, Rodel sehr gut
St.-Andreasberg	bewölkt	—6	30	—	etwas Harsch	Ski, Rodel mäßig
						Skib. an Nordh. verb.
						Skib. an Südh. rauh
Molkenhaus	bewölkt	—4	15	—	starker Harsch	nur stellenweise
Scharfenstein	bewölkt	—5	18	—	starker Harsch	Ski, Rodel mäßig
Bad Sachsa	heiter	2	—	—	—	stellenw. durchb. Harsch
Tanne	l. Schneef.	—6	20	—	vereist	nur stellenweise

Schönebeck
Empfehle
Aus-, Kuchen- und Tafeläpfel
pro Pfd. 15, 20 u. 25 ₰
Koch- und weiche Eßbirnen
9 Pfd. 5 8, 10 u. 15 ₰
Rot-, Weiß- und Wirsingkohl
Teltower Rübchen
blutfr. Seefische
und grüne Heringe
Wilhelm Seidel
Republikstraße 35 und Salz. Str., am Bahnübg.

Günst. Gelegenheit für Kaffe-Käufer
20 eleg. u. einf. Schlafzim. 250 – 800 ℳ, eleg. u. einf. Herren- u. Speis. zimm. 450 – 600 ℳ. Wohnzimm., Küchen usw. spottbillig. Dieses groß. Möbellager wird nächsten Monat aufgegeben. Verkauf im Möbelspeicher Jakobstr. 49

Büfett u. Kredenz
eiche, zurückgenommen, für 275 ℳ zu verkaufen. Gresberg, Ratswaagplatz Eingang Scharrnstraße

Stand große rische Ausw. in
Ferkeln, Läufern, Mastschweinen
à bed. bill. Preis. empf. **Bringner, Lemsdorf,** Tel. 42539. Lief. fr. Haus.

Kaufe Sonnabend den 19. Febr., von 9 bis 4 Uhr
Kanarienhähne und -Weibchen.
Zahle die höchst. Preise, gelbe Hähne 8.50 Scheck 7.00, grüne 5.50, gelbe Weibchen 1.70, Schecken 1.00 ℳ zum letztenmal
C. Werkmeister, bei A. Pilsehka, Georgenstraße 11.

Mund-Gymnastik

Kräftigung des Zahnfleisches, Belebung des Gaumens und Straffung der Gesichtsmuskulatur sind natürliche Folgen des Kauens der P. K.-Kau-Bonbons.

Stets reiner Mund und dauernd angenehm duftender Atem. Der reiche Speichelfluss beim Kauen ist den Zähnen zuträglich und hilft der Verdauung.

G. H. 20

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY P.K. KAU-BONBONS

Lest die „Frauenwelt"!

Zur Reichsbanner-Werbewoche
Herren-Windjacken ..... von 6.80 an
Breecheshosen, Reichsbannermützen usw.
in bekannt guten Qualitäten
Jetzt bedeutend herabgesetzte Preise!
Ehrenfried Finke
Breiter Weg 125/26 (Ecke Schrotdorfer Straße)

Lödischehofstraße Nr. 8
Fette zarte
Hühner
zu Suppe und Frikassee
Brathähnchen — Kapaunen — Tauben
Junggänse — Wildschwein
und Rehwild im Ausschnitt 454
Frische Waldkaninchen
A. Herrmann Nchf.
Inh.: Rud. Keseberg Lödischehofstr. 8.
— Fernsprecher 1069. —

Wir machen auf die Regierungs-Polizeiverordnung vom 8. Januar 1876 betr. Abraupen der Obstbäume besonders aufmerksam. Danach ist jeder Besitzer und Pächter von Obstbäumen verpflichtet, alljährlich vom Monat Februar bis spätestens 15. März die Raupennester auf seinen Obstbäumen zu zerstören. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf diejenigen Bäume und Sträucher, welche sich in der Nähe von Obstbaumpflanzungen befinden. Zuwiderhandlungen werden streng geahndet.

Schönebeck a. d. E., Bad Salzelmen und Frohse a. d. E., den 17. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltungen.

Fleisch u. Wurstwaren billiger
Schweinefleisch ℳ 1.10 Karbonade ℳ 1.20
Prima Hausschlachtewurst
Rotwurst, Leberwurst u. Sülze Pfd. 1.20
Bratwurst mit Knoblauch, Bratwurst mit Senf } je Pfund **1.80**
Reines Flomenschmalz Pfd. 1.20
Gehacktes Schweinefl., grob, Hackepeter 1.20, fein 1.10
Robert Wegener, Schweineschlächterei
Spez. Hausschlachtung — Gr. Steinernetischstraße Nr. 18, gegenüber der Realschule —
Ueberzeugung macht wahr.

Kochbücher für den einfachen Haushalt von 2.00 Mark an
Buchhdl. Volksstimme

Prima Johannisbeerwein, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein ¼ Fl. ohne Glas **65 Pf.**
Branntweinquelle Kutscherstraße 17.

Ganze Bibliotheken
jedes Umfangs
liefert anerkannt befriedigend
Buchhandlung Volksstimme.

Bekanntmachung.

Bedürftige Kleinbesitzer von Burger Stadtanleihen, die ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 1500 Rm. haben, können Anträge auf Barauszahlung ihrer Burger Stadtanleihe bis zum 31. März d. J. stellen, sofern ihr Besitz nicht mehr als 500 Papiermark ausmacht. Eine Verlängerung dieser Frist kann nicht mehr stattfinden.

Burg, den 16. Februar 1927.

Der Magistrat.

Der Erfolg der Erfolge!

Wenn der junge Wein blüht

Der Erfolg der Erfolge!

— Ein Spiel von Sonne, Liebe und der blauen Adria —

— Hanni Weisse — Lotte Lorring — Egon von Jordan — Siegfried Arno — Robert Scholz —

Einsam unter Menschen!

Walhalla-Lichtspiele

Ein Drama in 7 Akten!

Zentral-Theater

DIREKTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr

Madame Pompadour

Operette von Leo Fall.

Gastspiel

Hilde Wörner

und Kammersänger

Eduard Lichtenstein.

Sonntag zwei Vorstellungen

Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise) und **abends 8 Uhr**

Madame Pompadour.

In beiden Vorstellungen Gastspiel

Hilde Wörner

und Kammersänger

Eduard Lichtenstein. 109

Gardelegen Gardelegen

Am Sonnabend den 19. Februar findet in der „Neuen Welt" ein

Republikanischer

Werbe-Abend

unter Mitwirkung auswärtiger Kräfte statt. Auswärtige sowie Freunde und Gönner und alle Republikaner sind hiermit herzlichst eingeladen.

Die Ortsgruppenleitung.

Verkauft doch dies alte Zeug!

In Ihrer Rumpelkammer ist gewiß viel, wofür ein andrer gern gutes Geld gibt. — Käufer finden Sie

durch eine kleine Anzeige

in der Volksstimme!

Das

Waidmanns-Jahr

Ein Jagdfilm in 10 Akten.

In prächtigen und einzigartig gelungenen Aufnahmen zeigt der Film den Weidmann bei seiner Tätigkeit in den Wäldern und Bergen unserer deutschen Heimat; nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten ist es gelungen, das Leben und Treiben der einheimischen schönen Tiere in entzückenden Bildern auf das Filmband zu bannen, um jenen, welchen dies aus irgendeinem Grunde bisher versagt blieb, in die geheimnisvolle Werkstätte der Allmutter Natur einen Blick zu gestatten. Der ausübende Jäger aber wird mit seinem geübten Blick erst recht alle Feinheiten des Films genießen können, er wird erinnert an so manche herrliche Stunde, die er als Jünger des edlen Weidwerkes draußen erleben durfte.

Sonntag, 20. Februar, 11 Uhr

Walhalla-Lichtspiele

Saal 1 Mk., Logen 1.30 Mk.

Sensations-Revue-Gastspiel im Hohenzollern-Park

Sonntag den 20., Montag den 21. und Dienstag den 22. Februar, abends 8 Uhr

Eugen Rex-Revue-Ensemble vom Residenztheater Berlin

Verbotene Küsse

Revue in 12 Bildern von Eugen Rex, Musik von Erich Ziegler mit Heinrich Osterheld vom Theater am Zoo (Berlin) und Grete Theran vom Nelson-Theater (Berlin) in den Hauptrollen.

Eigne Bühnenausstattung (Prof. Stern). Eignes Orchester.

Die 6 entzückenden Residenztheater-Girls

(Ballet of Rigbby-Girls)

Bisher über 700 Gastspiele in Berlin, Hamburg, Zürich, Stuttgart usw. Ueberall ausverkaufte Häuser und Riesenerfolge!

Man lacht nicht nur, man schreit, man jubelt vor Vergnügen! (So berichtet die Hamburger und Berliner Presse.)

Nur durch Zufall ein Gastspiel hier möglich. Wiederholung ausgeschlossen! Kleine Eintrittspreise

Preise einschl. Steuer: Reservierter Platz 2.00, 1. Platz 1.50, 2. Platz 0.90 Mk. Karten im Verkehrsverein, Breiter Weg, und im Lokal zu haben.

ZENTRAL

Theater-Restaurant

Das große Schlager-

Varieté-Programm

Eintritt einschl. Garderobe 10 Pfg.

Bier-Sanatorium

Schwarzer Bock, Schöneeckstraße 1a

Volkstümliches Bier- und Speisehaus

Jeden Sonnabend und Sonntag:

Frikassee von Zunge.

Fili

Sonntag vormittag 11 Uhr!

Ein Wunderwerk des Films

Die Biene Maja

und ihre Abenteuer

von **Waldemar Bonsels.**

Vier Jahre unermüdlicher und schwieriger Arbeit waren nötig, um dieses technische und künstlerische Meisterwerk erstehen zu lassen.

Vorverkauf Verkehrsverein und Tageskasse.

Jugendliche haben Zutritt!

Burg **Palast-Theater** Burg

Ab Freitag

der größte Lustspielschlager der Saison

Pat u. Patachon als Schwiegersöhne

in 7 urkomischen Akten. Ferner

Seine zweite Frau

nach dem Bühnenwerk „Der Fall der Keuschheit" mit Jane Nowak und Warwick Ward. 57

Die neueste Deuligwoche.

Kassenöffnung 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr

Sonntag 2 Uhr Jugendvorstellung mit Pat und Patachon und das weitere bunte Programm.

Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft Gardelegen.

Am Sonnabend den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saale des Hotels Stadt Hamburg unsre

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die bisherige Tätigkeit und Vorlage der Bilanz 1926;
2. Vorlage des Bauprogramms für 1927;
3. Wahlen;
4. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt **von Sonnabend den 19. Februar 1927 an** im Baubüro der Mitteldeutschen Heimstätte Gardelegen für die Genossen zur Einsicht aus.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

Urteil

über „Waldflora":

. . . . Fühle mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß bei meiner Tochter Ihr wunderbares Mittel „Waldflora" Nr. 0 sehr gut gewirkt hat und kann es nur jedem Rheumatismuskranken empfehlen. Wir hatten schon die Hoffnung aufgegeben, denn sie war nur noch ein Skelett und jetzt ist sie schon wieder so weit, daß sie spazieren gehen kann. Die Leute haben richtig gestaunt, weil es so schnell ging . . .

Otto Hofmann, Lengenfeld.

„Waldflora" Nr. 0 wird erfolgreich angewandt bei: Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Entzündungen, Neigung zu Eiterungen, Geschwüren, Pickeln, Krampfadern, offenen Beinen, Hautausschlag, Kopfschmerzen, Energielosigkeit, sowie Blutverderbnis, hervorgerufen durch Harnsäureüberladung.

Außer „Waldflora" Nr. 0 gibt es noch folgende bewährte Spezialpräparate:

Zuckerkrankheit	Nr. 1	Steinleiden	Nr. 6
Blasenleiden	Nr. 3	Magen- und Darml.	Nr. 8
chron. Nierenleiden	Nr. 4	Nervenleiden	Nr. 9
Lungenleiden	Nr. 5	Stuhlverstopfung	Nr. 10

Kein Tee zum Kochen! Bequem zu nehmen! Aerztlich begutachtet!

Hergestellt nach eigenem Verfahren in Pulverform. Reinste, giftfreie Naturprodukte.

Kur für 4 Wochen 3.— RM., halbe Packung 1.70 RM.

In Apotheken, Drogerien und Reformhäusern zu haben. Verlangen Sie dort oder direkt von uns kostenlose aufklärende Schriften über „Waldflora".

Georg Rich. Pflug & Co. / Gera

Vertreter **Thielemann & Co.**

Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 86.

Konsum- und Produktiv-Genossenschaft für Tangermünde und Umgegend E. G. m. b. H.

Die in unserm Hause **Lange Straße 47 aus 1 großen Gaststube und 2 großen Vereinszimmern nebst allem Zubehör u. Inventar** bestehende **Restauration**

soll zum 1. Juli 1927 neu verpachtet werden. — Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft. — Es kommen nur solche Bewerber in Frage, die einen tadellosen Lebenslauf nachweisen können, einen Restaurationsbetrieb schon geleitet haben oder sich dafür eignen. Vor der Uebernahme ist eine Kaution von 2000 Mark in bar oder anderen Sicherheiten zu hinterlegen. Bewerbungen mit Lebenslauf und bisheriger Tätigkeit sind nur schriftlich unter Angabe des Pachtpreises in Tonnen oder festem Pachtzins bis zum 5. März d. J. an den Vorstand einzureichen.

Die Frauenwelt den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen.

Mit Schnittmusterbogen 14täglich 40 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme.

UT

Storchstraße

Werktags 6 Uhr — Sonntags ab 3 Uhr

Letzte Vorstellung 9 Uhr

Der gewaltigste Film der Jetztzeit:

Die Wolgaschiffer

11 Akte

aus der russischen Revolution.

Gesangs-Einlagen.

Auf der Bühne:

Die Wolgaschiffer

und ihr schweres Dasein

in lebenden Bildern,

dargestellt vom

Arbeiter-Gesangs-Septett.

Außerdem:

Das übrige lustige Programm.

Arbeitsmarkt

Infolge der Wahl des bisherigen Inhabers zum Ersten Bürgermeister der Stadt Bitterfeld ist die Stelle eines

besoldeten Stadtrats

der Stadt Schönebeck zum Mai d. J. zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Das pensionsfähige Gehalt wird vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses nach Gruppe 11 der staatlichen Besoldungsordnung gewährt. Die Anrechnung auswärtiger Dienstjahre auf das Besoldungsdienstalter bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten. Zahlung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Der Anzustellende muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen und gründliche Erfahrung auf dem Gebiete des kommunalen Steuer- und Wohlfahrtswesens haben. Etwaige Nebenämter darf er nur mit Genehmigung der städtischen Körperschaften annehmen.

Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes, von Zeugnissen und eines kreisärztlichen Gesundheitsattestes bis zum 10. März bei dem Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Sanitätsrat Jähnling, Schönebeck a. d. E., Friedrichstraße 9, einzureichen.

Schönebeck, den 15. Februar 1927.

Der Magistrat. Dr. Grevertz.

Spottbillige Schuhwaren!

Herren-Stiefel Rindbox, rein Lederverarbeitung	**10.90**
Arbeiter-Schnürstiefel Fahlleder	**6.25**
Spangenschuhe flacher Absatz, Roß-Chevreau . .	**4.90**
Boxkalf-Zugschuhe	**5.90**
Lederniedertreter alle Farben, Gr. 36 bis 42 . .	**2.95**
Plüschpantoffel mit Ledersohle	**1.15**

B. Wolffs Gelegenheitskäufe

Schwertfegerstraße 14/15.

Steigen Sie 2 Treppen, Sie sparen Geld

Eigene Fabrikation, direkter Verkauf an den Kunden unter Ausschaltung des Zwischenhandels **zu Engrospreisen.**

Herren- u. Jünglings-Anzüge

in allen Formen, haltbar. Stoffen u. gut. Verarbeitung Mk. 19.50 26.— 32.— 45.— 65.— 75.—

Konfirmand.-Anzüge

i. Cheviot, Melton, reinwoll. Twill Mk. 16.— 24.— 35.— 45.— 55.—

1 Post. Wettermänt.

a. gut. impr. Lod. Mk 15.—

1 Posten Windjacken

Mk 5.50

1 P. Hos. u. Breeches

in Kordstoff und Pilot 3.50

Winterjoppen und Mäntel zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Schnellste Anfertigung der nicht am Lager befindlichen Größen ohne Preisaufschlag

Herr.-Maßanzüge i. unf. bew. gut. Qual. i. all. Stoffart. Mk. 58.— 65.— 75.— 88.— 116.—

Entgegenk. Zahlungsweise. Garantie für tadellosen Sitz

Max Heymann

Breiter Weg 26. 484

im Hause Optiker Ruhne, gegenüber Schöneeckstraße.

Für Fernsprech-, Signal- und sonst. Schwachstrom-Anlagen

Werbe-Vertreter

gesucht. Angebote unter W V 476 an die Exped. d. Bl.

Ihr Brot ist ein wahres Labsal!

So schreibt wörtlich ein Konsument über Stettiner Simonsbrot. Versuchen Sie es bitte selbst und beachten Sie den hohen Nährwert und die vorzügliche Wirkung auf die Verdauung. Erhältlich nur im

Reformhaus „Trolysia", Berliner Straße 1a,

und in sämtlichen Verkaufsstellen

der „Butter-Zentrale Richard Plagemann". 132

UT | Buckau | UT

Harry Piel

6 Wochen unter Apachen

Gefährliche Abenteuer im Pariser Verbrecher-Viertel.

Achtung! Harry! Augen auf!

Sensation auf Sensation.

Ferner das lustige Beiprogramm sowie

die Pracht-Bühnenschau.

Autoführer-Ausbildung

Ing. Kramer, Gr. Diesdorfer Str. 25

Tel. 5582. Prosp. frei. Eintritt täglich.

Eigene Lehrplätze u. Lehrwerkstatt.

Günstige Zahlungsbedingungen

Schlagzeichnung

mit Spez.-Regenschirm

teilt sofort mit

Herm. Hummel

Buckauer Straße Nr. 7

Jedes Buch

besorgen wir in kurzer Zeit —

Buchhandl. Volksstimme

Nachrichten aus der Provinz

Mietertagung

Der Mieterverband für den Regierungsbezirk Magdeburg hielt am 6. Februar in Magdeburg seinen Bezirkstag ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß dem Bezirksverband 32 Vereine mit 21 000 Mitgliedern angehören und daß eine rege organisatorische Arbeit im Interesse der Mieter verrichtet worden ist. Die Anstellung eines Geschäftsführers habe sich bewährt. Die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 — die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft — habe starke Unruhe in den Kreisen der Gewerberaummieter hervorgerufen. In einem Telegramm an den Minister hat der Vorstand gegen diese Verordnung Verwahrung eingelegt. Vom hiesigen Regierungspräsidenten wurde daraufhin Material eingefordert über den Umfang und den Zweck der Kündigungen. Durch drei Mieterkollegen wurde dies dem Regierungspräsidenten mit einem entsprechenden Anschreiben überreicht. Die Kassenverhältnisse sind gut, ebenfalls die Beitragsleistung seitens der einzelnen Vereine.

Die Aussprache über die Geschäftsberichte war sehr lebhaft. Allgemein trat die Auffassung zutage, die Organisation zu stärken, um dem Hausbesitz einen starken Wall entgegensetzen zu können. Dem Vorstand wurde Anerkennung für seine Tätigkeit gezollt.

Anschließend behandelte Kollege Assel (Magdeburg) den organisatorischen Aufbau des Reichsbundes deutscher Mieter. Eine Neuorganisation und Umgestaltung des Reichsbundes habe diesen innerlich gefestigt. Durch die Zusammensetzung der jetzigen Reichsregierung sei mit

großen Gefahren für die Mieterschutzgesetze

zu rechnen, es heiße deshalb alle Kräfte zum Abwehrkampf zu sammeln. Die Mieter müssen sich über die Gefahren klar werden und restlos dem Reichsbund beitreten. Nur eine starke und geschlossene Organisation sei imstande, den Ansturm der Hausbesitzer gegen die Wohnungszwangswirtschaft und die Mieterschutzgesetzgebung abzuwehren.

In der Nachmittagssitzung hielt Stadtrat Genosse Dieckmann (Salzwedel) einen Vortrag über kommunale Wohnungspolitik. Die Vertreter der Mieter in den Stadt- oder Gemeindeparlamenten müßten besonders bei den Etatsberatungen ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß nicht die Gewerbesteuer erniedrigt und die Grundvermögenssteuer auf der alten Höhe erhalten bleibt oder gar erhöht werde. Der Neubautätigkeit müsse das größte Interesse entgegengebracht werden. Die Mieten der Neubauwohnungen müssen an die der Altwohnungen herangebracht werden und nicht umgekehrt. Die Aufstellung eigner Mieterlisten ist abzulehnen, vielmehr müssen die Mieter in den mieterfreundlichen Parteien ihren Einfluß geltend machen. Die Benachteiligung der Städte zugunsten des Landes in der Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken ist ein Unrecht, denn gerade in den Großstädten herrscht das größte Wohnungselend. Die von den Städten aufgebrachte Hauszinssteuer muß restlos dazu verwandt werden, um gesunde Wohnungen inmitten von Grünanlagen zu bauen. Der Redner fand lebhaften Beifall für seine Ausführungen; in der Aussprache wurden diese noch unterstrichen.

Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ging glatt vonstatten. Mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden, welcher sein Amt aus beruflichen Gründen niederlegte, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Feuchter, 1. Vorsitzender; Herfurth, 2. Vorsitzender; Biber, 1. Schriftführer; Klinke, 2. Schriftführer und Springer, Kassenwart. Als Beisitzer gehören dem erweiterten Vorstand an: Wiedebusch (Halberstadt), Dieckmann (Salzwedel), Duckstein (Neuhaldensleben), Seidel (Aschersleben), Brilloff (Hötensleben), Münzner (Burg) und Dreyer (Staßfurt).

Unter Verschiedenem wurde noch mitgeteilt, daß sich der Landtagsausschuß für Wohnungs- und Heimstättenwesen mit der Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 wegen

Mietwucherfreiheit für gewerbliche Räume

beschäftigt. Den Abgeordneten, welche diesem Ausschuß angehören, wurde folgende vom Bezirkstag einstimmig angenommene Entschließung zugesandt:

> Die am 6. Februar im „Kaiserhof" zu Magdeburg versammelten Vertreter der organisierten Mieter des Mieterverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg erblicken in der Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 — die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft — nicht nur eine schwere Schädigung der Gewerberaum-Mieter, sondern auch der gesamten Bevölkerung. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß der Mietzins für alle Gewerberaum-Inhaber wesentlich gesteigert wird und daß sich diese Erhöhung auf die Preisgestaltung sämtlicher Bedarfsartikel auswirkt. Die bereits ungünstige Lage der breiten Masse wird hierdurch zweifelsohne noch ganz besonders ungünstig beeinflußt. Die Anwesenden erwarten daher, daß die gewählten Vertreter des Preußischen Landtags sich in letzter Stunde für die Aufhebung dieser Verordnung einsetzen.

Der nächste Bezirkstag soll in Salzwedel stattfinden. Mit einem Appell an die Delegierten, tatkräftig weiterzuwirken und zu werben zum Wohle der Mieterschaft, wurde die Tagung vom Vorsitzenden geschlossen. H.

Strafanträge gegen Fischer und Genossen

Der Vertreter des Nebenklägers, des Zollfiskus, im Hamburger Zuckerschieberprozeß, Regierungsrat Dr. Wendt, führte gegen den Direktor Fischer der Zuckerfabrik Genthin aus, daß sich dieser mindestens in zwei Fällen darüber klar gewesen sei, daß Heuser mit dem Zucker unerlaubte Wege wandelte. Zu bemängeln seien auch die Geschäftsmethoden der Zuckerfabrik, die Erledigung der wichtigen und finanziell weitgreifenden Steuerangelegenheiten einem jungen Menschen anzuvertrauen. In andern Zuckerfabriken, die keine Tausende von Arbeitern beschäftigen wie diese, verwende man mehr Sorge auf die Erledigung der Begleitscheine. Nach beendeter 2½stündiger Rede beantragte der Nebenkläger folgende Steuerstrafen:

Hübner wegen Zuckersteuerhinterziehung 3 Monate Gefängnis, 126 000 Mark oder 2 Monate Gefängnis, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 2 Jahre, Wertersatz. — Rödiger wegen Anstiftung zur Zuckersteuerhinterziehung 3 Monate Gefängnis, 126 000 Mark oder 2 Monate Gefängnis, Wertersatz. — Fischer wegen Zuckersteuerhinterziehung in neun Fällen 1 664 000 Mark Strafe oder 1 Jahr Gefängnis, ferner eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten sowie Wertersatz von 1 186 086 Mark. — Altenkirch und Hof je dieselben Strafen wie Fischer, ebenfalls denselben Wertersatz. Der Wertersatz ist unter Berücksichtigung der Solidarhaftung laut § 435 der Abgabenordnung in entsprechende Freiheitsstrafe umzuwandeln.

Staatsanwalt Baritsch betrachtete die Strafmaßen dieser fünf Angeklagten erheblich milder. Gegen den Oberzollinspektor Hübner beantragte er wegen Zuckersteuerhinterziehung eine Geldstrafe von 3000 Mark oder 1 Monat Gefängnis. Anscheinend habe sich der Angeklagte nur in einem unverschuldeten Irrtum befunden. Auch bei Fischer und Altenkirch will er sich mit niedrigern Strafen zufrieden geben; bei Fischer genüge eine Strafe von 10 000 Mark oder 6 Monate Gefängnis, bei Altenkirch 6000 Mark oder 3 Monate Gefängnis. Die Beweisaufnahme habe nur einen und nicht neun Fälle als sicher ergeben. Bei Hof könne die vom Nebenkläger beantragte Geldstrafe bestehen bleiben, aber die Freiheitsstrafe könne auf 6 Monate erniedrigt werden.

Von den Verteidigern haben bisher Dr. Jonas für Meyer und Dr. Kromer und Dr. Joseph für Heuser gesprochen. Dr. Kromer führte u. a. aus: „Wenn Heuser gewußt hätte, daß Heidorn und Harder sich der Beamten zum Durchführen der Zuckerkähne bedienten, so würde Heuser als guter Geschäftsmann sicherlich ohne Mittelsleute gearbeitet haben, um den Verdienst größer zu gestalten, um seine mit Defizit arbeitende Firma wieder flottzumachen. Wegen der Steuerhinterziehung müsse Heuser bestraft werden, aber wegen des größten Teiles der Mitäterschaft an der Beamtenbestechung und der Falschbeurkundung beantragte er den Freispruch." Dr. Joseph äußerte zugunsten dieses Hauptangeklagten: „So bedauerlich das Schicksal der Beamten auch sei, Heuser trage nicht alle Schuld daran, besonders nicht, wenn man so alte Beamte schon mit einer Kleinigkeit herumbringt. Sie seien ihm förmlich auf die Bude gerückt und hätten ihn gefragt: ‚Wann gibt es wieder was zu verdienen?'" —

Wichtige Vorlagen zum Provinziallandtag

Das preußische Staatsministerium hat den Provinziallandtag der Provinz Sachsen schon zum 15. März nach Merseburg zu seiner 42. Tagung einberufen. Am 14. März halten die Fraktionen Beratungen ab, auch der Haushaltsausschuß beginnt mit der Durchberatung der Haushaltpläne. Am 19. März soll der Landtag vertagt werden, da in der Woche vom 21. bis 26. März wichtige Staatsratssitzungen stattfinden. Am 28. März sollen die Sitzungen wieder aufgenommen werden.

Die Oeffentlichkeit ist diesmal mehr als sonst an den Vorlagen, die den Landtag beschäftigen werden, interessiert. Es sind wichtige Beratungsgegenstände vorhanden, so daß diesmal mit einer Tagungsdauer von 14 Tagen gerechnet wird.

Am meisten interessiert wohl die Verlegung der Provinzialverwaltung, obwohl finanziell genommen, diese Vorlage durchaus nicht die bedeutendste ist.

Der Geldbedarf der Provinz

zur Erfüllung ihrer stark angewachsenen Aufgaben ist sehr gestiegen. So fordert die vorgesehene Errichtung einer neuen Landesheilanstalt in Neuhaldensleben bedeutendere materielle Opfer; es werden dafür vorerst etwa 8½ Millionen Mark angefordert. Die Zahl der in der Provinz Sachsen unterzubringenden Geisteskranken ist erheblich, sie beträgt jetzt etwa 5300; dazu kommen noch etwa 1000, die in Privatanstalten und Familienpflege untergebracht sind. Die laufenden Ausgaben für diese Kranken betragen alljährlich mehrere Millionen Mark.

Die Anforderungen für die Straßenbauten in der Provinz sind ebenfalls außerordentlich hoch. Die neuzeitliche Umwälzung auf dem Gebiete des Kraftverkehrs erfordert andre Methoden und andre Mittel, die auch noch in den nächsten Jahren große Aufwendungen verlangen, um die Provinzialstraßen in einen Zustand zu versetzen, der den Verkehrserfordernissen entspricht. Im vergangenen Jahre mußten für außerordentliche Straßenbauten 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden; die auf Anleihe genommen werden sollen.

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens verlangt auch das Kleinbahnwesen beträchtliche Opfer, die gebracht werden müssen, wenn das Kleinbahnwesen weitere Fortschritte machen soll.

Die Fragen der Gasfernversorgung, der wichtigen

Elektrizitätsversorgung,

werden eingehend im Landtag besprochen werden.

Provinzialausschuß und Landeshauptmann haben folgenden Antrag an den Landtag gestellt: Der Provinziallandtag möge zur weitern Förderung der Elektrizitätsversorgung der Provinz beschließen; daß folgende selbstschuldnerische Bürgschaften übernommen werden: 1. für zwei von der Ueberlandzentrale Südharz in Bleicherode aufzunehmende kurzfristige Anleihen im Gesamtbetrag von 2,25 Millionen Reichsmark; 2. für die Ueberlandzentrale Südharz für den Fall der Aufnahme eines langfristigen Darlehens bis zur Höhe von 4 Millionen Reichsmark ebenfalls; 3. für ein von der Ueberlandzentrale Mansfelder Seekreis in Amsdorf bei der Sächsischen Provinzialbank aufzunehmendes Darlehen bis zur Höhe von 1,6 Millionen Reichsmark; 4. allgemein zur Aufnahme von Darlehen, die für Zwecke der Elektrizitätsversorgung Verwendung finden sollen, und zwar weiter bis zur Höhe von 5 Millionen Reichsmark.

Die

Anleihe für die Hochwasserschäden

im vorigen Jahre, den Mittellandkanal und viele andre die Provinzalangehörigen stark berührende Angelegenheiten werden ferner im Landtag erörtert werden. An der Notstandsaktion zur Milderung der Hochwasserschäden im Sommer beteiligt sich die Provinz in demselben Umfang wie der Staat mit geschenk- oder darlehnsweisen Beihilfen. Bisher sind an Beihilfen bereits 1 760 000 Reichsmark gezahlt worden. Nach dem Erlaß des Oberpräsidenten werden auf die Provinz voraussichtlich noch weitere 1 707 000 Reichsmark als Beihilfen entfallen, das sind zusammen 3 467 000 Reichsmark. Der Oberpräsident hat beim Minister des Innern außerdem beantragt, für die Notstandsaktion staatlicherseits einen Ausgleichsfonds von wenigstens 500 000 Reichsmark zu überweisen. Im Falle der Billigung würde bei der Provinz die Ueberweisung eines solchen Sonderfonds in gleicher Höhe beantragt werden. Somit steht zu erwarten, daß die Provinz außer der angegebenen Beihilfesumme von 3 467 000 Reichsmark weitere 500 000 Reichsmark zu tragen haben wird, zusammen also 3 967 000 Reichsmark. Hiervon sind in Abzug zu bringen die aus der Notstandsaktion anläßlich des Winterhochwassers 1925 ersparten und in Rest gestellten 280 000 Reichsmark, so daß 3 687 000 Reichsmark verbleiben. Die Höhe dieses Betrages verbietet die Bestreitung aus laufenden Mitteln. Der Provinzialausschuß beantragt deshalb zu genehmigen, daß die für diesen Zweck von der Provinz zu zahlenden Summen durch Anleihe gedeckt werden.

Aus der Nachweisung des Provinzialausschusses über den Verwaltungsfehlbetrag der Provinzialverwaltung im Rechnungsjahr 1925 und über die 1925 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben geht hervor, daß der Jahresabschluß der Provinzialhauptverwaltung für 1925 einen

Verwaltungsfehlbetrag von 1 368 600 Mark

aufweist. Bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben ist eine Mehreinnahme von 8 587 000 Mark und eine Mehrausgabe von 8 590 000 Mark, also eine Mehreinnahme von 197 000 Mark vorhanden. Bei den einmaligen Einnahmen und Ausgaben aber ist eine Mindereinnahme von 459 700 Mark und eine Mehrausgabe von 1 106 000 Mark zu verzeichnen, mithin eine Mehrausgabe von 1 566 700 Mark. Die Ueberschreitungen im Haupthaushaltplan betragen 1 017 600 Mark.

Dem Landtag ist auch eine Vorlage zur Vereinfachung der Geschäftsführung bei der Provinzialverwaltung zugegangen. Es sind Richtlinien aufgestellt, die der Landtag genehmigen soll.

Eine umfangreiche Denkschrift über die Verlegung der Provinzialverwaltung ist dem Landtag vorgelegt. Wir haben in Nr. 11 diese Denkschrift und den Antrag des Provinzialausschusses eingehend besprochen.

Im Jahre 1927 werden schätzungsweise etwa 10 Millionen Reichsmark Provinzialanleihe ausgegeben werden müssen. Auf der Tagung des Provinziallandtags werden auch wichtige Personalfragen entschieden. Die Wahl des Stellvertreters des Landeshauptmanns, des Direktors der Landesversicherungsanstalt und des Landesbaurats muß vorgenommen werden. Die kommunale Arbeit der Provinzialvertreter auf der diesjährigen Tagung unsers Provinzparlaments ist also sehr umfangreich und äußerst wichtig. Wir hoffen, daß ersprießliche Arbeit geleistet werden kann. —

Agrarierfrechheit

Aus Kriescht im Kreis Ost-Sternberg wird ein bezeichnender Fall von Landbundterror mitgeteilt. Ein Landarbeiter wurde von einem Landwirt kurzerhand entlassen. Der „Grund" dafür steht im Zeugnis, das folgenden Wortlaut hat:

> Hiermit bescheinige ich, daß der Arbeiter X. Y. vom 1. 2. 1921 bis 1. 2. 1927 bei mir als Deputant beschäftigt gewesen ist. Fleiß und Leistungen waren während dieser Zeit stets befriedigend. Wegen Mangels an nationaler Gesinnung erfolgte die ordnungsgemäße Entlassung.

Dieses Zeugnis ist wieder so ein rechter Beweis für die Doppelzüngigkeit, Heuchelei und Frechheit vieler landwirtschaftlicher Unternehmer. Sie selbst bekämpfen den heutigen Staat mit aller Leidenschaft, behaupten aber von sich, eine einwandfreie nationale Gesinnung zu haben. Die Landarbeiter mühen sich ab, das Ansehen des heutigen Staates zu steigern, müssen sich aber bescheinigen lassen, daß sie Menschen ohne nationale Gesinnung sind. —

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug die Rohkohlenförderung im Januar 8 554 252 Tonnen (Vormonat 9 070 265 Tonnen), die Brikettherstellung 2 162 737 Tonnen (Vormonat 2 255 106 Tonnen) und die Kokserzeugung 37 707 Tonnen (Vormonat 36 599 Tonnen). Es zeigte sich mithin gegenüber Dezember ein Rückgang von 5,7 Prozent bei Braunkohle und von 4,1 Prozent bei Briketten. Die Kokserzeugung weist eine Steigerung von 3 Prozent auf. Die arbeitstägliche Produktion betrug 342 170 Tonnen an Rohkohle (Vormonat 348 856 Tonnen), an Briketten 86 509 Tonnen (Vormonat 86 735 Tonnen) und an Koks 1216 Tonnen (Vormonat 1181 Tonnen), sie weist also einen Rückgang auf von 1,9 Prozent bei Rohkohle und 0,3 Prozent bei Briketten und bei Koks eine Steigerung von 3 Prozent. Gegenüber dem Monat Januar des Vorjahres ist eine Steigerung sowohl der Förderung als auch der arbeitstäglichen Produktion festzustellen von 0,7 Prozent bei Rohkohle, von 1,9 Prozent bei Briketten und von 13,2 Prozent bei Grudekoks.

Infolge Beendigung der Rübenverarbeitung im zweiten Drittel des Januar ging der Abruf der Zuckerfabriken an Rohkohle zurück. Auch der Brikettabsatz ließ im Januar viel zu wünschen übrig. Verschuldet ist dieser unbefriedigende Absatz hauptsächlich durch die ungewöhnlich milde Witterung. Da sich der Abruf an Industrie briketten gegenüber dem Vormonat nicht besserte, mußten im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats von 1925 Brikettmengen auf Stapel genommen werden, so daß sich der Brikettbestand gegenüber dem Bestand am Anfang des Monats nahezu verdoppelte. Der Grudekoksabsatz zeigte gegenüber dem Dezember keine Veränderung. Die Wagengestellung war befriedigend. Der Arbeitszeitschiedsspruch vom 23. 12. 1926 ist im allgemeinen reibungslos durchgeführt worden. Die Löhne und Gehälter blieben unverändert. —

Güterwagen als Wohnungen gut genug

Es ist von der Stadt Hannover der Versuch gemacht worden, Notwohnungen in ausrangierten Güterwagen einzurichten. 144 Unterkünfte wurden in 106 solcher Wagen geschaffen. Die Güterwagen sind auf Mauerwerk gesetzt und innen mit Putz verkleidet worden. Während der Wagen selbst nur 300 Mark gekostet hat, erforderte der Ausbau durchschnittlich je 1000 Mark.

Nun hat der volksparteiliche Abgeordnete von Ehnern im Preußischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit der Freimachung von Werkswohnungen, die von Betriebsfremden bewohnt werden, beschäftigt. Das hat den Landbund veranlaßt, der deutschnationalen Presse eine Zuschrift zu senden, in der die Unverfrorenheit der Agrarier ihren Landarbeitern gegenüber ungeschminkt zum Ausdruck kommt, wird doch darin alles Ernstes vorgeschlagen, für die betriebsfremden Arbeiter in Werkswohnungen alte Güterwagen als Wohnungen herzurichten. In der Provinz Sachsen seien allein 4000 Wohnungen auf diese Weise freizumacht.

Zu welchem Zwecke die Agrarier deutsche Landarbeiter in Güterwagen unterbringen wollen, das verraten sie uns in einem Satze:

> Die Rückwirkung des Freiwerdens von Tausenden von Werkwohnungen auf die Beschaffung von ausländischen Wanderarbeiter sei nur nebenbei erwähnt.

Also Polen sollen in die Wohnungen, während deutsche Landarbeiter in Güterwagen kampieren können. Das möchten die Agrarier, und zu diesem Zwecke wünschen sie den Abbau des Mieterschutzes und die Unterbringung deutscher Arbeiter in Güterwagen. Denken die Junker gar nicht daran, warum die in ihren Werkswohnungen noch sitzenden Arbeiter „betriebsfremd" geworden sind? Weil sie die Gelegenheit zu höherem Verdienst nicht ausschlugen. Die Agrarier sollten bessere Löhne an die Landarbeiter zahlen, die „Betriebsfremden" kämen sicher zu ihnen zurück und es brauchten keine Güterwagen zu Wohnungen benutzt werden. Aber für deutsche Arbeiter scheinen ihnen Güterwagen gut genug. —

Parteilichkeit der Landwirtschaftskammer

Die Landwirtschaftskammer für Schlesien hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1926 herausgegeben. Dieser Bericht bietet eine neue Möglichkeit, die gegenwärtige Geistesverfassung und Einstellung der Landwirtschaftskammern in deutlichster Weise kennenzulernen.

Während man über Viehzucht, Saatgut, Dünge- und Futtermittel usw. auf 64 Seiten berichtet, ist über die Arbeiterfrage fast nichts zu finden. Es klingt wie ein Hohn, wenn man über die Arbeiterwohlfahrt nichts weiter zu vermerken weiß, als daß 5200 Arbeitskräfte Broschen, Diplome und sonstigen Firlefanz für 10- bis 50jährige Tätigkeit erhalten haben. Kein Wort über die Notwendigkeit der Verbesserung der schlechten Löhne der Landarbeiter, über den Fortschritt der Verbesserung der unglaublich schlechten Arbeiterwohnungen, nichts über die Schaffung von Kindergärten, damit die Arbeiterfrauen, die zur Arbeit gezwungen sind, ihre Kinder nicht allein lassen müssen.

Der ganze Tätigkeitsbericht ist so recht ein Beweis dafür, mit welcher Verständnislosigkeit, ja Verachtung die schlesischen Agrarier der Arbeiterfrage gegenüberstehen. Interessant ist der Schluß des Berichts, in dem es heißt: „Eisern fern muß die Landwirtschaftskammer sich von jeder Parteipolitik halten, denn die vergiftet jede gesunde Arbeit."

Diese Bemerkungen wirken geradezu lächerlich, wenn man hören muß, daß dieselbe Landwirtschaftskammer in ihrer Zeitschrift vom 25. Dezember 1926 in einem Artikel über die Wahlen zur Landwirtschaftskammer über den Schlesischen Bauernbund folgendes geschrieben hat:

> Gewissenlosigkeit, trügerische Agitation, jedermann weiß, daß der Schlesische Bauernbund links eingestellt ist. Seine

Zeitungen haben sozialistische Wahlaufrufe gebracht. Die Sozialdemokratie ist landwirtschaftsfeindlich, und in ihrem Sinne handelt der Schlesische Bauernbund.

Angesichts dieser unverschämten lügnerischen Behauptung der Landwirtschaftskammer, die Sozialdemokratie sei landwirtschaftsfeindlich, braucht es weiter keines Beweises für die einseitige agrarkonservative Einstellung der Landwirtschaftskammer. Es ist bei solcher Parteilichkeit dringend notwendig, daß die Landwirtschaftskammern den Händen der Großgrundbesitzer entrissen und unverzüglich in einer Weise umgestaltet werden, die auch den Arbeitern Sitz und Stimme in diesen wichtigen Institutionen verschafft. —

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Generalversammlung der Partei.

Am Mittwoch den 16. Februar fand unsre ordentliche Jahreshauptversammlung in den „Hansa-Sälen“ statt. Um 8.20 Uhr eröffnete Genosse Ernst Wille die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Toten des vergangenen Jahres durch Erheben von den Plätzen geehrt. Ferner wurde dem Genossen August Müller anläßlich seines 25jährigen Parteijubiläums der Glückwunsch der Versammlung ausgesprochen. Genosse Peus (Dessau) nahm dann das Wort und sprach über „Der ideale Wohnungsbau“. Er führte ungefähr aus: Die Wohnung ist das Fundament unsrer Existenz. Die Familien sind die Zellen, aus denen sich die Gesellschaft neu aufbaut. Darum muß die Zelle gesund sein, wenn die Gesellschaft gesund sein soll. Die idealste Wohnung ist die billigste. Es brauchte kein Geld für Kranken-, Irrenhäuser usw. ausgegeben werden. Wolle man die Wohnungsfrage lösen, muß zuvor die Bodenfrage gelöst werden. Für jede Familie muß mindestens 500 Quadratmeter Boden zur Verfügung stehen. Die Gesellschaft hat versäumt, dem einzelnen sein Wohnungsland zu geben. Wollen wir die Bodenreform für die Wohnungsfrage lösen, brauchen wir zwei Gesetze. Das eine ist heute in der Heimat des Referenten schon da und betrifft die Grundwertsteuer. Der Grund und Boden muß so besteuert werden, daß zum Ausdruck kommt, daß er dem Volke gehört. Als zweites Gesetz muß kommen, was am 5. Mai vorigen Jahres im Reichstag von uns gefordert wurde. Wenn Land verkauft wird, muß es die Gemeinde oder der Staat erhalten, und zwar zum Steuerwert. Die Gemeinde muß das Land schaffen für die Bevölkerung und, wenn sie das nicht allein schafft, muß der Reichstag mobilgemacht werden.

Genosse Peus tritt für das Einfamilienhaus ein. Jeder soll ein eignes Nest haben und dafür verantwortlich sein. Dazu gehört ein Garten. Um den Wohnungsbau zu fördern, müssen die Straßenbaukosten für jene Häuser, die nicht aus Geschäft gebaut werden, von der Gemeinde übernommen werden. Das Geld der Sparkassen muß ebenfalls zu einem ganz billigen Prozentsatz zur Verfügung gestellt werden. Nicht die Stadt soll bauen, damit der Mensch nicht abhängig ist von einem Stadtrat. Man schließe sich zu Siedlerorganisationen zusammen. Das Bauen führen die Bauhütten aus, in denen nur organisierte Bauarbeiter beschäftigt werden. Der Siedlerverband ist der Konsumverein für die Ware Wohnung. Wir müssen heute 3 Prozent vom Lohn und Gehalt für die Erwerbslosen geben. Richtiger wäre es, Sparabzüge zu machen, die zum Wohnungsbau und zwar im idealen Sinne verwendet werden. 4 Prozent würden nach der Meinung des Referenten genügen, um ein großzügiges Wohnungsbauprogramm durchzuführen, und so ließe sich dann auch die Erwerbslosigkeit automatisch bannen. Dieser Plan kann durchgeführt werden, wenn bei den nächsten Reichstagswahlen jeder seine Pflicht tut. Mögen noch Jahrzehnte hingehen, aber es wird geschafft werden.

Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Paul Heine, Karl Wille, Frebel und Wege. In einem kurzen Schlußwort beantwortete Genosse Peus Anfragen und versuchte, Bedenken gegen die Möglichkeit der Durchführung seiner Theorien zu zerstreuen.

Genosse Ernst Wille erstattete nunmehr den Geschäftsbericht. Viel Arbeit war im Jahre 1926 zu erledigen, wobei vor allem Volksbegehren, Volksentscheid und Parteiwerbewoche hervorzuheben seien. Alle Fragen von Wichtigkeit, wie Wohnungsnot, Arbeitsbeschaffung, Fürsorgeangelegenheiten usw. wurden in bestem Einvernehmen mit der Fraktion im Gemeindeparlament erledigt. Alle Schulfragen sind stets mit dem in erster Linie zuständigen weltlichen Schulverein geregelt, mit den Gewerkschaften ist in wichtigen Fragen wiederholt zusammen gearbeitet worden. Alles in allem kann gesagt werden, daß das Parteileben am Orte rege pulsiert. Durch die fleißige Arbeit aller Genossinnen und Genossen, insbesondere aber der Funktionäre, hat die Partei heute 459 Mitglieder am Ort und rund 1600 „Volksstimme“-Abonnenten. Zum Schlusse wurde der Vorschlag der großen Funktionärsitzung für die Vorstandswahlen bekanntgegeben.

Nach einer kurzen Aussprache über den Geschäftsbericht wurden die Vorstandswahlen vorgenommen und zwar einstimmig. Folgende Genossen bilden nunmehr den Vorstand: 1. Vorsitzender Ernst Wille, 2. Vorsitzender Otto Heinemann, Kassierer Robert Celze. 1. Schriftführer Rektor Ringel. 2. Schriftführer Wilhelm Teichmann, Beisitzer Wilhelm Lachmann, Heinrich Stolze, Fritz Kernecke, Hermann Thomas und Willi Jäger. Für den Frauen-Werbeausschuß sind die Genossinnen Frebel und Müller 1 gewählt. Zum Unterbezirkstag, der am Sonntag den 20. Februar, vormittags 9 Uhr, in Osterweddingen stattfindet, wurden als ordentliche Delegierte gewählt: Fritz Kernecke und Wilhelm Lachmann, als Ersatzmann Paul Heine. Außerdem werden verschiedene Gastdelegierte und zwar Genossinnen sowohl als auch Genossen an der Konferenz teilnehmen. Was den Reichsparteitag anbetrifft, werden unsre Delegierten für den Genossen Ernst Schumacher stimmen. Die Generalversammlung ist dem einstimmigen Beschluß der großen Funktionärsitzung beigetreten und schlägt hier zur Wahl für den Unterbezirksvorstand vor: als stellvertretenden Vorsitzenden und Mitglied der Prüfungskommission Genossen Ernst Wille für den Genossen Otto Dorfen, als Beisitzer Robert Celze an Stelle von Karl Schrader, als Beisitzer wie bisher Genossin Helene Thomas. Für den Bezirksparteitag schlägt die Generalversammlung einstimmig dem Unterbezirkstag vor, den Genossen Ernst Wille zu wählen und wie vorgeschlagen den Genossen Karl Schrader. Den Vorschlägen für die Bezirksausschüsse für Kommunalpolitik, für Arbeiterwohlfahrt, für sozialistische Bildungsarbeit und für die Kreisbezirke ist die Generalversammlung beigetreten. Unter „Verschiedenes“ wurden noch örtliche Angelegenheiten behandelt, und vom Genossen Ringel wurde auf die [illegible] der weltlichen Schule hingewiesen. Mit dem Wunsche, daß alle Genossinnen und Genossen sich auch in Zukunft [illegible] der Parteiarbeit hingeben, schloß der Vorsitzende, Genosse Ernst Wille, die außerordentlich rege verlaufene Versammlung.

Die weltliche Schule veranstaltet am Freitag den 25. Februar ihren großen Elternabend, der gleichzeitig als Pestalozzifeier gedacht ist. Neben allerlei Aufführungen der Kinder wird auch der Festvortrag das Werk des großen Pädagogen schildern. Wir werden den großen Volkserzieher in seiner wahren Gestalt sehen, den unbekannten Pestalozzi, nicht wie die kirchlich-reaktionäre Lehrerschaft ihn zeichnete, sondern wie er für das Volk gelebt hat. Die kirchlichen Kreise wollen ihn für sich reklamieren. Es ist Pflicht aller Genossen, die Veranstaltung zu besuchen, um so mehr, als der Ertrag des Abends restlos der Schule und den Kindern zugute kommt. —

Zum Unterbezirkstag. Alle Genossinnen und Genossen, die sich als Gastdelegierte am Unterbezirkstag in Osterweddingen beteiligen wollen, treffen sich um 8 Uhr in den „Hansa-Sälen“. Wer mit dem Dampfer fahren will, muß sich bis Sonnabend abend beim Genossen Wilhelm Hernemann im Konsumverein, Breite Straße, melden. —

Freie Turnerschaft Klein-Ottersleben. Versammlung am Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Schütze. Die Tagesordnung ist wichtig. Alle Mitglieder müssen erscheinen. —

Freie Turner Brandenbeck heute (Freitag) abend Versammlung im Sportheim. Der Gruppenvorstand wird anwesend sein. —

Altenweddingen

Die Parteiversammlung beschäftigte sich mit der Unterbezirkstagung in Osterweddingen. Unsre Gemeindevertreter werden ersucht, den Bezirkstag zu besuchen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß auch alle andern Genossen als Gäste anwesend sein können. Dann wurde die Maifeierveranstaltung besprochen. Geplant ist ein Demonstrationsumzug durch das Dorf. Abends Vortrag, Konzert und Rezitationen. In den vorbereitenden Ausschuß wurden gewählt die Genossen Tietz, Trümpelmann und Peinelt. Alle übrigen Organisationen haben nun die Pflicht, ihre Ausschußmitglieder dem Genossen Tietz umgehend zu melden, damit eine gemeinsame Sitzung einberufen werden kann. Der Ueberschuß des Festes soll zu Bildungszwecken verwendet werden. Da das Reichsbanner in nächster Woche eine großzügige Werbung vornehmen will, wurde die Stellungnahme der Partei zum Reichsbanner erläutert. Unsre Bibliothek wird in nächster Zeit durch Büchertausch bereichert werden. Die nächste Parteiversammlung ist am 15. März. —

Benendorf-Sohlen

Besucht den Unterbezirkstag! Am Sonntag den 20. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Osterweddingen im Gasthaus Zum goldenen Löwen unser Unterbezirkstag statt. Alle Parteifunktionäre, Gemeindevertreter und interessierten Mitglieder sind als Gäste willkommen. Da der Tagungsort in der Nähe liegt, erwarten wir zahlreiche Beteiligung. Wir treffen uns pünktlich ½9 Uhr am Geländer. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. —

Stadtkreis Burg

Vom Frauenabend. Eine gut gelungene Veranstaltung konnte wiederum verzeichnet werden. Genosse K. Schröder und seine Tochter trugen durch musikalische Vorträge dazu bei, den Abend zu einem genußreichen zu gestalten. Der nächste Abend ist ein ernster, aber sicherlich ein ebenso genußreicher. —

Unsre Genossen werden gebeten, sich Dienstag den 22. Februar frei zu halten; an diesem Tage findet in Schröders Restaurant unsre Parteiversammlung statt. —

Kreis Jerichow 1

Biederitz

Ein gut besuchter Frauenabend der sozialistischen Frauengruppe fand am Montag in der „Weintraube“ statt. Genosse Blum junior ließ alle Anwesenden im Geiste mittels Lichtbildern eine Reise nach dem schönen Thüringen unternehmen. Wenn auch die Sehnsucht, die lieblichen Gegenden unsers Vaterlandes selbst aufzusuchen, nicht befriedigt werden konnte, so trug dieser Vortrag doch etwas dazu bei, sie kennenzulernen. Die durch den Vortrag hervorgerufene frohe Stimmung zeigte sich im Singen von Wanderliedern. —

Mitgliederversammlung der Partei am Freitag den 18. d. M., abends 8 Uhr, in der „Weintraube“. —

Plötzky

Einen republikanischen Unterhaltungsabend veranstaltet die Ortsgruppe des Reichsbanners am Sonntag den 19. Februar im Kaudischen Gesellschaftshaus, bestehend aus Festansprache, Konzert, Theater und lebenden Bildern. Es kommen zur Aufführung „Eine Nachtwache“ und „Der Alte von Potsdam“. —

Kreis Jerichow 2

Jerichow

Verhaftung. Der Arbeiter Walter C., der hier lange Zeit in Arbeit stand, wurde unter dem Verdacht, den Einbruch in das hiesige Schloß verübt zu haben, festgenommen. Er hat versucht, den Geldschrank aufzubrechen, dieses gelang ihm aber nicht. Er durchwühlte sämtliche Gelasse, wobei ihm auch Anzugstoffe, die an einen hiesigen Schneidermeister abgeliefert waren, in die Hände fielen. C. nahm die Beute mit. Er ist am späten Abend zu einem Bekannten gekommen und hat um Nachtquartier gebeten. Man ließ sich aber nicht mit ihm ein. Vor kurzem gelang es nun der Kriminalpolizei in Magdeburg, den C. bei einer Familie, die lange in Jerichow wohnhaft war, festzunehmen. —

Kreis Wolmirstedt

Olvenstedt

Reichsbannerwerbung. Am Sonnabend den 19. Februar, abends 7½ Uhr, veranstaltet das Reichsbanner einen Fackelzug, verbunden mit einer Ansprache. Alle Republikaner werden gebeten, an diesem Fackelzug teilzunehmen. Der Fackelzug beginnt 7½ Uhr beim Lokal von Wilhelm Denecke. —

Angern

In öffentlicher Versammlung der Arbeitsinvaliden spricht am Sonntag nachmittag um 3 Uhr der Genosse Jacobs (Langenweddingen). —

Kreis Neuhaldensleben

Neuhaldensleben

Einheitsverband der Eisenbahner. Die Ortsgruppe feiert am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, im kleinen Saal bei W. Herzog ihr Stiftungsfest, zu dem alle Gewerkschaftskollegen eingeladen sind. —

Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Am Sonntag, nachmittags pünktlich 3 Uhr, findet in Althaldensleben beim Gastwirt Schulze eine Vertreterversammlung des Ortsausschusses statt. —

Altkaldensleben

Gartenbaugenossenschaft. Am Sonnabend den 19. Februar, abends von 6 bis 8½ Uhr, findet im Gasthof von Schulz die Einkassierung der vierten Rate, also Restpacht von Oktober 1926 bis Oktober 1927, statt. —

Hörsingen

Ein Unglücksfall ereignete sich am 16. Februar, nachmittags, auf der Ziegelei A. Blank. Die Leute waren mit dem Umbau des Aufzugs beschäftigt, als sich einige Balken lösten, durch die der Sohn des Besitzers so unglücklich getroffen wurde, daß er sich einen doppelten Schädelbruch zuzog. Der Verunglückte wurde sofort ins Krankenhaus geschafft. —

Eilsleben

Gemeindevertreter-Sitzung. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung hat sich eine ganze Anzahl Zuhörer eingefunden. Ueber die wichtigsten Punkte kann erst zum Schluß entschieden werden, da die erforderliche Anzahl Gemeindevertreter nicht anwesend war. Der Führerlehrgang der Feuerwehr in Stendal soll beschickt werden. Die Mittel dafür werden bewilligt. Der Antrag des Landwirts A. Ketze auf Pflasterung eines Bürgersteigs wird einstimmig abgelehnt. Die Beschlußfassung über die Pflasterung des Gemeindewegs zur Holzstrecke, die Zimmermeister Jacobi wünscht, wird vertagt. Weiter hat dieser einen Antrag auf Ueberlassung von Gemeindeland im Wege des Erbbaurechts gestellt, der aber abgelehnt wird. Der Antrag Kempe auf Pflasterung eines Fußwegs und Anlegung einer Kanalisation wird dahingehend erledigt, daß die Wegekommission prüfen soll, ob nach Anlage des Fußwegs noch eine genügende Fahrbreite vorhanden ist. Die Herstellung einer Brücke vor dem Helmkeschen Grundstück wird als unzweckmäßig abgelehnt; statt dessen wird für die Durchfahrt eine Mulde gepflastert und ein Fußsteig angelegt. Die Pflasterung des Fuchsfeldwegs, die Gutsbesitzer Lambrecht wünscht, wird einstimmig beschlossen, allerdings unter der Voraussetzung, daß dafür Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden können. Für die Anlage von Gräben sollen die Anlieger einen etwa 2 Meter breiten Streifen liegenlassen.

Ein Antrag unsrer Fraktion wünscht die Pflasterung der Heimstättenstraße, um den Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit zu bieten und den Anliegern der Straße ihr Recht zu geben. Dieser Antrag wird bei Stimmenthaltung des Gutsbesitzers Lambrecht angenommen. Nach Annahme dieses Antrags glaubte Herr Lambrecht den andern Gemeindevertretern den Vorwurf machen zu müssen, daß sie zwar immer Mittel bewilligen, aber nicht daran denken, woher diese kommen. Gemeindevertreter Fritz Bremer sagte ihm, daß es der Landwirtschaft nicht schlecht gehen könne, da diese so hohe Pachtpreise für ihren Acker bezahlen und nehmen kann. Der Antrag der Freien Turnerschaft auf Gewährung einer Beihilfe wird dem Ortsausschuß für Jugendpflege überwiesen. Die Benutzung der Tanzbude zu Turnzwecken wird gestattet. Es ist erfreulich, daß unsre Fraktion so entschieden für die Erwerbslosen eingetreten ist. —

Eine Werbeversammlung des Reichsbanners findet am Sonntag abend 8 Uhr im Saale von Könnecke statt. Alle Ver[illegible]

Konferenz für die Kali-Industrie

Am 13. Februar tagte in Staßfurt eine Konferenz für die Kaliindustrie, die von dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 2, Magdeburg, einberufen war. Die Konferenz wurde vom Gauleiter Kollegen Tolski eröffnet.

In seinem Referat über das

Arbeitszeitabkommen in der Kaliindustrie

führte Kollege Hofer aus, unter welchen Vorkommnissen den Kaliarbeitern der Zehnstundentag aufgezwungen worden ist. Leider ist zu verzeichnen, daß die Fabrikarbeiter 10 bis 12 Stunden arbeiten müssen, während die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Die an dem Tarifvertrag für die Kaliindustrie beteiligten Gewerkschaften kommen zu dem Entschluß, das seinerzeit den Arbeitern aufgezwungene Arbeitszeitabkommen zu kündigen, was inzwischen geschehen ist. Nirgends ist die Rationalisierung so scharf durchgeführt wie in der Kaliindustrie. 1922 waren in Deutschland 225 Kaliwerke in Betrieb, kürzlich waren es nur noch 63; inzwischen sind noch weitere Betriebe stillgelegt. Es muß die Frage aufgeworfen werden, wer eigentlich der Nutznießer der so scharf durchgeführten Rationalisierung ist. Das deutsche Volk, dem der Grund und Boden gehört, in dem diese Rohstoffe lagern, und ebenso die Arbeiterschaft haben keinen Vorteil von der scharf durchgeführten Rationalisierung, sondern lediglich die Kaliinteressenten.

Für die Arbeiterschaft in der Kaliindustrie heißt die Parole: Lange Arbeitszeit — niedriger Lohn! Die letzte Lohnerhöhung brachte für die Arbeiterschaft 3,5 Prozent; die Arbeitgeber erhielten 10 Prozent Preiserhöhung — wirklich ein gutes Geschäft. Der Wintershall-Konzern konnte für das Geschäftsjahr 1926 12 Prozent Dividende verteilen. Um aber auch die wirtschaftliche Umstellung im Interesse der Arbeiterschaft nutzbar zu machen, ist es unbedingt notwendig, daß die Kaliarbeiter sich dem Fabrikarbeiter-Verband restlos anschließen.

An der Aussprache beteiligte sich eine Anzahl Kollegen, welche in sachlicher, aber scharfer Weise ausführten, daß endlich ein menschenwürdiges Arbeitsverhältnis für die Kaliarbeiter geschaffen würde; ebenso genüge die letzte Lohnerhöhung bei weitem nicht, denn die Kaliindustrie ist in der Lage, einen höhern Lohn zu zahlen. Folgende

Entschließung

wurde einstimmig angenommen:

Die am 13. Februar tagende Kaliarbeiter-Konferenz des Fabrikarbeiter-Verbandes für den Gau 2, Magdeburg, hat zu der Kündigung des Manteltarifvertrags und damit der Schiedssprüche über die Verlängerung der Arbeitszeit vom 7. Januar 1924 und 9. und 10. Februar 1926 Stellung genommen. Die Konferenzteilnehmer bedauern, daß die Kündigung nicht schon am frühesten Termin, also am 1. Januar 1927, ausgesprochen worden ist, weil dadurch eine Verzögerung der Neuregelung der Arbeitszeitfrage um einen Monat eingetreten ist.

Durch Schlichtungskammer vom 7. Februar 1924 wurde den Kaliarbeitern die 10- und 12stündige Arbeitszeit aufgezwungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere in der Kaliindustrie, liegen heute so, daß unverzüglich der Achtstundentag eingeführt werden kann, schon mit Rücksicht auf das große Erwerbslosenheer. Deshalb fordern die Kalifabrikarbeiter ihre Organisation auf, nichts unversucht zu lassen, für die Tages- und Fabrikarbeiter in der Kaliindustrie die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit wieder zu erkämpfen. Eine „Untersuchungskommission“, wie sie durch Schiedsspruch in der Braunkohlen-Industrie festgelegt wurde, betrachten die Kaliarbeiter als nicht weitgehend genug und lehnen ähnliche Maßnahmen für die Kaliindustrie ganz entschieden ab. Was in der elsässischen Kaliindustrie möglich ist, also

die sechsstündige Arbeitszeit unter Tage

und die achtstündige über Tage, ist auch in der deutschen Kaliindustrie möglich.

Da die Fabrik- und Tagesarbeiter 10 und 12 Stunden arbeiten müssen, sind sie naturgemäß an der Kürzung der Arbeitszeit am meisten interessiert. Die Konferenzteilnehmer richten an alle Kaliarbeiter den dringenden Appell, ihre Organisation zu stärken, um, wenn es notwendig wird, den von den Arbeitgebern im Jahre 1923 begangenen Tarifbruch abzugelten.

Da die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in den meisten europäischen Industrieländern, selbst vom französischen Senat am 10. Februar 1927 ausgesprochen, die Durchführung überall aber nur von der Zustimmung Deutschlands abhängig ist, betrachten die Konferenzteilnehmer die Erledigung dieser Frage in Verbindung mit der Lösung des Arbeitslosenproblems als eine Staatsnotwendigkeit und fordern die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Die Ausführungen des Kollegen Brandenburger

über das Knappschaftswesen

legten klar, daß die Knappschaftsversicherung bald einer allgemeinen Versicherung Platz machen muß, da ihre Existenz durch die Verringerung der Zahl der in den knappschaftlichen Betrieben Beschäftigten und Erhöhung der Zahl der Pensionäre gefährdet ist. Für die Uebertagearbeiter liegt keine Veranlassung vor, dem Knappschaftsgesetz eine Träne nachzuweinen.

An der Aussprache beteiligte sich eine große Anzahl Kollegen, die einmütig zum Ausdruck brachten, daß das Gesetz für die Uebertagearbeiter untragbar sei, denn der § 35 vereint mit der Beitragsleistung, wäre eine feste Garantie, daß kein Uebertagearbeiter in den Genuß der Rente käme.

Scharf kritisiert wurde, daß die Besetzung der Stellen in der Knappschaft (Bezirksvorstand usw.) nicht nach dem Stärkeverhältnis der Organisation erfolgt ist, und daß in Zukunft dem mehr Aufmerksamkeit zu schenken sei. Der Gauleiter, Kollege Tolski, forderte die Konferenzteilnehmer auf, noch mehr als bisher für die Organisation zu werben, damit auch der letzte Kaliarbeiter in die Kampffront eingereiht wird, da alle behandelten Fragen Machtfragen sind, die nur in geschlossener Front der Arbeiterschaft zu Erfolg führen können. —

blikaner sind eingeladen. Referent ist Bezirksleiter Kamerad W. Naumann. Sorgt für starken Besuch, damit ein voller Erfolg erzielt wird. Je stärker die Front, je stärker der Wille, desto schwächer der Gegner. Darum werbe jeder für die republikanische Organisation. —

Süplingen

Versammlung der Volksfürsorge am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Böwe. Alle Versicherten sowie die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sind eingeladen. Wegen der Vorkommnisse im Ort ist der Besuch der Versammlung dringend notwendig. —

Völpke

Sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde.

Schon lange ist nicht über die Verhältnisse in unsrer Gemeinde in der Parteizeitung berichtet worden, so daß man annehmen könnte, in Völpke bestehe weder eine Ortsgruppe der Partei noch arbeitet sie im Volksinteresse. Dem ist nicht so: Die Partei hat eine annehmbare Mitgliederzahl aufzuweisen und die republikanische Bewegung ist gleichfalls gut; die Ortsgruppe des Reichsbanners kann sich sehen lassen. Leider waren die Parteiversammlungen immer nur von denselben Mitgliedern besucht. Unsre Genossen, die durch das Vertrauen ihrer Wähler in den verschiedensten Korporationen arbeiten, haben ihre Schuldigkeit getan. In der Gemeindevertretung, im Schulvorstand, im Fürsorgeausschuß und in sonstigen Kommissionen sind Leistungen zu verzeichnen, die jeder Unvoreingenommene gutheißen und anerkennen muß.

Unter Berücksichtigung der auch hier vorhandenen schwierigen Wirtschaftslage, sind die Genossen immer bestrebt, für die Einwohnerschaft und ganz besonders für die arbeitende Bevölkerung Verbesserungen zu schaffen. Der Mühlenbach wurde eingedeichet, da sich sonst hier ein Seuchenherd gebildet hätte, der für die ganze Bevölkerung gefährlich werden konnte. Von dem hier gewonnenen Land und mit dem von unserm, leider so früh verstorbenen Genossen Kramer, beschafften sogenannten Grasgarten, konnten etwa 60 bis 70 Familien mit Gartenparzellen bedacht werden, die, wie der vergangene Sommer gezeigt hat, mit großer Freude und mit einer sehr rührigen Betriebsamkeit bearbeitet worden sind. Auch ein Sportplatz wurde angelegt, um der Jugend Gelegenheit zu verschaffen, sich sportlich betätigen zu können. Zu erwähnen wäre dabei noch die Kanalisierung der innerhalb der Ortslage befindlichen Gräben, die dazu erforderlich waren. Neben der unzweifelhaft hierdurch geschaffenen allgemeinen Verbesserung der Ortslage war es aber auch möglich, die große Zahl von Erwerbslosen einige Wochen zu beschäftigen, um den unverschuldet vom Wirtschaftsleben ausgeschlossenen Familien wieder Gelegenheit zu geben, ihre Lage zu verbessern.

Auch innerhalb des Schulvorstandes können sich unsre Genossen mit ihren Verbesserungsvorschlägen sehen lassen. Leider kann bei den jetzt bestehenden Schulverhältnissen nichts Ersprießliches geleistet werden. Aber auch hier sind unsre Parteigenossen in der Gemeindevertretung schon seit Monaten bestrebt, gründlich Abhilfe zu schaffen und zwar dadurch, daß am 19. November 1926 beschlossen wurde, eine neue Schule zu erbauen. Die Vorarbeiten hierzu sind schon soweit gediehen, daß bereits mit der Anfuhr des Materials begonnen ist, so daß im Herbste die neue Schule bezugfertig dastehen wird. Gerade auf die Schulangelegenheiten wird von unsern Genossen besonderes Augenmerk gerichtet. Die Ausgestaltung der Volksschule ist allein unsre Aufgabe.

Soziale Arbeit kann überhaupt nur von sozial eingestellten Menschen geleistet werden. Das beste Beispiel hierfür gibt uns der örtliche Fürsorgeausschuß. Auch in dieser Korporation wird, abgesehen von der anerkennenswerten Mithilfe des katholischen Pfarrers, fast die gesamte Arbeit von den sozialdemokratischen Mitgliedern geleistet. Der evangelische Pfarrer hat sich überhaupt noch nicht, im Gegenteil zu seinem katholischen Kollegen an der Arbeit des Fürsorgeausschusses beteiligt. Bei der Festsetzung der Kirchensteuer wird er sich vermutlich intensiver beteiligen. Dann kann es aber eintreten, daß eine Flucht aus der Kirche einsetzt wie in Braunschweig. Gerade im Fürsorgeausschuß bietet sich Gelegenheit, das Bibelwort von der Nächstenliebe zu befolgen.

Unsre Genossen werden auch weiterhin bemüht bleiben, soziale Verbesserungen in der Gemeinde zu verrichten und die Wünsche der Bevölkerung mit den Aufgaben der Gemeindeverwaltung in Einklang zu bringen. —

Kreis Calbe

Staßfurt

Volksbühne. Im gut besetzten Saale des Lugenhauses gelangte am Montag abend das Trauerspiel „Medea" durch Mitglieder des Mitteldeutschen Landestheaters Halle a. d. S. zur Aufführung. Lotte Frank als Medea ließ mit all ihrem Können die Hauptgestalt zu lebendiger Erscheinung werden. Auch die andern Darsteller gaben ihr Bestes. Die neue Bühnenausstattung und farbenreiche Beleuchtung wirkten gut. Reicher Beifall wurde den Künstlern zuteil. Ist es eine Folge der großen Erwerbslosigkeit Staßfurts oder geringes Interesse an schauspielerischen Darbietungen, daß die werktätige Bevölkerung weniger stark vertreten war? Für die auswärtigen Besucher wird Sorge getragen, daß die Straßenbahnen nach Hecklingen und Löderburg nach Schluß des Theaters erreicht werden können. —

Atzendorf

Die Parteiversammlung am Sonnabend war gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls wurde über das 25jährige Parteijubiläum, das am 25. März stattfindet, gesprochen. Es wurde zu den Vorarbeiten und der Leitung ein Festausschuß gewählt. Wir bitten alle unsre Anhänger im Orte und der Umgebung, diese Feier zu besuchen. Vom Genossen Winzler wurden die eingegangenen Schreiben verlesen und Stellung dazu genommen. Der Genosse Escher gab den Bericht von der Gemeindevertreter-Sitzung. Bei dieser Gelegenheit wurden von unsern Genossen die in der „Tribüne" Nr. 12 losgelassenen Verleumdungen kritisiert und als Wichtigtuerei gebrandmarkt. Für den gegen Parteidifferenzen aus der Gemeindevertretung ausgeschiedenen Kommunisten K. wurde der Kommunist Jorges jun. eingeführt. Dann wurde über Unregelmäßigkeiten in der Rückzahlung der Gewerbesteuer gesprochen. — In dieser Angelegenheit hat sich der Amtsgehilfe Gottschalk (nicht Polizeibetriebsassistent) sein Grab gegraben, indem er Gelder unterschlug und Urkundenfälschungen beging. Er ist von der Gemeindevertretung fristlos entlassen worden. Vom Gemeindevertreter Weinschenk als Vertreter der notleidenden Gewerbetreibenden wurden indirekt die sozialen Lasten der Gemeinde als zu hoch angesehen. Den Höhepunkt erreichte er, als er über Gelder, die er selbst mitbewilligt hatte, kritisierte. Mit kurzen Worten wurde ihm vom Genossen Escher widerlegt. Ferner wurde auf Drängen des Erwerbslosenausschusses, der an verschiedene Gemeindevertreter wegen einer Beihilfe herangetreten war, in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung eine solche einstimmig beschlossen. Die Zuteilung und Festsetzung der Sätze wird von einer fünfgliedrigen Kommission festgelegt. Für Straßen- und Wohnungsbauten soll ein Darlehen aufgenommen werden. Die Verhandlungen zeigen immer wieder, wie im Interesse der Armen und Erwerbslosen dort, wo die Vertreter des werktätigen Volkes in der Mehrheit sind, etwas für sie herauszuholen ist. Darum rufen wir allen uns noch fernstehenden Arbeitern, auch dem letzten Dutzend der K.-P.-D.-Männer zu: Hinein in die S. P. D. Die verkehrte Kommunalpolitik der K. P. D. in den zwei ersten Jahren wird sich schwer rächen. —

Biere

Autoverkehr. Die eingerichtete Autoverbindung Biere—Schönebeck erfreut sich allgemeiner Beliebtheit in unserm Orte. Gerade der diesjährige regenreiche Winter und als Folgeerscheinung davon die von Schmutz und Dreck starrenden Straßen und Chausseen waren dazu angetan, dem Personenauto als schnelles Verkehrsmittel viele Freunde zu gewinnen. Gern nahm man dabei das durch das schlechte Pflaster hervorgerufene Emporschnellen von den Sitzen mit in Kauf. Nun mit einem Male soll dem Besitzer von der Regierung der Autoverkehr mit Ende dieses Monats verboten sein, angeblich auf Einwirken der Reichsbahndirektion Magdeburg. Das Verlangen der Reichsbahnverwaltung, sämtliche Verkehrsmöglichkeiten durch sie nur ausnutzen zu lassen, da ihr der Löwenanteil der Reparationskosten aufgebürdet wurde, können wir wohl verstehen. Das schließt aber nicht ein, daß nunmehr die Reichsbahn das Recht hat, von uns zu verlangen, wir sollen vor dem Betreten der Eisenbahnwagen den Dreck der Börde landstraßen messen. Wenn sich in verkehrstechnischer Hinsicht etwas Besseres, Günstigeres bietet, machen wir von diesem ohne weiteres Gebrauch. Die Reichsbahnverwaltung hätte nur etwas weitsichtiger sein und sich vorher diesen Verkehr sichern sollen. Aber da hapert es eben immer. Nur etwas weniger Bureaukratie, meine Herren! Das letzte Wort in dieser Angelegenheit wird hoffentlich noch nicht gesprochen sein. —

Eggersdorf

Im Vortragsabend der Partei spricht am Sonnabend abend 8 Uhr Reichstagsabgeordnete Arning (Magdeburg) über „Die Frau und der Sozialismus". Pflicht aller Parteigenossen und Reichsbannerkameraden ist es, zu erscheinen und Frauen und erwachsene Töchter sowie Gäste mitzubringen. Freier Eintritt. —

Eickendorf

Die **Arbeiterjugend** ringt in unserm Orte schwer mit den bürgerlichen Vereinen, hauptsächlich mit dem Lieschenverein des Pastors. Zu diesen Gegnern soll noch ein neuer hinzukommen. Der Pastor will einen Jünglingsverein gründen und wird aller Voraussicht nach die Konfirmanden an sich locken wollen. Es gilt, den Streich zu vereiteln. Alle Eltern werden deshalb aufgefordert, ihre Kinder zur Sozialistischen Arbeiterjugend zu schicken; insbesondere den vorjährigen und diesjährigen Schulentlassenen ist der Besuch der Veranstaltungen der Arbeiterjugend zu empfehlen. Bei frohem Tanz und Spiel vergessen die Jugendlichen auf ein paar Stunden des Alltags Last und Sorge; bei ernster Bildungsarbeit schulen sie sich weiter, damit sie später im Kampf um Freiheit und Menschenwürde ihren Mann stehen. Um allen denen, die noch keinen Einblick in das Treiben einer Jugendgruppe getan haben, Gelegenheit zu bieten, veranstaltet die Arbeiterjugend morgen (Sonnabend) abend 8 Uhr bei Kunze (großer Saal) einen Werbeabend. Die Schönebecker Gruppe wird den Abend mit einem vorzüglichen Programm ausfüllen, so daß ein jeder auf seine Rechnung kommt. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Konfirmanden haben freien Eintritt. —

Frauenabend heute (Freitag) abend. Alle Genossinnen müssen erscheinen. —

Der Arbeiter-Turnverein hält von jetzt ab seine Uebungsstunden für die Kindergruppe Dienstag nachmittag von 2 bis 4 Uhr ab. —

Förderstedt

Ortsausschuß-Sitzung. Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Einladungsschreiben von der Konsum- und Spargenossenschaft Calbe a. d. S. zur Besichtigung der Einrichtungen der Groß-Dampfbäckerei, Fleischerei und Lagerräume am 6. März eingegangen ist. Hierzu wird der Kollege K. Lüdtke entsandt. Den Kartellbericht von Staßfurt erstattet der Kollege Gruse. Vor der Wahl gibt der Vorsitzende einen kurzen Tätigkeitsbericht vom verflossenen Jahre. Stattgefunden haben sieben Sitzungen. Diese waren besucht von 67 Delegierten. Der Vorsitzende stellt fest, daß es nur ein mäßiger Besuch war, ausgenommen die Delegation vom Fabrikarbeiterverband. Veranstaltungen haben stattgefunden: Maifeier, Demonstration gegen den Fürstenraub und Beteiligung an der Verfassungsfeier. Weiter sind vom Vorsitzenden 43 Steuerreklamationen mit Erfolg durchgeführt und in vielen Fällen ist Auskunft erteilt worden. Die Neuwahl ergibt: Gruse, erster Vorsitzender; Funke, Kassierer; Wiswoh, Schriftführer; Golling und K. Lüdtke, Revisoren. Ein Antrag der Erwerbslosen fordert von der Gemeinde für langfristige hilfsbedürftige Erwerbslose: 1. für Schulanfänger eine Beihilfe von 30 Mk., für Schulentlassene eine solche von 60 Mark; 2. monatlich 5 Zentner Kohlen; 3. Milchversorgung für Säuglinge bis zum 4. Jahre; 4 einen Mietzuschuß; 5. Beschaffung von Notstandsarbeiten. Der Antrag wird nach längerer Debatte der S.-P.-D.-Fraktion des Gemeindeparlaments überwiesen. Die diesjährige Maifeier wird vom Ortsausschuß veranstaltet. Um Aufklärung über Steuerrückzahlung zu schaffen, soll in nächster Zeit eine Versammlung stattfinden. Des weitern macht der Vorsitzende auf die Verfügung des Reichsarbeitsministers gegen das Ueberstundenunwesen aufmerksam. Er fordert alle Kollegen auf, tatkräftig mitzuhelfen, um das Uebel zu beseitigen. —

Löderburg

Kindergruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Staßfurter Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Saale der Gemeindeschenke ein Kindertheater und einen Spielnachmittag für die Löderburger Arbeiterkinder. Arbeiterjugend und Kindergruppe müssen erscheinen. Eltern, schickt eure Kinder zu dieser Veranstaltung; es wird ihnen ein froher Nachmittag bereitet werden. —

Bad Salzelmen

Reichsbannerveranstaltung. Aus Anlaß des 5jährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet der Salzelmener Ortsverein am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Brauhof" einen Kameradschaftsabend mit Wurstessen. Gesinnungsfreunde, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Anmeldungen zur Teilnahme nehmen alle Gruppenführer und Heinrich Zenker entgegen. —

Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet als Nachfeier gleichfalls am Dienstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, in Solles Gesellschaftshaus ein Wurstessen. Freunde und Gönner des Vereins sind gern gesehene Gäste. Anmeldungen zur Teilnahme nehmen Frau Kurdt und Frau Krieg sowie Otto Arndt entgegen. —

Mitgliederversammlung der Partei am Mittwoch den 23. Februar, abends 8 Uhr, in Solles Gesellschaftshaus. —

Schönebeck

Die Delegierten zur Kreiskonferenz nach Calbe fahren am Sonntag den 20. Februar, vormittags 8.17 Uhr ab. Die Parteibücher müsse mitgenommen werden. —

Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet am 19. März bei Wilhelm Fritze einen Unterhaltungsabend. Wir möchten schon jetzt darauf hinweisen, damit die Vereine und Vorstände diesen 19. März von Sitzungen und andern Veranstaltungen frei halten. —

Die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen begeht am heutigen Sonnabend in der „Tonhalle" ihr diesjähriges Vergnügen. —

Bestattung durch die Kollegen. Der seinerzeit von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion angefochtene Beschluß des Magistrats und der Friedhofskommission gegen das Bestatten Verstorbener durch Kollegen ist wieder aufgehoben. Am Sonnabend konnten zum erstenmal die Genossen von der Samariterkolonne ihren Vorsitzenden Karl Ebeling selbst bestattet. —

Die Pestalozzifeier im „Stadtpark" war überaus gut besucht. Auch den Abschluß für die Schulen bildete der Besuch des „Stadtparks", wo das Theaterstück „Pestalozzi in Stans" aufgeführt wurde. Rektor Teller eröffnete im Namen des Lehrervereins die Feier, deren Reinertrag für Arme und Waisen verwandt werden soll. Der Lehrergesangverein begrüßte die Teilnehmer durch zwei Lieder. Die technische Lehrerin Fräulein Kalkstein von der Pestalozzischule sprach einen wundervollen Prolog. Danach wurden von einem Lehrer-Streichquartett zwei Sachen von Beethoven vorgetragen. Regierungsrat Rupar (Magdeburg) hielt dann die Festansprache. Am heutigen Tage sind durch den preußischen Kultusminister 75 000 Mark zu einer Pestalozzi-Stiftung bereitgestellt worden, die dazu dienen sollen, Arme und Waisen auf höhere Lehranstalten unentgeltlich zu schicken. Nach der Ansprache, die einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden machte, wurde das Festspiel „Pestalozzi in Stans" in drei Aufzügen gegeben. Diese Veranstaltung wird manchem Teilnehmer noch lange in Erinnerung bleiben, denn durch diese Feier ist so recht gezeigt worden, wer Pestalozzi war. —

Pfandbruch. Vor Gericht steht der frühere Karussellbesitzer Friedrich Pösel aus Eickendorf mit seiner Ehefrau. Der Angeklagte ist schon wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Die Verhandlung gegen beide Angeklagte nahm mehrere Stunden in Anspruch. Pösel hat vier Kinder zu versorgen. Durch wirtschaftliche Not gezwungen, zog er mit einem Karussell durch die Lande. Anscheinend hatte er früher sehr gut Geld damit verdient. Denn er kam bald auf den Gedanken, anstatt mit einem Pferde mit einem Motor das Karussell zu treiben. Zu diesem Zwecke trat er an den Techniker Schöne heran. Der pries ihm auch bald einen Dynamo und einen Elektromotor mit vollständiger Einrichtung an. Davon begeistert, beschloß Pösel, das Angebotene zu kaufen. Schöne verlangte Barzahlung, und zwar 1500 Mark. Pösel wand sich hin und her. Schließlich einigten sie sich auf Abzahlung. Als Anzahlung gab der Angeklagte 500 Mark, den Erlös aus einem Ackerverkauf. Jetzt glaubte er natürlich, das große Los gewonnen zu haben. Aber die Sache hatte einen Haken. Nämlich der Motor versagte fast immer. Schöne zog nun hinter Pösel her, einesteils um sein Geld zu bekommen, anderenteils aber um die nötigen Reparaturen auszuführen. Wenn aber früher das Karussell mit dem Pferd als Antrieb noch Ueberschuß an Geld aufweisen konnte, so vertrieb das dauernde Defektsein des Motors die Fahrgäste. Kein Wunder also, wenn Pösel kein Geld zum Zahlen hatte. Natürlich mußte er vor dem Kaufe mit solchen Ungelegenheiten gerechnet haben. Die Folge der Zahlungsunfähigkeit des Angeklagten war ein Zivilprozeß, in dem Pösel zur Zahlung verurteilt wurde. Als diese nicht erfolgte, schritt man zur Pfändung. Pösel aber war schlau. Er verkaufte sein Hab und Gut einschließlich der Motoren an seine Ehefrau. Als der Gerichtsvollzieher zum zweitenmal kam, waren die gepfändeten Sachen verschwunden. Herr Pösel aber bezeichnete seine Frau als jetzige Inhaberin. Die Folge war wiederum eine Klage gegen die Frau. Diese jedoch verschrieb eiligst mit ihrem Mann alles dem 60jährigen Schwiegervater. Das ließ sich Schöne nicht gefallen. Er erstattete sofort Anzeige. Das Gericht zeigte sich milde. Weil der Angeklagte sich mehrere Jahre gut geführt hatte, kam seine Vorstrafe nicht mehr in Betracht. Man erkannte wegen Pfandbruchs auf eine Geldstrafe von 450 Mark, gegen die Ehefrau auf eine Geldstrafe von 150 Mark. 3 Monate Gefängnis hatte der Oberstaatsanwalt gegen den Mann beantragt.

Bevölkerungsbewegung. In der ersten Hälfte des Februar fanden 5 Eheschließungen statt. Geboren wurden 9 eheliche, 3 uneheliche Kinder, und zwar 6 Knaben und 6 Mädchen. Gestorben sind 18, zugezogen 80, fortgezogen 82 Personen, so daß sich die Bevölkerungszahl um 9 Personen vermindert hat. Die Einwohnerzahl betrug am 15. Februar 21 489. —

Stadtkreis Aschersleben

Olaf, Tragödie eines Sportlers, im Auftrage der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegeben, gelangt am Dienstag den 22. Februar im Bestehornhaus auf Veranlassung des städtischen Wohlfahrtsamts zur Aufführung. Mit großem Erfolg ist das Stück von einem aus ersten Berliner Künstlern zusammengesetzten Ensemble in den Großstädten gegeben worden. Durch die mannigfachen geldlichen Zuschüsse, die zu der Aufführung geleistet werden, ist es möglich, die Eintrittspreise äußerst gering zu halten. Zu der Abendvorstellung gibt es nur zwei Preise: 60 Pf. für die vordersten Plätze und 1. Ring, 30 Pf. für die übrigen Plätze. Die Ortskrankenkasse gibt für ihre Mitglieder Eintrittskarten zu noch weiter herabgesetzten Preisen ab. —

Lehrlingsstreitigkeiten unterliegen auch der Zuständigkeit des Gewerbegerichts. In seiner letzten Sitzung hatte sich das hiesige Gewerbegericht mit dem Falle der vorzeitigen und plötzlichen Entlassung eines Lehrlings aus seinem Lehrverhältnis zu beschäftigen. Zur Begründung gab der Arbeitgeber hauptsächlich an, daß der Lehrling in der Mitte des vergangenen Jahres den Verdacht der Unehrlichkeit erweckt habe und an einem Tage nach Weihnachten nicht zur Arbeit gekommen sei, und zwar auch nicht nach Aufforderung. Das Gericht verurteilte, da eine gütliche Verständigung nicht erreicht wurde, den Arbeitgeber zu der im Lehrvertrag vorgesehenen Entschädigung von 300 Mark. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß eine vorzeitige Entlassung nur aus den Gründen erfolgen kann, die in den §§ 123 und 127 b der Gewerbeordnung vorgesehen sind. Ganz besonders zu beachten ist dabei der letzte Absatz des § 123, wonach eine Entlassung nicht mehr zulässig ist, wenn die zugrunde liegenden Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind. Es kam also nur das erwähnte Fernbleiben von der Arbeit nach Weihnachten in Frage. In diesem Punkte behauptet der Kläger, er sei krank gewesen und habe sich, allerdings mit einem Tage Verspätung, entschuldigt. Das Gericht faßte diesen Vorgang deshalb milde auf, weil bei dem Arbeitgeber im letzten halben Jahre sehr häufig „ausgesetzt" werden mußte und dem Lehrling auch vor seinem Wegbleiben wegen Krankheit gesagt worden war, es müsse wieder ausgesetzt werden. —

Aus der Altmark

Der Mord bei Jarchau.

Vor dem altmärkischen Schwurgericht stand am Mittwoch und Donnerstag der Mord an dem Schmied Reinhold Ziemendorf aus Jarchau bei Stendal zur Verhandlung. Am 25. November (Totensonntag) des Jahres 1923 ist dieser in einer Schonung bei Jarchau erschossen worden. Die Mordtat wurde schnell bekannt und allerlei Gerüchte tauchten auf. So kam auch der Bruder des Ermordeten in den Verdacht der Täterschaft, da er mit ihm zusammen auf Jagd gegangen war. Dieses Gerücht bestätigte sich aber nicht, und alles blieb im Dunkel gehüllt. Erst als einer polnischen Verbrecherbande das Handwerk gelegt werden konnte und diese Gesellschaft eingekerkert war, kam einiges Licht auch in die Jarchauer Mordaffäre.

Die im Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schöffengericht und Schwurgericht haben uns bereits über das Treiben der Räuberbande in der Altmark und darüber hinaus unterrichtet. Auch der Mörder des Ziemendorf namens Rosiak war ein Genosse des Gesindels. Er ist im Jahre 1892 in Polen geboren und seit 1914 in Deutschland. Seit dieser Zeit war er als landwirtschaftlicher Arbeiter in Stegätz tätig. 1918 trieb es ihn auf die Wanderschaft. Erst später geriet er dann auf die Verbrecherlaufbahn. Auch viele Diebstähle hat er auf dem Gewissen. So mußte er sich heute außer wegen des Mordes auch noch wegen verschiedener Diebstähle verantworten. Als Dolmetscher fungiert wiederum der bekannte Justizoberinspektor Weißner (Magdeburg).

Seinen Namen hat der Angeklagte schon so oft gewechselt, daß es zweifelhaft ist, ob er wirklich Rosiak heißt. Die Anklage kam deshalb zustande, weil der dreimal zum Tode verurteilte „Duda" bei einer Vernehmung in Osterburg gesagt hatte, daß ihm Ignatz Kowalzeck erzählt habe, „Passant" — das ist der Spitzname des Rosiak — und „blinder Johann" hätten im Jahre 1923 bei Jarchau einen Jäger totgeschossen. Des weitern dient eine Feststellung des Sachverständigen Dr. Curtius zum Beweis, nach der der Getötete von zwei Seiten beschossen worden ist. Danach kämen „blinder Johann" und „Passant" wohl für die Tat in Frage.

Seit 1921 arbeitete der Angeklagte nicht mehr, sondern trieb sich planlos umher. Auf die Frage des Vorsitzenden Landgerichtsdirektors T r i e b e l, was er denn in dieser Zeit getan habe, antwortet der Angeklagte nicht. Man muß annehmen, daß er sich von Diebstählen, die er in Gemeinschaft mit andern Polen ausführte, ernährt hat. Unter andern Namen hat er schon 3 Monate, 4 Monate und 18 Monate Gefängnis abgesessen. Im Jahre 1923 kam er nach Mecklenburg, wo er mehrere Diebstähle ausführte. Von dort aus ging er in die Altmark. Auf dem Rittergut in Berkow schlachtete er 14 Gänse an Ort und Stelle. Einen weitern Diebstahl führte er mit Kumpanen im November 1923 auf dem Rittergut in Gethlingen aus, wo er in den Keller einbrach und Wurstbüchsen, Speck, Liköre, Wein u. a. mitgehen hieß. Den Eingang verschafften sich die Diebe dadurch, daß sie mittels einer Feldbahnschiene die Eisenstäbe vor dem Fenster wegbogen. In eine Wohnung im selben Gebäude brachen sie ebenfalls ein und stahlen eine Reihe Anzüge, Lederjacken usw. Ein Teil davon konnte in einer Scheune der Jarchauer Feldflur wiedergefunden werden. Trotzdem der Hund des Rittergutsbesitzers anschlug und dieser Zeuge alle Räume durchsuchte, konnte er von den Dieben nichts entdecken; erst am andern Morgen sah man die Bescherung. Auch hier war man vorsichtig zu Werke gegangen. Säcke wurden auf den Fußboden gelegt, damit nicht die Spur entdeckt werden konnte. Es sollen drei Mann gewesen sein, und zwar der Angeklagte, der blinde Johann und Ignaz. Sie gingen in die Scheune in der Nähe von Jarchau, die allein auf weiter Flur steht und als Obdachlosenasyl benutzt wird. Der Angeklagte gibt mehrere Diebstähle zu, der „blinde Johann" sei aber nicht dabei gewesen. Ihm könne deshalb auch der Mord nicht zur Last gelegt werden.

Am Totensonntag, also am Mordtag, so berichtet der Bruder des Ermordeten als Zeuge, ist er mit ihm auf die Jagd gegangen. Am Vormittag hatte die Einwohnerwehr eine Streife in den Tannen nach den Dieben vorgenommen, aber nichts entdecken können. Die Tannen in der Richtung nach Hassel zu wollten sie nun durchstreifen. Nach Verabredung ging der Bruder des Zeugen quer durch die Tannen, die an der einen Stelle zu einem Dickicht werden, während der Zeuge an der Peripherie entlang ging. Plötzlich hörte er nacheinander drei Schüsse fallen. Er ging auf die Stelle zu, wo die Schüsse gefallen waren, und fand seinen Bruder kniend und stöhnend vor. Der Getroffene sagte nur noch die Worte: „Komm, leg Deinen Arm um meine Schulter . . . Ich muß sterben!" Auf die Frage des Zeugen, wohin sie gelaufen, sagte er nur noch: „Da" und wies die Richtung. Von zwei Seiten, wie später bei der Obduktion der Leiche festgestellt wurde, ist geschossen worden. Vier Kugeln haben Hals, Brust und Unterleib getroffen. Der letzte Schuß hatte einen starken Blutverlust zur Folge und war die Todesursache.

Nachdem der Zeuge einen Wagen geholt hatte, war der Tod bereits eingetreten. Die Täter mußten sofort die Flucht ergriffen haben, auch war es neblig, so daß an Verfolgung nicht zu denken war. Ein Gutsförster S c h u l z sah am Morgen des Mordtags Feuer vor der Scheune, die den Räubern als Nachtquartier gedient hatte. Er ging darauflos und fand drei Polen vor. Unter ihnen war auch der Angeklagte. Gutsförster Schulz erkennt ihn genau wieder. Der Förster forderte die Polen auf, die Scheune zu verlassen. Das tat zunächst einer, und zwar der Angeklagte, der danach auf Schulz schoß. Schulz erwiderte das Feuer. „Passant" entkam jedoch und lief den Lindtorfer Tannen zu. Noch einmal drehte sich der Flüchtling um. Anscheinend hatte er eine Ladung Schrot bekommen, denn er wischte sich noch das Gesicht und verschwand dann. In seinem Körper hat man keine Schrotkörner aus dem Gewehr des Gutsförsters gefunden, wohl aber mehrere andre Körner.

Nach Ermordung Ziemendorfs wandten sich die drei nach Hämerten zu. Bei Anbruch der Dunkelheit kamen sie bei dem Bahnwärterhäuschen an und fragten dort, wann der nächste Zug nach Stendal geht und welches der nächste Weg nach Tangermünde sei. Sie waren ohne Gepäck, ohne alles. In dieser Stunde hatte auch schon der Oberlandjäger F a b i a n in Staffelde vom Ortsvorsteher Nachricht erhalten. Er nahm sofort die Verfolgung auf. Zunächst wollte er den Bahnhof Hämerten absuchen, dann die Elbebrücke besetzen. Beim Bahnübergang angelangt, sah er auf einmal beim Umdrehen zwei verdächtige Leute hinter dem Bahnwärterhäuschen vortreten. Er warf sein Rad weg und rief sie an. Sie flohen und erwiderten, als er nachschoß, heftig das Feuer. In der Dunkelheit entkamen sie.

Noch andre Zeugen melden sich, die den Angeklagten mehr oder weniger sicher wiedererkennen. Nach wie vor aber leugnet der Angeklagte. Man habe sich gegen ihn verschworen, die Leute möchten doch die Wahrheit sagen. Immer wieder läßt er durch den Dolmetscher erklären, er könne nichts auf die Fragen erwidern, er sei nicht dabei gewesen, die Wahrheit würde nicht gesprochen. Jedoch 32 Zeugen, darunter auch einige seiner eignen Genossen, wie D u d a, P e t r o w usw., belasten den Angeklagten. Damit schließt die Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt beantragt wegen Mordes, versuchten Totschlags und mehrerer Diebstähle die Todesstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt W i t t s t o c k, hält es für nicht erwiesen, daß der Angeklagte mit Ueberlegung den Mord ausgeführt habe.

Nach mehrmaliger Unterbrechung der Beratung und Eröffnung der Beweisaufnahme verkündet das Gericht gegen 6½ Uhr abends das folgende U r t e i l. Der Angeklagte wird wegen T o t s c h l a g s, schweren Diebstahls, einfachen Diebstahls und intellektueller Urkundenfälschung zu 15 J a h r e n Z u c h t h a u s und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. 2 Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt. Mildernde Umstände werden versagt. —

Die Schießerei auf der Landstraße.

Der Prozeß gegen die polnische Räuberbande vom Dezember vorigen Jahres ist noch in bester Erinnerung. Wir wissen noch, wie Räubereien, Plündereien, Mord und Totschlag an der Tagesordnung waren. Vor dem Schwurgericht ließ nun ein neuer Prozeß das verbrecherische Treiben wieder vor unsern Augen lebendig werden. Wegen versuchten Totschlags angeklagt, muß der polnische Arbeiter Michael Pasternak auf der Anklagebank Platz nehmen. Der Angeklagte wurde im Jahre 1901 in [illegible] in Galizien geboren, ist also 26 Jahre alt. Es ist nicht das erstemal, daß er vor dem Richter steht.

Im Jahre 1922 kam der Angeklagte nach Deutschland, nachdem er vom polnischen Heere desertiert war. Er durchstreifte Deutschland und fand Arbeit in einem Ort in Westfalen. In [illegible] traf er mit [illegible], „Stiefeljohann" genannt, zusammen. Außer(?) ihnen gehörten zu dieser Bande noch Pasternak und der „blinde Johann". Sie verließen die Arbeit, um Diebstähle auszuführen. So kamen sie im Juli 1925 in die Altmark. Wie der Angeklagte angibt, will er stets viel Angst gehabt haben, habe auch deshalb seinen Namen gewechselt und wollte sich auch von der schlechten Gesellschaft loslösen. Doch Pasternak habe ihm gedroht, sogar geschossen und ihn am Auge verletzt. Im August führten sie in der Altmark mehrere Diebstähle aus. Sie erbeutete fast ein ganzes Warenlager, Fahrräder, Ballen Stoffe, Eßwaren, Zigarren, Zigaretten und vieles andre. Die erbeuteten Sachen wollten sie zu Geld machen, doch das gelang ihnen nicht. Auch wurde ihnen der Boden diesseits der Elbe ziemlich heiß, und so setzten sie in der Nacht vom 20. zum 21. August, nachdem sie wieder einen Diebstahl verübt hatten, in einem Kahne über die Elbe nach Niedergörne über.

In der darauffolgenden Nacht brachen sie in R h i n o w ein, wo sie vier Fahrräder und andres erbeuteten. Der „blinde Johann" soll sich an dem Tag aus dem Staube gemacht und dem Angeklagten einen Revolver zugesteckt haben. Am 22. August kamen die übrigen drei dann nach Schönfeld, stiegen in einer Gastwirtschaft ab, tranken auch und machten den Eindruck besserer Leute. Sie trugen sämtlich neue Anzüge, hatten auch neue Räder. Erst als sie wieder das Dorf verließen, wurde ein Einwohner mißtrauisch und man nahm die Verfolgung auf, an der sich auch die Zeugen Strasinski, Ziem und Müller beteiligten. Die Polen schlugen die Richtung nach S c h a r l i b b e ein. Kurz vor Scharlibbe hatten die Verfolger die Flüchtenden eingeholt und ersuchten sie, abzusteigen. Die drei Polen meinten darauf, wenn sie was wollten, sollten sie mit nach Sandau kommen. Inzwischen war das ganze Dorf rebellisch geworden. Schmook und Dobberkau nahmen, mit ihren Jagdgewehren bewaffnet, jetzt noch die Verfolgung auf.

Als sie von den Polen, die inzwischen mit den ersten Verfolgern ein Gespräch angefangen hatten, gesehen wurden, warfen zwei von ihnen sofort die Räder weg und sprangen in ein nahes Gebüsch. Der Angeklagte jedoch blieb zunächst noch stehen, griff in die rechte Rocktasche, zog einen Revolver hervor und schoß auf den ihm zunächststehenden Schäfermeister Ziem. Ihm ging der Schuß unter dem Arme zwischen Arm und Brustkörper dicht vorbei. Darauf legten auch die Zeugen Schmook und Dobberkau an und aus dem Versteck heraus die Polen. Eine wilde Schießerei verwandelte die friedliche Landstraße in einen Kriegsschauplatz. Im Verlauf der Dinge flüchteten die Polen, auch der Angeklagte. Hinter ihm her war der Zeuge Strasinski, dem es schließlich auch gelang, den Angeklagten von hinten zu packen. Während der Flucht drehte dieser sich immer kurz um und schoß auf seinen Verfolger. Der aber packte nun mit harter Hand zu und riß ihn zu Boden. In diesem Moment fühlte er einen beißenden Schmerz an der Hand, die dann auch blutete. Er hatte einen Schuß durch die Hand bekommen, dessen Folgen er noch heute spürt.

Die Diebstähle gesteht der Angeklagte ein, doch will er verleitet worden sein. Zu der Anklage sagt er, er habe nicht mit Ueberlegung auf die Verfolger geschossen. Die Verhandlung ist insofern leicht, als der Angeklagte fast deutsch spricht. Er sagt übrigens auch aus, daß man ihn nach seiner Festnahme im Osterburger Gerichtsgefängnis b e i V e r n e h m u n g e n m i ß h a n d e l t habe. Dazu müssen die Zeugen Haase, Hoffmann, Oschatz und Lange vernommen werden, die aber das Gegenteil behaupten. Staatsanwaltschaftsrat L e d d e r b o g e beantragt eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus, während Rechtsanwalt W i t t s t o c k zu einer milderen Bestrafung kommt. Das Gericht verkündet nach längerer Beratung das Urteil. A c h t J a h r e Z u c h t h a u s sollen die Sühne sein, doch muß sich der Angeklagte wegen der Diebstähle noch einmal verantworten. —

Gardelegen

Werbeveranstaltung des Reichsbanners am Sonnabend den 19. Februar, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt". Das Programm ist so aufgestellt, daß jeder für sich etwas finden wird. Pflicht eines jeden Republikaners ist es, die Veranstaltung zu besuchen. Die Kameraden werden gebeten, Freunde und Bekannte mitzubringen. —

Durchgehendes Gespann. Am Donnerstag vormittag 11 Uhr scheuten in der Stendaler Straße bei dem Anblick einer größern landwirtschaftlichen Maschine die Pferde eines Kutschgespanns aus Kloster-Neuendorf, gingen durch und rasten mit dem Wagen die Burgstraße entlang. Zwischen Klingberg und Wächterstraße rissen sie zwei Straßenbäume um und kamen dadurch zum Stillstand. Von dem Wagen wurde dabei die Deichsel zerbrochen und eins der Pferde trug eine Beinverletzung davon. —

Salzwedel

Arbeiterjugend. Ostern naht; hinter vielen jungen Menschen schließen sich die Schulpforten. Jetzt gilt es, die Schulentlassenen für die Arbeiterjugend zu gewinnen, um den Nachwuchs der Partei zu sichern. Unsre erste Werbeveranstaltung findet am Donnerstag den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge, Schäferstiege, in Form eines Lichtbildervortrags über den Harz statt. Alle Jugendlichen, besonders die Konfirmanden, sind eingeladen. Die Parteigenossen wollen alle Jugendlichen auf diese Veranstaltung aufmerksam machen, um einen guten Besuch zu sichern. Auch die Parteigenossen sind zur Veranstaltung der Jugend willkommen. —

Eine Schaufensterscheibe wurde in der letzten Nacht in der Burgstraße eingeschlagen. Der Täter ist dabei beobachtet worden. Man will ihn aber nur der Polizei übergeben, wenn er sich nicht vorher mit dem Besitzer einigt. —

Wahrburg

Ein Opfer seines Berufs wurde der Oberschaffner L u k a s, Tornauer Straße wohnhaft. In der Nacht zum 17. Februar wurde er beim Rangieren in O s t e r b u r g überfahren und getötet. Er hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder. —

Stadtkreis Stendal

Die Frauengruppe der Partei hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab. Die Frauen vertiefen sich immer mehr in die Idee des Sozialismus. Der gute Besuch aller Veranstaltungen legt Zeugnis ab von der guten Entwicklung der Frauenbewegung. Gewerkschaftssekretär Genosse O t t e n hielt einen interessanten Vortrag über die vor allem für die Frauen und die Jugend so wichtige Angelegenheit „Schule und Kulturbewegung der Sozialdemokratie". Der Redner gab wertvolle Anregungen, in welchem Sinn unsre Kinder, unsre Jugend in Schule und Haus zu erziehen sind. Die Jugend muß so gefestigt und vorbereitet werden, daß sie die Arbeiterbewegung später vorwärtstreiben kann. Der Vortrag fand reichen Beifall. Genosse M ü l l e r wies auf den Fehler hin, daß viele Eltern gedankenlos die Kinder durch die Schule ziehen lassen. Er sprach sich besonders gegen den Einfluß der Kirche auf die Jugenderziehung aus und forderte auf, sich mit allem Eifer für die Errichtung von weltlichen Schulen einzusetzen. Die Volksschule muß immer mehr ausgebaut werden. In Stendal hat man Aufbauklassen an den Volksschulen errichtet trotz des Widerwillens des bürgerlichen reaktionären Stadtverordneten Dr. K a m i e t h, der Bedenken gegen eine solche Einrichtung hatte. Beschlossen wurde, die nächste Versammlung am Dienstag den 15. März im Lokal von Oeter abzuhalten. —

Freie Turner. Versammlung am Sonntag den 20. Februar, abends 8 Uhr, in Klinkaus Gartensaal. —

Die Arbeitsmarktlage hat sich in dieser Woche wieder v e r s c h l e c h t e r t. Die Erwerbslosenziffer ist etwas gestiegen. Wie weit die Entlassungen von 128 Personen im hiesigen Eisenbahnausbesserungswerk durchgeführt worden ist, ist nicht bekannt. Es heißt, daß die zur Entlassung kommenden Personen in der Bahnunterhaltung untergebracht werden. Von einer baldigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist noch nichts zu verspüren. Im Bezirk Stendal Stadt wurden gezählt 1334 (in der Vorwoche 1308) männliche und 369 (358) weibliche Erwerbslose, im Bezirk Stendal Land 397 (399) männliche und 40 (40) weibliche Erwerbslose. Die Gesamtziffer ist von 2105 in der Vorwoche auf 2140 in dieser Woche, also um 35 Personen, gestiegen. —

Bestohlen wurde in der Nacht zum Donnerstag das Dienstmädchen U., das bei einem hiesigen Schankwirt in Stellung ist. Ihr wurde von einem im Lokal anwesenden Mann eine Armbanduhr entwendet. Beschreibung des Täters: 165 Zentimeter groß, über 22 Jahre alt, dunkel, gepfefferten Mantel, schwarzen Hut. —

Kreis Quedlinburg

Unzulängliche Fürsorgesätze.

Eine K o n f e r e n z w e g e n E r h ö h u n g d e r R i c h t s ä t z e in der öffentlichen Fürsorge fand in H a l b e r s t a d t statt, und zwar auf Einladung des Landratsamts Wernigerode. Beteiligt waren die Bezirks-Fürsorgeverbände des O s t h a r z e s einschließlich O s c h e r s l e b e n. Es wurde im Hinblick auf die Mietsteigerungen eine Erhöhung der Unterstützungssätze vom 1. April an um etwa 10 v. H. beschlossen. Sie sollen betragen in der allgemeinen Fürsorge in Orten der Ortsklassen A bis C wöchentlich 5,50 Mark oder monatlich 24 Mark; in Orten der Ortsklassen D bis E wöchentlich 4,50 Mark oder monatlich 22 Mark.

Ein Antrag auf weitergehende Erhöhung wurde abgelehnt; namentlich führte N o b b e (Quedlinburg) aus, daß ein Grund zur Erhöhung nicht vorliegt. Zu diesen Sätzen kommen noch verschiedene Zuschläge. In der gehobenen Fürsorge (Sozialrentner, Kleinrentner und gleichstehende) sollen die Unterstützungen mindestens ein V i e r t e l mehr betragen. Nach den Beschlüssen der Konferenz soll hier der Richtsatz aber 32 Mark monatlich für alle Ortsklassen betragen. Beim Vorhandensein einer hilfsbedürftigen Ehefrau kommen noch 50 v. H., bei dem eines Kindes noch 25 v. H. Zuschlag hinzu. Dagegen sollen besondere Mietbeihilfen wegfallen oder eingerechnet werden. Die Vorzugsrenten auf Grund des Anleiheablösungsgesetzes sollen in der gesetzlich vorgesehenen Weise nicht angerechnet werden. Bei der Feststellung des Einkommens der Klein- und Sozialrentner sollen die etwa von diesem zu zählenden Hauszinssteuern n i c h t in Abzug gebracht werden. Sonst würde mittelbar bewirkt, daß die Bezirks-Fürsorgeverbände mit Fürsorgemitteln Steuern bezahlten, die an sich den in wirtschaftlich bedrängter Lage befindlichen Steuerpflichtigen erlassen werden müssen. Ein andre Reglung würde dem Grundsatz widersprechen, daß Steuern nur von zahlungsfähigen Steuerpflichtigen zu erheben sind, außerdem würden Fürsorgemittel für andre Zwecke ausgegeben.

Die Wochenfürsorge soll gewährt werden, wenn in den Orten der Ortsklassen A bis C in den 3 Monaten das Einkommen nicht mindestens 120 Mark durchschnittlich monatlich, im übrigen nicht mindestens 100 Mark gewesen ist. Die Anhörung der Organisation der Hilfsbedürftigen sei, so meinte die Konferenz, nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung noch nicht nötig. Es wurde auch mündlich auf dieser Konferenz zum Ausdruck gebracht, daß es nicht zu den Aufgaben des Landes-Fürsorgeverbandes gehöre, über die Festsetzung der Richtsätze Verhandlungen zu pflegen.

Diese Beschlüsse zeigen deutlich, wie sozial rückständig manche Fürsorgeverbände sind. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß eine Konferenz von Vertretern der Fürsorgeverbände zu beschließen wagt, eine Anhörung von Vertretern der Sozialhilfsbedürftigen sei nicht nötig, und daß sie sich dagegen wendet, daß der Landes-Fürsorgeverband die Bezirks-Fürsorgeverbände zu Verhandlungen über die Höhe der Richtsätze zusammenberuft. Man kann hier tatsächlich von einer S a b o t a g e der modernen Fürsorge durch die Bezirks-Fürsorgestellen des Ostharzes sprechen.

War schon das Ergebnis der kürzlich vom Landes-Fürsorgeverband für den Regierungsbezirk Magdeburg für Erhöhung der Richtsätze einberufenen Konferenz ein bescheidenes, so ist das Ergebnis der Ostharzkonferenz noch kläglicher. Es zeitigte noch g e r i n g e r e Sätze. Man stelle sich vor, daß n a c h der jetzigen Erhöhung ein erwachsener Mensch in einer großen Stadt mit wöchentlich 5,50 Mark seinen gesamten Unterhalt fristen soll! Gewisse Fürsorgevorstände wollen, daß die Sonderkonferenzen den Zweck haben sollen, die Fürsorge möglichst niedrig zu halten. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Dahlenwarsleben. Als Auftakt der Werbewoche findet am Sonnabend eine Mitgliederversammlung statt. Am Sonntag ist Hausagitation und Flugblattverbreitung; am Dienstag den 22. Februar Fackelumzug und als Abschluß der Werbewoche am Sonnabend den 26. Februar Ball im Lokal von Krause. Am Fackelumzug beteiligen sich alle Republikaner mit Frauen und Kindern. Fackeln sind beim Kameraden F. Flügge zu haben. —

Kreis Jerichow 1. Die Ortsvereinsvorstände werden daran erinnert, daß am 6. März in B u r g die Kreiskonferenz stattfindet. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Reimelt jun., Kreisleiter. —

Ostermeddingen. Mitgliederversammlung am 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen". Wichtige Beschlüsse sind zu fassen. —

Salzwedel. Am Dienstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, Werbeversammlung bei Werner in der „Union". Antreten sämtlicher Mitglieder zum Ummarsch 6½ Uhr Paradeplatz. Abmarsch 7 Uhr. Redner: Polizeiberufsschullehrer Kamerad B u c h h o l z (Magdeburg). —

Bad Salzelmen. Kameraden, die zu dem großen Aufmarsch auf dem Domplatz am Sonntag nach Magdeburg fahren wollen, treffen sich Sonntag vormittag 9 Uhr vor dem „Brauhof". Die Abfahrt erfolgt pünktlich. —

Kreis Wanzleben.

Werbewoche.

In der vom 19. bis 27. Februar stattfindenden Werbewoche ist seitens der Ortsgruppenführer für größte Aktivität zu sorgen. Jeder Kamerad muß sich in den Dienst der Werbung und Agitation stellen. Jedes Haus muß mit unsern Farben die ganze Woche geflaggt und geschmückt werden. Hierauf muß besonderer Wert gelegt werden. Die Spielleute müssen ebenfalls durch rege Tätigkeit zur Agitation beitragen. D i e K r e i s l e i t u n g.

Althaldensleben. Monatsversammlung am 19. Februar, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Peters. —

Klavehn & Fabrizius
Destillation
und Essigfabrik
Neuhaldensleben
Telephon 224 Telephon 224
Wedringer Straße 31

Sie legen selbstverständlich
Wert auf gute Drucksachen
darum wenden Sie sich im Bedarfsfalle an die Buchdruckerei
W. PFANNKUCH & CO.
Fernsprecher 6264—67
Große Münzstraße 3, 2 Treppen

Fachmännische Ausbildung von
Kraftwagenführern
in der staatl. konz. Privat-
Auto-Schule BUSCH
Prälatenstraße 32 — Fernruf 1122.
Prospekte frei. Erleichterte Zahlungsbed. Eintritt täglich

Radio-Selbstbau
Radio-Apparate
Wendler & Schulze, Magdeburg
Kölner Straße
Preislisten und Montagezeichnungen gratis und franko.

Fisch-Marinaden
der Firma
Emil Hedicke
sind anerkannt
die besten ::

Aus der Wirtschaft

Die wahren Herren der Konzerne

Lassen wir die nackten Tatsachen der Denkschrift des Statistischen Reichsamts über die „Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926" sprechen. Sie ist eben vom Reichswirtschaftsminister dem Reichstag überreicht worden.

Am 31. Oktober 1926 hatten 12 392 Aktiengesellschaften ein Nominalkapital von 20,4 Milliarden Mark. Davon waren 1967 Aktiengesellschaften mit 13,2 Milliarden konzernmäßig oder durch Interessengemeinschaften zusammengefaßt!

Mit andern Worten: 65,1 Prozent aller deutschen Aktienkapitalien sind in den Händen von Konzernen und Interessengemeinschaften.

Im einzelnen ergeben sich für die wichtigsten Gewerbezweige die folgenden Prozentsätze der Konzernherrschaft über das vorhandene Aktienkapital:

Kalibergbau	98,3
Mit Bergbau verbundene Unternehmungen	97,0
Farbenindustrie	96,3
Braunkohlengewinnung	94,5
Steinkohlengewinnung	90,1
Elektrotechnische Industrie	86,9
Großeisenindustrie	85,0
Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Werke	83,3
Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	81,6
Seeschiffahrt	80,9

Diese Ziffern sind aber nur eine halbe Wahrheit. Sie sagen über die organisatorische Konzentration der deutschen Aktiengesellschaften aus, schweigen aber über die tatsächliche Herrschaftsbildung in den Konzernen und Interessengemeinschaften! Dieser Mangel sei hier etwas ausgeglichen.

Bei den Anteilen an einer Aktiengesellschaft, den Aktien, ist zwischen Besitztitel und tatsächlicher Herrschaftsausübung zu unterscheiden. Viele Geldleute kaufen Aktien, nicht um mit Hilfe des so gewonnenen Mitbestimmungsrechts über den Betrieb mit zu herrschen, sie hoffen auf eine Rente für das angelegte Kapital, sie erwarten Verzinsung, Dividende, und sie rechnen auf Kurssteigerung, also auf Spekulationsgewinn.

Geherrscht wird über eine Aktiengesellschaft von den Aktionären, die in der Generalversammlung erscheinen und ihre Stimme abgeben. Früher hatte jede Aktie über 1000 Mark eine Stimme. Heute haben wir aber in der Mehrzahl aller deutschen Aktiengesellschaften auch sogenannte Vorzugsaktien mit Vielstimmenrecht. Es gibt Vorzugsaktien über 100, ja über 10 oder gar nur 5 Mark mit 10, 100, ja 1000 Stimmen! Bei den deutschen Aktiengesellschaften haben die Vorzugsaktien, die nach der jüngsten Erhebung nur 2,3 Prozent des gesamten Kapitals ausmachen, insgesamt 36,9 Prozent aller Stimmen!

Das heißt mit andern Worten, daß bei den konzernmäßig gebundenen 65,1 Prozent des gesamten Aktienkapitals aller deutschen Aktiengesellschaften nicht alle die herrschen, die jene 13,2 Milliarden Mark Aktien besitzen, sondern diejenigen, die die Vielstimmenaktien in ihren Händen haben.

Soweit durch die Vorzugsaktien nicht frei geherrscht werden kann, da dem Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs entgegenstehen, gibt es noch eine andre viel benutzte Möglichkeit, mit den Aktien andrer zu herrschen, ohne daß man sie bezahlt hat oder besitzt.

Die Banken üben regelmäßig in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften auch mit jenen Aktien Herrschaft aus, die ihre Kunden bei ihnen im Depot liegen haben, ohne zur Generalversammlung zu kommen. Die Banken „verborgen" diese ihnen nicht gehörenden Aktienpakete zur Herrschaftsausübung auch an die Verwaltungen, an die Leitungen der Aktiengesellschaften, die so in die Lage gesetzt werden, das durchzusetzen, was sie für richtig halten. Das nennt man die Demokratie der Aktie!

Aus solchen und noch manchen andern Gründen herrschen heute vielleicht 300 Männer mit einigen 100 Millionen Mark über alle Konzerne und Interessengemeinschaften, ja über die gesamten 20,4 Milliarden deutschen Aktienkapitals.

An der Industrierente kann jeder teilnehmen, der genügend Geld hat, um sich Aktien zu kaufen. An der Industrieherrschaft nehmen ständig weniger Menschen teil.

Dieser Industrieautokratie muß die Betriebsdemokratie entgegengesetzt werden. Vom einfachen Betriebsrat bis zum Kontrollamt für Kartelle und preisbeeinflussende Konzerne, vom Achtstundentag bis zur Arbeitslosenversicherung ist ein geschlossener Damm der gemeinwirtschaftlichen Interessen gegen das privategoistische Geschäft aufzurichten. Diese Arbeit ist ein Kampf, der dem Volk aufgezwungen wird.

Kurt Heinig.

Die Wirtschaftslage

Die arbeitstägliche Kohlenförderung ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Ruhrrevier zurückgegangen; dagegen ist die Koksgewinnung gestiegen. In Oberschlesien hat sich der Kohlengesamtabsatz verringert, während die Kohlenförderung selbst zugenommen hat.

Im Steinkohlenbergbau ist ebenso wie im Braunkohlenbergbau und Kupferbergbau eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage festzustellen. Das dürfte auch für die Walzwerks- und die Gummiindustrie sowie für die chemische Industrie gelten. Die Besserungen sind so stark, daß sie die Verschlechterungen ausgleichen, die infolge des Frostwetters in den Saisonberufen festzustellen sind.

Uneinheitlich ist die Lage in der Papierindustrie, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie in der Industrie der Steine und Erden. —

Balfour vor deutschen Wirtschaftlern

Die am Donnerstag im Reichswirtschaftsrat stattgefundene Eröffnungstagung der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer sah einen Vortrag Sir Arthur Balfours über die wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Saisonberufen festzustellen sind.

Balfour entledigte sich seiner Aufgabe in deutscher Sprache, indem er die Bevölkerungsfrage als Schlüssel des ganzen britischen Problems herausschnitt. Der Lebensstandard stehe in Anpassung nach gestiegen, ihm entspreche die Produktion nicht mehr.

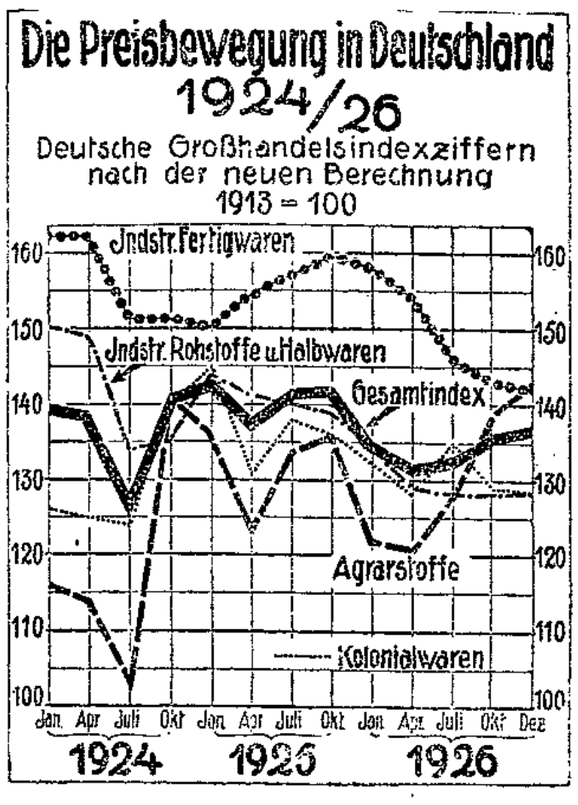
Hinsichtlich der nationalen und internationalen Vereinbarungen zur Rationalisierung der Produktion sei man in England der Meinung, es dürfe niemals so weit kommen, daß diese Abmachungen eine Bedrohung des Verbrauchers bedeuten oder Beihilfe zur Sozialisierung leisten. Er selbst hält die Verhältnisse für einen großen industriellen Wiederaufschwung für völlig reif.

In seinen Ausführungen kam Balfour auch auf den Achtstundentag, den man in England als normal betrachtet, und auf das Washingtoner Abkommen zu sprechen. Wenn England, so bemerkte der englische Handelsminister, das Abkommen trotzdem nicht ratifiziert, so liegt das daran, daß einige andre Staaten, die das Abkommen ratifiziert haben, dann zu lokalen Maßnahmen und Ausnahmebestimmungen geschritten sind. Die Folge davon war, daß die Washingtoner Beschlüsse nur auf dem Papier stehen.

Hinsichtlich der englischen Gewerkschaften betonte Balfour, daß ihnen der Staat die sozialen Aufgaben, mit Ausnahme des Begräbniswesens, genommen hat, die Gewerkschaften haben sich deshalb vollständig auf die Frage der Arbeitszeit und des Lohnes und auf die politischen Fragen eingestellt.

Balfour machte hier den Fehler, die Entwicklung in der englischen Industrie als Folge dieser Einstellung der Gewerkschaften zu bezeichnen, während sie doch nur der Ausdruck der Nichtrationalisierung in England, der Rückständigkeit der englischen Produktionsmaschine ist.

Im übrigen verwies Balfour, wie das ja auch deutsche Unternehmer tun, auf die Intensität des amerikanischen Arbeiters. Wie man aber die gemeinwirtschaftliche, die sozialistische Auffassung der europäischen Arbeiterschaft für die Produktionssteigerung auswerten kann, was eben nur durch wirkliche Wirtschaftsdemokratie möglich ist, darüber schwieg sich, ganz wie unsre Wirtschaftsführer, auch Herr Balfour aus. —



Die Preisbewegung in Deutschland.

Die neue Errechnungsweise der amtlichen Großhandelsindexziffer gewährt einen Einblick in die verschiedenartige Preisbewegung der einzelnen Warengruppen. Die industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate, sowie die industriellen Fertigwaren zeigten in den letzten Jahren eine sinkende Preistendenz, die auch im Herbst 1926 trotz der gesteigerten Konjunktur anhielt. Die Agrarstoffe, die seit der Ernte im Jahre 1925 bis zum Frühjahr 1926 einen starken Preisrückgang aufwiesen, stiegen dagegen von da an ununterbrochen an, nach Einbringung der neuen Ernte, infolge der 1926 durchgeführten Erntefinanzierungsmaßnahmen.

Der Güterverkehr der Reichsbahn. In der Woche zum 5. Februar ist noch kein Stillstand in der seit 4 Wochen steigenden Tendenz des Güterverkehrs der Reichsbahn eingetreten. Die arbeitstägliche Wagengestellung hat sich weiter im Durchschnitt von 132 200 auf 132 600 Wagen erhöht. —

Eine 75-Millionen-Anleihe Bayerns. Nachdem kürzlich die 500-Millionen-Anleihe des Reiches unter starker Mithilfe, besonders der Sparkassen, vom deutschen Kapitalmarkt aufgenommen worden ist, tritt jetzt auch Bayern mit einer verhältnismäßig sehr großen Anleihe an den Kapitalmarkt heran. Die Anleihe ist mit 6 Prozent verzinslich und soll zu einem Kurse von 97¾ Prozent begeben werden. Der Freistaat Bayern sucht der schwierigen Finanzlage der Länder und Gemeinden, die durch die einseitige Bevorzugung der Privatwirtschaft durch die Reichsfinanzpolitik im letzten Jahre noch verschärft worden ist, durch diese Anleihe abzuhelfen. Interessant ist, daß Bayern seine Anleihe um 1 Prozent höher verzinst als das Reich; sicher mit ein Grund, weshalb mit der bayrischen Anleihe bis zur Unterbringung der Reichsanleihe gewartet worden ist. —

Ein vorbildliches Bilanzschema. In der „Sozialen Bauwirtschaft", dem Organ des Verbandes sozialer Baubetriebe, wird das Bilanzschema veröffentlicht, das für den gesamten Verband sozialer Baubetriebe Geltung haben soll. Das Bilanzschema ist ein Muster an Ausführlichkeit und Klarheit, wie es von keiner einzigen uns jemals bekanntgewordenen Bilanz einer Privatgesellschaft erreicht worden ist. Besonders die Aufwands- und Ertragsrechnung ist mit 30 Posten so umfangreich und so genau spezialisiert, daß absolute Klarheit über die Geschäftsgebarung die notwendige Folge sein muß. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß der Verband sozialer Baubetriebe auch auf diesem Gebiet ein Beispiel gibt, was zur Durchleuchtung der Wirtschaftsverhältnisse von Unternehmungen beitragen könnte, vom Privatkapital aber heute eher noch stärker als früher vernachlässigt wird. —

Hohe Vierdividende. Die Düsseldorfer Schwabenbräu-A.-G., die dem Thyssen-Konzern nahesteht, verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 16 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent). —

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in Leipzig

Die Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zum Kampf in der Metallindustrie. Der Bevollmächtigte der Metallarbeiter Brumme erwähnte in seinen Ausführungen, daß die Leipziger Metallarbeiter gewillt seien, diesen Kampf durchzuführen und daß sie sich bei diesem Willen insbesondere auch auf die Zustimmung des Bundesvorstandes des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes stützen könnten. Er forderte alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, in diesem Kampfe der Metallindustrie größte Solidarität zu üben.

Die Diskussion ergab einmütig, daß der den Leipziger Metallarbeitern aufgezwungene Kampf über die Grenzen eines Berufskampfes hinausgehe und einen Kampf der ganzen Arbeiterklasse darstelle. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde den kämpfenden Metallarbeitern die vollste Sympathie der Leipziger Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht und ihnen jede Unterstützung zugesichert.—

Wegen der Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedsspruches, die von den Unternehmern beantragt wurde, fanden am Donnerstag unter Vorsitz von Ministerialrat Doktor Mewes vom Reichsarbeitsministerium Besprechungen statt, die sich bis in die frühen Abendstunden hinzogen, ohne daß es zu einem Ergebnis kam. Wann die Verhandlungen fortgeführt werden, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat der Minister bisher keine Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung getroffen. —

Der abgelehnte Landarbeiter-Schiedsspruch

Der Schiedsspruch für die schlesischen Landarbeiter, der von dem forst- und landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband abgelehnt worden ist, sieht neben der Beseitigung des Zwanges zur Hofgängerstellung folgende Erhöhung der Barlöhne vor:

Für Deputanten von 8,5 auf 10 Pf. pro Stunde, für Landarbeiter in gehobener Stellung (Kuhfütterer, Schaffer und ähnliche Arbeiter) von 13,6 auf 15 Pf, Gutshandwerker von 14,4 auf 17 Pf. Die verheirateten Freiarbeiter sollen anstatt 34 Pf. 36 Pf. bekommen, Haussöhne und unverheiratete Freiarbeiter anstatt 29 Pf. 31 Pf. Der Lohn der Deputantenfrauen und Freiarbeiterinnen wurde von 14 auf 16 Pf. erhöht. Ebenso wurden die Löhne der Jugendlichen in Großbetrieben durchschnittlich um 1½ Pf. pro Stunde erhöht.

Auch für die bäuerlichen Betriebe wurden höhere Löhne vereinbart, die durch eine besondere Lohntafel noch näher auf die einzelnen Monate verteilt werden sollen.

Und diese mehr als bescheidenen Lohnerhöhungen glaubten die schlesischen Agrarier trotz der bestehenden Jammerlöhne ablehnen zu müssen. —

Unhaltbare Zustände

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Unhaltbare Zustände herrschen seit langer Zeit in der Gas-Kraftzentrale des Bochumer Vereins. Die Hochofenproduktion hat sich hier in den letzten Monaten in ganz erheblichem Maße gesteigert. Der Maschinenpark der Gas-Kraftzentrale vermag jedoch den erhöhten Anforderungen nicht zu genügen, während die infolge der Maschinenmängel auftretenden Gase eine ungeheure Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter darstellen. Schon in den letzten Jahren mußte die Gewerbeaufsicht verschiedentlich zum Eingreifen veranlaßt werden, ohne daß jedoch ihr Einschreiten zu einer durchgreifenden Aendrung und Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in diesem Betriebe geführt hätte.

Welches ungeheure Ausmaß die Vergiftungen in der Gas-Kraftzentrale und ihren Nebenbetrieben angenommen haben, beweisen die Zahlen der letzten Monate: im November 186, im Dezember 246, im Januar 204 und im Februar in der Zeit vom 1. bis einschließlich 10. Februar 110. Es sind dabei nur die Fälle gezählt worden, in denen die Belegschaftsmitglieder die Arbeit vorübergehend einstellen mußten. Leichtere Fälle, in denen nicht ausdrücklich Sauerstoff an die Kranken herangebracht wurde, sind gar nicht mitgezählt. In zahlreichen Fällen mußten die Arbeiter sich in ärztliche Behandlung begeben und wurden zum Teil ins Krankenhaus eingeliefert. In mehreren Fällen war mehrwöchige Krankheitsdauer zu verzeichnen.

In der vergangenen Woche hat auf Veranlassung des Betriebsrates eine Besichtigung der Anlage durch die Gewerbeaufsicht stattgefunden. Ihr Ergebnis war für den Bochumer Verein geradezu niederschmetternd. Es muß jedenfalls das Verlangen ausgesprochen werden, daß es angesichts dieser skandalösen Vorfälle nicht nur bei einem Austausch von schriftlichen Berichten bleibt, sondern auch dafür Sorge getragen wird, daß in der Gas-Kraftzentrale des Bochumer Vereins andre Zustände eintreten. —

Zwei Niederlagen

Dieser Tage fand im Gemeindearbeiterverband die Neuwahl der Stuttgarter Ortsverwaltung statt. Bei der Wahl des 1. Vorsitzenden erhielt der sozialdemokratische Gemeinderat Engenhardt 351 Stimmen, während sein kommunistischer Gegenkandidat es nur auf 182 Stimmen brachte. Auch die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurden sämtlich aus der Amsterdamer Richtung gewählt und erhielten 344 bis herunter zu 289 Stimmen, während die Kommunisten als höchste Stimmenzahl 230 bis herunter zu 174 Stimmen erhielten. —

Bei der Neuwahl der Hamburger Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung wurde mit 796 gegen 351 Stimmen der Kommunisten gewählt. —

Vor einem Berliner Brauereiarbeiterstreik? Die Funktionäre der Berliner Brauereiarbeiter beschlossen am Mittwoch, in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streik durchzuführen, da sie der Ueberzeugung sind, daß die Brauereien sehr wohl die gestellte Forderung auf 4 Mark Lohnerhöhung pro Woche bewilligen können. Die Urabstimmung wird am Sonnabend und Montag durchgeführt werden. Zu dem Ergebnis werden die Funktionäre in einer neuen Versammlung am Dienstag Stellung nehmen, in der auch alle weitern Beschlüsse gefaßt werden. —

Gesetzespläne des Arbeitsministeriums. Wie aus der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums hervorgeht, sind im Ministerium u. a. noch in Vorbereitung: ein Gesetzentwurf über Unfallfürsorge für Gefangene, ein Gesetzentwurf über Krankenversicherung der Seeleute, ein Entwurf eines Arbeitsvertraggesetzes, ein Entwurf über Arbeitstarifverträge und Betriebsvereinbarungen, der Entwurf einer Neufassung der Seemannsordnung sowie der Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. —

Gewerkschaftsatlas. Im Verlag der Verkehrswissenschaftlichen Lehrmittelgesellschaft bei der deutschen Reichsbahn ist zum Preise von 2,50 Mark eine von Joseph Popper verfaßte Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und Organisationen nach dem neusten Stande von 1926 erschienen, das ein recht wertvolles Nachschlagebuch darstellt.

Einheitliche Betriebsratswahlen. Zum Zwecke der Vereinheitlichung, insbesondere zum Zweck einer besondern Durchführung der Gesetze über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sind die Spitzenorganisationen der christlichen und der freien Gewerkschaften im Bezirk Rheinland und Westfalen übereingekommen, dahin zu streben, daß die Betriebsrätewahlen einheitlich in allen Betrieben an denselben Tagen vorgenommen werden. Hierbei soll das Beispiel befolgt werden, das die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets schon seit Jahren gegeben und das sich zum Nutzen der Arbeiterschaft sehr bewährt hat. Als Termin für die Vornahme der Wahlen ist die Zeit vom 28. bis 31. März 1927 beschlossen worden. —

Protestdemonstration in Dänisch-Nordschleswig. Eine Protestdemonstration veranstalteten dieser Tage in Tinglef die Arbeiter Dänisch-Nordschleswigs. Zurzeit sind 65 Prozent der Arbeiter Nordschleswigs ohne Arbeit. Die Arbeiterschaft fordert, daß von den Mitteln der Landwehr ein Betrag zur Arbeitsbeschaffung und Linderung der Not zur Verfügung gestellt wird. —

Für die Partei

drucken wir Quittungsbücher, Versammlungsanzeigen, Flugblätter, Maueranschläge usw.
Buchdruckerei W. Pfannkuch & Co., Magdeburg.

Zweite Arbeiter-Olympiade in Prag

Der tschechoslowakische Arbeiterturnverband errichtet für sein diesjähriges Sport- und Turnfest, die zweite tschechoslowakische Arbeiter-Olympiade, die in den Tagen vom 2. bis 6. Juli in Prag stattfinden wird, ein eigenes Stadion. Dieses wird eine Gesamtfläche von 327 000 Quadratmeter einnehmen. Der Turnplatz allein mißt 30 000 Quadratmeter und faßt 10 000 Turner. Die leichtathletische Bahn, die den Turnplatz umsäumt, ist 700 Meter lang. Tribünen und Rundgänge umfassen zusammen 100 000 Zuschauer. Das Nebengelände dient für Spielplätze für Fußball, Volleyball, Wurfball, für die Zeltlager der Pfadfinder und die Brandstätten der Lagerfeuer. Der ganze Bau wird aus Holz ausgeführt und kostet 1,5 Millionen Tschechenkronen. Das Stadion bildet nicht nur durch seine Dimensionen und seine architektonische Gliederung, sondern auch vor allem dadurch, daß es durch die Opferwilligkeit Tausender Arbeiterhände errichtet wird, schon an und für sich ein großes Werk der Arbeiter-Olympiade. zk.

Bezirkstag der Arbeiter-Turner des 4. Bezirks.

Am Sonntag fand in Leopoldshall der Bezirkstag der Turner statt. Als Einleitung wurde das Gesangstück „Mit uns zieht die neue Zeit" von den Freien Sängern Leopoldshall geboten. Der Vorsitzende, Genosse Hoppe, begrüßte im Namen des Bezirksvorstandes die Bundesgenossen. 49 Genossen waren anwesend. Gewerkschaftlich organisiert waren 45, politisch 36. Der Landeskirche gehören 28 Genossen nicht mehr an. In dem Vorstandsbericht bemängelte Genosse Hoppe das unpünktliche Einsenden der Fragebogen. Drei Vereine haben keine Meldungen abgegeben. Die Mitgliederbewegung ist stabil geblieben.

Der Bezirk zählt jetzt 34 Vereine mit zirka 600 Kindern und 1900 Mitgliedern über 14 Jahre. Der Bundespresse muß mehr Beachtung gewidmet werden. Innerhalb des Bezirks ist ein Verein, der keine Bundespresse hält. Die Unfallstatistik weist für die Turner 27 Unfälle nach. Die Unfälle der Fußballer zeigt das Vierfache der Kosten im Verhältnis zu den von ihnen geleisteten Bundesbeiträgen. An Unfallgeldern sind gezahlt 489,50 Mark. Im kommenden Jahre sollen in den Gruppen Lehrgänge geschäftlicher Art abgehalten werden. In der Leitung der Turnspieler ist im laufenden Jahr eine Aendrung vorgenommen worden. Genosse Merkewitz wurde vom Bezirksvorstand als Bezirksleiter eingesetzt. Den Kassenbericht gab Genosse Dietrich. Die Einnahmen betrugen 1259,98 Mark, die Ausgaben 1155,34 Mark, der Bestand 104,64 Mark. An der Aussprache über den geschäftlichen Bericht beteiligten sich die Bundesgenossen Montag, Fromme, Jahns, Fleischer und Kinne.

Den Bericht des Männerturnwarts gab Genosse Henneberg (Aschersleben). Die abgehaltenen Vorturnerstunden sind von 108 Bundesgenossen besucht worden. Die Bezirksharzfahrt war trotz des schlechten Wetters zufriedenstellend. Genosse Henneberg erläuterte dann die Veranstaltungen in den ländlichen Vereinen und deren falsche Aufmachung. Eine Zusammenfassung dieser Veranstaltungen muß angestrebt werden. Ueber den Sportbetrieb innerhalb des Bezirks berichtete Genosse Trenkel. Nähere Erläuterungen brachte er über den Lehrgang, der in Staßfurt abgehalten worden ist. Den Bericht des Frauenturnwarts gab Genosse Osse (Aschersleben). Die abgehaltenen Vorturnerstunden waren von 107 Teilnehmerinnen besucht worden. Innerhalb des Bezirks bestehen zwölf Turnerinnen-Abteilungen. An dem Bezirkskinderfest in Leopoldshall haben sich 312 Kinder beteiligt. Die vom Bezirkskinderturnwart abgehaltenen Vorturnerstunden waren von 120 Teilnehmern besucht. Ueber den Stand der Turnspielbewegung berichtete Genosse Merkewitz. Zehn Vereine innerhalb des Bezirks haben Handball-Mannschaften. Dem Antrag des Turnvereins Frei Heil Calbe, wegen seines 50jährigen Bestehens das Bezirksfest dort abzuhalten, wurde zugestimmt. Die Bezirks- und Kreisbeiträge werden wie im Vorjahr beschlossen.

Den Vorstand bilden Hoppe (Aschersleben) Vorsitzender; Dietrich (Staßfurt) Kassierer; Thomas (Unseburg) Schriftführer; Knopf (Aschersleben) Männerturnwart; Osse (Aschersleben) Frauenturnwart; Villert (Aschersleben) Kinderturnwart; Merkewitz (Leopoldshall) Turnspielleiter; Trenkel (Leopoldshall) Sportwart; Obmann der Kampfrichter Osse (Aschersleben), Jugendobmann Henneberg (Aschersleben). Von den Veranstaltungen, die im laufenden Jahre geplant sind, wurde Kenntnis genommen. Dem Antrag Hecklingen, den allgemeinen Bezirkstag im nächsten Jahre dort stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt und dem am 6. März in Aschersleben stattfindenden Bezirkstag zur Beschlußfassung überwiesen. Nach Erledigung kleinerer Anfragen und Absingen eines Turnerliedes wurde der Bezirkstag geschlossen. —

Schwerathletik.

Einigkeit Alte Neustadt in Hannover. Am Mittwoch veranstaltete der Sportverein Sparta Hannover-Linden einen Großkampftag im Boxen, zu dem der Sportverein Einigkeit Alte Neustadt für die Hauptkämpfe eingeladen worden war. Die Magdeburger befanden sich nicht in ihrer sonstigen guten Form, ernteten aber trotzdem reichen Beifall. Im Federgewicht kämpften Holzendorf II (Einigkeit), 116 Pfund, gegen den schlagstarken Königer (Sparta), 120 Pfund. Holzendorf war seinem Gegner nicht gewachsen und wurde von diesem in der 2. Runde durch einen rechten Haken k. o. geschlagen. Im Leichtgewicht kämpfte Holzendorf I (Einigkeit) gegen den ebenfalls hochwertigen Köhler (Sparta). Beide lieferten sich ein hartes Treffen, bei dem sich Holzendorf durch ein ungerechtes Urteil mit einem Unentschieden begnügen mußte. Im Weltergewicht kämpfte Fischer (Einigkeit) gegen Bernuth (Sparta). Letzterer war den Schlägen Fischers nicht gewachsen und mußte eine furchtbare Punktniederlage einstecken. Die Magdeburger erfreuten sich einer guten Aufnahme in Hannover. —

Radsport.

Bezirkskonferenz der Arbeiter-Radfahrer in Westeregeln. Am Sonntag den 27. März findet in Westeregeln im Lokal Deutsches Haus die Bezirksversammlung des 6. Bezirks des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität mit folgender Tagesordnung statt: Protokoll, Bericht des Bezirksleiters, Vortrag des Gauleiters Genosse Koch, Bericht des [illegible], Anträge der Vereine, Allgemeines. Die Vereine werden ersucht, zu der Bezirksversammlung Stellung zu nehmen. Anträge sind bis zum 7. März an den Genossen Lübbe einzureichen. Um die Einsendung der Bezirksbeiträge wird gebeten. Die Adressen der Motorradfahrer müssen umgehend der Bezirksleitung gemeldet werden. Die noch fehlenden Fragebogen über die Jugendbewegung sind umgehend an den Genossen Lübbe (Osterweddingen) einzusenden. —

Arbeiter-Radfahrerbund S..darität. Gau 11. Bezirk 6. Die am Sonntag in Egeln stattgefundene Konferenz beschäftigte sich auch mit der Jugendfrage. Der Bezirksjugendleiter, Genosse Lübbe, streifte den letzten Bundestag in Karlsruhe und wies auf die dort gefaßten Beschlüsse über Jugendfragen hin. Er besprach dann die Notwendigkeit, sich den Ortsausschüssen für Jugendpflege anzuschließen, wies auf die staatlichen Beihilfen und auf die Jugendversicherung hin und forderte auf, in allen Ortsgruppen zu arbeiten und Jugendliche zu werben. Anschließend gab er einige Mitteilungen über die Austragung der Bundesmeisterschaft Ostern in Hannover bekannt, wies ferner noch auf Einrichtung von Reisesparkassen sowie auf die Fahrpreisermäßigung für Jugendliche hin, und teilte ferner mit, daß am 27. März in Westeregeln der Bezirkstag stattfindet. Er ersuchte um rege Beteiligung, da die Veranstaltungen für das Sommerhalbjahr festgesetzt werden müssen. Der Bezirksleiter war durch Krankheit verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. —

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität Gau 11. Der Posten des Gaujugendleiters wurde dem Bundesgenossen Walter Lübbe, Osterweddingen Nr. 48 (Bezirk Magdeburg) übertragen. Die Bezirksleitungen werden ersucht, sich in Jugendangelegenheiten an den Genossen Lübbe zu wenden. —

Handball.

Bauender Verein	Gegner	Spielplatz	Schiedsrichter	Zeit
Handball am Sonntag.				
Serienspiele.				
(1) Diesdorf 1	Buckau 1	Diesdorf	Pfannschmidt	3
Schönebeck 1	Sturm 07 1	Stadtpark	Ludwig	3
Hohendodeleben 1	Sudenburg 1	Gemeindeplatz	Tiedge	3
Groß-Ottersleben 1	Fermersleben 1		Schulze	3
Benneckenbeck 1	Südost 1	Lindenstraße	Polte	2½
Cracau 1	Schw. Fermersl. 1	Schanze	Götze	11
Niederndodeleb. 1	Langenwedding. 1	Gemeindeplatz	Meier	3
Turner Burg 1	Bar-Kochba 1	Kolonie	Lindemann	3
Klein-Ottersleben 1	Burg. Ballspielkl. 1	Gemeindeplatz	Dankert	11
Sülldorf 1	Plötzky 1		Bachmann	3
Schönebeck 2	Sturm 07 2	Stadtpark	Ludwig	2
Südost 2	Fermersleben 2	Germaniaplatz	Jablinski	11
Sudenburg 2	Diesdorf 2	Fort 3	Regener	2
Turner Burg 2	Bar-Kochba 2	Kolonie	Lindemann	2
Sportlerinnen.				
Schönebeck 1	Sudenburg 1	Stadtpark	Dankel	4
Burg. Ballspielklub 1	Sturm 07 1	Flickschupark	Schalkau	3
Neuhaldensleben 1	Barleben 1	Anger	Nitzsche	1
Gesellschaftsspiele.				
Sudenburg 3	J. d. A. 1	Fort 3	Benneckenbeck	3
Altstadt 2	Sülldorf 2	Zitadelle	Alte Neustadt	10
(6) Altstadt 1	Eintracht Neustadt 1			11
Plötzky 2	Alte Neustadt 2	Gemeindeplatz	Schönebeck	3
Stendal 2	Alte Neustadt 1	Osterburg.Str.	Tangerhütte	3½
Wolmirstedt 1	Tangerhütte 2	Wolmirstedt	Stendal	1
Sportlerinnen.				
Borussia 1	Sudenburg 2	Sedanring	J. d. A.	2

*

Am Sonntag beginnen die Serienspiele der zweiten Runde. Die zahlreichen Spiele sind aus der Tabelle ersichtlich. Sämtliche Mannschaften der A-Klasse liegen im Kampfe. Die Resultate sämtlicher Mannschaften müssen am Sonntag zwischen 7 und 8 Uhr abends unter Telephon-Nummer 1591 gemeldet werden. —

Weitere Resultate. Freie Turner Stendal II gegen Freie Turner Tangerhütte II 1 : 6. Die Mannschaften lieferten sich einen schönen Kampf. Stendal mußte die Ueberlegenheit des Gegners mit 1 : 6 anerkennen. —

Fußball.

Bauender Verein	Gegner	Spielart	Spielplatz	Zeit
Fußball am Sonntag.				
(6) Eintracht 02 1	Fr. Turn. Aschersl. 1	Gesellschaftssp.	Zitadelle	3½
Benneckenbeck 1	Borussia 1	"	Lindenstraße	3½
(5) Sportfreunde 1	Turner Burg 1	"	Königsweg	1½
(2) M. B.-K. 1	Burg. Ballspielkl. 1	"	Fort 1	3
(3) Sturm 07 1	Sturm Schönebeck 1	"	Umfassungstr.	2½
Sportklub 1	Barleben 1	"	Kolonie	2
Felgeleben 1	Eickendorf 1	"	Felgeleben	2½
Rogätz 1	B. f. B. 1	"	Rogätz	3
Olvenstedt 1	Jersleben 1	"	Olvenstedt	2½
Südost 1	Weitzoß 2	"	Südost	2
Cracau 1	Neuhaldensleben 2	"	Schanze	2
Sturm 07 2	Eggenstedt 1	"	Umfassungstr.	1
Eintracht 02 2	Sturm Schönebeck 2	"	Zitadelle	2
M. B.-K. 2	Burg. Ballspielkl. 2	"	Fort 1	1½
Sportfreunde 2	Turner 2	"	Königsweg	3
Eintracht Süd 2	Selzennen 1	"	Fort 3	10½
Benneckenbeck 2	Borussia 2	"	Lindenstraße	1
Barleben 2	Groß-Ottersleben 2	"	Gemeindeplatz	2
Rogätz 2	B. f. B. 2	"	Rogätz	1½
Olvenstedt 2	Meitzendorf 1	"	Gemeindeplatz	1
Sturm 07 A. H.	Gommern 2	"	Umfassungstr.	10
3	Sturm Schönebeck 3	"		11½
Eintracht 02 3	Süplingen 1	"	Zitadelle	12½
M. B.-K. 3	B. f. B. 2	"	Fort 1	10
Benneckenbeck 3	Borussia 3	"	Lindenstraße	11

*

Da der Beginn der Frühjahrsserie vor der Tür steht, können wir einen harten Spielbetrieb verzeichnen. Einzelne Vereine scheinen aus ihrem „Winterschlaf" erwacht zu sein. Die beiden Eintracht-Vereine haben Gegner aus andern Bezirken zu Gaste. Die spielstarken Turner aus Aschersleben, eine flinke und schußfreudige Mannschaft, bilden die Gegner für Eintracht 02. Die Hadmersleber sind uns allen als eine kampfesfreudige Mannschaft bekannt. Es wird aber Eintracht Süd gelingen, die Oberhand in diesem Spiele zu behalten. Benneckenbeck hat Borussia zu Gaste. Letztgenannte muß, wenn sie siegen will, alles daransetzen. Die Vereinigten stellen sich auf dem Sportplatz am Königsweg den Sportfreunden. Das Spiel muß aus technischen Gründen schon um 1½ Uhr seinen Anfang nehmen. Wir versprechen einen schönen offenen Kampf. Nicht unerwähnt möchten wir das Spiel der beiden Sturm-Mannschaften lassen. Sturm 07 ist in Hochform, das bewies er am letzten Sonntag. Es wird den Schönebeckern schwerfallen, als Sieger den Platz zu verlassen. In Burg finden wir in Sportklub und Fortuna zwei gleichstarke Gegner. Sie werden ihr Können um 2 Uhr auf dem Sportplatz an der Kolonie zeigen. Auch Felgeleben, Rogätz, Olvenstedt, Südost und Cracau haben sich zum Sonntag spielstarke Gegner verpflichtet, so daß jeder Besucher am Sonntag voll auf seine Rechnung kommen wird. —

Auswahlspiel der Jugend der 5. Gruppe in Althaldensleben. Am Sonntag finden folgende Spiele statt: Um 1½ Uhr Neuhaldensleben gegen Jersleben. Schiedsrichter Hollburg; um 2½ Uhr Gruppenmannschaft gegen Städtemannschaft Neuhaldensleben. Schiedsrichter Wüstemann. Gruppenmannschaft: Kober (Jersleben), Telze (Althaldensleben), Altmann (Jersleben), Lehmann (Süplingen), Schäre (Neuhaldensleben), Jeziorsky (Althaldensleben), K. Riemann (Jersleben), Rudigkeit (Süplingen), Gerecke (Jersleben), Bertram (Neuhaldensleben), Täpke (Althaldensleben); Ersatz: Riemann und Altmann (Jersleben). Städtemannschaft Neuhaldensleben: Engel, Ohendorf, Bedau, Behrends, Zielecke, Block, Lüdke, Loch, Zimmermann, Schmalenberg, Schulze. Kleidung stellen Neuhaldensleben und Jersleben. —

Fußball in Groß-Ottersleben. Am Sonntag spielen: Jahn I gegen Teutonia Ottersleben I um 4 Uhr; Auswahlspiel Jugend A-Mannschaft gegen B-Mannschaft um 2 Uhr; 1. Jugend Jahn gegen Sturm 07 um 1 Uhr; Schüler Groß-Ottersleben gegen Sturm 07 um 12 Uhr. —

Aus dem bürgerlichen Sportlager.

Quer durch den Radsport. In Paris wurde der 45. Kongreß der Internationale der Radfahrer-Union abgehalten. Anwesend waren 30 Delegierte und 25 Staaten, wovon Deutschland durch Stevens (Köln) und Otto (Hannover) vertreten wurde. Das Programm für die in diesem Jahre in Deutschland stattfindenden Weltmeisterschaften wurde wie folgt genehmigt: Weltmeisterschaft für Flieger, Amateure und Berufsfahrer am 16. und 17. Juli in Köln, Straßenweltmeisterschaft für Amateure am 21. Juli auf dem Nürburg-Ring (?), Steher-Weltmeisterschaft (100 Kilometer) am 22. und 24. Juli in Elberfeld. 1928 wird auch eine Straßenweltmeisterschaft für Berufsstraßenfahrer ausgetragen. Jede Nation darf acht Fahrer melden. Der nächste Kongreß findet am 15. Juli anläßlich der Weltmeisterschaften in Köln statt. — Die Ergebnisse des 4. Home-Trainer-Renntages der Ortsgruppe Magdeburg der Union waren: Malfahren über 1000 Meter: 1. Merker (Krampe), 2. Willberg (Opel); 500-Meter-Rekordfahren: 1. Brummert und Willberg 28 Sek., 2. Bethge (Krampe) 30 Sek., 3. Rößler (Krampe) 34 Sek.; Erstes 10-Kilometer-Punktefahren: 1. Rößler (Krampe) 12 : 11, 2. drei Runden zurück Alsleben; Zweites 10-Kilometer-Punktefahren: 1. Merker (Krampe) 11 : 20 20 Punkte, 2. Brummert 13 Punkte. — Der Verein für Radrennen Magdeburg E. V. eröffnet die Saison am 1. Osterfeiertag. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht der „Große Osterpreis" hinter Motoren. — Neben den 5 Groß-Renntagen wird die Deutsche Radfahrer-Union eine Reihe von Sonntags- und Abendrennen zur Durchführung bringen. —

Mitteilungen der Sportvereine.

Fichte Sudenburg. Die erste Handballmannschaft trägt am Sonntag das erste Serienspiel der zweiten Runde in Hohendodeleben aus. Radfahrer treffen sich um 1¾ Uhr, Fußgänger um 1 Uhr Endstation der Linie 1. — Die Schüler treffen sich am Sonntag um 11 Uhr an der Kirche zum Abmarsch nach Hohendodeleben. Leiter Genosse Heinrich. Pünktlich sein. — Das Hockeyspiel gegen Leipzig findet nicht um 3 Uhr, sondern bereits um 10 Uhr auf dem Fort 3 statt. —

Arbeiterturner 4. Bezirk. 2. Gruppe. Am Sonntag den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, in Förderstedt, Hotel zur Eisenbahn, Gruppenübungsstunde der Spielleute. Restloses Erscheinen aller Spielleute ist notwendig. —

Wasserballspieler. Ich mache nochmals die Bezirkswasserballobleute darauf aufmerksam, daß sie in ihrem Bezirk Stellung nehmen zu der Austragung der Kreisspiele, Kreisausscheidungsspiele oder Serienspiele, damit wir zu der Konferenz im März endgültig die Sache regeln können. Ebenfalls erwarte ich, daß in den Bezirken, wo neue Obleute gewählt sind, diese mir sofort namentlich gemeldet werden. Die erste Wasserballmannschaft von Burg ist durch die Kreismeisterschaft der B-Klasse in die A-Klasse aufgerückt. W. Schmidt.

Arbeiterturner 2. Bezirk. Mache nochmals auf die am Sonntag den 20. Februar stattfindende Bezirks-Vorturnerinnenstunde aufmerksam, die in Buckau, Turnhalle Feldstraße, abgehalten wird. Alle Vereine haben zu erscheinen. Richtet euch zu der Sitzung ein, in der ein Vortrag gehalten wird. Anfang 9 Uhr. —

Freie Turnerschaft Stendal. Am Sonntag fand bei Klinkau eine gut besuchte Jugendversammlung der Freien Turnerschaft statt. Der Vortrag, gehalten von Mittelschullehrer Zander über „Aus Stendals alten Tagen", füllte den größten Teil des Abends aus. In vortrefflicher Weise verstand es der Vortragende, die Jugendlichen zu fesseln. Es war sehr interessant, etwas über Entstehung und Entwicklung unsrer Vaterstadt zu hören. Die Reichhaltigkeit des Stoffes zwang zum vorzeitigen Abbruch des Vortrags. Die Jugendlichen waren mit dem Gehörten zufrieden. Den zweiten Teil des Vortrags möchten sie gleichfalls bald hören. Der Jugendleiter dankte Herrn Zander für seine Mühe. Gesang und Volkstänze bildeten den Schluß der Versammlung, die von allen Jugendlichen mit dem Bewußtsein, einige genußreiche Stunden verlebt zu haben, verlassen wurde.

Bar-Kochba Magdeburg. Der Verein hielt seine diesjährige Generalversammlung ab, in der in den Vorstand gewählt wurden: 1. Vorsitzender Bernhard Kesten, 2. Vorsitzender und 1. Kassierer Joachim Freiberg, 1. Schriftführer Hildegard Hirschfeld, Jugendwart Hans Fließ in Gemeinschaft mit Kalmann Karger, Turn- und Sportwart Alex Litmanowitz, Gerätewart Erich Herzberg, Beisitzer David Bartfeld und Max Hilsenrath. Die Versammlung war gut besucht und schloß mit dem allgemeinen Wunsch, für weiteres Blühen und Gedeihen des Vereins Sorge tragen zu wollen. —

Freie Turner Cracau. Unser erstes Serienspiel findet nicht auf dem Fort 1, sondern auf der Schanze in Cracau statt. Das Spiel beginnt um 11 Uhr. Das Treffen der ersten Schülermannschaft gegen Buckau muß schon um 9 Uhr und das der Jugend gegen Tangerhütte um 10 Uhr stattfinden. Der Besuch dieser Spiele kann empfohlen werden. —

Freie Turner Benneckenbeck. Das Fußballspiel der ersten Mannschaft gegen Borussia findet um 3½ Uhr auf dem Sportplatz Lindenstraße statt. Vorher kommt das Serienspiel im Handball gegen die Freien Turner Südost zum Austrag. —

Freie Turner Magdeburg-Südost. Alle Genossen, die gewillt sind, an einer urkomischen Vorführung teilzunehmen, treffen sich am Dienstag um 8 Uhr im „Elbschlößchen". —

Arbeiter-Sportkartell Barleben. Am Sonntag abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus unsre Februarversammlung statt. Alle angeschlossenen Vereine haben drei Vertreter zu entsenden. —

Leipzig Ost gegen Fichte Sudenburg. Am kommenden Sonntag findet auf Fort III (Endstation der Straßenbahnlinie 1) ein Hockey-Propagandaspiel zwischen den genannten Mannschaften statt. Die Leipziger sind eine erstklassige Mannschaft. Wir verweisen die Hockeyanhänger auf dieses Treffen. Das Spiel beginnt jedoch nicht, wie berichtet, erst um 3 Uhr nachmittags, sondern schon um 10 Uhr vormittags. —

Fichte Sudenburg Stockballer. Am Sonnabend abend 9 Uhr bei Naumann Zusammenkunft. Alle Genossen, die einen Gast vom Sonnabend zum Sonntag bewirten können, bitten wir zu erscheinen. —

Bücher für jeden Arbeiter-Sportler.

Zur körperlichen Ertüchtigung.

Karl Bühren: Sportmassage . . . Mk. 2.00
Dr. K. v. Halt: Leichtathletik . . . „ 2.00
Niels Bukh: Grundgymnastik . . . „ 2.80
Hans Surén: Der Mensch und die Sonne . . . „ 3.00
Surén: Gymnastik in Bildern und Merkworten . . . „ 5.00
Georg Benedix: Der Turnwart . . . „ 1.00
E. Rosenberger: Der Schiedsrichter . . . „ 2.50
Sämtliche Spielregeln des Arbeiter-Turn- und Sportbundes . . . „ 0.15
Vom Kampfrekord zum Massensport . . . „ 1.00
und vieles andre

Zur Unterhaltung.

300 Bände klassischer und moderner Schriftsteller. 300 bis 960 Seiten Umfang. Zur zwanglosen Besichtigung für jedermann ständig in unsern Räumen. Jedes Buch nur . . . Mk. 1.50

Zur Belehrung.

Ed. Heimann: Die sittliche Idee des Klassenkampfs . . . Mk. 2.00
E. Geyer: Führer und Masse in der Demokratie . . . „ 2.60
Karl Bröger: Deutsche Republik . . . „ 0.80
Karl Severing: Staatspolitik . . . „ 1.50
W. J. Lenin: Briefe an Gorki . . . „ 1.00
Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis . . . „ 1.00
Karl Liebknecht: Briefe . . . „ 1.50
Wilhelm Liebknecht: Ein Bild der deutschen Arbeiterbewegung „ 1.00
Ferdinand Lassalle: Reden und Schriften . . . „ 1.00
und vieles andre.

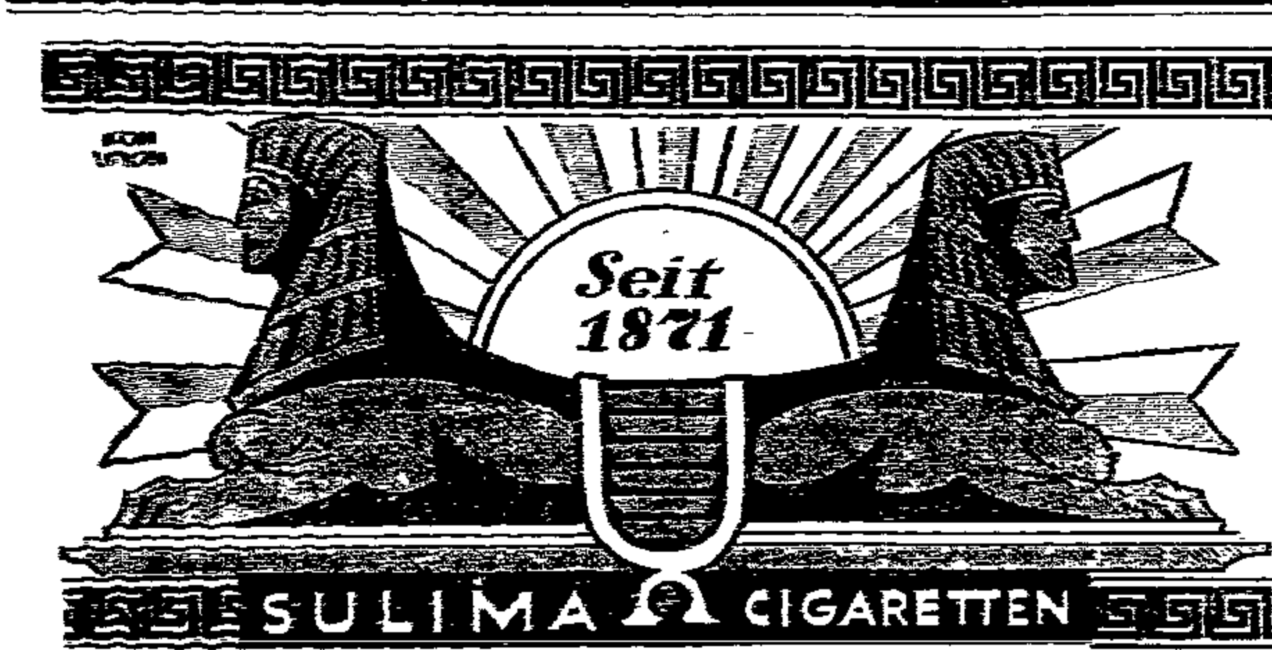
Zur Aufklärung.

Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, Band 1 . . . Mk. 5.00
Neu . . . Band 2 . . . „ 5.00
Heinr. Wandt: Etappe Gent . . . „ 2.50
Dr. W. Appens: Charleville (Das Etappenleben) . . . „ 0.50
Panzerkreuzer Potemkin (Film) . . . „ 1.00
Maxim Gorki: Der 9. Januar (zum Film: Der schwarze Sonntag „ 1.00
Emil Ludwig: Wilhelm 2. (Volksausgabe) . . . „ 4.80
E. Felden: Eines Menschen Weg (Ebert-Roman) . . . „ 5.00
und vieles andre.

Wissen ist Macht!

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Große Münzstraße 3.



Qualität siegt!

Reklame ist Verkünderin, Qualität aber ist Trägerin des guten Rufes einer Ware. Überzeugen Sie sich daß wir nur Qualitäts-Cigaretten fertigen.

Die neue **Sulima Jris 4 ₰** Cigarette ist dafür der beste Beweis.

Probieren Sie noch heute!